

Sitzungsbericht

42. Sitzung der Tagung 2006/07 der XVI. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 25. Jänner 2007

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer. Trauerkundgebung Frau BM Liese Prokop (Seite 241).
Rednerin: Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 243).
2. Wahl eines Mitgliedes der Landesregierung (Seite 244).
Rednerin: LR Kadenbach (Seite 244).
3. Angelobung eines Mitgliedes des Landtages (Seite 247).
4. Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates (Seite 248).
5. Bekanntgabe der Änderungen in der Zusammensetzung von Ausschüssen (Seite 248).
6. Mitteilung des Einlaufes (Seite 248).
7. Ltg. 790/A-1/71: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maier u.a. zur Umsetzung des Regierungsübereinkommens betreffend Wählen mit 16 und Briefwahl.
Berichterstatter: Abg. Maier (Seite 250).
Redner: Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 252), Abg. Waldhäusl (Seite 253), Abg. Mag. Ram (Seite 254), Abg. Weiderbauer (Seite 255), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 255), Abg. Weninger (Seite 257).
Abstimmung (Seite 258).
(mehrheitlich angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Mag. Ram, Ablehnung Grüne.)
8. Ltg. 743-1/A-1/68: Antrag des Schul-Ausschusses über den Antrag gem. § 34 LGO 2001 mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes und Ltg. 743-2/A-1/68: Antrag des Schul-Ausschusses über den Antrag gem. § 34 LGO 2001 mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. betreffend Änderung des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes 1976.
Berichterstatter: Abg. Mag. Heuras (Seite 258).
Redner: Abg. Waldhäusl (Seite 259), Abg. Mag. Ram (Seite 261), Abg. Adensamer (Seite 263), Abg. Weiderbauer (Seite 264), Abg. Cerwenka mit Resolutionsantrag betreffend Planstellen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf (Seite 266), Abg. Nowohradsky mit Resolutionsantrag betreffend Senkung der Klassenschülerhöchstzahl und Resolutionsantrag betreffend Stärkung der Schulautonomie (Seite 270).
Abstimmung (Seite 272).
(Ltg. 743-1/A-1/68, Ltg. 743-2/A-1/68 Punkt 2 mehrheitlich angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Mag. Ram, Ablehnung Grüne; Punkte 1, 3, 4 einstimmig angenommen; Resolutionsanträge Abg. Cerwenka und Abg. Nowohradsky einstimmig angenommen.)
9. Ltg. 785/W-17: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen (2. Tranche).
Berichterstatter: Abg. Hensler (Seite 273).
Redner: Abg. Waldhäusl (Seite 273), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 274), Abg. Gartner (Seite 276), Abg. Erber mit Resolutionsantrag betreffend Bericht über die Ertrags-

- nisse aus der Veranlagung der Wohnbauförderungsdarlehen (Seite 277), Abg. Mag. Fasan (Seite 279), Abg. Weninger (Seite 280), LR Mag. Sobotka (Seite 280), Abg. Mag. Fasan (Seite 281).
Abstimmung (Seite 282).
(Ltg. 785/W-17 mehrheitlich angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Abg. Mag. Ram, Ablehnung Grüne, FPÖ; Resolutionsantrag Abg. Erber mehrheitlich angenommen: Zustimmung ÖVP, Grüne, FPÖ, Abg. Mag. Ram, Ablehnung SPÖ.)
10. Ltg. 773/A-1/70: Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses zum Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Weninger u.a. betreffend Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft.
Berichterstatter: Abg. Dr. Prober (Seite 282).
Redner: Abg. Waldhäusl (Seite 283), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 283), Abg. Mag. Fasan mit Zusatzantrag (Seite 285), Abg. Mag. Leichtfried (Seite 288), Abg. Hiller (Seite 290), LR Dipl.Ing. Plank (Seite 292)
Abstimmung (Seite 293).
(Ltg. 773/A-1/70 einstimmig angenommen; Zusatzantrag einstimmig angenommen.)
11. Ltg. 748/B-34/3: Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Lande Niederösterreich für das Jahr 2005.
Berichterstatter: Abg. Herzig (Seite 294).
Redner: Abg. Waldhäusl (Seite 294), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 294), Abg. Mag. Renner (Seite 295), Abg. Präs. Ing. Penz (Seite 296).
Abstimmung (Seite 299).
(einstimmig angenommen.)
12. Ltg. 780/W-8/1: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Wirtschafts- und Tourismusfondsgesetzes.
Berichterstatter: Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 299).
Redner: Abg. Waldhäusl (Seite 300), Abg. Dr. Krismer-Huber (Seite 300), Abg. Ing. Gratzer (Seite 302), Abg. Hinterholzer (Seite 303).
Abstimmung (Seite 305).
(einstimmig angenommen.)
- 13.1. Ltg. 789/B-1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshof-
- Ausschusses Nr. 12 der XVI. Gesetzgebungsperiode.
Berichterstatter: Abg. Cerwenka (Seite 305).
- 13.2. Ltg. 779/B-5/2: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshofes gem. Art. 1 § 8 Bezügebegrenzungs-gesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, für die Jahre 2004 und 2005.
Berichterstatter: Abg. Cerwenka (Seite 306).
- 13.3. Ltg. 729/B-4/5: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung der Stadt Krems: Finanzielle Lage, Personal, Verwaltungsreform, Förderungswesen und Liegenschaftsverwaltung.
Berichterstatter: Abg. Cerwenka (Seite 306).
- 13.4. Ltg. 744/B-5/1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über Abfallwirtschaftskonzept im Land Niederösterreich; Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft, VERBUND-Austrian Power Trading AG; Landarbeitereigenheimförderung.
Berichterstatterin: Abg. Cerwenka (Seite 306).
- Redner zu 13.1. – 13.4.:** Abg. Waldhäusl (Seite 306), Abg. Mag. Motz (Seite 310), Abg. Mag. Kögler (Seite 311), Abg. Rinke (Seite 312), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 315), Abg. Thumpser (Seite 316), Abg. Präs. Sacher (Seite 318), Abg. Mag. Fasan (Seite 322), Abg. Razborcan (Seite 324), Abg. Moser (Seite 325), Abg. Mag. Fasan (Seite 329).
Abstimmung (Seite 329).
(alle Geschäftsstücke einstimmig angenommen.)
14. Ltg. 783/H-2/2: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landesausstellung 2007 „Feuer & Erde“ in Waidhofen/Ybbs und St. Peter/Au; Übernahme einer Landeshaftung.
Berichterstatterin: Abg. Hinterholzer (Seite 329).
Redner: Abg. Waldhäusl (Seite 329), Abg. Weiderbauer (Seite 330), Abg. Ing. Gratzer (Seite 330), Abg. Mag. Heuras (Seite 331), Abg. Waldhäusl (Seite 333).

Abstimmung (Seite 334).
(*einstimmig angenommen.*)

- 15.1. Ltg. 765/H-11/23: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landesklinikum St.Pölten, 2. Bauabschnitt - 1. Bauetappe, Projekterweiterung, Freigabe der Gesamtkostenerhöhung.
Berichterstatter: Abg. Findeis (Seite 334).
- 15.2. Ltg. 766/H-11/24: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landesklinikum Thermenregion Hohegg, Projekt Wachkoma, Neurorehabilitation, IMCU, Schlaflabor, Freigabe der Planungskosten.
Berichterstatter: Abg. Findeis (Seite 334).
- 15.3. Ltg. 781/S-5/37: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landespflegeheim Raabs/Thaya, Neubau, Kostenerhöhung.
Berichterstatter: Abg. Maier (Seite 334).

- 15.4. Ltg. 786/H-11/25: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landesklinikum Mostviertel Amstetten-Mauer, Pavillon 6 – Instandsetzung Kinder-, Jugend- und Neuropsychiatrie, Umwidmung und Freigabe der Gesamtkosten.
Berichterstatter: Abg. Findeis (Seite 335).
- 15.5. Ltg. 787/H-11/26: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landesklinikum Donauregion Tulln, Zu- und Umbau, Projekterweiterung, Aufstockung der Gesamtherstellungskosten.
Berichterstatter: Abg. Findeis (Seite 335).
- Redner zu 15.1. – 15.5.:** Abg. Waldhäusl (Seite 335), Abg. Mag. Stiwicek (Seite 336), Abg. Dworak (Seite 338), Abg. Kernstock (Seite 339), Abg. Hofmacher (Seite 340).
Abstimmung (Seite 186).
(*alle Geschäftsstücke einstimmig angenommen.*)

* * *

Präsident Mag. Freibauer (*um 13.00 Uhr*):
Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich von den Sitzen zu erheben.

(*Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.*)

Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor zwei Jahren, am 20. Dezember 2004 haben wir in diesem Haus von Liese Prokop Abschied genommen. Und zwar zum ersten Mal. Wir taten dies damals mit ein wenig Wehmut. Aber auch in der Gewissheit, eine unserer Besten aus der NÖ Landespolitik als Innenministerin für den Dienst im Staat zur Verfügung zu stellen. Wir taten dies im Wissen um ihre Tatkraft und Energie. Auch in der Überzeugung, dass sie noch lange diesem Staat und diesem Land dienen werde. Doch Liese Prokop wurde am letzten Tag des Jahres 2006 völlig überraschend aus diesem Leben gerissen. Und so müssen wir heute im Landtag von Niederösterreich zum zweiten Mal von Liese Prokop Abschied nehmen. Es ist ein Abschied für immer.

Heute kann sie, zum Unterschied von damals anlässlich ihres Abschiedes, nicht mehr zu uns sprechen. Aber wenn sie es doch könnte, würde sie es wohl mit den selben Worten tun wie damals als sie sagte: „Mein Herz gehört dem Land Niederösterreich!“

Liese Prokop wurde im Jahr 1969 in den NÖ Landtag berufen. Ihre erste Wortmeldung bei der Budgetdebatte für den Voranschlag des Jahres 1970 hat sie mit der Feststellung begonnen, dass es ihr eine Ehre sei, dem Landtag von Niederösterreich als Abgeordnete angehören zu dürfen. Sie, die höchst erfolgreiche, weltberühmte Athletin hat es als Ehre empfunden, für die Niederösterreichinnen und Niederösterreicher im Landtag arbeiten zu dürfen. Und es ist auch eine Ehre, meine Damen und Herren, als gewählte Abgeordnete oder als gewählter Abgeordneter die Bürgerinnen und Bürger Niederösterreichs vertreten zu dürfen. Eine Vertretung, die nicht nur im Bekenntnis zu einer politischen Gesinnung und Ideologie besteht. Bürger vertreten das heißt, die Anliegen und Sorgen des einzelnen Menschen ernst zu nehmen und zu lösen versuchen. Liese Prokop war eine hervorragende Bürgervertreterin.

Sie hat sich nicht nur als Abgeordnete sondern erst recht als Mitglied der Landesregierung und als Stellvertreterin des Landeshauptmannes der Sorgen ihrer Mitmenschen angenommen. Noch in ihrer Abschiedsrede am 20. Dezember 2004 hat sie von dem Glück erzählt, einem tauben jungen Mann kürzlich den sehnlichen Berufswunsch eines Staplerfahrers erfüllt zu haben. Das war die politische Welt der Liese Prokop.

Diese Einstellung hat sie auch befähigt, ihre großen, erfolgreichen Vorhaben, ob in der Jugend- und Familienpolitik, ob im Wohnbau oder in der Sozialpolitik und auch in der Kulturpolitik bestmöglich verwirklichen zu können. Liese Prokop ist im Jahr 1981 aus dem Landtag ausgeschieden und zum Regierungsmitglied und im Jahr 1992 zur Landeshauptmannstellvertreterin berufen worden. Auch in diesen Funktionen hat sie ihre Hochachtung vor der Aufgabe eines Landtagsmandatars nicht abgelegt. Sie war es, die immer wieder in den ihre Ressorts berührenden Fragen der ernsthaften und sachlichen Diskussion in diesem Hohen Haus sich gestellt hat. Liese Prokop hat in ihrer Abschiedsrede im Dezember 2004 eine bemerkenswerte Feststellung gemacht. Sie sagte, sie habe in diesem Landtag nie Unfairness erlebt. Nur wer selbst fair ist und bleibt, wer mit offenem Sinn und der Bereitschaft zur Toleranz das Gespräch mit den politisch Andersdenkenden sucht kann Fairness geben und Fairness erleben. Liese Prokop war eine solche Politikerin.

Liese Prokop hat viele Aufgaben und Pflichten erfüllt und sie hat alle diese Pflichten als ganzer Mensch erfüllt. Liese Prokop war Ehefrau, Mutter, Verwandte, Politikerkollegin, Abgeordnete oder Regierende. Und alles aus der selben Wesensart, die Mütterlichkeit, Fürsorge, Mitleid, und wenn es notwendig war auch Konsequenz beinhaltete. Sie hatte so viele Aufgaben, aber nur einen Charakter. Und der war so überzeugend weil sie ihn nicht für eine Rolle spielen musste.

Liese Prokop wird daher nicht nur in ihren Werken, in ihren politischen Erfolgen weiter leben. Sie wird weiter leben nicht nur in der ehrlichen Dankbarkeit vieler Menschen im Land und im Staat denen sie geholfen hat. Nicht nur in der Liebe ihrer Familie, in der Achtung ihrer Politikerkollegen. Liese Prokop wird weiterleben als Vorbild. Liese Prokop ist auch ein Symbol für einen Typ von Politikerinnen und Politikern, die wir gerade heute so dringend brauchen.

Aber auch für uns, meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtages und der Landesregierung, unabhängig von unserer konkreten politi-

schen Gesinnung wäre es wünschenswert, dass wir uns Menschen wie Liese Prokop zum Vorbild nehmen. Neben der Anteilnahme für ihre trauernde Familie wäre dies wohl das Beste was wir unserer ehemaligen Kollegin jetzt noch geben können. Liebe Liese! Wir haben unsere gemeinsame Zeit mit dir gehabt. Dafür sind wir dir für immer dankbar. Wir wollen dich nicht vergessen! – Ich danke Ihnen.

(Die Damen und Herren Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Frau Landesrätin Mag. Mikl-Leitner und Herr Abgeordneter Jahrman. Die Beschlussfähigkeit ist hiermit gegeben. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt. Es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Gemäß § 24 Abs.1 LGO 2001 stelle ich die Tagesordnungspunkte 2 bis 4, Wahlen und Angelegenheiten, an die Spitze der Tagesordnung. Weiters gebe ich bekannt, dass ich die Tagesordnung, vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages gemäß § 42 Abs.1 LGO um die im Wirtschafts- und Finanzausschuss am heutigen Tag erledigten Geschäftsstücke Ltg. 786/H-11/25, 787/H-11/26 und 785/W-17 wie angekündigt, erwidere. Ltg. 785/W-17 soll im Anschluss an den Punkt 5 der Tagesordnung und die übrigen beiden Geschäftsstücke als letzte Punkte behandelt werden.

Bevor ich jetzt in die weitere Erledigung der Tagesordnung eingehen möchte, möchte ich festhalten, dass auf Grund des Beschlusses des NÖ Landtages vom 15. Mai 2003 auch heute eine Redezeitbeschränkung zur Anwendung kommt. Die Gesamtrededauer der heutigen Sitzung setze ich auf Grund des übereinstimmenden Beschlusses der von der Präsidielle beauftragten Klub- bzw. Fraktionsdirektoren mit 806 Minuten und 40 Sekunden fest. Auf Grund des zitierten Landtagsbeschlusses kommen demnach der ÖVP 322,40 Minuten, der SPÖ 227,20 Minuten, den Grünen 110 Minuten, der FPÖ 73,20 Minuten und dem Herrn Abgeordneten Mag. Ram 73,20 Minuten zu. Die Redezeitkontingentierung gilt nicht für die allfällige Verhandlung des Dringlichkeitsantrages.

Wir kommen daher zum Tagesordnungspunkt Wahl eines Mitgliedes der NÖ Landesregierung. Mit Schreiben, eingelangt in der Landtagsdirektion am 11. Jänner 2007 hat Frau Landesrätin Christa Kranzl mitgeteilt, dass sie für den Fall ihrer Angelobung zur Staatssekretärin am 11. Jänner 2007 ihre Funktion als Mitglied der NÖ Landesregierung zurücklegt. Ich habe daher am 11. Jänner 2007 ge-

mäß Art. 38 Abs.4 NÖ Landesverfassung Herr Landesrat Emil Schabl bis zur Ergänzungswahl eines Mitgliedes der Landesregierung mit der Fortführung der Amtsgeschäfte der zurückgetretenen Frau Landesrätin betraut.

Der Klub der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs hat mit Schreiben vom 18. Jänner 2007 für die Wahl zum Mitglied der NÖ Landesregierung Frau Landtagsabgeordnete Karin Kadenbach, Ringendorferstraße 173, 2002 Großmugl, vorgeschlagen.

Zum Wahlvorschlag hat sich zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der NÖ Landesregierung! Hohes Haus!

Nur ein paar kurze Worte zur anstehenden Wahl. Zum Einen, ja, haben wir den Wechsel von Landesrätin Kranzl in die Bundesregierung durchaus bedauert. Denn Landesrätin Kranzl hat gezeigt, und ich möchte hier keine inhaltliche, keine Sachdebatte führen, weil ich weiß, dass es gerade in der Frage, die ja sehr kontroversiell war, des kleinen Glücksspiels verschiedene legitime Standpunkte gibt. Aber sie hat gezeigt, dass sie eine Frau mit Mut ist, die auch nicht zurück scheidet wenn es um Auseinandersetzungen mit sehr einflussreichen Wirtschaftsunternehmen und Branchen geht. Und dass sie auch durchaus in der Landesregierung einen sehr eigenständigen Standpunkt formuliert hat. Und ich sage durchaus, dass uns ein bisschen, natürlich muss es insgesamt um eine konstruktive Zusammenarbeit gehen, aber ein bisschen auch dieses kritischen Potenzials in den anderen oder in manchen anderen Vollzugsbereichen etwas gefehlt hat.

Insofern beurteilen wir auch die Rochaden, die im Zuge dieses Wechsels von Frau Landesrätin Kranzl in die Bundesregierung erforderlich geworden sind, nicht unkritisch. Denn wir wünschen zum Einen der neuen Landesrätin, oder gleich sofort bald Landesrätin Kadenbach alles Gute für ihre Arbeit. Und wir werden sie auch wählen und ihr insofern einen Vorschuss an Vertrauen für die noch ausstehende Regierungsarbeit mitgeben.

Aber ich erlaube mir schon kritisch anzumerken, dass so eine Rochade gerade einmal ein gutes Jahr vor der nächsten Wahl nicht ganz unproblematisch ist. Und vor allen in den Ressortbereichen um die es geht. Denn wir wissen alle, dass gerade Fragen des Gesundheitswesens, Fragen des Spitalswesens, des Rettungswesens sehr, sehr heikle Fragen sind. Wo es auch einerseits um das

Vertrauen der Bevölkerung geht, andererseits immer um notwendige Phasen der Einarbeitung, um auch erforderliche persönliche Kontakte zu den Vollzugsbeamtinnen und –beamten, zum öffentlichen Dienst. Und dass das alles immer auch eine gewisse Zeit braucht. Daher, gerade jetzt, neben der notwendig gewordenen Veränderung noch eine zweite, nämlich die Rochade vorzunehmen, scheint uns nicht unproblematisch. Und zwar in all diesen Bereichen. Gesundheitswesen natürlich voran. Wir haben ja sehr intensive inhaltliche Debatten zu vielen Aspekten des Gesundheitswesens gehabt. Aber auch in einem Bereich, der uns sehr, sehr am Herzen liegt, gerade als Grüne, nämlich dem Naturschutz. Und das ist so ein Bereich wo wir uns ein bisschen mehr von diesem kritischen Potenzial, von diesem kämpferischen Potenzial in der Vergangenheit gewünscht hätten. Anlassfälle, ich brauch jetzt auch keine inhaltlichen Einzelbeispiele erwähnen, aber Anlassfälle hätte es genug gegeben. Sie wissen das genauso gut wie ich.

Und natürlich auch der andere Bereich, der Schul- und Konsumentenschutzbereich, für den gilt vice versa dasselbe. Große Änderungen stehen an. Einarbeitungsphasen werden sehr kurz sein. Und wie gesagt, gerade dort wird es auch mit der von uns sehr begrüßten Verkleinerung der Schulklassen, mit vielen anderen Änderungen und der ganzen Debatte, die wir da haben, sofort und ohne die Möglichkeit irgend einer Pause und einer Schonfrist eine Fülle von Aufgaben geben.

Wir hoffen, dass das alles machbar sein wird. Wie gesagt, hätten wir hier mitzureden gehabt, hätte ich auf diese Rochade so kurz, so relativ kurz vor einer landesweiten Entscheidung eher verzichtet. Aber es soll uns nicht daran hindern, vor allem der neuen Landesrätin oder den Landesräten in ihren Aufgabenbereichen alles Gute und viel Erfolg zu wünschen. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Nach § 67 Abs.3 der Geschäftsordnung muss diese Wahl unter namentlicher Aufrufung der Abgeordneten mittels Stimmzettel erfolgen. Gemäß Artikel 35 Abs.7 der Landesverfassung 1979 sind nur jene Stimmen gültig, die auf diesen Wahlvorschlag entfallen. Leere Stimmzettel bleiben bei der Ermittlung des Wahlergebnisses außer Betracht. Die Stimmzettel liegen auf den Plätzen der Abgeordneten auf. Und ich bitte die Mitglieder des Landtages, die Stimmzettel nach Aufruf in die Urne zu legen.

Ich ersuche die Schriftführer, Abgeordneten Hofmayer, Abg. Cerwenka, Abg. Dr. Krismer-Huber und Abg. Waldhäusl um Verlesung der Namensliste.

Schriftführer Abg. Hofmayer (ÖVP): Erika Adensamer, Helmut Cerwenka, Helmut Doppler, Rupert Dworak, Dipl.Ing. Willibald Eigner, Anton Erber, Mag. Martin Fasan, Hermann Findeis, Mag. Edmund Freibauer, Rudolf Friewald, Franz Gartner, Franz Grandl, Ing. Franz Gratzner, Friedrich Hensler.

Schriftführer Abg. Cerwenka (SPÖ): Ernst Herzig, Mag. Johann Heuras, Franz Hiller, Michaela Hinterholzer, Hans Stefan Hintner, Ing. Johann Hofbauer, Ignaz Hofmayer, Karl Honeder, Karin Kadenbach, Mag. Gerhard Karner, Otto Kernstock, Mag. Sylvia Kögler, Dr. Helga Krismer-Huber.

Schriftführerin Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne): Mag. Günther Leichtfried, Marianne Lembacher, Jürgen Maier, Dr. Martin Michalitsch, Karl Moser, Mag. Wolfgang Motz, Herbert Nowohradsky, Ing. Hans Penz, Dr. Madeleine Petrovic, Dr. Josef Prober, Mag. Thomas Ram, Gerhard Razborcan, Mag. Karin Renner, Ing. Franz Rennhofer.

Schriftführer Abg. Waldhäusl (FPÖ): Mag. Alfred Riedl, Ingeborg Rinke, Alfredo Rosenmaier, Ewald Sacher, Dorothea Schittenhelm, Mag. Klaus Schneeberger, Mag. Willi Stiwicek, Herbert Thumpser, Dipl.Ing. Bernd Toms, Christa Vladyka.

Schriftführerin Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne): Gottfried Waldhäusl.

Schriftführer Abg. Waldhäusl (FPÖ): Emmerich Weiderbauer, Hannes Weninger, Mag. Karl Wilfing.

Präsident Mag. Freibauer: Ich ersuche die Schriftführer um Vornahme der Stimmzählung.

(Nach der Stimmzählung:)

Präsident Mag. Freibauer: Hoher Landtag! Die Stimmzählung hat folgendes Ergebnis gebracht: Abgegeben wurden 55 Stimmzettel. Davon entfielen auf den Wahlvorschlag des Klubs der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs, lautend auf Frau Karin Kadenbach 34 Stimmen, 21 sind ungültig. Somit ist Frau Karin Kadenbach als Mitglied der Landesregierung gewählt. *(Beifall im Hohen Hause.)* Ich frage Frau Karin Kadenbach ob sie die Wahl annimmt.

LR Karin Kadenbach (SPÖ): Ich danke für das Vertrauen und nehme die Wahl gerne an!

(Beifall im Hohen Hause.)

Präsident Mag. Freibauer: Ich gratuliere der neuen Frau Landesrätin zu ihrer Wahl sehr herzlich. Laut Artikel 36 Abs.2 der Landesverfassung 1979 haben die Mitglieder der Landesregierung vor Antritt ihres Amtes vor dem Landtag ein Gelöbnis in die Hand des Landeshauptmannes zu leisten. Ich ersuche Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, die Angelobung jetzt vorzunehmen.

(Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

LH Dr. Pröll (ÖVP): Frau Landesrätin! Geloben Sie, dass Sie die Verfassung und alle Gesetze des Landes Niederösterreich beachten und ihre Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werden?

LR Karin Kadenbach (SPÖ): Ich gelobe!

(Beifall im Hohen Hause. – Die Damen und Herren Abgeordneten gratulieren und überreichen Blumen.)

Präsident Mag. Freibauer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Kadenbach.

LR Karin Kadenbach (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten und geschätzten Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Hohes Haus!

Vorbehaltlich der Beschlussfassung der NÖ Landesregierung betreffend die Ressortzuständigkeiten übernehme ich mit heutigem Tag die Funktion einer Landesrätin für Gesundheit und Naturschutz. Es ist für mich eine große Ehre, Mitglied dieser Regierung zu sein und Niederösterreich zum Wohle der Menschen in unserem Bundesland mitgestalten zu können. Es ist eine Aufgabe, auf die ich mich sehr freue.

Zum Stichwort Gesundheitspolitik fallen heute zumeist Begriffe wie Spitalskosten, Medikamentenkosten, Defizit der Krankenkassen. Themen, mit denen wir uns ernsthaft auseinander setzen müssen. In der gesamten westlichen Welt zählt die Finanzierung des Gesundheitswesens zu den größten Herausforderungen für die Politik dieser Länder. Österreich liegt mit seinen Pro-Kopf-Ausgaben im Gesundheitswesen nur im oberen Mittelfeld. Dennoch liegt es bei den baulichen Standards unserer Krankenanstalten gemeinsam mit Deutschland und der Schweiz ganz an der Spitze.

Erschütternde Bilder über die Zustände in italienischen Krankenanstalten haben uns erst kürzlich vor Augen gehalten, wie es auch in Europa, in der EU zugehen kann im Krankenwesen.

Österreich liegt auch mit seinem Zugang zu medizinischen Leistungen im internationalen Vergleich ganz vorne. Für Herzkatheder, Hüften-, oder Organtransplantationen gibt es bei uns kein Alterslimit. Und an dieser Stelle möchte ich mich ganz klar zu einem der für mich wichtigsten sozialdemokratischen Grundsätze bekennen: Für alle, die Hilfe brauchen, muss medizinische Versorgung, muss Spitzenmedizin zugänglich sein. *(Beifall bei der SPÖ, ÖVP und Abg. Mag. Ram.)*

Das Einkommen oder die soziale Herkunft darf nicht über krank oder gesund entscheiden. Das klingt wie etwas Selbstverständliches, das ist es aber nicht. Dieser Grundsatz ist vielmehr gefährdet. Es braucht einen politischen Willen dahinter, der von manchen heute in Frage gestellt wird. Ohne politischen Gestaltungswillen, und das ist meine feste Überzeugung, bewegen wir uns unaufhaltsam in Richtung einer Zweiklassenmedizin. Hier ist die Politik gefragt. Hierin sehe ich eine meiner Hauptaufgaben. Denn ich vertrete den Standpunkt, dass es ein Grundrecht auf medizinische Versorgung gibt und dass von diesem gleichen Recht niemand ausgeschlossen werden darf. Daher ist es in Niederösterreich auch wesentlich, dass die regionale medizinische Versorgung gewährleistet ist.

Die Menschen im ländlichen Raum haben in den vergangenen Jahren immer wieder Einschränkungen und Einschnitte in der Infrastruktur hinnehmen müssen. Bei der medizinischen Infrastruktur muss es ein klares Bekenntnis zur Grundversorgung geben. Ich werde mich daher für eine Stärkung dieser medizinischen Infrastruktur einsetzen und darauf hinarbeiten, dass die Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten, Apotheken und Krankenhäusern auf allen Ebenen optimiert wird.

Es ist eine spannende Zeit in der ich mein Amt antrete. Bedeutende Strukturänderungen, wie die Übernahme der Krankenanstalten in die Rechtsträgerschaft des Landes, das ambitionierte Aus- und Umbauprogramm der Krankenhäuser, der Aufbau der landesweiten Vernetzung aller Krankenanstalten mit der Landeskrankenanstalten Holding, neue technische Errungenschaften und medizinische Erkenntnisse werden die Entwicklung des niederösterreichischen Gesundheitswesens prägen. Diese Zeit braucht Managementqualitäten. Die, denke ich, bringe ich mit.

Bei all dem Fortschritt den es in den nächsten Jahren umzusetzen gilt, dürfen wir jedoch niemals außer acht lassen, dass es der Mensch ist der im Mittelpunkt all unserer Überlegungen und Entscheidungen stehen muss. Seien es die Patientinnen oder Patienten, die uns zur Heilung und Pflege anvertraut werden, oder die Ärztinnen und Ärzte, die vielen Gesundheits- und Krankenpflegefachkräfte sowie alle sonstigen im Gesundheitswesen tätigen Menschen. Sie sind es an denen sich die Gesundheitspolitik zu orientieren hat.

Um die Wünsche, Anliegen, aber auch Probleme der Menschen in Niederösterreich in meine Arbeit für das Gesundheitswesen entsprechend einbringen zu können lade ich die Vertreterinnen und Vertreter der eben angesprochenen Gruppen herzlich zu einem alsbaldigen Gespräch ein. Wärme und menschliches Verstehen müssen im niederösterreichischen Gesundheitswesen auch weiterhin einen Stellenwert haben.

Natürlich wird in Zukunft viel ökonomische Kreativität gefragt sein. Wir werden den Mut aufbringen müssen, über Sparpotenziale im Gesundheitsbereich ganz offen zu diskutieren. Aber alle Überlegungen zur Finanzierung müssen zum Ziel haben, den Zugang zur Spitzenmedizin für alle offen zu halten, die solidarische Finanzierung unseres Systems zu sichern und unser hochwertiges Gesundheitssystem zu erhalten und auszubauen. *(Beifall bei der SPÖ, ÖVP und Abg. Mag. Ram.)*

Ausschließlich marktwirtschaftliche Beweggründe haben im Gesundheitswesen keinen Platz! Wir haben hier einen, auch im europäischen Standard verglichen, sehr hohen Standard zu verteidigen. Ich sehe es als große Aufgabe, dass sich die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher in unseren Spitälern und sonstigen Gesundheitseinrichtungen wohl fühlen. Nicht umsonst hat die WHO den Begriff Gesundheit als körperliches und seelisches Wohlbefinden definiert.

Daher ist es mir ein vorrangiges Anliegen, dass zum Stichwort Gesundheitspolitik in Zukunft vermehrt Begriffe wie Prävention, Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsbewusstsein genannt werden. Gesundheitspolitik fängt für mich dort an, wo es ums Gesund sein und ums Gesund bleiben geht. Das ist für mich der wichtigste Zugang. Ich weiß als Mutter von fünf Kindern, dass Gesundheitspolitik in der Familie beginnt. Und ich sehe mich auf Grund meiner mehr als 20-jährigen Erfahrung im Familiengesundheitsmanagement auch als Expertin in diesem Bereich des Gesundheitswesens.

Wir müssen als Gesellschaft lernen, gesund zu bleiben. Wir müssen lernen, zu erkennen, welcher Lebensstil unserer Gesundheit am zuträglichsten ist. Welche Ernährung, welche Bewegung wir brauchen und wo die Risiken für unsere Gesundheit, für unser Wohlbefinden liegen. Zur Bildung eines Gesundheitsbewusstseins kann die Politik viel beitragen. Nicht besserwisserisch, nicht mit erhobenen Finger, sondern spielerisch, animierend, einladend.

Prävention und Erziehung zum Gesundheitsbewusstsein beginnt in der Familie. Muss einen festen Platz in unseren Kindergärten und in den Schulen haben. Ähnlich wie dies vor 20, 25 Jahren beim Umweltbewusstsein begonnen wurde. Dass sich erhöhtes Gesundheitsbewusstsein und Prävention auf die Lebensqualität des Einzelnen positiv auswirken, sollte als Argument für weitere Aktivitäten und Anstrengungen in diesem Bereich eigentlich schon reichen. Wenn man aber zusätzlich berücksichtigt, dass sich diese Maßnahmen auch volkswirtschaftlich bezahlt machen, dann spricht alles für weitere Investitionen in den Vorsorgebereich.

Und hier möchte ich im Besonderen die Bedeutung der betrieblichen Gesundheitsvorsorge unterstreichen. Eine moderne Gesundheitspolitik, die den Zeit- und Zivilisationskrankheiten nicht hinterher hinkt, sondern vorausschauend zu steuern sucht, muss auch, was den arbeitsmedizinischen Forschungsstand betrifft auf der Höhe der Zeit sein. Das Spektrum reicht hier von der Stressforschung bis zur Belastung durch Chemikalien oder schwere körperliche Arbeit. Und die Politik, aber auch die Betriebe haben dafür zu sorgen, dass diese Forschungsergebnisse zum Wohle der arbeitenden Menschen auch berücksichtigt werden. Darauf zu achten wird einer meiner Schwerpunkte sein.

Ich beabsichtige aber auch, meine Energie als Gesundheitsreferentin verstärkt in den Ausbau der Gesundheitsvorsorge für die Menschen in unserem Bundesland zu lenken. Dazu gehört auch der gesamte Wellnessbereich, der neben seiner touristischen Funktion bei richtiger Anwendung eine nicht zu unterschätzende Rolle auch bei der Förderung der Gesundheit spielen kann.

Mit dem Beschluss der 10 Gesundheitsziele in der Landesregierung hat Niederösterreich sich eine ambitionierte Vorgabe verordnet. Mit der Gesundheitskonferenz, der Gesundheitsagentur im Nögus und der Plattform für das Gesundheitswesen so wie allen sonstigen Einrichtungen, die Vorsorgeprojekte konzipieren bzw. umsetzen, wurden weitere Schritte gesetzt. Die Gesundheitspolitik in Niederösterreich muss nicht neu erfunden werden – ganz

im Gegenteil! Meine Vorgängerin und meine Vorgänger haben hier kontinuierlich gute Arbeit geleistet und so sind eine Reihe von viel versprechenden Projekten auf dem Weg, die den hohen Standard unserer medizinischen Versorgung noch einmal heben werden.

Ich werde mich intensiv um eine zügige Umsetzung bemühen und möchte allen danken, die bisher hier ausgezeichnete Vorarbeiten geleistet haben. *(Beifall bei der SPÖ, ÖVP, Grüne, Abg. Mag. Ram.)*

A propos danken: Hier möchte ich die Rettungsdienste nicht unerwähnt lassen. Ihre Leistungen, ihr Einsatz und ihr Engagement für die Menschen in Niederösterreich sind viel zu oft ungedankt. Was hier im Zusammenwirken von hauptberuflichen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für unsere Gesellschaft geleistet wird, ist in seinem vollen Umfang unbezahlbar. Das darf uns aber nicht daran hindern, weiter an Lösungen zu arbeiten, die eine nachhaltige finanzielle Basis für den weiteren Betrieb und Ausbau unserer Rettungsorganisationen schaffen.

Zum großen Projekt der Gesunderhaltung und der Gesundheitsförderung gehört für mich auch der Naturschutz. Ich sehe sehr viele Synergien zwischen dem Naturschutz, dem Erhalten einer intakten Umwelt und der Förderung der Volksgesundheit. Wir sind heute höchstwahrscheinlich Zeitzeugen schwerwiegender, zum Großteil irreversibler Schädigungen, die der Mensch der Natur zugefügt hat. Und es sollte klar sein, dass echte Lebensqualität, echtes Wohlfühlen und ein Lebensstil, den wir auch vor unseren Kindern und vor den kommenden Generationen rechtfertigen können, nur mehr mit der Natur und nicht gegen sie stattfinden kann.

Die Dynamik natürlicher Entwicklungen lässt es allerdings nicht zu, die Natur lediglich unter Glassturz zu stellen. Naturschutz verlangt daher eine gezielte Steuerung. Das NÖ Naturschutzkonzept soll dazu als inhaltlicher, an den regionalen Notwendigkeiten und Möglichkeiten angepasster Leitfaden dienen. Naturschutz ist nicht nur die Aufgabe einiger weniger, an der Natur besonders Interessierter. Effizienter Naturschutz muss, vergleichbar mit Notwendigkeiten des Klimaschutzes, auf möglichst breiter Ebene getragen und umgesetzt werden um sinnvoll zu wirken.

Ich lade daher, ähnlich wie im Bereich Gesundheit, herzlich zur Mit- und Zusammenarbeit ein. Besonders freuen würde ich mich über ein baldiges Gespräch mit Interessierten hier aus den Reihen der Abgeordneten. Ich möchte aber auch

die Vertreter all jener Vereine, die sich um die Anliegen der Natur und der Umwelt besonders annehmen, zu einem Gespräch einladen um auch hier gemeinsam im Interesse des Schutzes der Natur in Niederösterreich tätig zu sein.

Ich bin davon überzeugt, dass kontinuierlicher Interessens-, Erfahrungs- und Wissensaustausch dazu beiträgt, dass wir gemeinsam für die Menschen in Niederösterreich mehr Lebensqualität und mehr Wohlbefinden schaffen können. Wer mich und meinen Arbeitsstil kennt, weiß, dass ich auf Teamarbeit setze. Man kennt mich als konsensorientiert, aber in der Sache zäh und konsequent. Das sind Qualitäten, auf die ich auch bei meiner Arbeit innerhalb der NÖ Landesregierung setzen will. Von einer konsensualen und sachlichen Zusammenarbeit haben die Bürgerinnen und Bürger in Niederösterreich immer am meisten profitiert. Das ist mir wichtig.

Natürlich erhoffe ich mir von einer Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung besonders viel Rückenwind, gerade wenn es um die sozialen Perspektiven der Gesundheitspolitik geht. Ich freue mich aber ebenso über das Know How, das die neue Gesundheitsministerin einbringt, die ja die Situation in Niederösterreich sehr gut kennt und von der ich mir daher auch ein offenes Ohr für unsere niederösterreichischen Anliegen erwarte.

Meine politische Verantwortung gilt ab heute der Gesundheit der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Die breite Grundversorgung zu sichern, den offenen Zugang zur Spitzenmedizin zu gewährleisten und das Gesundheitssystem auch ökonomisch fit für die Zukunft machen, das sind, wie gesagt, meine Ziele dabei.

Mit dem selben Engagement werde ich mich aber auch für die Natur und den Schutz dieser Natur in unserem Bundesland einsetzen. Ich will diese intakt halten für kommende Generationen. Der Mensch allerdings muss seinen Platz in dieser Natur haben. Denn dass die Menschen im Mittelpunkt der Politik stehen, darüber sind wir uns hier im Hohen Haus ja sicher einig.

Auch wenn meine Politik eine durchaus sozialdemokratische Handschrift aufweisen wird, die Zusammenarbeit, die gemeinsame Arbeit für Niederösterreich, auch über Parteigrenzen hinweg, wird für mich im Zentrum meiner Tätigkeit in der NÖ Landesregierung stehen. Ich bin mir sicher, dass ich auf diese Zusammenarbeit in der Landesregierung zählen kann wenn es um gemeinsame Ziele geht. Und ich hoffe, dass wir hier im Landtag, dass die Fraktionen dieses Landtags möglichst oft mit

mir an Bord sind wenn es darum geht, die Gesundheit und die Natur diesem Land zu erhalten. Herzlichen Dank! (*Beifall im Hohen Hause.*)

Präsident Mag. Freibauer: Wir kommen zur Angelobung eines Mitgliedes des Landtages. Mit Schreiben von Frau Abgeordneten Karin Kadenbach, eingelangt in der Landtagsdirektion am 18. Jänner 2007, und mit Schreiben der Landeswahlbehörde beim Amt der NÖ Landesregierung, eingelangt in der Landtagsdirektion am 23. Jänner 2007, wird bekannt gegeben, dass die genannte Abgeordnete anlässlich ihrer Wahl zum Mitglied der NÖ Landesregierung ihr Mandat zurücklegt und daher gemäß § 103 Abs.2 und 3 der NÖ Landtagswahlordnung auf dieses Mandat Frau Bundesrätin Adelheid Ebner, 3665 Gutenbrunn 150, berufen wird.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Cerwenka, um Verlesung der Angelobungsformel.

(Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Schriftführer Abg. Cerwenka (SPÖ) (liest): Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Niederösterreich, stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

Präsident Mag. Freibauer: Frau Abgeordnete Ebner!

Abg. Ebner (SPÖ): Ich gelobe!

(Die Damen und Herren Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Präsident Mag. Freibauer: Ich gratuliere Frau Abgeordneter Ebner und wünsche ihr für ihre Arbeit viel Erfolg! (*Beifall im Hohen Hause. – Die Damen und Herren Abgeordneten gratulieren und überreichen Blumen.*)

Wir gehen in der Tagesordnung weiter. Der Klub der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs gibt Änderungen bei den Ausschüssen bekannt: Landwirtschafts-Ausschuss - Abg. Adelheid Ebner als Mitglied anstelle von Abg. Hermann Findeis. Schul-Ausschuss - Abg. Adelheid Ebner als Ersatzmitglied anstelle von Abg. Karin Kadenbach. Sozial-Ausschuss - Abg. Adelheid Ebner als Mitglied anstelle von Abg. Karin Kadenbach. Umwelt-Ausschuss - Abg. Adelheid Ebner als Ersatzmitglied anstelle von Abg. Karin Kadenbach. Rechnungshof-Ausschuss - Abg.

Hermann Findeis als Mitglied anstelle von Abg. Karin Kadenbach und Abg. Thumpser als Ersatzmitglied anstelle von Abg. Hermann Findeis.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt Wahl eines Mitgliedes des Bundesrates und eines Ersatzmitgliedes. Mit Schreiben, eingelangt in der Landtagsdirektion am 18. Jänner 2007, legt Frau Bundesrätin Adelheid Ebner ihr Mandat als Mitglied des Bundesrates für den Fall ihrer Angelobung als Abgeordnete zum NÖ Landtag zurück. Der für Frau Bundesrätin Adelheid Ebner als Ersatzmitglied gewählte Johann Pichler, 3860 Heidenreichstein, Dr. Adolf-Schärf-Straße 14, verzichtet ebenfalls mit Schreiben vom 18. Jänner 2007 auf seine Funktion als Ersatzmitglied für den Bundesrat. Der Klub der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs schlägt daher als neues Mitglied für den Bundesrat Frau Renate Seitner, 3512 Mautern, Melker Straße 21, und als Ersatzmitglied Herrn Johann Pichler, 3860 Heidenreichstein, Dr. Adolf-Schärf-Straße 14, vor.

Ich ersuche die Abgeordneten die Stimmzettel, welche auf den Plätzen aufliegen, in die Urne zu geben.

(Nach Stimmabgabe:)

Ich ersuche die Schriftführer um Vornahme der Stimmzählung.

(Nach Stimmzählung:)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abgegeben wurden 55 Stimmzettel. Auf einen Stimmzettel finden gleichzeitig zwei Wahlen statt. Das ist jetzt in den Stimmen unterschiedlich. Mit 52 gültigen Stimmen wurde in den Bundesrat als Mitglied gewählt Frau Renate Seitner und mit 53 gültigen Stimmen wurde in den Bundesrat als Ersatzmitglied gewählt Herr Bürgermeister Johann Pichler. *(Beifall im Hohen Hause. – Abg. Klubobmann Weninger geleitet die gewählte Bundesrätin Renate Seitner in den Sitzungssaal und überreicht Blumen.)*

Ich komme nun zum Tagesordnungspunkt Mitteilung des Einlaufes. Hinsichtlich der seit der letzten Sitzung bis zum Ablauf des gestrigen Tages eingelaufenen Verhandlungsgegenstände, deren Zuweisung an die Ausschüsse, der Weiterleitung von Anfragen und der eingelangten Anfragebeantwortungen verweise ich auf die elektronische Bekanntmachung der Mitteilung des Einlaufes. Diese wird in den Sitzungsbericht der heutigen Landtags-sitzung aufgenommen.

Einlauf:

- Ltg. 779/B-5/2 - Bericht des Rechnungshofes vom 12.2006 gemäß Art. 1 § 8 Bezügebegrenzungsgesetz, BGBl. I Nr. 64/1997 für die Jahre 2004 und 2005 – wurde am 11.1.2007 dem Rechnungshof-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung
- Ltg. 780/W-8/1 - Vorlage der Landesregierung vom 5.12.2006 betreffend Änderung des NÖ Wirtschafts- und Tourismusfondsgesetzes – wurde am 11.1.2007 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.
- Ltg. 781/S-5/37 - Vorlage der Landesregierung vom 19.12.2006 betreffend Landespflegeheim Raabs/Thaya, Neubau, Kostenerhöhung – wurde am 11.1.2007 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.
- Ltg. 783/H-2/2 - Vorlage der Landesregierung vom 9.1.2007 betreffend NÖ Landesausstellung 2007 „Feuer & Erde“ in Waidhofen/Ybbs und St. Peter/Au; Übernahme einer Landeshaftung – wurde am 11.1.2007 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.
- Ltg. 784/B-44/3 - Bericht der Landesregierung vom 9.1.2007 betreffend Rechnungsabschlüsse und Tätigkeitsberichte des Niederösterreichischen Gesundheits- und Sozialfonds Bereich Gesundheit und Bereich Soziales für das Jahr 2005 – wird dem Gesundheits-Ausschuss zugewiesen.
- Ltg. 785/W-17 - Vorlage der Landesregierung vom 16.1.2007 betreffend Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen (2. Tranche) –

wurde am 17.1.2007 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 786/H-11/25 - Vorlage der Landesregierung vom 16.1.2007 betreffend Landeskrankenhaus Mostviertel Amstetten-Mauer, Pavillon 6 - Instandsetzung Kinder-, Jugend- und Neuropsychiatrie, Umwidmung und Freigabe der Gesamtkosten - wurde am 17.1.2007 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 787/H-11/26 - Vorlage der Landesregierung vom 16.1.2007 betreffend Landeskrankenhaus Donauregion Tulln, Zu- und Umbau, Projekterweiterung, Aufstockung der Gesamtherstellungskosten – wurde am 17.1.2007 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 789/B-1 - Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 12 der XVI. Gesetzgebungsperiode - wurde am 18.1.2007 im Rechnungshof-Ausschuss erledigt und steht auf der Tagesordnung.

Anfragen:

Ltg. 774/A-4/171 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Nitsch Museum.

Ltg. 775/A-5/164 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landesrätin Dr. Bohuslav betreffend Nitsch Museum.

Ltg. 776/A-5/165 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landesrat Mag. Sobotka betreffend Nitsch-Museum.

Ltg. 777/A-5/166 - Anfrage des Abgeordneten Cerwenka an Landesrätin Kranzl betreffend Auswirkungen der Strukturreform im Pflichtschulbereich.

Ltg. 778/A-5/167 - Anfrage des Abgeordneten Weiderbauer an Landesrätin Kranzl betreffend Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahlen im Pflichtschulbereich.

Ltg. 782/A-4/172 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Verweigerung der Beantwortung einer Anfrage zur Meinungsumfrage der NÖ Landesakademie.

Ltg. 788/A-4/173 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend geplanter Moscheebau in Bad Vöslau.

Anfragebeantwortungen zu Ltg. 749/A-4/169 und Ltg. 752/A-4/166 von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll.

Präsident Mag. Freibauer: Heute sind noch eingelangt die Anfragen:

Ltg. 791/A-4/174, Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an LHStv. Gabmann betreffend gefährliche Abfälle in Eggendorf.

Ltg. 791/A-4/174, Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an LR Dipl.Ing. Plank betreffend gefährliche Abfälle in Eggendorf.

Ltg. 793/A-5/168, Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an LH Dr. Erwin Pröll betreffend gefährliche Abfälle in Eggendorf.

Die Anfragebeantwortungen sind eingelangt von LH Dr. Pröll zu Ltg. 774/A-4/171, von Frau Landesrätin Dr. Bohuslav zu Ltg. 775/A-5/164 und von Herrn Landesrat Mag. Sobotka zu Ltg. 776/A-5/165.

Eingelangt sind Anträge:

Ltg. 795/A-2/28 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Weninger, MMag. Dr. Petrovic, Waldhäusl u.a. betreffend Änderung der NÖ Landtagswahlordnung 1992. Dieses Stück wird dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 796/A-2/29 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Weninger, MMag.

Dr. Petrovic, Waldhäusl u.a. betreffend Änderung des NÖ Initiativ-, Einspruchs-, und Volksbefragungsgesetzes. Dieses Stück wird dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 797/A-2/30 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Weninger, MMag. Dr. Petrovic, Waldhäusl u.a. betreffend Änderung der NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994. Dieses Stück wird dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zugewiesen.

Eingebracht wurde weiters ein Antrag der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic, Mag. Fasan, Dr. Krismer-Huber und Weiderbauer gemäß § 32 LGO 2001 betreffend Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und Briefwahl, Ltg. 794/A-3. Der Antrag ist laut Geschäftsordnung nicht entsprechend unterstützt. Ich stelle daher gemäß § 32 Abs.5 LGO 2001 die Unterstützungsfrage. Wer die Behandlung dieses Antrages unterstützt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. *(Nach Abstimmung:)* Das sind die Grünen, die SPÖ-Fraktion, die FPÖ und Abg. Mag. Ram. Das ist dennoch die Minderheit. Der Antrag kommt daher nicht zur Behandlung.

Eingebracht wurde ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maier u.a. betreffend Umsetzung des Regierungsübereinkommens betreffend Wählen mit 16 und Briefwahl, Ltg. 790/A-1/71. Zum Antrag der Abgeordneten Maier u.a. wurde beantragt, dass dieser am Beginn der Landtagssitzung zur Behandlung gelangen möge. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Wer ist dagegen? Es sind alle dafür dass der Antrag dann am Beginn der Landtagssitzung, also jetzt, behandelt wird.

Wir kommen daher zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Abg. Maier u.a. betreffend Umsetzung des Regierungsübereinkommens betreffend Wählen mit 16 und Briefwahl, Ltg. 790/A-1/71.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Maier als erstunterfertigten Antragsteller, die Dringlichkeit des Antrages zu begründen.

Abg. Maier (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Dringlichkeit des eingebrachten Antrages betreffend Umsetzung des Regierungsüberein-

kommens betreffend Wählen ab 16 und Briefwahl begründet sich darin, dass die Bundesorgane raschest vom Wunsch des NÖ Landtages Kenntnis haben, damit die gesetzlichen Voraussetzungen auf Bundesebene geschaffen werden um diese beiden demokratiepolitischen Verbesserungen des Wahlrechts bei der Landtagswahl anwenden zu können. Ich bitte um Abstimmung über die Dringlichkeit.

Präsident Mag. Freibauer: Gemäß § 33 Abs.4 LGO 2001 wird über die Zuerkennung der Dringlichkeit ohne Debatte abgestimmt. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Alle stimmen dafür, dass die Dringlichkeit zuerkannt wird.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Maier, nunmehr zu diesem Geschäftsstück selbst zu berichten.

Berichterstatter Abg. Maier (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zum Dringlichkeitsantrag bezüglich Umsetzung des Regierungsübereinkommens betreffend Wählen ab 16 und Briefwahl.

Der Inhalt des Antrages bezieht sich auf das Kapitel Wahlrecht des Regierungsübereinkommens für die XXIII. Gesetzgebungsperiode, das die Punkte Wahlaltersenkung auf 16 Jahre, Briefwahl und Vereinfachung des Wahlvorganges im Ausland beinhaltet.

Bereits am 16. März 2000 hat der NÖ Landtag mit einer Resolution zum Ausdruck gebracht, dass Wählen mit 16 bundesweit einheitlich umgesetzt werden soll. Bezüglich Briefwahl ist zu berichten, dass dadurch der Zugang zur Wahl wesentlich erleichtert würde. Beide Verbesserungen des Wahlrechts sollen im Hinblick auf die NÖ Landtagswahl, die aller Voraussicht nach die erste große Wahl nach Bildung der neuen Bundesregierung ist, umgesetzt werden. Die Einführung der Briefwahl setzt entsprechende Regelungen in der Bundesverfassung voraus.

Daher komme ich zur Verlesung des Antrages *(liest:)*

„Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Maier, Mag. Schneeberger, Mag. Freibauer, Ing. Penz, Hiller, Ing. Hofbauer, Mag. Riedl, Adensamer, Doppler, DI Eigner, Erber, Friewald, Grandl, Hensler, Herzig, Mag. Heuras, Hinterholzer, Hintner, Hofmacher, Honeder, Mag. Karner, Lembacher, Dr. Michalitsch, Moser,

Nowohradsky, Dr. Prober, Ing. Rennhofer, Rinke, Schittenhelm, DI Toms, Mag. Wilfing betreffend Umsetzung des Regierungsübereinkommens betreffend Wählen mit 16 und Briefwahl.

Im Regierungsübereinkommen zur Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die XXIII. Gesetzgebungsperiode findet sich unter dem Kapitel Wahlrecht das Bekenntnis zu einer Wahlrechtsreform mit folgenden Punkten:

- In der kommenden Gesetzgebungsperiode wird das aktive Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt.
- Die derzeit nur für die Stimmabgabe im Ausland vorgesehene Briefwahl soll auch für die Stimmabgabe im Inland vorgesehen werden. Dabei soll auch der Wahrung des Wahlgeheimnisses besonderes Augenmerk gewidmet werden. Die Briefwahl soll für folgende Wahlen gelten: Bundespräsident, Nationalrat, Landtage, Gemeinderäte, Bürgermeister-Direktwahlen in jenen Ländern, wo dies vorgesehen ist.
- Der Wahlvorgang im Ausland wird vereinfacht: Entfall der Notwendigkeit der Unterschrift eines Zeugen (stattdessen ‚eidstattliche Erklärung‘ des Wählers), Anlegung von Auslands-Österreicher-Wählerevidenzen an den Vertretungsbehörden, Streichung aus den lokalen Wählerevidenzen nur mit Zustimmung des Betroffenen.’

Für die unterfertigten Abgeordneten war es stets wichtig, dass Gemeinde- und Landesebene nicht zu einem Exerzierfeld für ‚Wählen mit 16‘ werden. Dies wurde auch in einer Landtagsresolution vom 16. März 2000 zum Ausdruck gebracht und diesbezüglich die Bundesorgane aufgefordert, die entsprechenden Voraussetzungen für das Wählen mit 16 auf Bundesebene zu schaffen. Auch die Meinung der Jugendlichen wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. So befürworteten laut einer Jugendstudie aus dem Jahr 2006 nur 26,8 % der Jugendlichen das Wählen mit 16 Jahren, ab 18 hingegen 71,7 %. Es wird daher eine wichtige Aufgabe sein, die Jugendlichen auf ihre Rechte und die damit verbundenen Aufgaben vorzubereiten und unter anderem in den Schulen die ‚politische Bildung‘ auszubauen.

Im Regierungsübereinkommen ist jedoch nicht nur das Wählen mit 16 sondern auch die Briefwahl enthalten. Die unterfertigten Abgeordneten stehen zu beiden Verbesserungen des Wahlrechtes und zu

deren Umsetzung. Durch die Briefwahl wird der Zugang zur Wahl wesentlich erleichtert. Wählerinnen und Wähler, die sich am Tag der Wahl nicht in ihrer Gemeinde aufhalten, könnten auf unproblematische Weise von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Die Niederösterreichische Landtagswahl wird aller Voraussicht nach die erste große Wahl nach der Bildung einer neuen Bundesregierung sein. Die gefertigten Abgeordneten gehen daher davon aus, dass die Unterzeichner des Regierungsübereinkommens und damit ihre Parteien die Voraussetzungen so zeitgerecht schaffen wollen, damit bei der ersten Wahl nach Bildung der neuen Bundesregierung, das ist die NÖ Landtagswahl – bei der über 1,2 Millionen Wähler wahlberechtigt sein werden – beide Neuerungen beim Wahlrecht – Wählen mit 16 und Briefwahl - bereits angewendet werden.

Da die Einführung der Briefwahl auf Landtags- und Gemeinderatsebene entsprechende Regelungen in der Bundesverfassung voraussetzt, gehen die Unterzeichneten davon aus, dass die erforderlichen Regelungen bis spätestens Mitte des Jahres 2007 auf Bundesebene geschaffen werden, sodass ausreichend Zeit bleibt, die Landtagswahlordnung Niederösterreichs zu ändern, um beide Verbesserungen des Wahlrechtes bei der nächsten Landtagswahl anwenden zu können.

Dieser Antrag soll ohne Ausschussberatung im Landtag behandelt werden, damit die Bundesorgane raschest vom Wunsch des NÖ Landtages Kenntnis haben.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der NÖ Landtag bekennt sich zu den im Regierungsübereinkommen vorgesehenen demokratiepolitischen Verbesserungen des Wahlrechtes – Wählen mit 16 und Briefwahl.

Die Landesregierung wird daher ersucht, die Bundesregierung und die Klubs der im Nationalrat vertretenen Parteien aufzufordern, in Umsetzung des Regierungsübereinkommens die gesetzlichen Voraussetzungen für Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl und für die Briefwahl bis spätestens Mitte des Jahres 2007 zu schaffen, damit auch die NÖ Landtagswahlordnung noch so rechtzeitig geändert werden kann, um auch bei der kommenden Landtagswahl diese beiden demokratiepolitischen Verbesserungen des Wahlrechtes anwenden zu können.

Gemäß § 33 Abs. 1 LGO 2001 wird beantragt, dass dieser Antrag im Landtag ohne Ausschussberatung am Beginn der Landtagssitzung zur Behandlung gelangen möge.“

Herr Präsident, ich bitte um Durchführung der Debatte und Abstimmung.

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Hohes Haus!

Es ist nach den soeben erfolgten Abstimmungsvorgängen jetzt nur ein Antrag, der Dringlichkeitsantrag der ÖVP, in Diskussion. Ich hätte es sehr begrüßt, wenn wir über den inhaltlich in vielen Punkten übereinstimmenden, nur in einem zentralen Punkt abweichenden Antrag der Grünen auch und mit derselben Selbstverständlichkeit hier hätten reden können. Und wenn man schon über Demokratiep Politik wieder einmal hier reden kann, dann ist es mir doch wichtig, Ihnen ein kleines Beispiel zu erzählen was bis vor einiger Zeit in Tirol, in einem Land, in dem auch die ÖVP die starke und dominante Landespartei ist, zu berichten.

In Tirol war es nach der alten Geschäftsordnung so, dass man zum Einbringen eines Abänderungsantrages vier Unterschriften gebraucht hat. Die Tiroler Grünen hatten nur drei. Mit der größten Selbstverständlichkeit hat der ÖVP-Präsident des Hauses immer und in allen Fällen die fehlende Unterschrift, seine Unterschrift, auf jeden grünen Antrag gesetzt. Damit er diskutiert werden kann. Auch in Themen, in Materien, wo er inhaltlich sehr stark und mit guten Gründen dagegen war. Das nenne ich demokratiepolitische Größe! Und so eine Haltung vermisse ich schmerzlich hier in diesem Haus! (*Beifall bei den Grünen.*)

Wissen Sie, mittel- und längerfristig, glaube ich, tut sich die dominante Mehrheit hier im Hause keinen guten Dienst, wenn sie es nicht zulässt, auf Grund einer antiquierten Geschäftsordnung, auf Grund von Verhandlungen, die zunächst erfolgreich erschienen, dann im Nichts geendet sind, wenn sie es nicht zulässt, dass Anträge, mit denen sie inhaltlich nicht übereinstimmt, hier diskutiert und erforderlichenfalls abgelehnt werden. Ich glaube, es würde dem Haus, insgesamt dem Ansehen der Politik und auch der Möglichkeit, gegenteilige Standpunkte zu artikulieren, sehr, sehr nützen.

Meine Damen und Herren! Zum konkreten Punkt, Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und Briefwahl. Der Antrag der Grünen, dem die erfor-

derliche Unterstützung fehlt, hat sich in einem einzigen wichtigen Punkt vom Dringlichkeitsantrag der ÖVP unterschieden. Nämlich was das Junktim von Briefwahl und Wahlaltersenkung betrifft. Jetzt sind beides Punkte, die durchaus legitim verlangt werden können, die aus grüner Sicht eine unterschiedliche Dringlichkeit haben. Aber auch über die Frage der Briefwahl kann man mit uns absolut reden. Wir haben das x-Mal auch im Österreich-Konvent so festgestellt. Ich habe im Österreich-Konvent etwas schmerzlich vermisst eine etwas lebhaftere Artikulation von diesen Wünschen auch in Richtung auf Durchsetzung. Es hätte dann natürlich auch geheißen, dass es insgesamt um ein Demokratiepaket geht. Aber ich habe den Eindruck, im Moment dient dieses Junktim, das die ÖVP hier mit ihrem Dringlichkeitsantrag einführt, einem einzigen Grund: Nämlich bei dieser Landtagswahl die jungen Leute zwischen 16 und 18 nicht wählen zu lassen. (*Heiterkeit bei der ÖVP. – Abg. Mag. Schneeberger: Das kostet mich einen Lacher!*)

Es kostet Ihnen einen Lacher und den jungen Leuten kostet es ihr Stimmrecht bei dieser Wahl. Herr Klubobmann! Sie sind nicht seit gestern erst in der Politik und ich auch nicht. Wir wissen, was dieses Junktim bedeutet. Wir wissen, wie die Vorgänge auf Bundesebene sind und dass das halt alles vielleicht noch ein bisschen mühsamer und in einer großen Koalition noch ein bisschen langsamer ist. Und wenn man noch ein bisschen was in ein Paket hineinhaut und dann riesige und immer größere und immer größere Pakete schnürt, dann kommt am Ende das heraus was beim Österreich-Konvent herausgekommen ist bisher, nämlich nichts! Und genauso schauts aus. Und genauso werden aber dann auch die Verantwortlichkeiten ausschauen. Denn wenn die jungen Leute bei der nächsten Landtagswahl in Niederösterreich nicht wählen können, dann dürfen sie sich nur und ausschließlich bei der ÖVP dafür bedanken, dass man ihnen ihr Wahlrecht genommen hat. (*Beifall bei den Grünen.*)

Denn eines soll man auch ... Wissen Sie, man kann natürlich immer, das ist genauso dann wie beim Klimaschutz und genauso wie beim Global Marshall Plan. Alles Themen, die alle unsere Menschen hier im Lande, die ganze Bevölkerung, interessieren. So lange sie immer agieren, ja erst müssen die auf der Bundesebene was tun und die sagen wieder, ja, wir können erst was tun wenn die EU was tut. Und die EU sagt, ja, wir können erst was tun wenn die Amerikaner was tun. Und letztlich ist es genau das Strickmuster nach dem von der kleinen Einheit bis zur großen Einheit gar nichts passiert. Und alles auf einen ganz bestimmten Tag hin verschoben wird, nämlich auf den St. Nimmerleinstag!

Meine Damen und Herren! Nichts und niemand könnte uns heute - außer die ÖVP - zurückhalten, tatsächlich die jungen Leute ab 16 in Niederösterreich wählen zu lassen wie das in anderen Bundesländern sich ja schon bewährt hat. Das liegt nämlich ganz autonom hier in den Händen des Landtages. Das heißt, es liegt an uns ob wir sagen, jenseits aller anderen demokratiepolitischen Verbesserungen, für die wir leider nicht zuständig sind, ob die jungen Leute hier in Niederösterreich mit 16 wählen können sollen. Und ich glaube, ehrlich gesagt, nicht, dass die jungen Menschen in Niederösterreich unreifer oder dümmer oder weniger geeignet sind ihre eigene Zukunft zu entscheiden als die jungen Menschen in Wien oder im Burgenland.

Daher denke ich, es wäre eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass Niederösterreich einen Zug der Zeit wahrnimmt und dass wir hier und heute tatsächlich beschließen, die Wahlaltersenkung durchzuführen. Und zwar, mit Wirksamkeit für die nächste Landtagswahl. Und dass wir nicht das tun was sie sonst immer, wenn es Ihnen inhaltlich ins Zeug passt, immer sagen: Ja, aber erst müssen die und die und die. Niederösterreich hat gezeigt, auch die NÖ Landesregierung hat durchaus mit Nachdruck auch immer wieder geschafft, Dinge durchzusetzen, die der NÖ Landesregierung wichtig waren. (*Abg. Mag. Schneeberger: So einfach ist es!*)

Genau! So einfach ist es. Das heißt, der einfache Schluss lautet, der NÖ Landesregierung, dem NÖ Landeshauptmann ist das Entscheidungsrecht der jungen Menschen in Niederösterreich nicht wichtig. Und das ist traurig! (*Beifall bei den Grünen.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Werter Landtag!

Nach 10 Jahren Ablehnung durch die ÖVP ist plötzlich die Dringlichkeit durchgesickert. Die ÖVP hat erkannt, dass es dringlich ist, dass unsere Jugendlichen auch wählen dürfen. Das Argument der Dringlichkeit ist aber nicht, weil es um die Jugendlichen geht, sondern wie der Abgeordnete Maier argumentiert hat, deswegen so dringlich, weil es im Regierungsübereinkommen steht. Das heißt auf den Punkt gebracht, die Jugendlichen sind Ihnen noch immer „wurscht“. Weil in diesem Hause haben Sie 10 Jahre immer abgelehnt wenn es um die Interessen der Jugendlichen gegangen ist.

Und jetzt hat sie die ÖVP im Bunde eingeholt, sie hat sie überholt und auf Bundesebene hat die neue Regierung jetzt fixiert, dass die Jugendlichen wählen sollen mit 16 Jahren. Dass sie ihre Reife auch bei der Wahl zum Ausdruck bringen. Und plötzlich steht die ÖVP Niederösterreich so irgendwie vor dem Stadttor wie man so bäuerlich sagt, und weiß nicht was sie machen soll. Immer dagegen gestimmt, immer gesagt, nein, das passt nicht und plötzlich, was soll man tun? Die Dringlichkeit heranziehen.

Aber, und das hat die Kollegin Klubobfrau Petrovic jetzt schon gut zum Ausdruck gebracht, aber wieder einmal ein bisschen als PR-Gag. Wir haben ja heute noch einen zweiten PR-Gag. Es sind die PR-Gags von Erwin Pröll, die kennen wir ja schon, plötzlich hat er es gefordert. In Wirklichkeit hat er auch das Regierungsprogramm dann irgendwann einmal gelesen und hat gemerkt, dass seine schwarzen Freunde im Bund da mit der SPÖ was anders ausverhandelt haben.

Es geht darum, dass die Gefahr besteht, dass das jetzt schubladiert wird. Dieses Problem wird nach Wien verlagert und in Wien ist es gekoppelt ja nicht nur an dieses Wählen mit 16, sondern an verschiedene andere Punkte. Hat die Klubobfrau Petrovic ganz genau ausgeführt. Und da besteht die Gefahr, dass das sicher nicht alles durchgeht, weil es verschiedene Diskussionen in Wien geben wird, verschiedene Argumente, verschiedene Anschauungen. Im Bereich der Briefwahl, aber auch in anderen Bereichen. Und plötzlich könnte das Recht der Jugend, wählen zu dürfen bereits für die Landtagswahl 2008 in Niederösterreich, dadurch auch schubladiert werden.

Denn das Thema selbst, das, glaube ich, ist unumstritten. Ist für den NÖ Landtag nichts Neues. Wir wissen, wie viele Anträge hier schon eingebracht wurden. Wieviel Zustimmung in der Rede und in der Argumentation auch von der ÖVP bereits gekommen ist. Nur abgelehnt wurde ein Antrag nach dem anderen. Ob es jetzt die Angst davor ist, dass die Jugendlichen vielleicht nicht alle ÖVP wählen könnten, ob die ÖVP den Jugendlichen die Intelligenz abgesprochen hat, was immer, muss die ÖVP selbst argumentieren. Faktum ist, dass bis jetzt diese Senkung des Wahlalters schon längst über die Bühne sein könnte, schon längst beschlossene Sache sein könnte. Weil wir das alleine hier in diesem Haus beschließen könnten.

Wir bräuchten dazu nicht die Bundesregierung, wir bräuchten dazu keinen Dringlichkeitsantrag.

Denn dieser Dringlichkeitsantrag kommt 10 Jahre zu spät. Ich glaube, die Jugendlichen haben ein dringendes Bedürfnis mitbestimmen zu können. Und wenn man sich so ein paar Medienberichte anschaut, hat ja nicht lange, hat ja der Landeshauptmann selbst wieder gesagt, die Jugendlichen sollen mitbestimmen. Ja, wie hat er das gemeint? Ich hoffe auch beim Wählen.

Und daher soll und muss es geändert werden. Aber nicht auf diese Art und Weise. Na selbstverständlich werde ich mich heute nicht verschließen und werde auch diesem No-Na-Antrag die Zustimmung geben. Aber dass es wirklich stattfindet, gibt es einen anderen Antrag der das sehr wohl heute bewirken könnte. Ein Antrag, der von Klubobmann Weninger inszeniert wurde, wo meine Person und auch die Grünen beigetreten sind. Und ich hoffe, dass dieser Antrag dann die Zustimmung erfährt und auch das Wählen mit 16 endgültig regelt.

Das heute hier ist ein kleiner PR-Gag und nichts anderes als dass die ÖVP vorm Stadtor steht und weiß nicht wo es weiter geht.

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram: Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Landtages! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Heute Wählen mit 16, wieder einmal ein Punkt, den wir schon öfter in diesem Hause diskutiert haben. Ich glaube, jeder weiß wo ich stehe in dieser Angelegenheit. Auch ich vertrete selbstverständlich die Meinung, dass man den Jugendlichen das Wahlrecht mit 16 Jahren geben sollte. Ganz einfach auch deswegen, weil sich die Zeiten geändert haben. Man braucht sich das nur anschauen, wie reif Jugendliche mit 16, 17 Jahren heute schon sind, welche Rechte sie haben, welche Pflichten sie haben. Und man braucht gar nicht so weit gehen wie unser Landwirtschaftsminister Pröll, der ja gesagt hat sinngemäß, wenn 16-Jährige Vierschanzentruppen gewinnen können, so kann man ihnen auch das Recht geben oder sollte man ihnen das Recht geben, auch zu wählen.

Insofern sehe ich diesen heutigen Antrag als etwas Positives, auch natürlich im Zusammenhang mit der Briefwahl. Was mir auch nicht ganz gefällt ist natürlich diese Verknüpfung der beiden Angelegenheiten. Beides halte ich für sehr wesentlich und sehr wichtig. Wenn man kurz auf die Briefwahl eingehen kann, so hat das der Kollege Maier ja in seinem Bericht dargebracht. Das ist eine Ausweitung und ein demokratiepolitischer Fortschritt. Man

gibt Menschen die Möglichkeit und das in Zeiten der Politikverdrossenheit, in Zeiten der sinkenden Wahlbeteiligung, sich am demokratischen Prozess zu beteiligen. Deswegen eine hundertprozentige Zustimmung zu dieser Ausweitung.

Doch hier gehören natürlich die Gegebenheiten, die Möglichkeiten rechtlicher Natur auf Bundesebene dafür geschaffen. Ich würde sogar noch ein bisschen weiter gehen bei diesem Punkt und Überlegungen anstellen, inwiefern man in weiterer Zukunft auch an andere Arten der Stimmabgabe denken sollte. Wenn man hier überlegt, dass andiskutiert wird, E-Voting, die Stimmabgabe mit geschützten Passwörtern übers Internet. Ich glaube, das wird die Zukunft sein und das wird uns auch dementsprechend beschäftigen.

Um noch einmal auf Wählen mit 16 zurückzukommen. Ich habe schon gesagt, wir haben in diesem Haus sehr lange diskutiert. Und wenn der Kollege Weninger hier einen Antrag bzw. eine Initiative vorbereitet hat, so weiß ich, und das habe ich auch im Internet nachlesen können, dass er zum Beispiel vor 20 Jahren als Jugendobmann diese Forderung aufgestellt hat. Ich war auch vor 10 Jahren Jugendobmann einer Jugendbewegung. Und auch damals, weiß ich, war das ein Punkt, den wir immer wieder diskutiert haben. Wo die Jugendlichen gesagt haben, bitte gebt uns die Möglichkeit, dass wir mitbestimmen können, weil wir haben auch Rechte und wir haben auch Pflichten. Und deswegen sollte man, gerade was die Zukunft betrifft, wo natürlich sehr viele Entscheidungen für die Jugendlichen auch hier in diesem Haus getroffen werden, die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die jungen Menschen auch mitsprechen können und ihre Stimme auch dementsprechend abgeben können.

Ich glaube auch, dass Wählen mit 16 ein Punkt ist um die Politikverdrossenheit der Jugendlichen zu verhindern. Um zu verhindern dass sie sagen, wir werden von der Politik sowieso nicht ernst genommen. Und es zeigen auch die Beteiligungen in anderen Bundesländern, bei Landtagswahlen, wo es ja schon ... Experimente kann man nicht sagen, aber wo es wirklich schon so war, dass zum Beispiel im Burgenland oder in Wien Jugendliche an Landtagswahlen teilgenommen haben. Dort hat sich gezeigt, dass die Wahlbeteiligung in etwa ähnlich war der Gesamtbevölkerung. Nur zwei bis drei Prozent geringer. Und ich glaube, das ist auf jeden Fall auch ein Argument um hier das Wählen mit 16 auch durchzusetzen.

Ich würde sogar noch ein bisschen weiter gehen: Wenn man mit 16-Jährigen über die Rechte,

über die Pflichten, über das Wahlrecht spricht, sollte man auch andiskutieren und andenken, in der Zukunft die Volljährigkeit zu senken. Ich glaube, dass es nicht mehr zeitgemäß ist, dass die Volljährigkeit hier bei 18 liegt. Hier sollte man auch überlegen, das vielleicht auf 17 oder auf 16 zu senken. Wie gesagt, das wäre eine Überlegung für die Zukunft.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass ich diesem heutigen Antrag der eingebracht wurde als Dringlichkeitsantrag – und die Dringlichkeit ist ja wirklich gegeben wie man gesehen hat – auf jeden Fall meine Zustimmung geben werde. Weil ich glaube, auch wenn es nicht das ist, das Maximum ist, das wäre der Antrag von Kollegen Weninger was jetzt Wählen mit 16 betrifft, aber die beiden Punkte, die in diesem Antrag, der heute zur Verhandlung steht, vorgenommen werden, sowohl die Briefwahl als auch Wählen mit 16, ist mir ein persönliches Anliegen. Was aber auch, so glaube ich, dazu beitragen wird, dass die Demokratiepoltik sich weiter fortsetzt und ein demokratiepolitischer Fortschritt mit diesem Antrag durchgesetzt wird. *(Beifall bei Abg. Doppler.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Weiderbauer.

Abg. Weiderbauer (Grüne): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte meine Wortmeldung in Ergänzung zu den Vorrednerinnen so anlegen, dass sie als Sprecherrolle für die Jugendlichen gilt und nicht als Bevormundung. Ich habe so immer bei der ÖVP ein bisschen das Gefühl, dass sie genau weiß, was die Jugendlichen in Niederösterreich wollen. Und auch immer wieder versucht, uns das mitzuteilen, dass die das in Wirklichkeit gar nicht wollen. Denn es gibt da eine Studie, wo angeblich nur ein Drittel Wählen mit 16 wollen und die anderen nicht.

Herr Präsident, gerade Ihnen liegt ja der Jugendkongress sehr am Herzen. Der wurde ja von Ihnen inszeniert und initiiert. Und da ist bei vier von fünf Jugendkongressen dieses Thema immer wieder zur Sprache gekommen. Und auch mehrheitlich haben sich die Jugendlichen bei diesen Jugendkongressen dafür ausgesprochen mit 16 zu wählen. Und demzufolge haben wir natürlich dann im Landtag, als wir diese Anträge behandelt haben, auch den Antrag zur Wahlaltersenkung gestellt. Und der wurde schlicht und einfach immer von der ÖVP abgeschmettert und dem wurde nicht zugestimmt.

Und ich frage mich, wenn in anderen Bundesländern ..., das ist heute schon ein paar Mal angeklungen, dort sitzen ja auch ÖVP-Abgeordnete, in Wien und im Burgenland, sind die in Niederösterreich um so vieles gescheiter dass sie wissen was die Jugendlichen wollen und können und können dürfen als die in Wien und im Burgenland? Gerade in Wien war es so, dass überdurchschnittlich viele Jugendliche wählen gegangen sind mit 16. Und sie haben sich nicht nach Personen orientiert, sie haben sich sehr wohl nach Inhalten orientiert. Das heißt, sie haben gewusst was sie wählen sollen und wie sie das machen sollen. Und wenn jetzt auch die Vorsitzende der Jungen ÖVP meint und ins gleiche Horn stößt, das wäre ein Exerzierfeld bei Gemeinderatswahlen und bei Landtagswahlen in Niederösterreich, das mit 16 zu machen: Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür. Warum soll das ein Exerzierfeld sein? Wenn der Landtag in Niederösterreich imstande ist das zu beschließen, dann soll das bitte endlich gemacht werden. Das ist schon lang überfällig! *(Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)*

Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist mir noch abgegangen bei den anderen Wortmeldungen, das ist die politische Bildung in den Schulen. Ich glaube, dass das ein ganz entscheidender Punkt ist und dass es für die Jugendlichen einfacher, besser möglich ist, diesen Wahlgang zu machen wenn sie eine gediegene Ausbildung in politischer Bildung haben. Denn es macht einen Unterschied ob ich politische Bildung in der Schule habe und kann erst in drei oder vier Jahren wählen gehen, zu dem, wenn ich politische Bildung habe und kann schon im nächsten Jahr wählen gehen. Das heißt, es bedarf einer Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer diesbezüglich und einer gediegenen Ausbildung der Schülerinnen, dann wird das funktionieren. Und ich appelliere noch einmal an Sie: Nehmen Sie unseren Antrag an und beschließen wir von mir aus in der nächsten Landtagssitzung Wählen mit 16 in Niederösterreich. Danke schön. *(Beifall bei den Grünen und Abg. Mag. Kögler.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren!

Vorerst gestatten Sie mir eine Wortmeldung zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt, nämlich der Wahl eines Regierungsmitglieds und der

damit verbundenen Wortmeldung der Frau Dr. Petrovic. Wahrscheinlich nehmen Sie Ihre vorhandene Situation als Maßstab. Denn ich gehe davon aus, dass den Regierungsparteien, ob ÖVP oder SPÖ, völlig egal ist, wann ein Regierungswechsel stattfindet, weil sie in ihren Reihen kompetente, durchschlagskräftige Menschen haben. Das haben Sie nicht! Daher ist es klar, dass Sie hier ein Problem sehen. *(Abg. MMag. Dr. Petrovic: Deswegen habt Ihr sie alle gewählt!)*

Ich gehe davon aus, liebe Frau Petrovic, ich gehe davon aus, und die Vorstellung ...

Frau Kollege Petrovic! Sie kommen nicht in Verlegenheit, ein Regierungsmitglied zu stellen. Aber ich gehe davon aus und ich glaube, Partei übergreifend sagen zu können, die Vorstellung der Frau Kadenbach, die sie hier heute geliefert hat, hat Sie in Wahrheit Lügen gestraft. Wir haben kompetente Menschen in diesem Haus und das Land Niederösterreich ist in hervorragenden Händen! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. MMag. Dr. Petrovic: Wieso wählen Sie sie dann nicht? Weil sie so kompetent ist! 21 ÖVPler haben sie nicht gewählt!)*

Und jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt ... *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Hohes Haus! Wenn wir auf diesen Tagesordnungspunkt, der nunmehr zur Abstimmung kommt, zurückkommen, dann möchte ich schon ein bisschen zurückblicken und eines feststellen: Es war die ÖVP in diesem Haus, die seit Jahren demokratiepolitische Initiativen gesetzt hat um eben ... *(Unruhe bei der SPÖ. – Abg. Waldhäusl: Dagegen stimmen!)*

Wollt ihr Beispiele hören? In welchem Land gibt es die Möglichkeit ... *(Unruhe bei der SPÖ.)* Man merkt dass ihr unheimlich nervös seid. Das ist unfassbar! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wahrscheinlich haben Sie die Vergangenheit nicht im Sinn und lernen nicht daraus. Es war die ÖVP, die den Wählerinnen und Wählern es möglich gemacht haben, in Niederösterreich acht Tage, drei Tage vor einer Landtagswahl wählen gehen zu können. Um eben einen demokratiepolitischen Zugang zu gewährleisten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es war die Österreichische Volkspartei in diesem Lande, die es möglich gemacht hat, dass Persönlichkeiten gewählt werden. Damit tut ihr euch sehr schwer, weil ihr wenige in euren Reihen habt. Wir haben mit „Name vor Partei“ einen Akzent gesetzt der österreichweit zu suchen ist. Das ist demokratiepolitischer Zugang! *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ. – Abg. Mag. Fasan: Soviel*

Demokratie findest in Niederösterreich wirklich nicht!)

Es muss euch wirklich sehr unangenehm sein. Es muss euch wirklich sehr unangenehm sein, weil so unruhig habe ich euch schon lange nicht erlebt. Ich verstehe es auch. Denn ihr habt, die neue Bundesregierung vor der Bildung als Voraussetzung einer gemeinsamen Bildung einen Pakt geschlossen. Demokratiepolitischen Pakt. In diesem Pakt steht, Wählen mit 16 und Briefwahl. Und jetzt liegt es auf der Hand, dass dieser Pakt, ein Versprechen an die Österreicherinnen und Österreicher, eingehalten wird. Und es ist ganz natürlich und logisch, dass, wenn ein Fünftel der Wähler Österreichs im nächsten Jahr zur Wahlurne gebeten wird, allein in Niederösterreich, dass diese Zusage auf Bundesebene 1:1 eingehalten wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weil es niemand in diesem Land verstehen würde, wenn eine Zusage von den zwei mächtigsten Parteien auf Bundesebene gemacht wird, dann werden die Wähler zur Urne gerufen und dann wird das nicht möglich sein was ausgemacht war.

Daher ist es allzu logisch und natürlich, dass wir heute einmal ganz demonstrativ als Landtag dokumentieren, wir stehen hinter dem Pakt. Wir wollen diesen demokratiepolitischen neuen Zugang, wir wollen Wählen mit 16, aber wir wollen auch die Briefwahl! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich verleugne ja nicht dass wir als Österreichische Volkspartei grosso modo eine Skepsis gegenüber dem Wahlrecht mit 16 gehabt haben und teilweise noch haben. Ich glaube, das ist ein legitimes Recht. Dass man eines jedenfalls in den Raum stellt, dass man sich nicht irgendwie Rechte und Pflichten herauspicken kann. Sondern wenn ich der Auffassung bin, dass ein 16-Jähriger wählen gehen darf auf der Gemeindeebene, auf der Landesebene, auf der Bundesebene, auf der europäischen Ebene, dann muss ich mir – und da bin ich voll beim Kollegen Ram – überlegen, wie schaut es überhaupt mit den Rechten und Pflichten dieser Generation aus. Und wenn man hier eine gesamtheitliche Betrachtung vor Augen führt und der Meinung ist, hier hat sich in der Gesellschaft, in der Bildung vieles geändert im Zugang zu demokratiepolitischen Einrichtungen, dann gehe ich davon aus, dass man schlüssig dann die entsprechenden Maßnahmen auf verschiedensten Ebenen zu setzen hat.

Und daher meine ich, dass das ein erster Schritt ist um den jungen Menschen ab 16 zu sagen: Liebe Freunde, ihr seid gefordert! Wir geben

euch das Wahlrecht, aber es wird nicht nur beim Wahlrecht bleiben. Man muss auch Überlegungen anstellen was parallel oder nachgeordnet noch für Rechte und Pflichten auf 16- und 17-Jährige zukommen, die sie heute noch nicht haben.

Darüber hinaus geht es uns natürlich auch um die Briefwahl. Denn, Hohes Haus, es ist doch eine himmelschreiende demokratiepolitische Schiefelage, dass es Menschen in diesem Lande gibt, die vielleicht krankheitshalber im AKH Wien liegen, oder, wir kennen sie, in Linz im Krankenhaus liegen, am Wahltag nicht wählen dürfen, aber die, die auf Urlaub oder Ausflug in Bratislava, in Budapest, wo immer auf der Welt, sich finden, ... (Abg. Mag. Wilfing: *In Moskau!*)

In Moskau. Soll es auch welche gegeben hat vor vielen Jahren. Und hier nicht wählen dürfen, meine Damen und Herren, das ist demokratiepolitische Schiefelage. Hier sind wir alle gemeinsam gefordert das zu ändern. Und die Briefwahl ist die richtige Antwort dafür! (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn wir heute in einem großen, breiten Konsens beides beschließen, dann sind wir natürlich gefordert. Speziell, Kollege Weninger, du und deine Fraktion und unsere Fraktion. Denn in Wahrheit geht es auch um die Glaubwürdigkeit der Bundespolitik, die in den letzten Wochen sehr gelitten hat. Und ich gehe davon aus, Versprechen sind einzuhalten! (Beifall bei der ÖVP.)

Und liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen! Sie unterstellen uns - Gottseidank, das ist ja ein Zeichen der Kraft und ein Zeichen der Anerkennung -, Niederösterreich, dem Landeshauptmann und der ÖVP Durchschlagskraft. Sie können uns beim Wort nehmen! Wir werden die Wahlen 2008 mit einem neuen demokratiepolitischen Modell in Niederösterreich abführen. Nämlich mit Wählen mit 16 und mit der Briefwahl! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Weninger.

Abg. Weninger (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Gratuliere, Klubobmann Schneeberger, zu dieser Rolle rückwärts. Akrobat gross haben sie im Zirkus dazu gesagt. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber mir ist wichtig als Sozialdemokrat, dass wir eine langjährige, jahrzehntelange Forderung heute hier im NÖ Landtag zumindest in einer Bekennnisform gemeinsam in der Zustimmung aller Fraktionen erledigen.

Eines, meine Damen und Herren, kann ich Ihnen versichern: Wir niederösterreichische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen zum Regierungsübereinkommen dieser Bundesregierung und werden jeden Punkt und Beistrich erfüllen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – Abg. Mag. Schneeberger: *Vor dem Frühstück habe ich es noch anders gehört!*)

Ich gebe aber auch zu, dass ich mich schuldig dafür fühle, dass die Österreichische Volkspartei am 1. Oktober nicht die stärkste Partei geworden ist. Aber das ist der Wählerwille, lieber Klaus Schneeberger. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Schneeberger: *So? Der war gut!*)

Ich will gar nicht mehr inhaltlich näher darauf eingehen, weil die Vertreter der Grünen, der Kollege Ram und der Kollege Waldhäusl wirklich sehr im Detail auch die Bereiche aus den Jugendstudien und die praktischen Erfahrungen mit Wählen mit 16 aus den anderen Bundesländern skizziert haben. Ich möchte nur noch zusätzlich zu bedenken geben, dass jede zeitliche Verzögerung der Österreichischen Volkspartei in diesen vergangenen 21 Jahren seit es diese politische Forderung im Land gibt, dazu geführt hat, dass Generationen junger Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher nicht zur Wahl gehen haben können. Ihr seid dafür verantwortlich, dass viele vom demokratischen Wahlrecht ausgeschlossen waren.

Wenn jetzt diese Verknüpfung mit der Briefwahl kommt, dann ist es auf der einen Seite natürlich auch eine Rückenstärkung für innerparteiliche Debatten. Weil ich wäre schon gern Mäuschen gewesen im ÖVP-Klub wie auf einmal der Herr Landeshauptmann mitten in der Pressekonferenz eine Presseaussendung bekommt, gefragt wird und auf einmal, von heute auf morgen die politische Linie umdreht und sagt, ich habe es dem Klaus Schneeberger heute schon in der Früh gesagt, wir sind ab heute für Wählen mit 16. (Abg. Mag. Fasan: *So ist das in der ÖVP!*)

Die Klubdiskussion, wenn es so etwas bei euch gibt, hätte ich gerne mitverfolgt. Offen und ehrlich diskutieren. Ich bin ja froh darüber, denn jeder kann gescheitert werden, auch die ÖVP Niederösterreich. Das ist ja etwas Positives, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – Abg. Moser: *In Einklang mit allen Ebenen! Bund, Land, Gemeinden!*)

Nur, es hat ja sofort danach sofort wieder das Rückzugsgefecht begonnen. Vom Doppelpack wurde gesprochen. Kollege Schneeberger junktimiert die Briefwahl mit dem Wählen mit 16. Das

halte ich grundsätzlich politisch für eine vernünftige Idee. Nur, die Frage ist, ob die Jugendlichen das auch so sehen.

(Abg. Mag. Schneeberger: Wenn du es als vernünftig anerkannt! Oder bist du anders denkend?)

Ich bin anders denkend als du, Gottseidank. Sonst wäre ich nicht Klubobmann der SPÖ.

In Wirklichkeit kündigt Ihr in der Öffentlichkeit ein Doppelpack an und spielt gleichzeitig Politik-Cardenaccio. Wie gesagt, die ÖVP ist jetzt abgewählt worden weil sie so altmodisch ist und weil man im Klub nicht diskutieren kann, weil alles verzapft ist. Jetzt heißt es, wir müssen jünger werden. Wir sind von heute auf morgen zum Beispiel dafür, dass auch unter zweieinhalbjährige Kinder in diesem Land betreut werden. Und wir sind plötzlich auch für Wählen mit 16. Ihr kündigt ein Offensivspiel an, erzählt den Journalistinnen und Journalisten und den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern, wir machen attraktive Politik, wir greifen an, es wird alles besser fürs Land. In Wirklichkeit macht ihr dieses typisch italienisches Spiel. Es ist zwar vom spielerischen her äußerst unattraktiv. *(Abg. Mag. Schneeberger: Wer ist denn Weltmeister geworden?)*

Mauern, zurückziehen, versteckte Fouls im Mittelfeld, und mit einem 0:0 zufrieden geben, Hauptsache einen Punkt heimgebracht und kassiert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin für ein neues Wahlkartenrecht. Ich sehe das Argument, dass Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher an einem dieser Wahltage, die übrigens bekannterweise mit Zweidrittelmehrheit im NÖ Landtag beschlossen wurden mit den Stimmen der NÖ Sozialdemokraten, auch dann mit einer Wahlkarte wählen können, wenn sie in einem anderen Bundesland sind. Diese Korrektur haben wir bereits sehr, sehr oft gefordert. Das ist mit einer Wahlkarte, so wie es für das Auslandswahlrecht möglich ist, auch in diesem Fall möglich.

Was ich nicht will, und das ist meine Befürchtung, es muss sichergestellt werden, dass das persönliche und gleiche Wahlrecht gewährt bleibt. Es kann nicht sein, dass in irgendeiner Form die NÖ Volkspartei wieder auf einen medialen Gag kommt und alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher mit irgendwelchen Stimmzetteln versorgt. Und dann sitzt das Familienoberhaupt zu Hause in der Küche beim Tisch und füllt für die ganze Familie die Stimmzettel aus. Bei jeder Reform eines demokratischen Wahlrechts muss das persönliche

und geheime Wahlrecht absolut gewährt sein! *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)*

Aber meine Damen und Herren der ÖVP! Ich brauch' es euch ja nicht sagen. Ihr habt ja die Erfahrungen mit all euren Wahlrechtstricks ja selber gemacht. Wenn ich an den Kollegen Brader im Nationalrat erinnere und an die Debatte darüber. Ein guter Tipp unter politischen Partnern: Halten wir uns an die Verfassung, halten wir uns ans Wahlrecht, machen wir das Beste daraus aber verzichten wir auf Tricks, die dann meistens in die Hose gehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Abschließend: Ich bin nicht nur persönlich sehr, sehr glücklich, dass sich heute der NÖ Landtag einmal vorab inhaltlich auf Wählen mit 16 verständigt. Dass wir auch gemeinsam bereit sind, die notwendigen Änderungen im Wahlrecht herbeizuführen um auch allen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern eine möglichst leichte Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen. Wir Sozialdemokraten wollen das Engagement der niederösterreichischen Jugend anerkennen. Wir wollen die Partizipationsmöglichkeit der Jugend fördern. Ich kann nur sagen, wer Angst hat vor der Jugend, der hat auch Angst vor der Zukunft. Wir Sozialdemokraten setzen auf die Jugend und auf die Zukunft! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Maier (ÖVP): Ich verzichte!

Präsident Mag. Freibauer: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag:)* Ich stelle fest, es haben alle dafür gestimmt mit Ausnahme der grünen Fraktion. Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Mag. Heuras, die Verhandlungen zu Ltg. 743-1/A-1/68 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Mag. Heuras (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 743-1/A-1/68, Antrag des Schul-Ausschusses betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes, und zur Änderung des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes 1976.

Bei der Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes geht's in erster Linie um die Klassenschülerhöchstzahl von 25. Diese Klassenschülerhöchstzahl wird

seit längerer Zeit diskutiert. So hat der Landtag in seiner Sitzung am 30. März 2006 die Bundesregierung aufgefordert, rasch eine Änderung durchzuführen. Ausbildung und Bildung sind ein wesentliches Potenzial der Zukunft. Und die Politik hat die Aufgabe, Ausbildung junger Menschen so gut wie möglich zu unterstützen. In diesem Sinne soll daher einer bundesweiten Regelung vorgegriffen werden und in Niederösterreich durch die Änderung des Pflichtschulgesetzes die Klassenschülerhöchstzahl 25 ab dem Schuljahr 2007/08 in Volks- und Hauptschulen in den ersten Klassen sowie in den Polytechnischen Schulen umgesetzt werden.

Ziel ist es, den einzelnen Schülerinnen und Schülern eine intensivere Betreuung zukommen zu lassen um auf die Bedürfnisse der Kinder besser eingehen zu können. Und zwar sowohl durch die geänderten Verhältnissen in den Volksschulen, in den Hauptschulen, den Polytechnischen Schulen und den Sonderschulen.

Ich stelle daher den Antrag des Schul-Ausschusses (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes wird genehmigt.
2. Der dem Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes 1976 wird genehmigt.
3. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieser Gesetzesbeschlüsse Erforderliche zu veranlassen.
4. Der Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Cerwenka u.a. betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes – Senkung der Klassenschülerhöchstzahl, Ltg. 743/A-1/68-2006, wird durch den Antrag gemäß § 34 LGO betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes erledigt.“

Herr Präsident, ich bitte um Einleitung der Debatte und Abstimmung.

Präsident Mag. Freibauer: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

Auch hier könnte man sagen, auch hier um 10 Jahre zu spät. Auch hier hat die ÖVP es verschlafen, und dann plötzlich aus dem Dornröschenschlaf aufgewacht hat man gar nicht gemerkt, dass die Schülerzahlen, die in den letzten 10 Jahren schon so stark gesunken sind, dass man eigentlich schon sagen sollte, 20 sollte man einführen und nicht 25.

Und in dieser Aufwachphase macht man halt dann eine schöne PR-Aktion aus dem Ganzen. Unter dem Motto „Erwin Pröll für alles“ lässt man auf Kosten der Steuerzahler über ganz Niederösterreich plakatieren „25 Schüler“. Wir müssen das nicht tun, das nicht arbeiten, das Schlafen der Schwarzen, das Schlafen vom Landeshauptmann noch finanzieren auch.

Die Eltern, die eigentlich eh nichts dafür können, wo die Kinder in den Schulen ihre Probleme haben, müssen dafür zahlen, dass die ÖVP untätig ist. Dass sie schläft, dass sie faul hinterm Herd liegt und nicht arbeitet!

Und wenn man sich jetzt anschaut, jetzt plötzlich erwacht, dann muss man ja merken, wenn man sich die Statistik anschaut, na freilich gibt's Schulklassen wo es noch immer notwendig ist, das jetzt zu reduzieren. Aber in der Praxis wissen wir, wenn wir die 25 noch hätten. Denn wenn ich mir die jüngste Statistik anschau aus dem Schuljahr 2005/06 zum Beispiel bei den Volksschulen, der Schnitt niederösterreichweit, Gesamtschülerinnen und –schüler und Klassen aufgeteilt 19,5 werte Kollegen. Und bei den Hauptschulen liegts bei 21,8. Also muss man sagen, da hat sich viel getan in der Zeit wo die ÖVP geschlafen hat. Und warum ist das so passiert? War das die großartige Politik dieser Regierenden in Niederösterreich? Dass die Familien mehr Kinder haben? Oder war es diese schlechte Politik, dass die Kinder weniger geworden sind? Und heute beschließen wir eine Regelung mit 25 Schülern und haben in vielen Klassen das Problem, dass wir nur mehr 19 Kinder in einer Klasse haben.

Selbstverständlich muss man es beschließen. Aber ich sage überholt. Man könnte es eigentlich schon mit 20 Schülern beschließen. Aber gleichzeitig müsste man darüber diskutieren und beraten. Na sollte man nicht sehr viel ändern im System? Sollte man nicht für die Familien sehr viel ändern damit wir wieder mehr Kinder haben die die Schule besuchen? Und sollten wir nicht auch den Mut haben darüber zu sprechen, wenn man zwar sagt, es

gibt Probleme auf Grund dessen dass manche Kinder immer schwerer erziehbar sind in der Schule und beim Lernunterricht Probleme sind, sollte man aber auch den Mut haben zu sagen ... *(LR Mag. Sobotka: „Schwer erziehbar“ gibt es nicht mehr, Herr Kollege! Das ist Vergangenheit!)*

Schwer erziehbaren Landesrat gibt's, einen Schuldenlandesrat. Sobotka heißt er. Zu dir komme ich eh heute noch. Du brauchst keine Angst haben. Herr Klubobmann, du hast auch zehn Jahre geschlafen, über dich rede ich später. Es ist meine Redezeit. Bitte, kommt raus, redet mit eurer Redezeit. Ich muss haushalten und ich schlafe nicht. Ich schlafe nicht in der Zeit ... *(Unruhe bei LR Mag. Sobotka.)*

Du als Finanzlandesrat solltest nachdenken, was ist passiert, dass in Niederösterreich die Kinder immer weniger werden. Was ist passiert, Herr Finanzlandesrat? Denkst einmal nach darüber. Deine Schuldenpolitik wird nicht das bewirkt haben ... *(LR Mag. Sobotka: Zur Sache, zur Sache!)*

Deine Schuldenpolitik ist es! Raubbau auf Kosten der Kinder! Jetzt kommt man mit der Pröll'schen Erbschuld schon auf die Welt. Das sind die Probleme über die man diskutieren kann in dem. Du kannst auch Sobotka'sche Erbschuld dazu sagen. Ihr belastet jedes Kind das auf die Welt kommt bereits mit soviel Schulden dass sich wirklich viele Eltern überlegen ob sie noch ein zweites oder drittes Kind haben möchten. Das ist Faktum.

Aber zurück zu dem worum es wirklich geht. Zurück dazu. Es ist Faktum, dass wir heute jederzeit beschließen könnten 20 Schüler pro Klasse. Das belegt dieser Schnitt. Ich bin mit diesen 25 einverstanden weil es dort ... Ich weiß, es gibt Problembereiche, aber dann sollte man auch den Mut haben, diese Problembereiche anzusprechen. Und ich habe den Mut.

Natürlich, auf Grund der verfehlten Einwanderungspolitik gibt es im Ballungsraum sehr viele Kinder die nicht deutsch sprechen. Oder so schlecht deutsch sprechen dass der Unterricht nicht in der Art und Weise durchgeführt werden kann. Und da bringt's natürlich was wenn es weniger Kinder in dieser Klasse gibt. Aber da muss man auch den Mut haben zu sagen, ob diese verfehlte Einwanderungspolitik so fortgesetzt wird und man zum Beispiel dann das einfach zur Kenntnis nimmt und sagt na ja, wir haben zwar in Österreich und in Niederösterreich immer weniger Kinder, aber dafür holen wir uns halt die Kinder jetzt aus dem Ausland. Ja, meine lieben Damen und Herren, man kann so denken. Ich denke nicht so.

Und jeder hier in diesem Haus kann als gewählter Abgeordneter in Zukunft entscheiden ob er diese verfehlte Politik weiter mitträgt und sagt, er gleicht das mit Leuten der Zuwanderung aus. Oder ob er sagt, wir setzen Akzente in Niederösterreich damit sich wieder eine Familie überlegt ein drittes Kind, ein zweites Kind und nicht bei einem Kind oder kinderlos bleiben.

Aber ich nehme an, dass die ÖVP, wenn es da ein bisschen über Politik und über die Art der Gestaltung von Kindern und den Umgang mit Kindern jetzt ja eh eine vorbildliche Ministerin hat mit denen sie sich unterhalten werden. Die ja vorbildliche Ministerin dafür ist, dass sie beim Rauchen nicht genau weiß wo sie hingehet. Der zweite Punkt ist dass im Bereich des Body Mass Indexes zwar dafür verantwortlich war dass Leute entlassen worden sind. Wenn ich sie mir selber anschau fällt mir nur ein, wer im Glashaus sitzt sollte nicht mit Steinen werfen. Und der dritte Punkt: So wie sie ... *(Heftige Unruhe bei der ÖVP.)*

Na endlich auch wieder: Guten Morgen, Herr Sobotka! Hast an deine Schulden gedacht dass du jetzt so „narrisch“ geworden bist oder hast mitgedacht? Worum geht's dir denn jetzt wieder einmal? Hast daran gedacht wie du das Land verwirtschaftest weil du einen Aufschrei gemacht hast? Hast Aufschrei gemacht. Hast gemerkt wie viel Schulden du heuriges Jahr wieder gemacht hast? *(LR Mag. Sobotka: Außer Populismus hast du noch nichts geboten, inhaltlich!)*

Du stehst zu den Aussagen der Frau Gesundheitsministerin, nehme ich an! Du stehst dazu. Auch zu dem was sie über Kinder sagt. Stehst du auch dazu, lieber Landesrat? Sehr gut! Ich weiß, dass ihr euch in einer guten Gesellschaft befindet. Wenn du auch ... *(LR Mag. Sobotka: In einer besseren wie du, das ist richtig!)*

Ja, ich mein, ich glaub es euch eh. Euch wird ein Schweinsbrat halt lieber sein als die Personen die wegen einem Body Mass Index verurteilt worden sind, vorgeführt worden sind und entlassen worden sind.

Du bist auch nicht ganz unschuldig an dem System. Weil wer ist denn als zuständiger Landesrat für die Krankenhausholding mitverantwortlich? Aber da sagt man nichts dazu. Jetzt ist sie Frau Minister, jetzt geht sie auf unsere Kinder los. Und was macht ihr? Einen Aufschrei machst du! *(Abg. Adensamer: Eine bodenlose Unterstellung ist das!)* Hoppala, guten Morgen, Frau Kollegin! Sind wir

auch munter geworden? Bist auch draufgekommen dass es eine Ministerin der ÖVP gibt die auf die Kinder los geht? Hast du das Buch schon gelesen das sie herausgebracht hat? Stehst du dazu? Stehst du zu den Aussagen dieser Frau? Teilst du ihre Meinung betreffend Body Mass Index? Teilst du die Meinung betreffend des Rauchens? (*Weiterhin Unruhe bei Abg. Adensamer.*)

Mit 18 Jahren! Aber die ist ja nicht 18 Jahre, die ist 40 Jahre und macht jetzt den Blödsinn! Die hat das Buch nicht vor 20 Jahren heraus gebracht. Schau dir an wann sie das Buch heraus gebracht hat. Wann war das mit dem Body Mass Index, liebe Kollegin? (*LR Mag. Sobotka: Eine inhaltliche Auseinandersetzung ist mit dir nicht möglich! - Präsident Mag. Freibauer gibt Klingelzeichen.*) Ja, vielleicht hilft's dass er sich wieder beruhigt.

Präsident Mag. Freibauer: Nein! Ich ...

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Oder, Herr Präsident! Es gibt in der Schweinezucht wird ... Stresnil heißt das, das wird verabreicht. Vielleicht könnte man das auf Krankenschein für den Herrn Landesrat besorgen. Es würde helfen.

Präsident Mag. Freibauer: Herr Abgeordneter! Herr Abgeordneter, Sie sollen zur Sache sprechen!

(*Abg. Nowohradsky: Wir führen eine Schuldiskussion und das ist so niveaulos!*)

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Herr Präsident! Sie haben heute geduldet, dass zum Bereich Wählen mit 16 der Klubobmann Schneeberger zur Wahl eines Regierungsmitgliedes gesprochen hat. Und ich habe nicht einmal gemerkt dass sie etwas dazu gesagt haben. Wenn Sie jetzt glauben, Sie müssen mich kritisieren, dass ich vom Thema abweiche, dann wäre es gescheit, Sie wechseln sofort da raus, melden sich zu Wort und lassen einen Präsidenten das Amt führen der sich auskennt und der des Amtes würdig ist. Und jetzt erteilen Sie mir bitte einen Ordnungsruf, weil ich glaube, sonst brauchen Sie auch ein Stresnil.

Präsident Mag. Freibauer: Das ist so augenscheinlich, dass das niemand mehr richtig stellen muss oder Ihnen dafür einen Ordnungsruf geben muss, ja? Sie sind eine Zierde für den Niederösterreichischen Landtag!

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Und Sie sind eine Schande für den Landtag!

(*Die Abgeordneten der ÖVP verlassen den Sitzungssaal.*)

Ein Präsident, der ungleich behandelt, ein Präsident, der jetzt sagt zur Sache kommen und vorher duldet er das Gleiche bei einem ÖVP-Klubobmann, ist nicht in Ordnung. Ist nicht korrekt. Ich würde ersuchen, Herr Präsident, dass Sie in Zukunft wieder einmal ein bisschen parteiisch hier vorgehen und nicht immer nur nach ÖVP-Partei politik handeln. Ich habe Ihnen das schon so oft gesagt. Ich habe es schon sehr oft auch in der Präsidiäle vorgebracht. Vergessen Sie im Präsidentenamt dass Sie ÖVP-Funktionär sind! Ich ersuche Sie!

Abschließend zur Klassenschülerhöchstzahl. Selbstverständlich werde ich diesem Antrag zustimmen, weil es um Interesse der niederösterreichischen Schüler und Familien geht.

Präsident Mag. Freibauer: Herr Abgeordneter! Ich erteile Ihnen den Ordnungsruf für Ihre Ausführungen. (*Abg. Waldhäusl: Für was bitte?*) Für Ihre Ausführungen. (*Abg. Waldhäusl: Konkret bitte!*)

Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram: Geschätzter Herr Präsident! Meine anwesenden Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, bei der nächsten Erstellung der Redeliste werde ich danach trachten, vielleicht einen anderen Platz zu haben um einige Kolleginnen und Kollegen als Zuhörer zu haben. Ich glaube, das ist einmal sehr angenehm. (*Zwischenruf bei Abg. Mag. Renner.*)

Du Karin, ich freu mich auch immer wieder wenn du da bist.

Aber um jetzt wieder auf den Punkt zu kommen, zum Tagesordnungspunkt zu dem ich mich zu Wort gemeldet habe und der eigentlich zur Verhandlung steht, das ist die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 in Niederösterreich. Mit diesem Antrag der heute vorliegt. Es wurde ja auch schon länger diskutiert in diesem Hause und ist ja auch schon darüber gesprochen worden, es hat hier schon diverse Initiativen gegeben. Ich glaube, dass es ein richtiger Schritt ist, der, so wie auch ich meine, natürlich schon früher stattfinden hätte sollen und stattfinden hätte können.

Wir haben im Regierungsprogramm das auch drinnen, nämlich die Senkung der Klassenschülerinnenhöchstzahl auf 25. Und da steht drinnen: Das Ziel ist die Senkung der Klassenschülerinnenhöchstzahl auf 25 zur Steigerung der Unterrichtsqualität und des Unterrichtsertrages.

Was mich aber ein bisschen verwundert hat ist, es hat vor Ablauf der Legislaturperiode des Nationalrates noch einen Entschließungsantrag gegeben. Und in diesem Entschließungsantrag haben die Regierungsparteien beschlossen, dass eben diese Zahl 25 eingeführt werden soll. Und jetzt lese ich im Regierungsprogramm in der Umsetzung, die Zahl 25 ist ein Richtwert. Das hat mich schon etwas überrascht. Ich glaube, man sollte hier nicht von einem Richtwert sprechen. Sondern wenn man etwas will, wenn man etwas möchte, dann sollte man das auch klar und deutlich festschreiben und auch dazu stehen und sich nicht hinter einem Richtwert verstecken. Das ist ein Kritikpunkt den ich bei diesem Tagesordnungspunkt schon vorbringen möchte.

Ein weiterer Kritikpunkt, und den sollte man auch nicht unterschätzen, ist, dass man hier scheinbar auf die Berufsschulen vergessen hat. Gerade der Lehrberuf ist etwas, das uns hier in diesem Hause ja sehr am Herzen liegt. Ich glaube, da spreche ich im Namen aller Abgeordneten: Wir sollten alle Maßnahmen treffen, um den Lehrling, um den Lehrberuf auch entsprechend aufzuwerten. Und ich glaube nicht, dass es ein guter Schritt ist, ein gutes Zeichen ist, hier einen Antrag vorzulegen zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 und die Berufsschulen zu vergessen. Ich glaube, das ist sicher nicht angebracht. Die Lehrlinge könnten sich hier bei diesem Antrag, bei dieser Maßnahme als Schüler zweiter Klasse fühlen. Und ich glaube, das haben sie sicher nicht verdient. Wir sollten diese Maßnahmen, diese Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf die Berufsschulen ausweiten.

Wenn man sich die Schulsituation heute anschaut, es gibt sehr Vieles was Kollege Waldhäusl gesagt hat das ich nicht unterstütze. Ihr wisst alle, dass ich mich im Stil hier unterscheide. Aber inhaltlich hat er einige Dinge vorgebracht, die man sicherlich unterstützen kann. Es gibt Probleme im Schulbereich, auch Probleme, auch wenn es manche nicht gerne hören, durch die Migration. Und es steht auch hier im Antrag drinnen, dass der immer größer werdende Anteil von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund dazu beiträgt dass es Probleme gibt in den Schulen. Probleme auch deswegen, weil es viele Schüler gibt die deutsch nicht als Muttersprache haben wodurch es klarerweise zur Absenkung des Niveaus kommt.

Diesen Punkt darf man nicht beiseite schieben, weil es ein Problem ist vor allem im städtischen Bereich, sondern man muss sich ernsthaft damit auseinandersetzen und man muss diese Diskussion führen.

Ein Problem das vor allem in Hauptschulen auftritt, aber auch im Polytechnischen Lehrgang. Ein Problem ist auch, und auch das steht im Antrag, eine Änderung in der Sozialisation. Ein Änderung in der Sozialisationsfähigkeit vieler Schüler. Das Problem schlägt sich auch in den Leistungen der Schüler nieder. Und nicht umsonst gibt es Diskussionen um den Nachhilfeunterricht. Nicht umsonst gibt es sehr viele Eltern, die monatlich hunderte von Euro für Nachhilfe ausgeben müssen weil ihnen ganz einfach nichts anderes übrig bleibt. Das trifft natürlich auch in höheren Schulen, vor allem im Gymnasium zu und sollte uns auch beschäftigen.

Weil ich glaube nicht, dass es eine Lösung ist, den Bedarf an Nachhilfestunden dadurch abzudecken, dass man Studenten dazu veranlasst, um 6 Euro in der Stunde Nachhilfe zu geben. Und ich glaube auch nicht, dass es hilft und dass diese Probleme gelöst werden, wenn sich der Bundeskanzler großzügigerweise bereit erklärt, selbst Nachhilfeunterricht zu geben. Das ist zwar sehr nett und schön von ihm wenn er seine Zeit mit Jugendlichen, mit Schülern verbringen möchte. Ich frage mich nur, ob er in seinen sonstigen Tätigkeiten nicht ausgelastet ist. Sollte aber nicht der Sinn sein! Der Sinn sollte sein, dass die Schule selbst es zustande bringt, durch die Lehrer, auch durch dementsprechende flankierende Maßnahmen dass kein Nachhilfeunterricht erforderlich ist.

(Zweiter Präsident Sacher übernimmt den Vorsitz.)

Geschätzte Damen und Herren! Zusammengefasst, um bei diesem Punkt abzuschließen, kann man sagen, dass selbstverständlich diese Senkung der Klassenschülerhöchstzahl für Niederösterreich ein sehr positiver und wesentlicher Punkt ist. Dass ich diesem Punkt gerne zustimmen werde und möchte. Und dass wir hier in Niederösterreich eine Maßnahme getroffen haben.

Klarerweise wird das auch zu PR-Zwecken verwendet. Ich mein, das sieht ja jeder der durch das Land fährt und die Plakate betrachtet. Aber es ist eine Maßnahme, wodurch wir dem Bund zumindest einen Schritt voraus sind. Weil, wie gesagt, im Bundesregierungsprogramm steht ja die Richtlinie.

Zum Abschluss gestatten Sie mir jetzt ein paar persönliche Worte was den allgemeinen Umgangston und die Art und Weise wie man hier im Hohen Hause miteinander umgeht, auch betrifft.

Sie wissen alle, dass ich in früherer Zeit immer verurteilt habe wenn jemand einen anderen, sage

ich einmal, abqualifiziert hat bzw. wenn jemand gesagt hat, jemand ist eine Schande für dieses Haus. Das ist manchmal von der Regierungsbank aus gefallen. Das habe ich verurteilt. Weil niemand kann einen Oppositionspolitiker deswegen als Schande für das Haus bezeichnen weil er nicht seiner Meinung ist. Aber ich verurteile das Ganze natürlich umgekehrt genauso. Es steht, glaube ich, keinem zu, hier zu sagen, jemand ist eine Schande für dieses Haus. Jeder hier ist demokratisch gewählt nach dem Wahlrecht das wir alle sehr hoch halten und für das wir alle eintreten und für das sehr viele Menschen auch ihr Leben gelassen haben. Und dieses Prinzip sollten wir auch hier hoch halten wenn wir miteinander umgehen.

Das bedeutet, jeder Abgeordnete hat das Recht hier zu sein, seine Meinung zu sagen und keiner kann keine Schande sein. Das steht keinem zu! Und umgekehrt natürlich kann oder sollte kein Abgeordneter, auch wenn er inhaltlich anderer Meinung, anderer Ansicht ist, hier verbreiten, der Präsident oder ein Regierungsmitglied oder wer auch sonst wäre eine Schande für dieses Haus. Ich darf für mich persönlich feststellen, Präsident Freibauer wurde, glaube ich, sogar einstimmig hier in diesem Hause gewählt und ist natürlich der Präsident aller Abgeordneten und sollte auch von jedem dementsprechend akzeptiert werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordnete Adensamer das Wort.

Abg. Adensamer (ÖVP): Sehr geehrte Herren Präsidenten! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Hohes Haus!

Ein gutes Jahr beginnt mit einer zukunftsorientierten niederösterreichischen Bildungspolitik. *(Unruhe und Heiterkeit bei der SPÖ.)* Denn Bildungspolitik ist Zukunftspolitik! Und ich freue mich natürlich außerordentlich, dass ich die wohlwollende Zustimmung meiner Kolleginnen und Kollegen aus der SPÖ auch erhalte. Was ich aus ihrem erfreulichen Lachen entnehme.

Ja, Bildung ist Zukunftspolitik und Niederösterreich erwartet nicht die Zukunft, Niederösterreich gestaltet Zukunft. Das ist das Modell Niederösterreich. Andere fordern und fordern, wir von der NÖ Volkspartei fördern und fördern. Ein leuchtendes Beispiel dafür ist die heute zu beschließende Absenkung der Klassenschülerhöchstzahl von 30 auf 25. Wir in Niederösterreich warten nicht mehr zu bis der Bund das Gesetz ändert. Nein! Niederösterreich macht den Anfang und übernimmt die Kosten bis der Bund nachzieht.

Ihr wohlwollendes Lachen beweist, dass Sie aufmerksam zuhören. Danke auch dafür! Denn selbst das Zuhören fällt mitunter in diesem Haus nicht leicht, wie ich schon beobachten konnte.

Ja, Niederösterreich macht den Anfang und Niederösterreich wird damit wieder einmal seiner Vorreiterrolle gerecht. Wir in Niederösterreich unterstützen damit als erste in Österreich die berechtigten Anliegen der Lehrerinnen und Lehrer an den allgemein bildenden Pflichtschulen. Es ist daher auch heute ein besonderer Tag der Freude für meinen Kollegen Abgeordneten Heuras, für den Kollegen Abgeordneten Nowohradsky und für mich, die wir ja dem Lehrberuf angehören, ebenso für den Zentralausschuss unter dem Vorsitzenden Helmut Ertl sowie für alle Lehrpersonen Niederösterreichs. Die konstruktive Kooperation mit dem Landesschulrat und dem Land Niederösterreich bei der Erarbeitung einer umsetzbaren Lösung hat sich gelohnt. Wir von der ÖVP wir haben nicht jahrelang gewünscht dir was gespielt ohne Rücksicht auf die Machbarkeit. Wir haben uns damit auseinander gesetzt damit wir heute einen ausgereiften Gesetzesantrag stellen können. Wie schon gesagt, andere fordern und fordern und fordern. Wir hingegen fördern und fördern und setzen um.

Wir setzen um, ganz nahe beim Menschen einerseits. Andererseits für die Zukunft Niederösterreichs. Wir setzen um unaufgeregt, sachorientiert, verlässlich, verantwortungsvoll und berechenbar! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf natürlich schon anmerken, dass ich ein bisschen traurig bin dass meine Kolleginnen und Kollegen von meiner Fraktion so wenig hier vertreten sind, *(Beifall bei der ÖVP.)* wo es doch schließlich und endlich um ein Thema für unsere Zukunft geht.

Unabhängig von den Bundesregelungen wird also in Niederösterreich ab dem Schuljahr 2007/08 die Klassenschülerhöchstzahl mit 25 Schülerinnen und Schülern begrenzt. Und zwar aufsteigend mit den ersten Klassen in der jeweiligen Pflichtschulart Volksschule, Hauptschule sowie im Schuljahr der Polytechnischen Schule. Und damit wird ein Vorschlag unseres Abgeordneten Mag. Heuras umgesetzt. Ich gratuliere! *(Heftige Unruhe bei Abg. Mag. Fasan.)*

Mit der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)* Danke für diesen Applaus. Danke!

Mit der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl unter anderem ist ein gezielteres, vertiefteres Eingehen auf die sehr unterschiedlichen individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen besser

möglich, eine bessere Individualisierung des Unterrichtes. Ich darf zur Replik auf den Abgeordneten Fasan eingehen: Der Herr Landeshauptmann lässt Meinungsvielfalt zu! Ja! Nicht zu fassen! Vielleicht sollten Sie besser zuhören, Herr Kollege. Aktives Zuhören ist angesagt. Das sollten Sie als Pädagoge wissen.

Mit dieser Klassenschülerhöchstzahlsenkung wird natürlich auch das Setzen von situationsbezogenen Maßnahmen bei Defiziten, die wir ja leider gerade im erzieherischen und sozialen Bereich immer mehr haben, effizienter. Denn Defizite in der sozialen Kompetenz beobachten wir immer mehr, weil auch immer mehr Eltern mit der Erziehungsarbeit sich überfordert fühlen und diesen Bereich dann an die Schulen delegieren. Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl hat daher jetzt in Niederösterreich oberste Priorität.

Ich darf nur zur Veranschaulichung hinzufügen, dass in Zukunft maximal 25 Schülerinnen in einer Klasse sitzen. Von 26 bis 30 Schülerinnen an, was bisher eine Klasse war, werden nun zwei Klassen. Von 51 bis 60 Schülerinnen werden dann aus bisher zwei Klassen drei Klassen. Vier Klassen im Bereich 76 bis 90 Schülerinnen und 101 bis 120 Schülerinnen werden jetzt fünf Klassen.

Das gilt vor allem für den städtischen Raum. Ich kann hier für meine Heimatstadt Baden sprechen, wo es einfach Klassen, Parallelklassen mit vier und fünf Klassen im Hauptschulbereich gibt.

Ja, wie geht es dann weiter? Nach der heutigen Beschlussfassung erfolgt im Februar die Erhebung der Klassen- und Schülerzahlen im gesamten Pflichtschulbereich auf Grund dieser heute zu beschließenden Rechtslage. Und damit das Schuljahr 2007/08 für alle Schulpartnerinnen und -partner planbar wird, wird die Personal- und Ressourcenzuteilung bis Ende Mai 2007 abgeschlossen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch das ist gelebte Familienfreundlichkeit. Das macht den Schulbeginn planbarer. Für Eltern, Kinder und Lehrpersonen.

Ein wichtiger Bereich ist auch die Absenkung der Schülerhöchstzahlen im Bereich Integration und Sonderschule. Darum wird auch bei der Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen und im Sonderschulbereich auch noch weitere Verbesserungen geben. Weil Kinder mit besonderen Bedürfnissen brauchen besondere Betreuung und Förderung. In Integrationsklassen in der Volksschule wird bei fünf Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Klasse die Höchstzahl nun von 24

auf 22 gesenkt. In der Hauptschule wird die Höchstzahl in Integrationsklassen von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Integrationsklasse von bisher 7 auf 6 gesenkt. In der Sonderschule werden in Zukunft statt 15 nur 12 Schülerinnen und Schüler sitzen. Und in Klassen für schwerst behinderte Kinder wird die Höchstzahl von bisher 8 auf 6 gesenkt.

Wir ermöglichen mit diesem Schritt allen Lehrkräften, gezielter auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen sowohl an den Sonderschulen als auch an Integrationsstandorten eingehen zu können.

Generell, welche Auswirkungen hat diese Senkung der Klassenschülerhöchstzahl? Es kommt nun nicht nur zu einer Verbesserung und Intensivierung der Unterrichtsarbeit und Erziehungsarbeit für die einzelnen Schülerinnen und Schüler, es werden auch kleinere Schulstandorte gesichert und es kommt trotz jährlichen starken Rückgangs der Zahl der schulpflichtigen Kinder zu einer dringend notwendigen Entlastung des Dienstpostenplans, womit die Beschäftigungssituation erhalten werden kann.

Denn die Absenkung der Höchstzahl bringt voraussichtlich 142 Dienstposten mehr an den Volks-, Hauptschulen und Polytechnischen Schulen, 15 Dienstposten mehr im Aso-Bereich und 30 Dienstposten mehr im Integrationsbereich. Was also insgesamt 187 Dienstposten ergibt. Das bedeutet ganz konkret eine Festigung und Qualitätssicherung des NÖ Bildungssystems.

Wie schon zu Beginn gesagt, Niederösterreich erwartet nicht die Zukunft, Niederösterreich gestaltet die Zukunft. Das ist das Modell Niederösterreich. Weiter voran für das Land und seine Zukunft! Näher dran an den Menschen und ihren Bedürfnissen. Danke Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Weiderbauer das Wort.

Abg. Weiderbauer (Grüne): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus!

Liebe Kollegin Adensamer! Ich leide ganz selten an Magenproblemen, aber jetzt geht's mir wirklich schlecht nach dieser Rede. Also das ist ja unglaublich was du heute von dir gegeben hast. Ich weiß nicht: Wie hat das Jahr für dich begonnen dass du solche Reden hältst? Du hast alles vergessen was in den letzten Jahren war, was von euch gekommen ist, was von Kollegen Heuras gekom-

men ist, was von Kollegen Nowohradsky gekommen ist. Wir haben die Anträge gestellt und die sind 'rausgekommen und haben gesagt, Leute, das brauchen wir in Niederösterreich nicht. Wir haben durchschnittlich Schülerinnenzahlen die sind unter 25, also was wollt ihr. Ihr kennt euch nicht aus, ihr seid nicht bei den Bürgerinnen. Was fordert ihr da? Und jetzt kommt ihr mit der gleichen Argumentation heraus? Also das ist ja so was von lächerlich und arg. Das ist wirklich ein Skandal was ihr da macht. Absolut! *(Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)*

Ich wollte so nicht anfangen. Aber Erika, es geht mir wirklich schlecht durch deine Rede und das passiert mir selten. Das ist gewaltig. *(Zwischenruf Abg. Präs. Ing. Penz.)*

Ich weiß nicht ob es gestattet ist, Herr Präsident, aber es täte wahrscheinlich sicher sehr gut jetzt.

Natürlich stimmen wir gerne dieser Änderung des Pflichtschulgesetzes zu. Ich möchte jetzt unterscheiden, es wird keine Zustimmung geben zum Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz und zwar zu den Punkten 2 und 3. Ich fordere daher eine getrennte Abstimmung. 1 ist klar, statt Lehrgängen kommen Schulen, aber 2 und 3 bezieht sich auf die Landeslehrerkommission, deren Abschaffung wir schon öfter gefordert haben im Zuge der Objektivierungsdebatten. Daher können wir hier nicht zustimmen. Ich bitte daher um getrennte Abstimmung.

Inhaltlich jetzt zu diesem Gesetz. Es hat schon vor 16, 17 Jahren ein Volksbegehren dazu gegeben. Wir sind also ziemlich bald daran dieses Gesetz zu beschließen. Daraus resultierend hat es drei Anträge innerhalb der Legislaturperiode gegeben, 2003, 2005, immer von der ÖVP abgelehnt, von der SPÖ dankenswerterweise unterstützt oder auch von der SPÖ gekommen logischerweise.

2006 hat es einen dritten Antrag gegeben, wo dann die ÖVP zugestimmt hat. Und da ist auch der Kollege Nowohradsky herausgekommen und hat gesagt, eigentlich brauchen tun wir es nicht, weil wir haben eh durchschnittlich unter 25. Aber bitte, soll so sein. Wir fordern den Bund auf, sie sollen diese Regelung treffen und haben halt dann zugestimmt.

Die Argumentation der ÖVP, diese scheinheilige Argumentation der ÖVP habe ich heute schon angeschnitten und komme jetzt zu dieser tollen Werbekampagne, die auch schon angesprochen wurde. 25 Kinder pro Klasse, wir machen den Anfang. Interessant für mich ist, es steht nicht die Unterschrift des Kollegen Heuras – Erika, du hast heute gemeint es war seine Idee – sondern es steht die Unterschrift des Landeshauptmannes drauf. Es

steht auch nicht die Unterschrift drauf zum Beispiel „eine Initiative des Landes Niederösterreich“ oder „eine Maßnahme der NÖ Landesregierung“. Steht auch nicht drauf. Es steht nur drauf Erwin Pröll.

Gut. Habe ich mir gedacht, stelle ich eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann. Die hat 11 Fragen umfasst und eine der Fragen hat sich auf die Kosten dieser Werbekampagne bezogen. Und ich habe eine ganz interessante Antwort bekommen. Da lässt der Herr Landeshauptmann schreiben und der Herr Präsident Freibauer lässt mir das ausrichten: Zur Anfrage des Abgeordneten Weidbauer betreffend Senkung der Klassenschülerinnenhöchstzahl und so weiter, wird, soweit dies meinen Zuständigkeitsbereich als Mitglied der Landesregierung betrifft, mitgeteilt, dass die Landesregierung zur Information der niederösterreichischen Bevölkerung über diese richtungsweisende Änderung im NÖ Bildungssystem eine Plakataktion sowie deren Verrechnung mit dem Ansatz soundso beschlossen hat. Beschlüsse der Landesregierung sind von der Amtsverschwiegenheit umfasst. Jetzt kriege ich jeden Dienstag Mitteilungen was die Landesregierung beschlossen hat, wofür sie Geld ausgegeben hat. Und dieser eine Punkt, was kostet diese Werbekampagne, unterliegt der Amtsverschwiegenheit? Also das ist auch ein bisschen eine scheinheilige Vorgangsweise wo man sich fragt, was soll das.

So. Jetzt haben wir uns die Mühe gemacht, Sie werden sich sicher erinnern können an den Mobilfunkpakt-Flop wo es auch eine flächendeckende Werbekampagne in Niederösterreich gegeben hat. Also da ist Niederösterreich zu plakatiert worden. Und wir haben uns die Mühe gemacht, das zu recherchieren. Ist nicht ganz einfach. Aber sind ungefähr auf eine Zahl von 1,6 Millionen Euro gekommen. Ich gehe davon aus, dass diese Aktion noch mehr gekostet hat. Also sagen wir an die 2 Millionen Euro kostet so eine Werbeaktion. Dagegen stehen jetzt 6 Millionen Euro, die insgesamt für die Senkung der Klassenschülerinnenhöchstzahlen ausgegeben werden soll. Also ein Drittel dieser Summe wird für Werbemaßnahmen ausgegeben. Und du hast heute, glaube ich, von 187 neuen Dienstposten gesprochen, Erika. Jetzt überlegen wir bitte, 2 Millionen von 6, ist das nicht ein Drittel? *(Abg. Präs. Ing. Penz: Was unterrichten Sie?)* Ja, insgesamt 8, das ist ein Viertel, ja. Aber 2 Millionen von 6 ist ein Drittel, oder? Stimmt schon.

Aber auf alle Fälle zu viel, Herr Präsident, viel zu viel! Jetzt überlegen Sie einmal, dividieren Sie aus wie viel Dienstposten das ergeben hätte. Wie gut das Geld eingesetzt werden könnte im Schulbereich. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Sie haben bisher im-*

mer gute Reden gehalten! Bleiben Sie bei einem guten Stil! Das ist eine Rechnung die macht man in der Vorschule!

Sagen Sie mir bitte, wie viel hat die Werbekampagne gekostet. Sagen Sie es mir bitte! *(Abg. Präs. Ing. Penz: Das fällt unter Verschwiegenheit!)*

Sie wissen es auch nicht? Okay. Ich stelle in den Raum, sie hat zwei Millionen gekostet und ich sage, dieses Geld wäre bei weitem besser zu investieren gewesen im Schulsystem und man hätte die Bevölkerung informieren oder ... Man muss die Bevölkerung informieren, keine Frage. Aber das hätte man sich in der Form sparen können. *(Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)*

Natürlich gibt es auch von uns eine weitgehende Zustimmung zu den Inhalten die in dem Gesetz stehen. Die Kollegin Adensamer hat die allgemeinen Sonderschulen angesprochen. Dass hier die Klassenschülerinnenhöchstzahl gesenkt wird. Es ist darauf Rücksicht zu nehmen, und ich habe da zwei Anträge von der SPÖ bekommen oder schon voraus bekommen wo es um den sonderpädagogischen Förderbedarf geht. Auch das ist natürlich voll inhaltlich zu unterstützen. Also es gibt hier einige Maßnahmen, die wir ohnehin schon jahrzehntelang gefordert haben und die jetzt endlich umgesetzt werden. Und das hängt man sich jetzt um als den Erfolg der ÖVP. Also das schmerzt ganz gewaltig.

Ein paar Kritikpunkte, das habe ich schon im Ausschuss auch angeführt. Gendergerechte Sprache, wurde versprochen, dass das demnächst umgesetzt werden soll. Hätte man durchaus schon machen können. Eine wichtige Sache ist für mich nach wie vor, und da hat's im Ausschuss Diskussionen darüber gegeben, wenn es Klassen gibt, die jetzt schon an die 29, 30 Schülerinnen haben und diese Klassen bereiten Probleme, dann sollte man auch hier so weit sein und diese Klassenschülerinnenhöchstzahlensenkung anwenden. Aber das kommt wieder dem Antrag der SPÖ nach Autonomie in den Schulen könnte das Rechnung tragen dass man das autonom regeln kann.

Ein Kritikpunkt der auch drinnen war, Gemeindegeldern die entstehen durch die möglichen Baumaßnahmen. Wr. Neustadt wurde angeführt. Also da könnte man die 2 Millionen, die die Werbekampagne gekostet hat, sehr gut einsetzen. Da würde man sich diese Sorgen ersparen.

Und ganz ein interessanter Punkt, meine Damen und Herren, und ich bin wirklich total überrascht, was eine Frage in einem Ausschuss bewirken kann. Ich habe beim Schul-Ausschuss die Frage gestellt, wie schauts mit den Berufsschulen

aus? Und Sie werden sich noch erinnern können, die Frage ist an den Beamten weiter gegangen. Ich habe gefragt: Zählen denn nicht die Berufsschulen zu den berufsbildenden Pflichtschulen? Natürlich, hat es geheißen. Er gibt die Frage zurück an den Ausschussvorsitzenden. Und heute, siehe da, gibt es einen gemeinsamen Antrag wo man darauf Rücksicht nimmt und wo man sagt, natürlich gehört das auch in den Berufsschulen angedacht und gehören die Klassenschülerinnenhöchstzahlen aufsteigend ab erster Klasse gesenkt.

Also, wenn ich vorher gehört habe von Klubobmann Schneeberger so in Richtung Grüne, ihr macht eh nichts und bringt eh nichts zuwege: Also es genügt oft auch eine Frage zu stellen im Ausschuss und siehe da, es bewegt sich was. Und das hat in anderen Dingen auch schon sehr oft stattgefunden. Und wir werden das sicher in Zukunft weiter so vorantreiben. Ich erspare mir daher den Antrag zu den Berufsschulen und darf abschließend bemerken. Einige Male jetzt in der Bundespolitik gefallen, sowohl von SPÖ-Seite als auch von ÖVP-Seite. Man hätte das grüne Umweltprogramm abgeschrieben. Was ich ja sehr gut finde. Ob es auch umgesetzt wird, das ist die Frage. Daher meine Empfehlung, meine Damen und Herren, Sie sollten sich auch das grüne Bildungsprogramm anschauen, abschreiben und umsetzen. Danke schön! *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Abgeordneten Cerwenka das Wort.

Abg. Cerwenka (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich kann nicht umhin, zwei Gedanken, die mir eingeschossen sind bei der Rede der Kollegin Adensamer, auszudrücken. Auf der einen Seite hat sie angesprochen, dass die ÖVP jahrelang nachgedacht hat und anscheinend vor lauter denken nie dazu gekommen ist, die Hand in die Höhe zu bekommen wenn diese Anträge im letzten Jahrzehnt oder schon darüber hinaus von unserer Seite oder von den Grünen gekommen sind. *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)*

Und wenn ich den Sinn dieser Rede, diesen Eiertanz auf der Zunge zergehen lasse, dann muss ich schon sagen, eine eingebildete Ausbildung ist mir lieber als eine ausgebildete Einbildung. *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)*

Weil das ist teilweise Realitätsverweigerung was hier betrieben wird. Liebe Kollegin, es geht um ein Bildungsthema. Bildung hängt mit Lernen zu-

sammen. Lernen findet statt. Nicht nur in den Schulen, sondern generell bei jedem und jeder von uns. Und es funktioniert auch. Das beste Beispiel dafür ist der heutige Gesetzesentwurf den wir gemeinsam beschließen werden. Und wenn wir schon beim Lernen sind, jeder von uns, Lernen heißt auch Stoffwiederholungen einbauen. Den Stoff zu repetieren. Wir haben das jetzt jahrelang gemacht durch unsere Anträge. Wir haben es immer wiederholt. Und es hat sich gezeigt, es funktioniert. Wir haben die ÖVP so weit.

Es zeigt wieder, gemeinsam miteinander, und das stelle ich in den Vordergrund, liebe Kollegin, kann man ... *(Abg. Weninger: Wart ein bisschen! Die Kollegin Lembacher schreibt mit!)*
Es ist dann nachzulesen.

Gemeinsam, miteinander bringt man einiges zusammen und gerade hier bei der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl ist das doch ein höchst erfolgreiches Modell. Ich bin der Meinung, wenn es hier gelungen ist, die ÖVP dazu zu bringen, es stehen so viele Ideen und Themen auch in anderen Bereichen, aber natürlich auch im Bildungsbereich an. Und ich kann nur einladen, dass wir gemeinsam in Zukunft des Öfteren was zustande bringen und dass man halt manchmal auch über ideologische Schatten springt.

Es wurden viele Dinge angesprochen. Zur Plakatwelle: Da bin ich ganz beim Kollegen Weiderbauer. Ich will mich gar nicht auf die näheren Umstände einlassen, denn die besten Medien die es gibt im Land hätten dieses Thema oder haben dieses Thema kostenlos transportiert. Und die Kosten, die in diese Welle hinein gegangen sind, wären mir hundertmal lieber wenn wir sie im Bildungsbereich zur Verfügung hätten für unsere Jugend.

Aber zur Vorlage an sich. Es ist ein Quantensprung für die Pädagogik und es betrifft alle Pflichtschularten – zu den Berufsschulen komme ich noch – und es ist eine Lösung, die gemeinsam im Konsens erfolgt ist. Und in dieser Lösung ist auch sehr deutlich in einigen Bereichen die sozialdemokratische Handschrift vorhanden. Vor allem was den sonderpädagogischen Förderbedarf betrifft. Und natürlich ganz vorne die Integration, wo es uns gelungen ist, in den Gesprächen deutliche Verbesserungen als Verhandlungserfolg zustande zu bringen. Wir sind auch sehr dafür, Autonomie in vielen Bereichen walten zu lassen, weil diese Autonomie bei den Praktikern vor Ort durchaus Sinn macht.

Und genauso ist es mit der Rolle der Gemeinden. Die Gemeinden waren hier ein kooperativer und verlässlicher Partner. Denn schlussendlich

werden diese Bestimmungen auch zusätzliche Kosten in Zukunft verursachen. Und daher haben wir auch von der legislativen Seite her Übergangsbestimmungen eingebaut um es beiden Dingen zu ermöglichen.

Und was mich ganz besonders freut als Bildungspolitiker: In diesem Bereich ist es erstmalig, dass das Bundesland Niederösterreich über seine Verpflichtung hinaus freiwillig Geldmittel von nicht unbedeutender Höhe in die Hand nimmt. Und wir haben gerade im Schulbereich eine sehr enge Verknüpfung im Kompetenzbereich zwischen Bundes- und Landespolitik.

Wir haben jetzt sieben dürre, magere Jahre hinter uns die von einem Gehrerschen Bildungsstillstand gekennzeichnet waren. *(Abg. Adensamer: Der Standort bestimmt den Standpunkt!)*

Und damit bin ich jetzt sehr erfreut, dass wir jetzt mit einem gemeinsamen Regierungsabkommen, ich hoffe es distanziert sich da niemand davon, doch eine andere Richtung der Bildungspolitik ... *(Abg. Dr. Michalitsch: Das musst du aber auf deine Seite sagen!)*

Nein, ich schau schon auf die richtige Seite.

... eine andere Form und andere Richtung der Bildungspolitik ansteuern können. Weil da fallen mir noch immer, Kollege Michalitsch, du forderst mich heraus, da fallen mir einige Dinge ein: Der Kollege Weiderbauer hat das gezeigt. Ich zitiere nur einen Satz daraus, den Helmut Ertl als Vorsitzender des Zentralausschusses in der NÖ AAB-Aussendung *(zeigt Zeitung)* zum Besten gibt: Seit mehr als einem Jahrzehnt besteht die Forderung nach Absenken der Klassenschülerhöchstzahl aus vielerlei Gründen.

Warum hat er nicht geschrieben, wer die Forderung aufgestellt hat? Weil er genau gewusst hat wer das war. Dass das immer die Sozialdemokraten und, will auch nicht verschweigen, auch die Grünen waren. Aber nie die ÖVP! Der hat wenigstens soviel Anstand und schreibt das nicht hinein. Während andere sich herstellen und tun als ob sie alles erfunden hätten. *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – Abg. Dr. Michalitsch: Durchsetzen! Nicht fordern, durchsetzen!)*

Wir haben viele Probleme. Da komme ich wieder zur Moral der ÖVP. Wir haben jetzt einen neuen Präsidenten des Landesschulrates, der sich erdreistet hat vor kurzem in einer Aussendung auf die SPÖ hinzuhauen. Wir sind ja jetzt an der Spitze der Bundesregierung und es gibt so viele Versäumnisse im Bildungswesen, das können wir jetzt

alles machen. Ja bitte, wo war denn der Herr die letzten Jahre? Ist der nicht zufällig im Unterrichtsministerium gesessen an den Schalthebeln? So kann man bitte nicht Politik machen! Wir machen Politik für das Land und für die Jugend! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und wenn wir schon dabei sind. Der Bund, wir haben es ja gemeinsam auf Bundesebene beschlossen, sowohl Sozialdemokratie als auch die ÖVP, dass die Klassenschülerhöchstzahl auf 25 gesenkt wird. Und da steht klar drinnen in dem Regierungsabkommen ein Richtwert, der zuerst, glaube ich, vom Kollegen Ram oder Waldhäusl bekräftelt wurde. Ich muss erklären was ein Richtwert ist. Das heißt, ich krieg' schon die Ressourcen entsprechend dieser Schülerzahl. Kann aber in der Autonomie der Schule unsinnige Dinge verhindern und mir die Mittel dort hin lagern wo ich sie dringend brauche. Jetzt nehmen wir den Minimalfall 25. Jetzt habe ich zwei 13er Klassen parallel. Jetzt erklärt ihr mir einmal, wie viele Spiele ich im Turnunterricht mit 13 Kindern gemeinsam machen kann. Oder besteht nicht die Möglichkeit, in anderen Gegenständen wie bildnerische Erziehung oder ähnliches das gemeinsam sinnvoll zu machen und die frei werdenden Ressourcen dorthin zu legen wo ich besondere Fördermaßnahmen oder ähnliche Dinge brauche? Das macht doch Sinn! Das wird doch von allen Pädagoginnen und Pädagogen in Wirklichkeit gefordert.

Also man muss schon ein bisschen hinterfragen was gemeint ist mit einem Wert und nicht einfach nur pauschal drüber, Richtwert, die richten sich's wieder. Genauso ist es nicht gedacht! Sondern da sollte man ein bisschen Insider sein.

Zurück zu den rund sechs Millionen Euro die das Land in die Hand nehmen wird. Es kann jetzt durchaus die Situation eintreten, dass die große Koalition auf Bundesebene in aller Kürze für ganz Österreich und für alle Bereiche die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen umsetzen wird. Und es ist durchaus im Bereich des Möglichen, dass Niederösterreich diese Mittel oder den Großteil dieser Mittel nicht in die Hand nehmen wird müssen wenn es vom Bund kommt. Und da jetzt eine klare Forderung von uns Sozialdemokraten: Wenn es das Bekenntnis gibt, die Bildung mit rund 6 Millionen Euro zu unterstützen, dann soll das nicht ein Lippenbekenntnis bleiben das vielleicht nicht zum Tragen kommt, sondern es ist erforderlich, dass diese Mittel auch in Zukunft für den Bildungsbereich eingesetzt werden. Ideen, Forderungen, Notwendigkeiten gibt es genug.

Es wurde heute schon oft zum Beispiel angesprochen der sonderpädagogische Bereich. Ich bin jetzt lange genug in der Politik. Mitte der 90er Jahre, als der Landtag noch in Wien getagt hat, habe ich erstmals den Antrag gestellt, Sozialarbeiter für Schulen einzustellen. Und das kann man ausweiten: Sozialarbeiter, Psychologen, auch Ärzte, Verträge mit Ärzten, weil es in einigen Bereichen, speziell im sonderpädagogischen Bereich vor Ort immer schwieriger und unmöglicher für die Kolleginnen und Kollegen wird. Weil sie Unterstützung dringend brauchen. Das ist nur ein Beispiel wo wir gut beraten sind, zusätzliche Mittel hinzuzugeben. Es kommt dann auch noch ein Resolutionsantrag, der gerade in diesen Bereich hinein zielt.

Wir sind aufgefordert, die Kompensation der Sparpolitik der letzten Jahre zu betreiben. Das wäre eine sehr gute Sache. Es sind auch weitere strukturelle Veränderungen und Anpassungen für die Zukunft geplant. Es wird Reformen geben, obwohl das Wort „Reform“ immer ein gefährliches Wort ist. Aber nachdem wir dabei sind, wird es sicherlich einen anderen Beigeschmack bekommen.

Es steht im Regierungsübereinkommen „Bildungsdirektionen“. Es wird eine Neuordnung im Bereich der Schulaufsicht geben. Es wird sich einiges ändern. Was für uns aber wichtig ist, wir haben viele Strukturen. Gerade in Niederösterreich, wo die Schulpartnerschaft auf freiwilliger Basis und ohne Kosten, ohne Bezahlung funktioniert. Ich denke da nur an die Kollegien, sei es auf Bezirksschulrats-ebene oder auf Landesschulratsebene, wo Lehrervertreter, Elternvertreter bis hin zu Schülervertretern unter Einbindung der Gemeinden sich zusammensetzen, gemeinsam darüber diskutieren und in Wirklichkeit der öffentlichen Hand keine Kosten entstehen. Da sind wir auf Seiten der Schulpartner und damit auf der jener Eltern und Elternvertreter.

Ein paar Worte noch zu den Kollegen. Kollege Waldhäusl! Wenn du mit 25 und 20 herumjonglierst, nur ganz kurz zur Erklärung: Es gibt einen Finanzausgleich. In diesem Finanzausgleich wurde festgelegt ein Lehrer-Schüler-Verhältnis und da geht's um eine Durchschnittszahl. Und wenn wir die Struktur, speziell im ländlichen Raum, aufrecht erhalten wollen, dann brauchen wir die Ressourcen. Weil im städtischen Bereich ein ganz anderes Verhältnis vorhanden ist. Und daher ist die Ausgangslage eine ganz andere. Denn für uns Sozialdemokraten ist wichtig, dass nicht die Kleinsten mit sechs Jahren schon zu Pendlern werden. Das ist uns ein Anliegen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und zu den Berufsschulen: Jede Handlung beginnt mit einem ersten Schritt. Der erste Schritt war der Pflichtschulbereich im Bereich der Grundschule, Volksschule, Hauptschule, sonderpädagogischer Bereich und Polytechnischer Lehrgang. Und der zweite Schritt wird die Berufsschulen umfassen. Wobei hier ganz andere Ausgangslagen zu berücksichtigen sind. Weil nicht nur durch das Kurswesen, sondern auch durch die Gruppenbildungen in der Realität, in der Praxis ganz andere Zahlen entstehen.

Ich möchte auch noch einen Resolutionsantrag einbringen, der sich speziell auf den sonderpädagogischen Förderbedarf bezieht, betreffend Planstellen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Ich darf die Antragsbegründung vorzulesen mir ersparen, sondern kurz zusammenfassen worum es geht. Durch den Finanzausgleich ist festgelegt, dass für den sonderpädagogischen Bereich die Prozentziffer 2,7 von Bundesseite gedeckelt ist, das Lehrer-Schüler-Verhältnis. In der Realität haben aber tatsächlich bis zu 6 Prozent der Kinder sonderpädagogischen Förderbedarf. Daher darf ich den Antrag verlesen, den die Gefertigten stellen (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Cerwenka, Nowohradsky und Adensamer zum Antrag der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. gem. § 34 LGO 2001 betreffend Änderung des Pflichtschulgesetzes, Ltg.-743/A-1/68-2006 betreffend Planstellen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Gemäß § 4 Abs. 1 Finanzausgleichsgesetz 2005 (FAG) ersetzt der Bund den Ländern von den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der unter ihrer Diensthohheit stehenden Lehrer einschließlich der Landesvertragslehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen 100 vH im Rahmen der vom Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen genehmigten Stellenpläne.

Gemäß § 4 Abs. 8 FAG leistet der Bund den Ländern, zur Abgeltung des Mehraufwands aus Strukturproblemen, der den Ländern durch sinkende Schülerzahlen und im Bereich des Unterrichts für Kinder mit besonderen Förderungsbedürfnissen entsteht, zusätzlich zu den Ersätzen nach Abs. 1 Z. 1 für Personalausgaben für Landeslehrer an allgemein bildenden Pflichtschulen in den Jahren 2005 und 2006 einen Kostenersatz in Höhe von 12 Millionen Euro jährlich. Der Bundesminister für

Finanzen ist ermächtigt, diesen Jahresbetrag auch in den Jahren 2007 und 2008 zu leisten, wenn die Strukturprobleme in diesen Jahren andauern.

Aufgrund von Erlässen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, zuletzt vom 15. März 2006, GZ BMBWK-621/0001-III/7/2006, werden dem Land Niederösterreich Lehrerplanstellen, nach einem festgelegten schultypbezogenen Verhältnis zwischen Schülerzahlen und Lehrer, zur Verfügung gestellt. Konkret werden 1 Lehrer/in pro 14,5 Schüler/innen im Volksschulbereich, 1 Lehrer/in pro 10 Schüler/innen im Hauptschulbereich, 1 Lehrer/in pro 9 Schüler/innen in den Polytechnischen Schulen und 1 Lehrer/in pro 3,2 Schüler/innen an den Sonderschulen kostenmäßig ersetzt, wobei allerdings die Zahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf mit 2,7 % von Bundesseite gedeckelt wurde.

Tatsächlich haben bis zu 6% der Schüler im Pflichtschulalter in Niederösterreich sonderpädagogischen Förderbedarf. Mit den jährlich genehmigten Planstellen kann daher nicht das Auslangen gefunden werden.

Anzustreben wäre eine Änderung dieser Erlässe dahingehend, dass dem Land die tatsächlich erforderlichen Planstellen genehmigt und kostenmäßig erstattet werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung beim Bund eine Änderung der Kostentragung für die erforderlichen Lehrerplanstellen zu fordern."

Ich mache es ganz kurz. Mit dem heutigen Schritt ist uns viel gelungen, Profiteur wird nicht alleine eine Partei oder ein Landtag sein, sondern der Hauptprofit an dieser Maßnahme, an diesem Beschluss werden die jungen Menschen in diesem Lande haben. Wir haben viele Schlüsse gezogen aus Pisa, aus Vergleichstest. Wir sind dabei, wieder einen neuen Weg in der Schulpolitik einzuschlagen. Es geht darum, den Kindern mehr vermehrte Chancen zu eröffnen. Es geht aber auch darum, den Kolleginnen und Kollegen, den Pädagoginnen und Pädagogen den Alltag nicht nur erleichtern, sondern ihnen durch eine reduzierte Klassenschülerhöchstzahl auch ermöglichen, wirklich moderne Lehr- und Lernformen in den Unterricht einzubringen weil jeder weiß, dass das mit 30 in der Realität nicht umsetzbar ist. Wir werden sehr gerne zustimmen, weil es ein Herzenswunsch und eine Urallforderung der Sozialdemokratie ist. Bitten, auch den Resolutionsantrag zu unterstützen. Und ich sage Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Sacher: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Abgeordneten Nowohradsky das Wort.

Abg. Nowohradsky (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wenn wir heute das NÖ Pflichtschulgesetz beraten, dann gibt es auch noch, das ist eigentlich ein bisschen untergegangen, daneben auch eine Änderung des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes, worin es auch um die Entschädigung der Landeslehrer-Kommission geht. Auch wenn manche diese Landeslehrer-Kommission nicht wollen, so ist sie doch bester Bestandteil bei den Ernennungen und auch ein wichtiges Korrektiv.

Aber zum NÖ Pflichtschulgesetz. Ich glaube doch, dass es heute ein historischer Tag in der NÖ Bildungspolitik ist. Denn normalerweise haben wir eine Grundsatzgesetzgebung seitens des Bundes wo das Land Niederösterreich in diesem Sinne immer wiederum auch dann die einzelnen Gesetze nachvollzieht. Aber heute setzen wir richtige Pflöcke in die Bildungslandschaft von Niederösterreich und sind dem Bund eigentlich voraus.

Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen auf 25 in den Pflichtschulen, damit haben wir begonnen, und das bitte fern jeder Ideologie. Das möchte ich heute wirklich auch betonen. Wir sind auch von Sachzwängen immer wiederum umgeben. Aber wenn es von Ideologie getragen wäre, dann müsste eigentlich die SPÖ in Wien weit voraus sein und das in Wien schon längst beschlossen worden sein. Aber ich sehe, wir sind die Ersten in Niederösterreich! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher lassen wir die Ideologie ein bisschen weg in diesem Bereich und bleiben wir auf dem Boden der Tatsachen. Tatsache ist, dass es eben in Österreich schon bisher eine ganz gute Durchschnittszahl zwischen dem Lehrerverhältnis und den Schülern gibt. In der OECD kommen zum Beispiel in den Volksschulen 16,5 Kinder, in Österreich 14,5 Kinder auf einen Lehrer. Das heißt, schon jetzt haben wir eine bessere Ausgangssituation. Und wenn heute diese Durchschnittszahlen genannt worden sind, so ist Tatsache, wir sind oft weit darunter, aber in manchen Bereichen gibt es eben diese Druckpunkte. Wir haben ja gesehen heute wie viele Lehrer wir anstellen müssen. Und dort sind die Druckpunkte und dort wollen wir helfend eingreifen.

Aber die heutige Senkung dieser Klassenschülerhöchstzahl, das ist ja nicht ein Anfangs- oder ein Endpunkt. Sondern wenn ich daran denke,

dass wir im Jahr 2005, ab dem Jahr 2005/2006 die fünf Bildungsregionen in Niederösterreich geschaffen haben, wo wir aus den Reihen der Bezirksschulinspektoren die Bildungsmanager herausgenommen haben um eben regional zu denken und nicht nur bezirksweise, wo ich bei Versetzungen Schwierigkeiten haben kann, wenn ich zum Beispiel Personalreserven einsetzen muss, dass man hier auch etwas größer hier arbeiten kann.

Der Rechnungshof hat diese Wirksamkeit der Bildungsregionen ja begrüßt. Das oberste Ziel war die Erhaltung der Arbeitsplätze der Lehrer, aber auch für die Kinder, dass sie nicht so weit gehen müssen. Das heißt, auch die Schulen vor Ort waren uns ein wichtiges Anliegen.

Und da muss ich schon sagen, da muss ich sagen, da hat die SPÖ, muss man auch heute sagen, nicht mitgestimmt. Dieses Modell ist ein Erfolgsmodell in Niederösterreich geworden. Und da waren Sie nicht mit dabei. Und das ist auch bezeichnend in diesem Fall. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine dritte Sache die uns auch sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang, das muss auch erwähnt werden. Und zwar die neue Form der Tagesbetreuung. Gerade in Niederösterreich haben wir hier diese Berufswelt der Eltern und auch die Anpassung der Betreuung der Kinder an diese Berufswelt in den Vordergrund gestellt in den letzten Jahren. Und wir legen aber ganz, ganz großen Wert darauf – und da ist eine Ideologie vielleicht schon dahinter – wir legen ganz, ganz großen Wert darauf, dass die Eltern entscheiden können, ob sie ihr Kind am Nachmittag in diese Tagesbetreuung geben. Und dass es nicht eine verpflichtende Ganztagschule gibt.

Und wir haben auch hier ganz gute Ergebnisse bei den Meinungsforschungen in diese Richtung. 77 Prozent sind bei der Frage über die freiwillige Nachmittagsbetreuung sehr dafür oder dafür, auch mit dem Hinweis, dass es etwas kostet. Und bei einer weiteren Frage ist eigentlich herausgekommen nur 38 Prozent sind für die Ganztagschule.

Das heißt, die Eltern wissen schon was gut für ihre Kinder ist. Und es muss nicht unbedingt eine Ideologie dahinter stecken. Und wir glauben, dass wir diese Meinung der Eltern auch mit vertreten.

Gerade mit Hilfe des Landes hat es hier Förderungen gegeben. Diese Förderungen dieser Nachmittagsbetreuung gab es nicht nur im finanziellen Bereich, sondern ich konnte beispielsweise selbst in meiner Gemeinde bemerken, dass es auch eine Beratung vor Ort gegeben hat. Eine tolle Beratung,

in der man wirklich auf die Bedürfnisse auch von kleinen Gemeinden eingegangen ist. Und dafür möchte ich mich wirklich heute noch sehr herzlich bedanken.

Es ist aber auch ein ganz neuer Bereich für die Kollegenschaft. Wir dürfen nicht vergessen, hier geht es nicht um die Ausweitung des Unterrichtes am Nachmittag, sondern um Freizeitpädagogik. Das heißt, wie kann ich das Kind am Nachmittag auch mit anderen Dingen, die ein bisschen den Intellekt anregen, aber auch in musischen Bereichen, wie kann ich die Kinder dabei fördern aber auch fordern?

Dazu ist eine Fortbildungsoffensive angedacht. Und ich halte das für sehr gut. Und wenn vorhin der Kollege Helm, der Herr Präsident jetzt so kritisiert worden ist: Hier gibt es in diesem Bereich seitens des Landesschulrates wegweisende Bewegungen. Wo man zum Beispiel gerade in diesem Bereich der Freizeitpädagogik ganz neue Wege mit neuen Ideen gehen muss. Denn wir werden auch in diesem Bereich als Lehrer immer mehr gefordert. Und ich glaube, Niederösterreich geht hier einen richtigen Weg!

Zurückkommend aber auf die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen. Und da muss ich schon eines sagen, lieber Kollege Weiderbauer. Das mit den Berufsschulen. Es wurde schon im Ausschuss genannt, aber wir haben bei den Vorbereitungen auch darüber gesprochen. Es ist nicht so, dass es das erste Mal in Niederösterreich erwähnt worden wäre. Und ich war auch schon vorher bei den Berufsschullehrern. Dort ist das Problem nicht so gekommen wie im Pflichtschulbereich. Der Kollege Cerwenka hat es schon gesagt, in diesem Bereich gibt es sehr viele Gruppierungen, Laborarbeiten und all diese Dinge, wo der Druck nicht so groß war wie im Pflichtschulbereich. Und wir wollten im Pflichtschulbereich einmal einen Pflock einschlagen um hier dann auch in weiterer Folge den anderen Bereich sozusagen „abzugrasen“.

Und daher haben wir auch hier einen Resolutionsantrag (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka und Adensamer zum Antrag der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. gem. § 34 LGO 2001 betreffend Änderung des Pflichtschulgesetzes, Ltg.-743/A-1/68-2006 betreffend Senkung der Klassenschülerhöchstzahl.

Im NÖ Pflichtschulgesetz werden durch den vorliegenden Gesetzesentwurf die Klassenschülerhöchstzahlen in den allgemeinbildenden Pflichtschulen herabgesetzt.

Die Berufsschulen wurden bei der Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen nicht berücksichtigt, da ohnehin in einem weit größeren Umfang als in allgemeinbildenden Pflichtschulen die Schüler der einzelnen Klassen in Schülergruppen unterteilt unterrichtet werden.

Die Komplexität im Bereich der Berufsschulen bringt es mit sich, dass eine Senkung der Klassenschülerhöchstzahl voraussichtlich zu weit größeren baulichen und organisatorischen Maßnahmen führen wird als dies im allgemeinbildenden Pflichtschulbereich der Fall sein wird, trotzdem sind die Vorbereitungen zu treffen da derzeit eine Änderung des Schulorganisationsgesetzes des Bundes in Vorbereitung ist, womit generell die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 – auch für Schüler ab dem 15. Lebensjahr – beschlossen werden soll.

Es ist daher anzustreben, alle Vorkehrungen zu treffen, um nach erfolgter Gesetzesänderung auf Seiten des Bundes im Berufsschulbereich, die erforderlichen Änderungen im Pflichtschulgesetz rasch umsetzen zu können.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung, diesbezüglich Vorkehrungen zu treffen sowie eine Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes vorzubereiten und nach erfolgter Änderung in der Grundsatzgesetzgebung dem Landtag raschest vorzulegen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Allein mit der Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen werden wir es nicht getan haben. Wir werden zwar Druck wegnehmen. Aber wichtig ist es, was machen wir daraus draußen in den Schulen? Nur allein die Zahlen senken, wo es ja immer wiederum gegangen ist in den letzten Jahren, senken wir, dann wird es wesentlich besser? Es muss vielmehr ein fortwährender Prozess in der Schule sein. Und da gehen wir auch den Weg dass wir noch weniger Verwaltung an den Schulen brauchen. Modernere Strukturen in der Schulverwaltung.

Ein Steckenpferd von mir ist, und das wurde auch heute schon genannt, die Schulautonomie. Es kann nicht sein bitte, dass wir im Gesetz für ganz

Niederösterreich einheitliche Richtlinien beschließen wenn es draußen in der Schule zum Beispiel diesen Fall gibt, den der Kollege Cerwenka erwähnt hat, 26 Kinder und 13 zum Beispiel im Turnunterricht gehen turnen. Und dann kann es passieren dass zwei, drei krank sind und dann steht der Lehrer mit 10 Kindern in der Klasse. Die können nicht einmal Fußball spielen gegeneinander weil man da ein bisschen mehr Schülerinnen und Schüler braucht.

Das heißt, das soll vor Ort entschieden werden. Das sollen nicht wir im Landtag beschließen und daher haben wir auch einen Antrag in diese Richtung gestellt und zwar folgenden Resolutionsantrag (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka und Adensamer zum Antrag der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. gem. § 34 LGO 2001 betreffend Änderung des Pflichtschulgesetzes, Ltg. 743/A-1/68-2006 betreffend Stärkung der Schulautonomie.

Im NÖ Pflichtschulgesetz werden durch den vorliegenden Gesetzesentwurf die Klassenschülerhöchstzahlen in den allgemeinbildenden Pflichtschulen herabgesetzt.

Dennoch gibt es in verschiedenen Bereichen, beispielsweise in der Integration, Höchst- und Teilungszahlen, die in der Grundsatzgesetzgebung vom Bund nicht vorgegeben sind. In diesen Bereichen sind verschiedentlich Ausnahmen von diesen Zahlen entweder durch den Landesschulrat, den Bezirksschulrat oder schulautonom möglich. Die Regelungen sind von Schultyp zu Schultyp teilweise uneinheitlich und daher auch unübersichtlich.

Weiters enthält das NÖ Pflichtschulgesetz kaum Bestimmungen zur Förderung von individuellen Begabungen beispielsweise durch Bildung eigener Lerngruppen. Anzustreben ist eine gesetzliche Änderung dahingehend, dass eine möglichst hohe Flexibilität in Hinblick auf die Bildung von Klassen und Lerngruppen entsteht, wobei auf die Förderung individueller Begabungen besonders einzugehen ist.

Hierbei sollte generell die Autonomie an den Schulen gestärkt werden, wobei als Korrektiv lediglich die Zuteilung der Lehrplanstellen durch den Landesschulrat innerhalb der Bildungsregionen dienen soll. Die Regelungen sollen einheitlich für alle allgemein bildenden Schulen und auch Klassen gelten.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung eine Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes vorzubereiten und nach Durchführung eines Begutachtungsverfahrens dem Landtag vorzulegen."

Und hier wollen wir wirklich, dass wir nicht im NÖ Pflichtschulgesetz in Zukunft immer alles auf den I-Punkt regeln, sondern vor Ort müssen die Entscheidungen fallen, natürlich gedeckt durch die Schulbehörde.

Daher darf ich abschließend eines sagen: Dass wir in Niederösterreich die Vorleistungen erbracht haben. Die Taten des Bundes müssen jetzt natürlich folgen. Ich glaube, mit dem heutigen Beschluss zum NÖ Pflichtschulgesetz ist dem Land Niederösterreich ein bildungspolitischer Meilenstein gelungen. Danke! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zweiter Präsident Sacher: Hoher Landtag! Damit ist die Rednerliste erschöpft. Ich frage den Berichterstatter, ob er ein Schlusswort wünscht.

Berichterstatter Abg. Mag. Heuras (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ich halte fest, dass der Redner Abgeordneter Weiderbauer er sucht hat, eine getrennte Abstimmung durchzuführen. Und zwar über den Punkt 2 unseres Antrages der uns zur Abstimmung vorliegt. Gibt es einen Einwand dagegen? Das ist nicht der Fall.

(*Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut der Gesetze sowie über den Antrag des Schul-Ausschusses, Ltg. 743-1/A-1/68 und Ltg. 743-2/A-1/68 über Punkt 2:*) Der Punkt 2 dieses Antrages wurde von allen Abgeordneten außer den Abgeordneten der Grünen angenommen und daher mit Mehrheit beschlossen.

Ich führe die Abstimmung nun weiter. (*Nach Abstimmung über die übrigen Punkte dieses Antrages:*) Ich halte fest, dass dieser Antrag in den Punkten 1, 3 und 4 einstimmig angenommen worden ist.

Es wurden zu diesem Antrag drei Resolutionsanträge eingebracht, über die ich nunmehr auch abstimmen lasse. Resolutionsantrag Nr. 1 der Abgeordneten Cerwenka, Nowohradsky und Adensamer betreffend Planstellen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. (*Nach Abstimmung:*) Einstimmig angenommen!

Resolutionsantrag 2 der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka und Adensamer betreffend Senkung der Klassenschülerhöchstzahl in Berufsschulen. (*Nach Abstimmung:*) Das ist ebenfalls einstimmige Annahme.

Resolutionsantrag 3 der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka und Adensamer betreffend Stärkung der Schulautonomie. (*Nach Abstimmung:*) Ebenfalls einstimmig angenommen!

Hoher Landtag! Zum Geschäftsstück Ltg. 785/W-17 ist gemäß § 42 Abs.1 der Landtagsgeschäftsordnung die Zustimmung des Landtages zum Abgehen von der 24-Stundenfrist für die Verteilung der Anträge an die Abgeordneten erforderlich. Ich lasse daher abstimmen darüber, ob wir diesem Abgehen zustimmen, dass nicht die 24-Stunden Vorlagefrist heute notwendig ist. Wer ist der Meinung, dass wir dennoch diesen Antrag behandeln? Danke. Das ist einstimmig der Fall.

Daher ersuche ich Herrn Abgeordneten Hensler, die Verhandlungen zu Ltg. 785/W-17 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Hensler (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 785/W-17, Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen (2. Tranche) (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen.

1. Die Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen (2. Tranche), rund 33.000 Darlehen mit einem Nominale von rund € 2 Mrd. und die Veranlagung des Verwertungserlöses wird genehmigt.
2. Das Land Niederösterreich übernimmt eine Garantie für das Bestehen und die Einbringlichkeit der zu verwertenden, vom Land Niederösterreich vergebenen Wohnbauförderungsdarlehen.
3. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung dieses Landtagsbeschlusses erforderlichen Maßnahmen zu setzen.“

Geschätzter Herr Präsident, ich ersuche, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Zweiter Präsident Sacher: Ich danke für die Berichterstattung und erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Waldhäusl das Wort.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Kollegen des Landtages!

Es geht um die Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen, die 2. Tranche. Und ich glaube, dass es richtig ist und auch sinnvoll, wenn man darüber diskutiert, ob man diesen Schritt noch einmal setzt, setzen soll, auch nachzudenken, wie schaut es mit dem ersten Schritt aus, mit der ersten Tranche.

Es ist ja in diesem Geschäftsstück aufgelistet die Höhe der Veranlagung, die Ausschüttung von 545 Millionen Euro, der Beginn mit 2,442 Milliarden und der momentane Stand mit 31.12.2006 mit 2,474 Milliarden Euro.

Dann macht man sich die Arbeit und rechnet das hoch, auch mit dieser Ausschüttung mit dieser jährlichen, dann kann man rechnerisch hier ein Ergebnis erzielen, dass man mit dieser Art der Veranlagung auch mit dem Risiko dieser Veranlagung ein bisschen über vier Prozent erwirtschaftet hat. 4,1, über das kann man dann bei den Kommastellen ein bisschen diskutieren.

Und ich behaupte – und das wird auch belegt von Leuten, die sich in der Finanzwirtschaft auskennen – hätte man dieses Geld ohne Risiko, zum Beispiel in Bundesanleihen, investiert, ohne Risiko, weil zur Republik werden wir ja Vertrauen haben, hätte man garantiert fünf Prozent erwirtschaftet. Rechnerisch ergibt das, wenn ich bei einer Veranlagung von 2002 bis Ende 2006 rechne, da rechne ich das Jahr 2002 noch gar nicht ganz, ergibt das ein Minus gegenüber der Bundesanleihe von zirka 24 Millionen pro Jahr. Jetzt kann man sagen, okay, es war nicht in Ordnung, es waren ein paar schlechte Jahre dabei. In den guten Jahren hat man natürlich weit mehr erwirtschaftet. Bei einer Veranlagung muss man natürlich den ganzen Zeitraum sehen.

Von 6 Prozent kann ich mich noch erinnern unter anderem ist man ausgegangen, ein bisschen über 4 ist es geworden. Jetzt steht ja nur mehr für diese 2. Tranche 5 Prozent drinnen. Diese 5 Prozent, die ich ohne Risiko woanders leichter erreichen kann. Dass das mit der Cashflowgarantie gemacht wird, na klar, das ist eine Garantie für das

Bestehen. Würde aber nur aussagen, dass derjenige, der hier das erwirbt, ja es noch leichter hat, weil er kein Risiko mit einrechnen muss und daher bei der Bewertung ein höherer Wert zu erzielen ist. Geht man von dieser 2. Tranche aus, von diesen 33.000 Darlehen mit einer Nominale von rund 2 Milliarden Euro, wissen wir, dass in etwa ein Barwert von 1 Milliarde Euro erzielbar ist. Rein für die Veranlagung.

Wir wissen auch, und das steht ja in diesem Geschäftsstück genau drinnen, dass es möglich ist, auf Grund dieses heutigen Beschlusses, diesen Verkaufserlös, einen Teil davon, zur Abdeckung des Nettoabganges des Landesbudgets heranzuziehen. Werden, Rechnungsabschluss ist noch nicht fertig, 150 bis 170 Millionen Euro in etwa sein. Das heißt, es kommt eine Veranlagung von zirka 800 oder 830, 850 Millionen zustande. Wenn man weiß, wie die erste Veranlagung gelaufen ist, dann muss man Bedenken haben bei dieser 2. Tranche, dass wieder Geld verwirtschaftet wird. Und ich sage hier bewusst den Ausdruck, den Begriff „verwirtschaftet“. Es kann kein Mensch aus der Finanzwirtschaft, kein Betriebswirtschaftler es ableugnen, dass in diesen Jahren wir mit einer Bundesanleihe ohne Risiko 24 Millionen pro Jahr mehr oder 120 Millionen insgesamt mehr erwirtschaftet hätten. Ich behaupte daher, durch das Vorgehen von Landesrat Sobotka ist dem Land ein Schaden von 120 Millionen Euro entstanden.

Und ich behaupte auch, diese 2. Tranche, diese Maßnahme ist heute erforderlich, um überhaupt die Schulden des Jahres 2007 jetzt abzudecken. Sonst wäre nicht in diesem Geschäftsstück der Passus drinnen, wobei der Verkaufserlös auch zum Ausgleich des Nettoabganges des Landesbudgets 2007 bis zu maximal der budgetären Höhe des Nettoabganges verwendet werden darf. *(LR Mag. Sobotka: Das ist so ein abstruser Blödsinn! Das tut körperlich weh!)*

Ich sage daher, und das ist richtig so, dass bereits in Niederösterreich durch Landesrat Sobotka und durch die Zustimmung dieses Hauses heute Wohnbaudarlehen zur Schuldentilgung herangezogen werden. Das ist der erste Grund meiner Ablehnung. Der zweite Grund meiner Ablehnung ist, es gibt wieder eine Spekulation auf Kosten der Steuerzahler. Und die erste Spekulation ist, wenn man es seit dem Tag der Veranlagung bis jetzt rechnet, in die Hose gegangen.

Landesrat Sobotka hat mit dieser Veranlagung 120 Millionen in den Sand gesetzt. 120 Millionen Steuergeld der Niederösterreicher. *(Abg. Maier: Das stimmt ja nicht!)* Genau das stimmt! Das lässt

sich nachlesen. Man muss sich nur die Arbeit machen und das ein bisschen berechnen. Jeder weiß, was man bei einer Bundesanleihe erwirtschaften kann. *(LR Mag. Sobotka: Bei Ihnen ist 1 plus 1 vier! 1, 3, 5!)*

Kollege Sobotka, das ist auch das wie ihr uns vorgerechnet habt, dass jeder Euro und jeder Schilling in Brüssel verdoppelt und verdreifacht wird. Dieses Rechenspiel kennen wir ja. Und trotzdem bleibt bei deiner Rechnung unterm Strich immer ein dickes Minus und die Schulden werden mehr in Niederösterreich und nicht weniger. Drum brauchst diesen Beschluss heute, sonst würde ja nicht drinnen stehen, dass mit diesem Verkaufserlös auch der Nettoabgang hier ausgeglichen werden kann. Das heißt, Wohnbaugelder für die Schulden des Landes heranziehen.

Aber es kann es jeder rechnen wie er möchte. Ich sage gar nicht dass ich grundsätzlich gegen die Verwertung bin wenn es eine vernünftige Verwertung ist. Aber ohne Risiko und ohne Schaden für das Land. Hier ist dem Land Niederösterreich durch diesen Beschluss ein Schaden von 120 Millionen Euro entstanden. Und ich werde heute deswegen nicht zustimmen, weil ich einen weiteren Schaden vom Land Niederösterreich abwenden möchte.

Zweiter Präsident Sacher: Ich erteile als nächster Rednerin Frau Klubobfrau Dr. Petrovic das Wort.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Herr Landesrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Ergebnis kommen wir nach sehr intensiven und durchaus viele Faktoren berücksichtigenden internen Debatten im grünen Klub auch zu dem Ergebnis, dass wir nicht zustimmen. Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Wobei ich heute nur ganz kurz und in ganz groben Grundzügen unsere Motive hier transparent machen möchte.

Grundsätzlich scheint es uns schon so, dass auch die öffentlichen Hände, die Gebietskörperschaften, als private Wirtschaftssubjekte agieren können und in manchen Fällen wohl auch sollen. Und dass sie dann auch die Kriterien der privaten Wirtschaft zu akzeptieren haben, das scheint nahe liegend. Das heißt, dass dort, wo es möglich ist, durchaus auch Gewinne zu machen für die Gebietskörperschaft für die sie die ökonomische Verantwortung tragen, dort gehört das dann dazu. Und das halten wir nicht grundsätzlich für irgend etwas Verpöntes oder etwas was man verteufeln sollte.

Was uns bisher fehlt ist einerseits eine Debatte darüber, was sind denn die Bereiche die man so führen sollte. Dass es manche Bereiche zweifelsohne nicht sind, wo nur die Instrumente und die Rechtsschutzgarantien der Hoheitsverwaltung angebracht sind, das liegt ebenso auf der Hand. Aber wo dieses Gewinnstreben dieses legitime, auch vernünftige Gewinnstreben in die öffentlichen Haushalte hineinwirken soll, das, glaube ich, das wäre schon eine allgemeine Debatte einmal wert.

Dann stellt sich natürlich die Frage, wenn ich für einen bestimmten Bereich das privatwirtschaftliche Agieren und das Gewinnstreben als Leitprinzipien akzeptiere, wie ich das dann inhaltlich ausfülle und was dann die Kriterien sind. Da wird man wohl bei den öffentlichen Händen ein Quäntchen strenger sein müssen als bei sonstigen Wirtschaftssubjekten. Das ist dann so quasi die zweite Frage, wenn ich die erste schon bejaht habe. Und da wird man natürlich fragen müssen, wo wird denn dieses Geld veranlagt? Was ist denn das für ein Mix? Und vor allem nicht nur, welche Branchen, welche Aktien beispielsweise schließt man mit Sicherheit aus von der Veranlagung. Sie kennen, Herr Landesrat, die ganze Debatte um die Ethikfonds und alle die Fragen. Weil man natürlich auch Ethik sehr verschieden definieren kann oder die Kriterien anders bemessen kann.

Zu der Frage sind wir im konkreten Fall noch gar nicht gekommen. Auf jeden Fall haben wir es positiv gefunden, und ich möchte das ausdrücklich hervorheben, dass die Informationspolitik und die Möglichkeiten, die der grüne Klub hier hatte, durch den Kollegen Fasan hier Einblick zu nehmen, dass wir das einmal positiv werten dass hier versucht wird, Transparenz zu schaffen und auch die Entscheidungsgrundlagen transparent zu machen.

Dennoch. Wir würden gern noch einmal diesen Schritt zurück machen und die Frage stellen: Erstens einmal gibt es, auch wenn ich sage, das gehört zu den Bereichen, in denen ich privatwirtschaftliche Prinzipien, Gewinnstreben als legitim, als vernünftig, vielleicht sogar als angesagt in Sparzeiten wie diesen akzeptiere. Und da glaube ich, dass wir die Frage, gibt es andere, rein ökonomische Alternativen, nicht wirklich je geprüft haben.

Also ich hab beispielsweise vor wenigen Tagen in Oberösterreich mit den Kollegen dort dieselbe Frage diskutiert. Und wir haben sie dort gefragt, wie war denn das, wie ihr in die Landesregierung gegangen seid, veranlagt ihr die Gelder? Wie veranlagt ihr? Die haben gesagt, ja, wir haben da bereits ein Erbe übernommen. Wir haben natürlich im Zuge unserer gesamten Regierungsverantwortung ak-

zeptiert. Aber wir arbeiten jetzt oder wir haben jetzt im Nachhinein auch Studien erstellt um die Frage wirtschaftlicher Alternativen zu prüfen.

Und da zeigt sich, dass möglicherweise der Verkauf von aushaftenden Darlehen und die Veranlagung der dadurch hereingebrachten Gelder nicht die aller wirtschaftlichste Alternative ist, sondern dass es möglicherweise sehr stark das eigene Einsteigen doch wieder der öffentlichen Hände in diesem Bereich ist.

Und da gibt's durchaus Indizien. Wir haben für Niederösterreich keine derartige Untersuchung. (*LR Mag. Sobotka: Das habe ich jetzt nicht verstanden!*) Einsteigen!

Also wenn ich mir zum Beispiel anschau, dieser Bericht, der auch noch heute zur Diskussion steht, der Bericht des Rechnungshofes über das Bezügebegrenzungs-gesetz, der zwar ganz was anderes beinhaltet als was vorne draufsteht, dann beinhaltet der nämlich ganz umfangreiche Statistiken über die Jahreseinkünfte in verschiedenen Wirtschaftsbranchen. Und da zeigt sich, und zwar ganz kontinuierlich über die Jahre, dass, und zwar meilenweit, um wirklich gewaltige Differenzen hier die Einkommensmöglichkeiten zwischen den Branchen differieren. Und ganz, ganz, ganz vorne liegt das Realitätenwesen.

Da haben wir, während wir in anderen Bereichen, wenn ich da hernehme Handel oder Restaurants, Gasthäuser, sonst irgendwas, Verkehr, wo wir da irgendwo in den Größenordnungen zwischen 15.000 Euro und 30.000, vielleicht 50.000 Euro, sind wir beim Realitätenwesen, bei der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, Wohnungen und sonstigen Realitäten bei 90.000 im Durchschnitt, arithmetisches Mittel, 97.000. Also hier haben wir eine Branche, in der es um sehr hohe Gewinnchancen geht. Und wenn man schon sagt, wir gehen in diesen Bereich, wofür durchaus einiges spricht, weil es eben ein Bereich ist, der in funktionierenden Märkten sich abwickelt. Wir akzeptieren diese Prinzipien auch für die öffentlichen Hände. Dann denke ich mir, könnten die ja auch unter denjenigen sein, die auf diese Art und Weise, ohne sich eigener Rechte zu begeben, auch dafür Sorge tragen, dass bestmögliche Erlöse dann letztlich für das Land und für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erwirtschaftet werden.

Dazu kommt natürlich immer auch bei einer relativ behutsamen und zumindest in Teilbereichen eher defensiven Veranlagung von Geldern, dass natürlich ein Risiko mitschwingt. Und so quasi dass was dann auch in den Vorbesprechungen gesagt

wird, na ja, so quasi, wenn sich die ganze Weltwirtschaft so schlecht entwickelt dass alles in den Keller geht, ja dann haben wir wahrscheinlich alle miteinander andere Sorgen. Das kann man natürlich immer sagen, wenn alles den Bach runter geht, dann gehen wir halt mit.

Aber ich glaube doch, dass im Bereich der Finanzmärkte, und der eben dann von Realitäten losgelösten Finanzmärkte, die Kriterien nicht nur der Marktwirtschaft sondern eines knallharten Casino-Kapitalismus doch noch um einiges härter und weniger gebremst sind als auf den Immobilienmärkten selbst.

Das heißt, mir scheint es ein extrem mit Risiko behafteter Bereich. Und vielleicht auch gar nicht die Option für die öffentlichen Hände wo man letztlich an das Maximum an Rückflüssen zur Entlastung der Haushalte und zur Wiederveranlagung im Wohnbaubereich lukrieren kann.

Mit einem Wort, wir sehen grundsätzlich das Bestreben, dass man hier Einnahmen erwirtschaftet, dass man hier auch marktwirtschaftlich vernünftig agiert und Einnahmen lukriert. Wir glauben auch, dass das im Rahmen der vorgegebenen Möglichkeiten sicher seriös gemacht wird und jetzt Gottseidank, zumindest in letzter Zeit, auch ertragreich. Wir würden nur gerne diese Grundsatzdebatte, die ich angesprochen habe, gibt es auch andere Möglichkeiten. Und wie könnte eine Wohnbau- und Wohnungs- und Behausungs-, Beherbergungspolitik der Zukunft ausschauen, die vielleicht wieder stärker auf öffentliche Prioritäten und öffentliche Anteilsrechte setzt.

Wie gesagt, wir haben unterm Strich dann entschieden, dass wir dieser Vorlage nicht unsere Zustimmung erteilen. Wir sind aber gerne bereit, weiter hier eine konstruktive und wahrscheinlich auch in Zukunft kontroverielle Diskussion mit Ihnen zu führen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Gartner das Wort.

Abg. Gartner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute zur Beschlussfassung die Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen zu beschließen. Einige grundsätzliche Worte dazu. Es sollen 2 Milliarden Euro verwertet werden mit einem Nettoverkaufserlös 1 Milliarde. Davon sollen zirka 170 bis 200 Millionen zur Abdeckung des Budgets

2007 verwendet werden und die restliche Summe soll in Neuveranlagungen basieren.

Das Land Niederösterreich wäre damit den neuen Veranlagungen mit zirka 4,5 Milliarden Euro einer der größten Anleger, soweit ich kurz überschlagen habe, im Banksektor, der viertgrößte Anleger Österreichs. Es stellt sich da die Frage, ist es in der Landespolitik so wichtig als Anleger zu fungieren oder nicht. Das ist sicher eine politische Dimension, politisch zu entscheiden. Von der Bankensicht her, glaube ich, ist es eher den Banken und Spezialisten zu überlassen, diesen Markt zu beackern.

Meine Damen und Herren! Ich weiß aber, dass diese Veranlagungen auf einer sehr sicheren Basis gemacht werden. Es soll eine Rendite erzielt werden von zirka 5 oder 5,5 Prozent. Das ist eine sehr vorsichtige Schätzung und ich glaube, die wird auch eintreffen.

Es wäre aber zu überlegen in Zukunft, ob man nicht, wenn Gelder wirklich verwertet werden, wieder eine Aktion macht für die Gemeinden Niederösterreichs. Es hat ja einmal diese Regionalförderungsaktion gegeben unter Landeshauptmannstellvertreter Höger, die gezielt auf Gemeindeaktionen gerichtet wurde. Und gerade die Gemeinden sind es, die eine sehr angespannte Finanzsituation haben. Aber die größten Investoren sind die Klein- und Mittelbetriebe Niederösterreichs. Und daher, glaube ich, wäre eine Aktion in dieser Richtung angebracht.

Man kann natürlich darüber diskutieren ob Wohnbauförderungsmittel für Gemeinden verwendet werden sollten. Aber Geld zur Verfügung zu stellen wäre sicher ein guter Weg um auch die Wirtschaft in Niederösterreich, die derzeit ja konjunkturmäßig anspringt, weiter zu fördern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wohnbauförderung Niederösterreich ist sicher eine der besten aller Bundesländer. Sie darf auf keinen Fall gekürzt werden. Nein, ich bin im Gegenteil der Meinung, die Wohnbauförderungsmittel sollten erhöht werden. Sie sind ja derzeit auf einen Level eingefroren. Und es sollte mehr Geld für anstehende Wohnbauprojekte verwendet werden.

Meine Damen und Herren! Viele Regionen Niederösterreichs haben das Problem, dass zu wenig Wohnbaumittel zur Verfügung stehen. Ich nehme da besonders den Südraum oder das Industrieviertel Niederösterreichs sehr, wo ein großer Bedarf besteht an neuen Wohnungen und ein sehr

starker Zuzug in diesen Gemeinden zu verzeichnen ist.

Und wenn gerade in diese Bereiche Gelder zusätzlich einfließen, ist es ein Impuls für die Bauwirtschaft, für das Baunebengewerbe und vor allem, meine Damen und Herren, mit diesen Mitteln werden sozial leistbare Wohnungen für unsere jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger geschaffen. Wir haben immer mehr Singlehaushalte, immer mehr Menschen die alleine durchs Leben gehen. Damit braucht man einfach mehr Wohnraum, das ist gegeben, meine Damen und Herren.

Wir haben das Problem, dass nördlich der Donau die Gemeinden teilweise Absiedlungsgemeinden sind, teilweise ein Minus haben an Einwohnerzahlen. Und in Städten und Gemeinden des Industrieviertels haben wir sehr starke Zuwächse. Es gibt Statistiken, wo wir in den nächsten 20 Jahren Gemeinden haben mir mehr als 30 Prozent Zuwachs an Einwohnern. Und daher muss auch für diese Menschen Wohnraum zur Verfügung gestellt werden.

Und daher wäre sicher ein Mittel, die Wohnbauförderung oder die Wohnbaumittel zu erhöhen. Den Wohnbauträgern, den Gemeinden, mehr Geld aus diesen Wohnbaumitteln zur Verfügung zu stellen um die Wirtschaft weiterhin anzukurbeln und den Menschen, wie gesagt, diesen leistbaren Wohnraum zu schaffen.

Die Gemeinden und die gemeinnützigen Wohnbauträger Niederösterreichs, meine Damen und Herren, sind sicher mit der Wohnbauförderung und vielen anderen Instrumenten die positiven Garantien für eine gute Entwicklung der Struktur in Niederösterreich. Es ist daher von unserer Seite, von der sozialdemokratischen Partei und von unserer Fraktion ein klares Ja zu den Veranlagungen. Es werden Gewinne damit erzielt, wenn sie auch nieder sind. Aber wir können uns auch als Land Niederösterreich in Zukunft nicht vom marktwirtschaftlichen Denken verabschieden. Es soll ein guter Mix werden von Privatwirtschaft und von öffentlicher Hand. Und ich glaube, mit der sicheren Anlage, wie sie hier gegeben ist, wird das Land Niederösterreich auch weiterhin den richtigen Weg, gerade was die Wohnbauförderung betrifft, einschlagen.

In diesem Sinne wird die sozialdemokratische Fraktion diesem Antrag zustimmen. Danke! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Sacher: Ich bitte nun Herrn Abgeordneten Erber als nächsten Redner zum Rednerpult.

Abg. Erber (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vielleicht zum Grundsätzlichen. Ich gebe schon zu, das war seinerzeit ein neuer Weg den man beschritten hat. Da steckt vieles an Überlegung dahinter. Es ist eigentlich auch heute eine sehr spannende Debatte. Eigentlich müsste man ja fast mit Kritik an unserem Landesrat, der für Finanzen zuständig ist, beginnen. Wenn man sich das anschaut, dass er da wirklich Bankenexperten und Veranlagungsexperten zusammen holt, die darüber nachdenken, wie kann man neue Wege gehen und die sehr solide, sodass das Risiko minimiert wird.

Weil wenn man dem Kollegen Waldhäusl zuschaut oder zuhört, dann sieht man eigentlich wie einfach das ist. So in fünf Minuten wird das abgehandelt wie ein paar Milliarden Euro angelegt werden und wie man Gewinne ausrechnet. Genau das ist es. So einfach ist die freiheitliche Politik! (*Unruhe bei Abg. Waldhäusl.*)

Ja, so einfach ist die freiheitliche Politik. Nur, das Leben ist tatsächlich nicht so einfach! Man kann schon vieles durchrechnen, Tatsache ist es, dass es insbesondere zu Beginn, wie wir diese Veranlagungsform gewählt haben, nicht das beste Jahr war. Ich kann mich noch an die Schlagzeilen erinnern, wo sehr hart ins Gericht gegangen wurde. Diese Kritik wurde immer stummer, immer leiser. Ja, kein Wunder! Weil wenn man sich die Entwicklung der Aktien anschaut, dann sieht man auch, in welche Richtung es geht. Und zwar ständig nach oben.

Jetzt ist schon manches angesprochen worden, wie kann Kapitalwirtschaft, wie kann Finanzwirtschaft ausschauen. Man hat das immer nur von Seiten des Landes gesehen. Aber schauen Sie einmal, insbesondere bei den Pensionsvorsorgekassen wird auch in Aktien veranlagt. Wozu hat es geführt? Der ATX hat einen Höchststand erreicht. Und ich denke, dass es richtig ist, dass man mit diesen Geldern auch die heimische Wirtschaft unterstützt. Und damit einen Impuls setzt, damit auch Kapital vorhanden ist, damit heimische Unternehmen damit agieren können und investieren können.

Und letztlich, und das ist nicht wegzudiskutieren, betrachtet man die Aktienindizes der letzten 100 Jahre, dann haben wir eine durchschnittliche

Verzinsung von 10 Prozent. Und das spricht für sich dass das durchaus eine solide Veranlagung ist.

Und Kollege Fasan! Ich kann mich noch erinnern, auch du warst einer, der am Anfang durchaus sehr, sehr kritisch war dieser Veranlagungsform gegenüber. Ich kann mich aber auch erinnern, wie es eine Berichterstattung über die Entwicklung der Darlehen gegeben hat oder der Erträge, wo du eine Wortmeldung getan hast die gelautet hat: Na warum haben wir nur 60 Prozent und 40 Prozent Anleihen?

Ich glaube, gerade das ist wichtig, dass man diesen Weg beibehält. Und zwar einen guten Mix zwischen Anleihen und Aktien. Und ich glaube, dass man sehr gut beraten ist, hier wirklich Experten zusammen kommen zu lassen. Ich weiß schon, von hier ist es leicht zu sagen, ja warum investieren wir nicht in Immobilien? Nur, meine Damen und Herren, ich glaube, auch wenn man sich damit beschäftigt, unsere Aufgabe ist es nicht, Gelder zu veranlagen. Unsere Aufgabe ist es, Politik zu machen. Und gerade das ist ein richtiger Weg dass man sich Experten holt, die eben über Veranlagungen diskutieren und diese Veranlagungen tätigen.

Was wäre die Alternative zu dieser Veranlagungsform gewesen? Das haben auch welche oder andere Länder gemacht. Sie haben sie verkauft und haben sie kurzfristig ins Budget gegeben. Oder eine andere Form wäre gewesen, diese sofort, wie es auch Kollege Gartner angesprochen hat, diese sofort weiter zu geben an die Gemeinden. Ja, das ist ein Weg. Aber ich denke doch, der sinnvollere Weg ist genau der gewählte. Und zwar die Rückflüsse wieder für den Wohnbau und die Wohnbauförderung und für die Wohnhilfe zur Verfügung zu stellen, das sichert ... *(Unruhe im Hohen Hause.)* Na Teile davon kommen ja ins Budget.

Das sichert tatsächlich dieses hohe Niveau das wir in Niederösterreich haben. Schauen Sie, jetzt ist schon vieles von Zahlen angesprochen worden. Nur, vergessen Sie nicht: Was steckt hinter der NÖ Wohnbauförderung, hinter der NÖ Wohnhilfe? Und da komm ich schon sehr tief in die Gemeinden hinein. Gerade Niederösterreich, das ist ein Erfolgsmodell wenn ich Wohnbauförderung auf die Familien umlege. Nicht nur im Neubau, sondern auch im Sanierungsbereich können gerade, weil Mittel vorhanden sind, ganz, ganz sinnvolle Schritte getätigt werden. Es ist ein soziales Instrument. Wir können es damit ermöglichen, dass die Familien so leben können wie sie sich das vorstellen und auch das Einkommen von der ganzen Familie mit berücksichtigt wird. Das heißt, diese Finanzierung,

diese Veranlagungsform ist eigentlich die Grundlage für eine soziale Wohnbauförderung in Niederösterreich.

Und letztlich, und auch das steckt dahinter, ist die Wohnbauförderung ein Instrument zum Umweltschutz. Weil gerade wenn wir die Ökokennzahlen und die Verbesserung der Ökokennzahlen ins Zentrum unserer Wohnbauförderung stellen, dann sieht man, wie viel man im Bereich Umwelt damit erreichen kann.

Nun, meine Damen und Herren, die Zahlen wurden angesprochen. Ich glaube, ich brauch sie nicht mehr wiederholen, sie sprechen für sich. Die Ziele wurden erreicht die man sich gegeben hat. Ich möchte auch jenen danken, die dahinter stecken. Und zwar die dahinter stecken und sich den Kopf zerbrechen, wie kann ich Gelder veranlagen, dass es tatsächlich nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig Sinn macht.

Und letztlich, ich möchte schon Landesrat Sobotka danken. Weil eines ist schon klar: Wenn man immer nur das fortschreibt was man immer schon gemacht hat, dann wird man nicht viel Kritik kriegen. Wenn man aber auch manchmal bereit ist, neue Wege zu gehen wie das Landesrat Sobotka macht und sich auch den Kopf zerbricht, wie kann ich eine modere Finanzwirtschaft ausschauen lassen, wie kann ich neue Finanzierungsformen finden, da kann man Kritik einstecken. Und er hat sie insbesondere in den ersten Jahren eingesteckt. Ich gehöre nicht zu jenen die jetzt überschwänglich jubeln weil es jetzt sehr gut aussieht. Sondern jubeln möchte ich deswegen, weil ich glaube, so schaut Politik der Zukunft aus. Nicht das was da ist fortschreiben, sondern über neue Wege nachdenken. Das ist es was Niederösterreich braucht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und es kommt schon oft die Kritik, und ich weiß, wer was riskiert der läuft Gefahr dass manches daneben geht. Nur, wer nichts riskiert, der hat von vornherein verloren! Ich glaube letztlich, genau das brauchen wir: An unserer Spitze Männer, die mit Einsicht und auch mit Absicherung etwas riskieren. Genau solche wie eben einen Finanzlandesrat Sobotka. Herzlichen Dank für die Einführung eines neuen Weges in der Finanzwirtschaft! Jawohl, das ist vorbildhaft. Da könnten sich manche was anschauen wie man etwas sozusagen gut weiter führt mit den Finanzen. Das ist vorbildlich, jawohl. Ich stehe hier und sage Danke dass wir solche Vorbilder auch haben, die vorangehen, die neue Wege aufzeigen. Wenn die Gemeinden angesprochen wurden, ich glaube schon, dass das auch ein Vorbild für die Gemeinden ist vielleicht auch einmal

was Neues zu probieren. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Das kann man ruhig sagen. Ich glaube, das könnte man auch von heroben sagen. Man kann durchaus auch als Opposition einmal sagen Danke wenn jemand etwas gut macht.

Nun, meine Damen und Herren, ich habe aber noch einen Resolutionsantrag einzubringen und zwar eben zu diesem Geschäftsstück (*liest:*)

„Resolutionsantrag

des Abgeordneten Erber zur Vorlage der NÖ Landesregierung betreffend Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen (2.Tranche), LT-785/W-17, betreffend Bericht über die Erträge aus der Veranlagung der Wohnbauförderungsdarlehen.

Das Land NÖ hat Wohnbauförderungsdarlehen an Privatpersonen, Wohnbaugesellschaften und Gemeinden, die hypothekarisch sicher gestellt sind vergeben. Mit Beschluss vom 28.Juni 2001, LT-765/W-17-2001, wurden der Verkauf von Wohnbauförderungsdarlehen und die Veranlagung des daraus erzielten Verwertungserlöses beschlossen. Die Erträge aus der Veranlagung des Landes sind im Budget enthalten und gesondert ausgewiesen. Im Rahmen der Beschlussfassung des Budgets besteht somit die Möglichkeit zu debattieren und bei der Behandlung im Wirtschafts- und Finanzausschuss die Möglichkeit weitergehende Fragen zu stellen und Auskünfte über die Ertragslage einzuholen.

Darüber hinaus wurden die Abgeordneten in verschiedensten Informationsveranstaltungen vom Regierungsmitglied LR Mag.Wolfgang Sobotka über die Entwicklung und Ertragslage der Veranlagung informiert. Diese Sonderinformation hat sichergestellt, dass die Abgeordneten über die Veranlagung der Wohnbauförderungsgelder entsprechend informiert sind. Diese Vorgangsweise hat sich in der Praxis gut bewährt.

Es soll nunmehr auch bei der zur Beschlussfassung anstehenden Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen (2.Tranche) sichergestellt werden, dass diese bewährte Praxis auch in der Zukunft fortgesetzt wird.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere Herr LR Mag. Wolfgang Sobotka, wird aufgefordert, die bisherige Information der Abgeordneten über die

Veranlagung und Erträge der Veranlagung von Wohnbauförderungsdarlehen aufrecht zu erhalten und insbesondere im Rahmen des Budgets die Erträge aus der Veranlagung darzustellen, im Rahmen der Beratung des Budgets im Wirtschafts- und Finanzausschusses für Fragen und Auskünfte über die Ertragslage zur Verfügung zu stehen.“

Nun, meine Damen und Herren beschließen möchte ich meine Rede damit, dass ich glaube, eines ist unbestritten: Die Wohnbauförderung in Niederösterreich ist ein wichtiges Instrument im Sinne der Sozialpolitik, im Sinne der Familienpolitik und im Sinne der Umweltpolitik. Grundlage dafür ist es, dass eine ordentliche Finanzierung dahinter steht. Das ist mit dieser Veranlagung erreicht. Und damit kann sich Niederösterreich durchaus als Erfolgsmodell sehen lassen. Herzlichen Dank dafür! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zweiter Präsident Sacher: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Mag. Fasan gemeldet.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur zwei Aussagen des Kollegen Erber berichtigen. Zum Einen hat er gemeint, wir brauchen Männer in Niederösterreich die was riskieren. Ich berichtige: Wir brauchen auch Frauen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Und zweitens, der eigentliche Grund meiner Meldung ist, nur damit kein Missverständnis aufkommt, es ist an und für sich weder von dir noch von mir was Gehässiges. Ich möchte es nur richtig stellen. Weil du eine Frage von mir in einer dieser Informationen falsch zitiert hast. Ich hätte gefragt, warum nur 40 Prozent Aktien. Das klingt so, als hätte ich die Forderung nach mehr Aktien erhoben. Habe ich natürlich nicht. Sondern ich habe nach dem Verhältnis zwischen Aktien und Anleihen gefragt. Und was dieses Verhältnis bei den jeweiligen Verlusten und Gewinnen dann aussagt. Begründung: Die Anleihen haben in der Zeit der Verluste einen gewissen Ausgleich geschaffen, die Verluste geringer zu halten. Und die Aktien haben in der Zeit der Gewinne einen Teil dieser Verluste wieder ausgeglichen. Und darauf hat meine Frage abgezielt. Damit nicht das Missverständnis entsteht, ich hätte mehr Aktien gefordert. Daher meine Berichtigung. (*Beifall bei den Grünen.*)

Zweiter Präsident Sacher: Es hat sich Herr Klubobmann Weninger zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Weninger (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landesrat!

Wie Abgeordneter Gartner ausgeführt hat, werden wir diesem Antrag unsere Zustimmung geben. Wir Sozialdemokraten werden allerdings den Misstrauensantrag des Abgeordneten Erber gegen den Herrn Landesrat Sobotka nicht mittragen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte darauf verweisen, dass wir in der Vergangenheit durchaus sehr kontroverse Debatten über die Veranlagung der Wohnbauförderung gehabt haben und im Zuge dieser Debatten immer wieder auch darüber diskutieren, wie dem Landtag darüber Rechnung zu geben ist. Es hat sich in den letzten Jahren als eine sehr gute Praxis eingebürgert, dass sowohl rund um die Budgetdebatte wie auch einmal im Jahr die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Herrn Landesrates uns über alle Dinge, die in diesem Bereich passieren, sehr umgehend und offen informieren und auch jederzeit dem Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten zur Verfügung stehen - so wie auch in Vorbereitung dieses heutigen Beschlusses. Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass alle Regierungsmitglieder den Mitgliedern des Landtages jederzeit Rechenschaft und Einblick in alle notwendigen Unterlagen geben. Deshalb werden wir dem Misstrauensvotum nicht beitreten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Sacher: Ich halte fest, dass kein solcher Antrag eingelangt ist. Und erteile dem angesprochenen Landesrat Sobotka das Wort.

LR Mag. Sobotka (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich darf vielleicht nur ganz kurz inhaltlich noch ein paar Dinge klar rücken. Die Überlegungen zu dieser Veranlagung gehen natürlich schon viel früher als 2002 los. Sie können sich noch erinnern im Klub, als Sie bereits zur Landeshauptstadtfinanzierung, zur Finanzierung dieses Regierungsviertels mit vollkommen neuen Überlegungen konfrontiert waren, in einer Mischfinanzierung hier neue Wege zu bestreiten, die letzten Endes einen langen Horizont ermöglichten, dass wir außerbudgetär diese hohe Belastung auch bewältigen konnten.

Dass diese Veranlagung mittlerweile das dritte Mal vom österreichischen Rechnungshof, vom Bundesrechnungshof kontrolliert wurde, sollte dem Landtag ein Hinweis sein auf die Transparenz. Es ist schon angesprochen worden, dass wir jederzeit bereit sind, auch unterjährig auf all das was an Veränderungen ansteht, auch Auskunft zu geben.

Dass das niederösterreichische Bundesland mit seinem Budget heuer ein Triple AAA-Rating, das höchste Rating somit erhalten hat, sollte damit klar zum Ausdruck bringen, (*Beifall bei der ÖVP*) dass die Finanz- und Schuldenpolitik des Landes sehr, sehr ausgewogen in der Balance ist. Und daher erklärt sich auch, dass wir den durch die Veräußerung erzielten Betrag nicht zur Gänze zur Veranlagung bringen, sondern einen Teil, wenn man schon hohe Einnahmen hat, auch, weil der Landtag ja beschlossen hat ein Budget für das nächste Jahr in einer dementsprechenden Höhe mit einem Überhang an Ausgaben im Vergleich zu Einnahmen, dass man das auch zur Deckung heranzieht. Das versteht sich eigentlich von selbst.

Daher gestatten Sie mir, auch dass ich auf Milchmädchenrechnungen, die heute hier präsentiert wurden von einem Redner, nicht eingehen kann. Das übersteigt auch eine Möglichkeit, sich mit solchen Rechenbeispielen auseinander zu setzen. Aber eines sei zum Begriff der Anleihen gesagt: Wir haben ein Portfolio 60 Prozent Anleihen, 40 Prozent Aktien. Das schwankt natürlich immer wieder. Und wenn natürlich manche dann glauben, mit einem Einzeltitel gesehen zu haben, die Anleihe schüttet immer ein hohes Maß an Zinsen aus, das ist schon richtig. Aber man muss natürlich auch die zweiten Zeilen lesen, dass natürlich auch der Wert der Anleihe dann dementsprechend fällt.

Und so wenn die Aktien im Hoch sind, dann sind die Anleihen im Tief. Hätten wir nur diesen Wahnsinn begangen, in Bundesanleihen zu investieren, dann wären wir jetzt schwerst unter Wasser. Also der Schaden, der dadurch abgewendet wurde, ist nicht der Landesrat Sobotka, sondern ein, glaube ich, ein exzellentes Team der Finanzabteilung, der Experten, ein exzellentes Team der FIBEG, der österreichischen Bankenlandschaft, von der Hypo angefangen bis zu Raiffeisen und der Bank Austria. Und letzten Endes eines internationalen Konsortiums das von London ausgehend diese Veranlagungsstrategie jährlich nicht nur überprüft, sondern natürlich wöchentlich beobachtet. Und dafür auch der Garant ist, dass der Landtag guten Gewissens diesen Beschluss der Veranlagung in dieser Form fassen kann.

Eines zu den Immobilien: Wenn man meint ..., und da muss ich einen Irrtum aufklären. Das Land Niederösterreich hat einmal in Immobilien investieren müssen, weil man hier Gründe gekauft hat um die Landeshauptstadt zu errichten. Damals hat man die Gründe per Quadratmeter zu einem sehr hohen Preis gekauft, der nie und nimmer jetzt, wo wir manche nicht mehr brauchen, erzielbar ist. Das heißt, in Einzeltitel der Immobilie zu investieren ist

ein vollkommener Fehlschlag in der Finanzwirtschaft. Sie können in einen Immobilienfonds in der Gesamtheit investieren, dann, wenn Sie sich sicher sind, dass die internationalen Bewertungskriterien und Ratingkriterien erfüllt sind. Und dort unterscheidet sich ja auch die Spekulation von der Veranlagung, meine Damen und Herren. Würden wir diesem Beispiel, das hier immer wieder gebracht wurde, in einzelne Sachen zu investieren, folgen, dann würde das Land Niederösterreich sich dem Vorwurf aussetzen zu spekulieren. Aber wenn wir in den Sicherheitsklassen, den Risikoklassen der 5 bis 6 Prozent anlegen, dann ist es eben dementsprechend eine Veranlagung wie sie selbstverständlich der öffentlichen Hand in vielen Ländern der Welt gang und gäbe ist.

Ich gebe zu, in Kontinentaleuropa nur wenigen, eher prosperierenden Regionen. Es sind zwei Bundesländer oder Regionen in Belgien, eine in Norditalien um Mailand herum. Und jetzt setzt man sich auch mittlerweile in Deutschland mit dieser Form der Veranlagungsstrategie auseinander.

Im anglikanischen Raum ist das seit Jahren und Jahrzehnten der Fall. Und wenn Sie angesprochen haben, was tun wir, wenn die Weltwirtschaft wirklich im totalen Crash liegt? Den Finanz- und Investitionsmarkt gibt's in dieser Form seit 1870. Und da hat die Welt leider Gottes schon sehr oft enorme Crashes hingelegt. Aber immer wieder, und wenn sie dann dementsprechend die Tangente anlegen, sich erholt. Und so ist dieses Investitionswachstum am Aktienmarkt auch dementsprechend immer wieder linear gestiegen. Natürlich mit Abweichungen. Und daher ist es für uns ganz wesentlich, dass wir immer in langfristigen Horizonten anlegen.

Diese Politik eignet sich nicht für die kurze Überschrift. Daher freue ich mich mit dem Kollegen Erber: Er hat gesagt er will heute nicht jubeln weil wir heute oben sind. Es kann genauso sein, dass wir im nächsten Jahr wieder eine schlechtere Performance haben. Aber in dieser zehnjährigen Perspektive und darüber hinaus nach der Perspektive sich dieses Instruments weiter zu bedienen, werden wir ein sorgsames und ein gutes Ergebnis für das niederösterreichische Budget und für unsere niederösterreichischen Landsleute damit hinlegen.

Damit ist gesichert, dass wir unserem sozialen Auftrag der Wohnbauförderung auch im 21. Jahrhundert nachkommen. Damit ist gesorgt, dass wir diesem sozialen Auftrag, dass jeder ein Dach über dem Kopf haben muss der es braucht auch in der Zukunft so begegnen können, dass wir auch die Herausforderungen schaffen, auch bei einem geänderten Wohnungsmarkt jene Leistungen zu

erbringen, die es den Niederösterreichern und Niederösterreichern möglich machen, tatsächlich auch in jungen Jahren Wohnraum anzuschaffen. Und das Budget dieses Landes wird auch in der Zukunft diese solide Basis haben um das zu erfüllen.

In diesem Sinne darf ich mich für die Diskussion, im letzten Teil sehr inhaltsreich geführt, recht herzlich bedanken. Auch mich bei den großen Parteien sehr stark bedanken für das Interesse der Abgeordneten. Und selbstverständlich ist die FIBEG, und das kann uns nur allen recht sein, bereit, in unserer Ausrichtung weiterhin Möglichkeiten neuer Perspektiven zu erschließen wenn wir uns mit dieser Sache fundamementiert auseinandersetzen. Letzten Endes Expertenmeinungen gegeneinander abwägen um so auch immer wieder zu richtigen Schlüssen zu kommen. Herzlichen Dank für diese intensive Auseinandersetzung mit diesem Thema. In diesem Sinne ersuche ich auch um die Annahme dieses Tagesordnungspunktes. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Ganz ist die Diskussion noch nicht beendet. Es hat sich noch der Abgeordnete Fasan noch einmal zu Wort gemeldet zum Resolutionsantrag der eingebracht worden ist.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bitte um Verzeihung, dass ich im Landtag diskutiere. Man muss sich schon entschuldigen wenn man sich zu Wort meldet. Ich habe den Resolutionsantrag vorher nicht gehabt. Ich konnte dazu nicht Stellung nehmen weil er mir noch nicht vorgelegen ist. Ich habe zwar aufmerksam zugehört wie der Kollege gelesen hat, aber lieber reagiere ich auf was was ich schriftlich vor mir liegen hab. Es dauert aber nicht lange. Ich nehme nur mehr zum Resolutionsantrag Stellung. Darf mitteilen, dass wir dem Antrag zustimmen werden. Dass wir ihn nicht gerade als Misstrauensantrag gegen den Landesrat Sobotka sehen. *(Abg. Weninger: Das ist ja dein Recht, dass du gegen den Sobotka bist!)*

Ich habe bis jetzt noch keinen Misstrauensantrag gegen ein Regierungsmitglied gestellt. Ich hoffe auch nicht in die Gelegenheit kommen zu müssen, so etwas zu tun. Aber uns ging es eigentlich um noch mehr Information. Wir würden gerne auch dieselbe Information haben über die veranlagten Hypo-Anteile. Wir hätten gerne auch den Rechenschaftsbericht der an die Landesregierung ergeht und wir hätten auch gern schriftliche Unterlagen bei diesen Berichten. Weil wir haben massiv

diese Präsentationen. Aber dann kann man sie nicht ... (LR Mag. Sobotka: Rechnungshofbericht anschauen, gibt's im Internet!)

Rechenschaftsbericht! Ja, aber Herr Landesrat, den Rechnungshofbericht habe ich da liegen. Aber der ist drei Jahre alt, entschuldige, Rechenschaftsberichte, nehme ich an, wird es aktuellere geben. Also sind wir uns einig. Gut.

Wir hätten gern intensivere Informationen und wir hätten die vor allem auch gerne in schriftlicher Form. Aber nichts desto Trotz, das ist ein erster Schritt und daher stimmen wir diesem Antrag zu! (Beifall bei den Grünen.)

Zweiter Präsident Sacher: Ich möchte nur festhalten, ich finde diese Diskussion durchaus erfrischend und bin absolut nicht Willens sie abzuwürgen.

Wir sind am Ende der Rednerliste und frage den Berichterstatter ob er ein Schlusswort wünscht.

Berichterstatter Abg. Hensler (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Er wünscht kein Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. (Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 785/W-17:) Ich stelle fest, mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und des Abgeordneten Mag. Ram, gegen die Stimmen der Grünen und des FPÖ-Abgeordneten Waldhäusl mit Mehrheit angenommen.

Ich lasse nun über den eingebrachten Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Erber, Stichwort Bericht über die Ertragnisse aus der Veranstaltung, abstimmen. (Nach Abstimmung:) Ich stelle fest, dass diesem Antrag alle Abgeordneten außer jenen der Sozialdemokraten die Zustimmung erteilt haben. Damit ist er mit Mehrheit angenommen.

Ich ersuche nun den Herrn Abgeordneten Dr. Prober zu Ltg. 773/A-1/70 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. Prober (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich berichte zu Ltg. 773/A-1/70 betreffend den Global Marshall Plan – für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft.

Der Global Marshall Plan ist 2003 auf Initiative des Club of Rome, des Sozialen Forums Europa und der Stiftung Weltvertrag entstanden. Seine Vision lautet, weltweit mehr Gerechtigkeit, Friede

und nachhaltige Entwicklung. Der Weg besteht in globalen Partnerschaften im Rahmen einer weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft.

Der Global Marshall Plan hat als Ziel eine Welt in Balance. Es geht um eine verbesserte weltweite Ordnungsszenarie, eine nachhaltige Entwicklung, die Überwindung der Armut und den Schutz der Umwelt!

Ich stelle daher den Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses (liest:)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Niederösterreichische Landesregierung wird ersucht,

1. sich zur Idee und zu den Zielen der Initiative ‚Global Marshall Plan‘ zu bekennen und diese aktiv zu unterstützen und in diesem Zusammenhang weiterhin für eine klare Absicherung der öffentlichen Verantwortung im Bereich der Daseinsvorsorge einzutreten,
2. den ‚Global Marshall Plan‘ mit Bildungs- und Informationsveranstaltungen bzw. unter Miteinbeziehung bestehender einschlägiger Aktivitäten, Initiativen und Strukturen des Landes in Niederösterreich bekannt zu machen,
3. im Zusammenhang mit Globalisierung und Nachhaltiger Entwicklung: Möglichkeiten und Handlungsspielräume aber auch Chancen für innovative Projekte mit Vorbildwirkung, im nationalen (Ö) und internationalen (EU) Kontext, für das Land Niederösterreich auszuloten und daraus ein Machbarkeits- und Umsetzungskonzept zu entwickeln,
4. im Rahmen der NÖ Nachhaltigkeitskoordination eine thematische Vernetzung und gemeinsame Aktivitäten mit anderen Bundesländern, die sich zum GMP bekennen, zu suchen und umzusetzen,
5. bei der Bundesregierung dafür einzutreten, die Initiative ‚Global Marshall Plan‘ aktiv zu unterstützen.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Zweiter Präsident Sacher: Ich danke für den Bericht und eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Herr Landesrat! Werte Kollegen des Landtages!

Wir diskutieren jetzt den vorliegenden Entwurf Global Marshall Plan, weltweite ökosoziale Marktwirtschaft. Der Berichtersteller hat es ja in ein paar Kernpunkten bereits erwähnt. Wenn man sich dieses Schriftstück genau anschaut diesen Entwurf, muss man sagen, nona, eh klar. Das ist richtig, das ist wichtig. Dass eine Globalisierung Chancen mit sich bringt, über das kann man diskutieren. Wir wissen, dass es sehr viele Risiken in sich hat. Jede Initiative, die hier in diese Richtung tätig ist, glaube ich, ist eine gute Initiative und sollte unterstützt werden.

Und sie sollte von der kleinsten Einheit bis zur größten unterstützt werden. Daher ist es sinnvoll und richtig, dass wir hier im NÖ Landtag auch mit tun. Umso wichtiger und richtiger ist es natürlich, dass man auch dafür eintritt, dass die Bundesregierung hier tätig wird. Und wenn man dann über den Rand Niederösterreichs und Österreichs hinaus schaut, ist natürlich ganz wichtig, dass so viele Staaten wie nur möglich in Europa, aber dann auch weltweit, sich hier hinter diese Bewegung, oder wenn ich sage hinter diesen Zug stellen.

Weil ich glaube, es wird keinen Staat auf der Welt geben, der nicht möchte dass die Armut und der Hunger beseitigt werden. Der für eine Grundschulbildung eintritt, der für eine Gleichstellung der Frauen ist, der die Kindersterblichkeit senken möchte, der die Gesundheit der Mütter verbessern, alles was im Bereich von Aids, Malaria ist und die Krankheitsbekämpfung. Aber auch zum Beispiel die globale Partnerschaft für Entwicklung oder die ökologische Nachhaltigkeit.

Ich mein, wir diskutieren jetzt schon einige Tage über Klimaschutz und über den Wandel hier, den Klimawandel. Und natürlich kann mit einer ökologischen Nachhaltigkeit hier entgegengewirkt werden und -gesetzt werden. Und es ist schön und richtig, wenn eine kleine Einheit hier im Großen mithilft und eine Initiative setzt. Und ich bin mir sicher, dass alle Redner nach mir auch diese Meinung vertreten werden.

Aber gleichzeitig müssen wir einfordern, dass es nicht nur reicht, dass die Bundesregierung hier auch diesen Weg mit beschreiten möchte und mit geht, sondern dass man auch über Europa hinaus diesen Weg setzt. Und ich bin mir sicher, dass viele hier in dem Hause wahrscheinlich auch speziell bei der Nachhaltigkeit, bei der ökologischen, vielleicht auch erfreut waren wenn sie jetzt hören, dass auch

in USA ein Umdenken ist betreffend Kyoto-Ziel, Klimaschutz und Klimawandel. Denn ich gehöre sicher nicht zu denen die sagen, ich brauch' bei mir nichts machen wenn nicht Amerika was tut. Da redet man sich nur aus. Das ist sicher der falsche Weg. Jeder soll in seinem Bereich versuchen, in seiner Einheit, etwas zu tun. Selbstverständlich hat er dann aber das Recht zu sagen, aber bitte dann auch die anderen. Bei den anderen meine ich natürlich die großen Industriestaaten. Und da ist es halt so, dass die USA hier leider Gottes den Weg nicht gleich beschritten haben. Ich habe immer sehr viel Hoffnung hier gesetzt eigentlich in unseren Österreicher Schwarzenegger. Und der hat ja bei ihm in Kalifornien hier auf diesen Weg gesetzt. Und ich glaube auch nicht schlecht.

Und wenn jetzt das nicht nur in der USA, sondern auch in den Industriestaaten die heranwachsen und bald weltweit hier Führung zeigen werden, ob es Korea ist, ob es Japan ist, ob es China ist, dann glaube ich, dass es wichtig ist, und das sollte so ziemlich das sein das jeder dann auch meint wenn er das sagt, wir in der Kleinheit ja, aber wir hoffen, dass auch die Großen und anderen auf die wir keinen Einfluss haben, mittun.

Wir tun unsere Sache, nona. Alles was hier drinnen steht ist im Interesse eines vernünftigen Miteinanders. Und wir werden das heute beschließen, den Appell an die Bundesregierung weiter geben. Ich hoffe, dass die zwei großen Regierungsparteien dann an die Bundesregierung auch weiter geben, dass sie hier auch im Europaparlament diese Akzente setzt und weiter gibt. Letztendlich eine gute Sache, eine positive Sache, eine Sache für die Zukunft aller, nicht nur der Kinder, sondern aller diejenigen, die auch in Zukunft geboren werden. *(Beifall bei Abg. Mag. Leichtfried.)*

Zweiter Präsident Sacher: Nächster Redner auf der Liste ist Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Michalitsch (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Nichts ist so wirksam wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist. So stehts in der Broschüre, die viele von uns schon länger kennen, die auch bei einer Informationsveranstaltung von Landesrat Plank verteilt wurde. Und ich glaube, dass diese Idee, die Welt mit einer ökosozialen Marktwirtschaft in Balance zu bringen, eine großartige Idee ist. Nichts ist so wirksam wie eine Idee deren Zeit gekommen ist. Einige aus dem Bereich der Volkspartei erinnern sich vielleicht noch an die Idee der Ökosozialen

Marktwirtschaft, Josef Riegler hat das propagiert in einem Nationalratswahlkampf 1990. Damals spektakulär gescheitert muss man sagen. Das war nicht mehrheitsfähig. Das ist irgendwie niemandem verständlich gewesen. Heute, die erste Rede lässt darauf hoffen und auch die Beitritte und auch die Arbeit im Ausschuss und in den Vorgesprächen, eine breite Mehrheit für eine Idee, deren Zeit offensichtlich gekommen ist. Die Welt in Balance zu bringen, weil uns die Globalisierung in Niederösterreich sicher viel gebracht hat. 3,8 Prozent regionales Wirtschaftswachstum, soziale Aktivitäten, heute Klassenschülerhöchstzahl, Pflege, Soziales. Da ist sehr, sehr viel was finanziert wird, was früher nicht finanziert werden konnte.

Wer hier beim Zukunftstag war, hat gesehen, wie Raiffeisen Stepic im Osten einfach Wertschöpfung für dieses Land, für Österreich, hier lukriert. Aber es gibt natürlich auch die Schattenseiten der Globalisierung die wir alle spüren. Wo jeder betroffen ist von diesen Tendenzen. Sei es im Umweltbereich, sei es im Sozialbereich. Das ist einfach nicht hinzunehmen wenn Unternehmen mit Rekorddividenden und Gewinnen dann Personal abbauen und dann die Kurse noch steigern. Da ist irgend etwas aus der Balance gekommen. Und daher ist diese Idee einer sozialen Marktwirtschaft mit ökologischer Komponente einfach eine Idee deren Zeit gekommen ist.

Wir bekennen uns dazu mit diesem Antrag. Es sind da drinnen ..., der Kollege Waldhäusl - eine gute Rede heute einmal, muss man anerkennen, ich will das gar nicht qualifizieren. Aber wenn 30.000 Kinder täglich an Hunger sterben, ich brauch' das gar nicht vorlesen, das ist einfach etwas wo jeder das Bedürfnis hat etwas zu tun. Aber wie macht man es? Diese Instrumente des Global Marshall Plans, der natürlich eine Vorgeschichte hat, Millenniumsziele 2000, 191 Staaten, 2003 Club of Rome ökosoziales Forum, Stiftung Weltvertrag, das ist ein Instrumentarium, das könnte es sein.

Da gibt's auch Namen: Josef Riegler, Franz Josef Radermacher, Franz Fischler. Aber auch die Zivilgesellschaft hat sich einfach dieses Thema angenommen. Ich selbst bin mit dem Thema durch Aktivitäten der Katholischen Kirche und ihrer Laienorganisationen schon vor einiger Zeit in Berührung gekommen. Ich glaube, dass das wichtig ist dass hier Staaten, Länder, Kontinente und die Zivilgesellschaft zusammen arbeiten. Und weil er schon den ganzen Tag die Landtagsdebatte verfolgt, weil er da auch aktiv war, möchte ich auch darauf hinweisen, der Roman Fröhlich, Präsident der Katholischen Aktion, die Vertreter von Jungschar, katholischer Jugendarbeitnehmerbewegung, Frauen, alle

möglichen, die haben da viel wertvolle Basisarbeit geleistet in der Vergangenheit und auch in der Zukunft für diese Idee. Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich Danke für diese Aktivitäten sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ja, auch Aktivitäten, diese Ströme, die heute zu diesem Beschluss führen sind viele. Viele Quellen speisen einen Fluss. Ich möchte auch unseren niederösterreichischen ÖAAB nennen. Da gab's einen Arbeitskreis Globalisierung. Da ist diese Idee aufgegriffen worden so wie die Klassenschülerhöchstzahl, Kollege Cerwenka, beschlossen worden am 15. September. Und jetzt ein Umsetzungsschritt. Auch so soll es sein. Dass auch Ideen, die aus der Gesellschaft kommen, in die Politik einfließen und eben dann ihren Weg finden.

Ich vertraue darauf, dazu wird vielleicht der Kollege Hiller noch was sagen, vielleicht auch der Herr Landesrat, dass wir jetzt einen Weg gehen der Information, der Bewusstseinsbildung, dass wir auch konkrete Projekte entwickeln. Nicht nur die Idee propagieren, sondern auch konkret etwas tun. Wo sich die Bevölkerung, wo sich das Land wieder findet damit man was spürt, damit auch die Ziele in der Entwicklungszusammenarbeit erreicht werden und dass wir unsere Möglichkeit als Europäer sinnvoll nutzen.

Es gibt soviel Verdrossenheit Europa gegenüber wo man sagt, warum sind wir da dabei, die machen was sie wollen. Das ist eine Idee die wir wollen! Und ich glaube, wir brauchen Europa damit man das auf globaler Ebene umsetzt. Soziale Standards weltweit. Das tut uns in der Konkurrenzsituation gut. Ökologische Standards. Das tut uns in der Konkurrenzsituation gut, wenn in Indien, China nicht die Umwelt auf Teufel komm 'raus verschmutzt wird. Und das tut uns auch - das Raumschiff Erde hat keinen Fallschirm - das tut uns auch in Österreich, in Europa unmittelbar durch die Klimaveränderung gut.

Ich nenne ausdrücklich auch als Mittel die Tobin tax und die Kerosinbesteuerung. Das haben wir in einem Dialog, da wird es einen Antrag geben, einen gemeinsamen, noch ausdrücklich genannt. Ich glaube, das soll man auch nennen. Dass wir da kontinentalweite und weltweite Instrumentarien brauchen, die den Wettbewerb nicht verzerren.

Wir wollen keine Planwirtschaft, sondern wir wollen wettbewerbsneutrale Instrumente, damit wir die Globalisierung steuern in eine vernünftige Richtung. Und die Finanzströme scheinen mir da ein sehr, sehr vernünftiges Instrument zu sein. Da schwirrt soviel Geld herum. Nicht immer nur beim

Menschen, bei der Arbeit anzusetzen, weil alles andere nicht fassbar ist. Da ist sie wirklich, eine riesige Perspektive aus meiner Sicht. Und ich vertraue auch dem Landesrat Plank und seinem Team, dass sie da auf Landesebene Aktivitäten setzen. Ich glaube, wir in diesem Haus werden das gerne begleiten. Nichts ist so wirksam wie eine Idee deren Zeit gekommen ist. Der Global Marshall Plan ist so eine Idee!

Die Frau Bundeskanzlerin Merkl hat gestern beim G8-Gipfel gesagt, wer schnell gehen will, muss alleine gehen. Wer weit gehen will, der soll gemeinsam gehen. Es geht um Gerechtigkeit in der Welt. Das ist ein Ziel, das sicher sehr weit ist. Daher sollten wir diesen Weg gemeinsam gehen. Ich danke herzlich! *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einiges wurde von meinen Vorrednern schon gesagt. Ich darf auch kurz Stellung nehmen. Ich halte diese Initiative, diese Global Marshall Plan-Initiative für eine ausgezeichnete. Ich behaupte ja, dass die Zeit für diese Idee schon lang da ist, schon lang reif ist. Aber natürlich braucht es auch eine gewisse Zeit, wie der Kollege Michalitsch schon gesagt hat, um Ideen wirken zu lassen. Um Ideen umzusetzen und auch ins Bewusstsein der Bevölkerung zu bringen. Und das ist manchmal gar nicht so einfach, weil es – und das sollte man auch nicht verschweigen – ganz einfach auch Interessen gibt und durchaus handfeste Interessen, Finanzinteressen, Marktinteressen, Machtinteressen, die einander im Wege stehen oder die gegeneinander wirken. Und gegen diese Interessen sich manchmal durchzusetzen ist nicht so einfach. Umso wichtiger ist es, dass wir diesen Beschluss heute gemeinsam fassen. Und dass wir uns dieser Kernziele des Global Marshall Plans besinnen und sie auch aufnehmen in unsere Ziele und dass wir sie auch für unsere Ziele halten.

Es wurde schon gesagt, das Millenniumsziel, also Entwicklungszusammenarbeit, globale Nachhaltigkeit, Grundschulungsprogramm, Gleichstellung von Frauen, Senkung der Kindersterblichkeit, auch Umkehrung des Trends beim Verlust von Umweltressourcen. International, muss man ganz ehrlich sagen, ja noch wichtiger als national. Denn in anderen Ländern ist man ja bei weitem noch

nicht so weit was das Bewusstsein des Umgangs mit den Umweltressourcen betrifft, wie bei uns. Trotz aller Möglichkeiten der Verbesserung die es bei uns auch noch gibt, auf die ich dann noch zu sprechen komme.

Finanzmittelaufbringung, 100 Milliarden Dollar für Entwicklungszusammenarbeit und die entsprechenden Investitionen. Ich behaupte ja, dass das in Wirklichkeit letztendlich auch wirtschaftlich gesehen die besten Investitionen überhaupt sind die wir uns wünschen können. –Zigmal besser als diverse andere Investitionen, vielleicht in wirtschaftlicher Hinsicht.

Und ich freue mich auch, dass wir in dem Zusammenhang, nämlich beim dritten Kernziel des Global Marshall Planes oder beim dritten Baustein wie es in der Broschüre heißt, nämlich die Finanzierung durch Belastung oder auch Belastung globaler Transaktionen und des Verbrauchs von Ressourcen, dass wir uns hier auf einen erweiternden Antrag einigen konnten. Nämlich einen Antrag der den gesamten Antrag, der uns vorliegt, erweitert. Der sozusagen ein Sechstes, einen sechsten Punkt beinhaltet, nämlich eben die Aufforderung, der Mittelaufbringung näher zu treten. Und ich darf Ihnen diesen Antrag meiner Wenigkeit, des Kollegen Michalitsch und anderer zur Kenntnis bringen *(liest:)*

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

„Antrag

der Abgeordneten Mag. Fasan, Dr. Michalitsch, Weninger, Dr. Petrovic, Hiller, Dr. Krismer-Huber, Mag. Leichtfried, Ing. Rennhofer, Mag. Weidbauer und Moser zum Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Mag. Schneeberger u.a. betreffend Global Marshall Plan – für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft, Ltg. 773/A -1/70.

Dem Antrag wird folgender Punkt 6 angefügt:

„6. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass sie sich bei den sich ihr bietenden Kontakten mit anderen Regierungen sowie auf der Ebene der Europäischen Union mit Nachdruck für die Umsetzung der Steuerinitiativen des Global Marshall Planes durch weltweite Besteuerung globaler Transaktionen (Devisen) und des Verbrauches von Ressourcen (z.B. Kerosinsteuer) einsetzt.“

Ich halte das deshalb für so wichtig, weil wir natürlich, wie auch schon gesagt wurde, uns in der

Steuerpolitik überlegen müssen, wie agieren wir hier in Zukunft. Kann es nur gehen, mit der Besteuerung von Arbeit, im großen und ganzen Besteuerung der menschlichen Tätigkeit oder sind nicht in Wirklichkeit unsere steuerlichen Einnahmequellen ganz woanders? Ich darf nur daran erinnern, was die Devisentransaktionssteuer betrifft. 0,01 Prozent auf die jährlichen Devisentransfers könnten allein in der EU, insgesamt könnten sie 30 Milliarden Dollar bringen. Allein in der EU betragen diese Devisentransfers 700 Milliarden Euro. Das heißt, wir reden hier von Beträgen, die frei durch die Weltwirtschaft schwirren, wenn man das so sagen kann, frei durch die Devisenmärkte schwirren ohne irgend einer Zugriffsmöglichkeit durch nationale Regierungen. Die letztlich die Steuergesetze geben an denen wir hängen und mit denen wir unsere Einkünfte, unsere nationalen Einkünfte lukrieren. Mit denen wir aber auch wieder internationale Budgets, nicht zuletzt das EU-Budget, speisen.

Das heißt, es ist eine Notwendigkeit! Und es ist letztlich auch daher eine Notwendigkeit, so etwas Ähnliches zu haben wie politische Konstruktionen, die kontinental oder aber auch global agieren. Denn die Weltwirtschaft agiert längst global. Die Weltwirtschaft agiert längst länderübergreifend und schert sich einen Teufel um die Befindlichkeiten nationaler Regierungen oder die Befindlichkeiten von Bevölkerungen in ihrem Verhältnis zur Europäischen Union.

Und deshalb ist es so wichtig! Das ist auch der Grund warum wir letztendlich für den Fortschritt einer politischen Union in einem gewissen Maße eintreten auf Europäischer Ebene. Weil es nur mehr gelingen kann die Weltwirtschaft durch globale oder zumindest kontinentale politische Unionen in den Griff zu kriegen und ihr das Nötige abzufordern damit nicht völlig das ganze Schiff, wenn man so sagen kann, nur mehr in Richtung des Neoliberalismus geht. Und auch in diesem Zusammenhang ist es natürlich besonders wichtig, Instrumente zu haben wie etwa eine Besteuerung des Flugbenzins. Das hat auch zu tun mit dem Beseitigen von Privilegien, also das heißt in Wirklichkeit eine gewisse Deregulierung schaffen. Weil momentan ist die Regulierung so, dass das Benzin für Kfz, also die Treibstoffe für Kfz steuerlich belastet sind und die Treibstoffe für Flugzeuge nicht. Und das ist in Wirklichkeit eine Ungerechtigkeit. Auf was hinaus? Wie kommt man zu diesen Privilegien?

Ganz abgesehen von der Frage, wie schaut's in unserer Verkehrspolitik überhaupt aus? Nämlich auch wieder international. Wie ist es möglich, dass man heute billiger von Wien nach Mallorca fliegen kann als man von Wien nach Salzburg mit dem Zug

fahren kann? Eigentlich eine absurde Entwicklung die sich hier auftut! Daher brauchen wir diese Instrumente und ich bin sehr froh, dass wir uns auf diese Formulierung verständigen konnten.

Zum Schluss noch ganz rasch die letzten beiden Kernziele des Global Marshall Planes: Ein Ordnungsrahmen für die Weltwirtschaft durch internationale Abkommen. Genannt werden hier beispielsweise die Ramsar-Konvention oder das Kyoto-Protokoll. Und wir wissen ja selber, wie schwer wir uns selber tun mit unseren eigenen Verpflichtungen. Wir wissen ganz genau, wir erinnern uns an den Rechnungshofbericht vor einigen Jahren, der aufgedeckt hat, dass das Land Niederösterreich selbst das Ramsar-Protokoll oder die Ramsar-Konvention nicht einhält in den March-Thaya-Auen. Und es hat niemandem gekratzt! Es hat ein paar flapsige Meldungen gegeben, Presseaussendungen des Pressesprechers des Landeshauptmannes.

Niemand sonst hat sich darum geschert dass wir selber offensichtlich noch nicht in der Lage sind diese Verpflichtungen einzuhalten. Und das Kyoto-Protokoll ist ja ohnehin ein Kapitel für sich, das wir ohnehin jetzt Gottseidank zumindest einmal diskutieren. Auch Niederösterreich selbst hält das Kyoto-Ziel nicht ein. Im Gegenteil! Es gelingt nicht einmal uns als höchstentwickelte Weltwirtschaft, mit entsprechenden ökologischen oder ökologiepolitischen Ansprüchen uns in dieses Kyoto-Protokoll einzuordnen. Nicht einmal wir können es! Wenn wir uns die Zahlen für Klimaschutz in Niederösterreich ansehen, dann kommen wir drauf, wir sind mitten im Steigerungsprozess begriffen. Wir haben in manchen Bereichen extreme Steigerungen was die CO₂-Emissionen betrifft. Wir haben im gesamten motorisierten Verkehr in den letzten 15 Jahren eine Steigerung von 80 Prozent gehabt. Kein anderer Bereich in dem ganzen Kontext der CO₂-Emittenten hat derartige Steigerungsraten! Die Industrie mit 36 Prozent und beim Rest ist man zum Teil durchaus schon im Sinken begriffen was die CO₂-Emissionen betrifft.

Also das sollte uns selber zu denken geben. Wir selber haben unsere eigene Klimapolitik nicht im Griff! Wir selber tun immer noch so als wäre das eigentlich etwas sehr, sehr weites. Als gäbe es diese Klimaveränderung nicht. Wir selber bauen den Lkws, den großen Transitzkorridoren noch die Autobahnen hin damit sie eben nicht auf der Schiene fahren, damit sie eben schon auf der Straße fahren und dort CO₂ emittieren.

Eine Zahl dazu: Jede Tonne, die transportiert wird auf dem Lkw lässt in CO₂-Emissionen in

100facher Menge zu, verglichen mit dem Transport dieser selben Tonne auf der Schiene! Und wir selber haben es in Niederösterreich nicht geschafft, unsere eigene Politik danach auszurichten. Sondern wir bauen munter Autobahnen. Wir fordern munter Autobahnen von der Bundesregierung. Wir fordern gleichzeitig Klimaschutz von der Bundesregierung. Und wir fordern gleichzeitig Zerstörung des Weltklimas von der Bundesregierung. Wir selber sind in unserer eigenen Klimapolitik noch nicht weiter.

Wir selber haben in unserem Landesbudget ein Verhältnis, motorisierter Verkehr - öffentlicher Verkehr von 7:1. Wir geben siebenmal so viel aus für den motorisierten Verkehr wie für den öffentlichen Verkehr. *(Abg. Dr. Michalitsch: Das ist eine Frage der Kompetenzlage!)*

Das ist keine Frage der Kompetenzlage. Wir selber in unserem Landesbudget, wir, der Landtag, wir Landtagsabgeordnete sind Herren und Herrinnen unseres Budgets. Und wir selber, diejenigen, die dieses Budget beschließen, budgetieren siebenmal soviel für den motorisierten Verkehr wie für den Schienenverkehr. Wir selber! Aber wir wissen, dass auch im öffentlichen Verkehr, im öffentlichen Personennahverkehr ... Martin, ich geb dir schon Recht. Aber wir selber wissen, wir selber haben es in der Hand, zumindest im öffentlichen Personennahverkehr zu investieren. Das tun wir auch nicht! Nichts tun wir! Wir selber könnten diese Mittel umschichten. Das tun wir nicht! *(Abg. Hiller: Jedes Jahr haben wir eine Steigerung!)*

Aber die Steigerung ist immer weniger als für den motorisierten Verkehr. Die finanziellen Mittel im öffentlichen Verkehr steigern sich jedes Jahr. Aber die für den motorisierten Verkehr steigern sich auch jedes Jahr und zwar viel, viel mehr, ungefähr auch in diesem Verhältnis 7:1, als für den Schienenverkehr. Wir kommen selber noch nicht drüber. Wir haben das Umdenken teilweise bei uns selber noch nicht geschafft. Vom Flugverkehr ganz zu schweigen. Da fehlt das noch viel schlimmer. *(Abg. Hiller: Der Durchschnittsverbrauch pro Kilometer sinkt!)*

Die durchschnittlichen Verbräuche je Kilometer sinken. Das ist richtig. Aber durch die Zuwächse im Straßenverkehr wird diese Senkung mehr als überkompensiert. Wir haben in Niederösterreich .. eine Zahl dazu: Erinnert euch an den Klimatag, den der Landesrat Plank veranstaltet hat am 8. Mai. Wisst ihr, was dort berichtet worden ist? Der Motorisierungsgrad in Niederösterreich hat in den letzten, glaube ich, 10 Jahren um 30 Prozent zugenommen. Das ist Durchschnitt in Österreich. Aber allein durch diese Zuwächse machen wir alle Sparmaßnahmen zunichte und überkompensieren sie. Wir sind selber noch nicht Herr unserer Klimapolitik!

Wir haben in unserem Klimaprogramm, Niederösterreich hat in seinem Klimaprogramm die Forderung nach der Kerosinsteuer gestrichen. Niederösterreich hat gestrichen die Priorität in der Raumordnung für Klimaschutz. Das ist nur mehr eine Bedingung unter vielen, aber keine prioritäre. Niederösterreich hat zwar eine fortschrittliche Wohnbauförderung, aber beispielsweise das Ökostromgesetz bremst wieder. Niederösterreich hat sich bei weitem nicht mit der Vehemenz gegen das Ökostromgesetz zur Wehr gesetzt wie sich Niederösterreich für die Errichtung neuer Autobahnen eingesetzt hat.

Niederösterreich hat es unterlassen, den ursprünglichen Vorschlag der von der Energieverwertungsagentur gekommen ist ... Wir haben zwar einen Haufen Klimabündnisgemeinden, aber wir selber agieren mit unseren Förderungen des Landes für Gemeinden nicht nach ökologischen Grundsätzen was die Verkehrspolitik betrifft. Und vieles mehr.

Es ist eine Frage des Standortes. Der Standort bestimmt auch den Standpunkt, keine Frage. Ich will nur aufzeigen, dass wir selber, wenn wir diesen Global Marshall Plan ernst nehmen und ernst nehmen wollen, und ich unterstelle jedem und jeder in diesem Haus, dass sie oder er ihn ernst nimmt und was tun will, guten Willens ist etwas dafür zu tun, ... Ich sage nur, wenn wir das ernst nehmen wollen, dann müssen wir aber auch selber an uns arbeiten und an uns selber was ändern. Weil wer und welche Gesellschaft könnte in der Frage so eines Global Marshall Planes vorangehen, beispielwirkend sein, wenn nicht die reichsten und wohlhabendsten Gesellschaften der Welt? In Indien werden sie es nicht leicht schaffen und in Bangladesh noch weniger. In Niederösterreich werden sie es vielleicht schaffen. Weil Niederösterreich eben eine der höchst entwickelten Regionen der Welt ist.

Abschließend eine Anmerkung zum Antrag selbst. Ich glaube, es versteht sich von selbst, es kommt in dem Antrag nicht vor, aber ich glaube, es versteht sich von selbst, ich möchte es nur noch einmal dazu sagen. Nicht der Landtag fordert oder ersucht nicht nur die Landesregierung sich zu den Zielen des Global Marshall Planes zu bekennen. Üblicherweise ist der Landtag die gesetzgebende Körperschaft und kann schon die Landesregierung zu was auffordern. Wir nennen unsere Anträge ja nicht „Ersuchensanträge“ sondern Aufforderungsanträge im Sprachgebrauch. Zit. DDr. Lengheimer. Aber es sei, „ersuchen“ wir halt einmal.

Und zum Zweiten, auch wir selber, wir sollten in dem Antrag eigentlich auch formulieren oder

denken wir es uns selber. Wir selber bekennen uns auch dazu! Auch der Landtag bekennt sich zum Global Marshall Plan. Das fehlt ein bisschen in dem Antrag. Aber nichts desto Trotz ist er ein ganz, ganz wichtiger Schritt. Wir müssen jetzt aktiv was dazu tun um einerseits bei uns selber anzusetzen und andererseits global und international anzusetzen. Und ich wünsche uns allen dabei viel Kraft, viel Freude und viel Erfolg. Herzlichen Dank! (*Beifall bei den Grünen.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Mag. Leichtfried zum Wort. Während er zum Rednerpult kommt, darf ich das Bezirksfeuerwehrkommando von Hollabrunn sehr herzlich bei uns im Sitzungssaal willkommen heißen. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Abg. Mag. Leichtfried (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat!

1990 entwickelte der ehemalige Vizepräsident Al Gore in seinem Buch „Wege zum Gleichgewicht“ die Idee eines Global Marshall Planes für die Erde. Diese alte Idee einer tiefgreifenden ökologischen Revolution wurde damals von vielen Politikern Europas und auch von vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern sehr, sehr engagiert aufgenommen.

Hauptpunkt, und da stimme ich überein mit dem Vorredner Kollegen Michalitsch, Hauptpunkt des damaligen Forderungskataloges war die Verwirklichung einer ökosozialen Marktwirtschaft. Einer ökosozialen Marktwirtschaft, die zur damaligen Zeit noch nicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Diese alte Idee eines globalen Masterplans wurde dann 2003 neuerlich aufgegriffen mit der Idee, vor allem den Entwicklungsländern bessere Zukunftsperspektiven zu geben.

Die Sozialdemokraten im NÖ Landtag unterstützen daher die Absicht unseres Bundeslandes, in ein bestehendes, internationales und nationales Netzwerk aus NGOs, aus Bundesländern, Gemeinden, Unternehmern und Unternehmerinnen, Wissenschaftlern, sich einzugliedern. Ich denke, wir unterstützen das nicht nur, sondern es ist an der Zeit, dass wir uns dieser Initiative anschließen. Denn ich bin der Meinung, dass nur unter Bündelung aller vernünftigen Kräfte es uns gelingen wird, die immer bedrohlicher werdende Schieflage unserer Welt entsprechend auch wirksam bekämpfen zu können. Denn, das ist heute schon einmal gesagt worden, es geht um eine Welt in Balance. Es geht darum, dass wirtschaftliche Entwicklungen, die manches Mal in erster Linie der Profitmaximierung dienen und einigen Wenigen damit dienen, dass

diese wirtschaftlichen Entwicklungen allen Menschen gleichermaßen zugute kommen.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Es ist heute schon einige Male der Begriff der Globalisierung angesprochen worden. Ich möchte mich auch ganz kurz in diesem Zusammenhang mit diesem Begriff auseinandersetzen. Und zwar deswegen mit diesem Begriff auseinandersetzen weil ich glaube, dass die Globalisierung maßgeblich an der derzeitigen Schieflage unserer Welt natürlich beteiligt ist und verantwortlich ist.

Dies vor allem im Sinne des Satzes von Josef Stieglitz, wenn die Globalisierung weiter so betrieben wird wie bisher wird sie Armut und Instabilität fördern und keinen Beitrag zu einer positiven Entwicklung leisten. Ich glaube, dass Globalisierung in den vergangenen Jahren vielfach in dieser Richtung verstanden wurde und angewendet wurde. Wir können heute deutlich erkennen, dass das Unbehagen in der Weltbevölkerung wächst und die Ungleichheiten zwischen den Ländern immer größer werden. Gleichzeitig, meine Damen und Herren, gibt es ein ungebremsstes Konzernwachstum und viele in der Welt schauen dieser Entwicklung relativ tatenlos zu.

Der soziale Friede, so denke ich, ist empfindlich gestört und Zukunftsängste in unserer Welt werden immer deutlicher spürbar. Eine der vielen Ursachen ist sicherlich die Globalisierung. Die Globalisierung, zu der uns eingeredet wird, dass es keine Alternative dazu gibt. Ich denke, wir leben in einer Demokratie. Und in einer Demokratie gibt es immer Alternativen. Alternativen, die wir ergreifen müssen, Alternativen, die wir auch natürlich nutzen müssen. Wir müssen aber auch wissen worum es dabei tatsächlich geht. Aus meiner Sicht geht es, und das sind keine, so denke ich und möchte das voranstellen, keine Cassandra-Rufe, das ist keine Schwarzmalerei. Sondern ich glaube tatsächlich, es geht um eine vollkommene Neuordnung. Um eine Neuordnung der globalen Finanzmärkte, um eine Neuordnung des Welthandels, der Nord-Süd-Beziehung, einen neuen Umgang mit der Natur und deren Ressourcen und vieles mehr.

Es geht vor allem, und ich glaube, da sind wir alle einer Meinung, nicht um kosmetische Korrekturen. Sondern es geht um tiefgreifende Veränderungen. Es geht besonders um soziale Sicherheit, um soziale Gerechtigkeit, um ökologische Nachhaltigkeit, um kulturelle und regionale Vielfalt. Und es geht um Solidarität!

Was ist denn an der Globalisierung, meine Damen und Herren, so schlecht, werden sich viele

fragen. Sie bietet uns doch viele Chancen. Chancen, die einfach genutzt werden müssen. Ich nehme nur drei Punkte heraus wieso ich glaube, dass wir mit dem derzeitigen Weg in Richtung der Globalisierung uns auf einem falschen Weg bewegen. Erstens können wir feststellen, dass die weltweite Liberalisierung des Kapitalverkehrs und die Deregulierung der Finanzmärkte zu einer enormen Beschleunigung der Kapitalbewegungen und zu einer gefährlichen Häufung von Finanz-, Währungs- und Schuldenkrisen geführt haben.

Zweitens können wir feststellen, dass Konzerne immer mehr zu Oligopolen oder zu Monopolen fusionieren und dadurch der Wettbewerb gelähmt wird. Und drittens können wir feststellen, dass die Politik immer mehr zur Geisel der Finanzmärkte geworden ist. Die globalen Finanzmärkte sind die Epizentren der Instabilität und üben heute eine enorme Macht auf Wirtschaft und Politik aus.

Werfen wir aber in diesem Zusammenhang auch einen Blick auf jene, um die es im Bereich dieses Global Marshall Planes besonders geht, nämlich auf die Entwicklungsländer. Die Entwicklungsländer, denke ich, haben hauptsächlich zwei große Probleme die es zu bewältigen gilt. Eines ist die Finanzschuld, das zweite ist der Hunger. Die Finanzschulden bewegen sich in astronomischen Höhen: 2,43 Billionen US-Dollar, meine Damen und Herren! Das ist das Zehnfache der österreichischen Volkswirtschaft.

Allein aus dieser Tatsache heraus ist es klar ersichtlich, dass eine sinnvolle Entwicklung dieser Länder derzeit nicht möglich ist. Geben sie doch ein Mehrfaches an Zinsen- und Schuldentilgung aus, sodass für Armuts- und Hungerbekämpfung, für ein besseres Bildungssystem, für ein Gesundheitssystem, für Umweltschutz kein Geld mehr übrig bleibt. Wollen wir daher eine bessere Entwicklung in den Entwicklungsländern, dann müssen wir ganz ernsthaft, so denke ich, über eine Entschuldung dieser Länder nachdenken.

Und ich halte es da mit Jean Ziegler wenn der meint, es geht nicht darum, den Armen mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Denken wir nur an die Kredite die in den 70er und 80er Jahren gegeben wurden. Denken wir darüber nach, hat die Bevölkerung in diesen Ländern von diesen Krediten tatsächlich profitiert? Wenn wir ehrlich sind, müssen wir uns eingestehen, dass hier meistens keine positiven Entwicklungseffekte erzielt werden konnten. Ganz im Gegenteil! Viele Menschen wurden

verpflanzt, wurden entwurzelt. Wenn auch oft gut gemeinte Projekte, waren sie vielfach ökonomisch unrentabel und ökologisch destruktiv.

Also was brauchen wir? Was können wir daraus für eine Lehre ziehen? Wir brauchen eine Umverteilung! Wir brauchen eine Umverteilung, eine Entschuldung. Eine Entschuldung wäre eine dringend notwendige Gegenleistung. Eine Gegenleistung als ein Betrag zu einem verbesserten und sicheren Weltfrieden.

Meine Damen und Herren! Das zweite Problem das ich angeschnitten habe - ganz kurz - ist der Hunger. Obwohl die globale Landwirtschaft in der Lage wäre, 12 Milliarden Menschen heute zu ernähren, die Zahlen sind schon heute genannt worden, ist es heute so, dass täglich bitte in etwa 850 Millionen Menschen an Hunger leiden und 24.000 Menschen täglich an Unterernährung sterben. Das heißt, wir könnten derzeit mit den vorhandenen Mitteln, mit den vorhandenen Rezepten den Welt hunger nicht besiegen.

Seit 1995 versucht die WTO den internationalen Agrarhandel zu liberalisieren. Sie redet uns ein, Freihandel und Gentechnik wären in der Lage, den Hunger zu beseitigen. Tatsache ist, dass in diesen 10 Jahren, wenn wir das vergleichen, der Hunger enorm zugenommen hat. Das heißt, wir brauchen keinen Freihandel, wir brauchen nicht die Gentechnik. Sondern wir brauchen ein ganz anderes Mittel: Wir brauchen Ernährungssouveränität. Was heißt das? Wir brauchen das Recht, jeder Gemeinschaft und jedes Landes, Nahrungsmittel selbst zu erzeugen. Parallel dazu brauchen wir aber noch was, ein Steckenpferd von mir, Kollege Hiller wird jetzt, er hört immer aufmerksam zu, aber jetzt besonders aufmerksam zuhören, wir brauchen eine Umstellung in der Agrarförderung.

Die Agrarförderung, ich sage das nochmals ganz bewusst, immer wiederum, ist nicht grundsätzlich schlecht. Sie ist aber nur dann vertretbar, wenn sie ganz bestimmten gesellschaftlichen Zielen dient. Und als gesellschaftliche Ziele, denke ich mir, gilt Umweltschutz, gilt der Erhalt der bäuerlichen Struktur, gilt die regionale Beschäftigung, gilt Nahversorgung und vieles mehr. Und ich glaube, darüber sollten wir tatsächlich ernsthaft nachdenken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die Zivilisation hat uns an den Rand einer Katastrophe gebracht. Die Qualität der Luft, des Wassers, des Bodens, sind ernsthaft bedroht. Die Gefährdungen haben sich aber von der regionalen Ebene auf die globale Ebene verschoben. Es ist heute schon mehrmals

erwähnt worden. Der Treibhauseffekt, die klimatischen Veränderungen, das Ozonloch, die zerstörten Regenwälder und vieles mehr sind deutlich erkennbare, sichtbare Zeichen. Die Ziele, die im Global Marshall Plan formuliert werden, eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung, ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit und vieles mehr, sind auch unsere Ziele. Sind auch Ziele der Sozialdemokratie. Die ökosoziale Marktwirtschaft, eine ehrliche ökosoziale Marktwirtschaft stellt für uns heute eine klare Alternative zu einer neoliberalen Marktwirtschaft dar. Und sie ist eine klare Alternative zur Überwindung von Armut, zu einem verbesserten Schutz der Umwelt und vieles mehr.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, sind wir Sozialdemokraten natürlich für diesen Vertrag, diesen Global Marshall Plan. Und wir haben bereits im Ausschuss das mit der Bitte geäußert, diesem Hauptantrag des Global Marshall Planes beitreten zu können. Dieser Antrag ist auch so heute uns vorgelegt worden. In der Zwischenzeit scheint es so, als wären die Sozialdemokraten aus diesem Hauptantrag wiederum verschwunden, weil man einen sechsten Punkt hinzugefügt hat. Dieser sechste Punkt, dem wir natürlich auch gerne zustimmen und den wir mittragen, sollte also nicht verhindern, dass wir auf diesem Antrag weiter drauf sind. Das heißt, es ist unsere Intention, bitte, auch diesem Antrag weiter anzuhören. Und ich bitte das auch dementsprechend zu korrigieren.

Es ist aber nicht nur wichtig, Verträge abzuschließen, Absichtserklärungen abzugeben, sondern es ist besonders wichtig, selber aktiv zu werden und unsere niederösterreichische Politik dementsprechend danach auszurichten. Es wird notwendig sein, Verbündete zu finden, auf der nationalen, auf der internationalen Ebene. Notwendig sein, tatsächlich auch selber so überzeugend zu handeln, dass die Idee des Global Marshall Planes auch tatsächlich verwirklicht werden kann, dass tatsächlich auch die entsprechenden Umsetzungsarbeiten und Umsetzungsschritte eingeleitet werden können. Ich bin optimistisch dass uns das gelingen wird, nachdem es hier bei diesem Punkt eine breite, die breitest mögliche Mehrheit im NÖ Landtag gibt. Und ich bin überzeugt, dass wir hier in dieser Frage sehr, sehr gut zusammen arbeiten werden und wir damit auch ein Stück weiter vorankommen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zunächst zur Klarstellung, Herr Abgeordneter Leichtfried: Die Sozialdemokraten sind auf diesem Antrag mit dabei. Nur jetzt die Frage: Treten Sie auch dem Zusatzantrag bei?

Abg. Mag. Leichtfried (SPÖ): Ja!

Dritter Präsident Ing. Penz: Gut. Ist geklärt. Ich darf nun bei uns auch sehr herzlich die Teilnehmerinnen und die Teilnehmer des 126. Vorbereitungskurses der Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie für die Gemeindedienstprüfung willkommen heißen. *(Beifall im Hohen Hause.)* Ich darf Ihnen auch sagen, wer im Landtag war, hat die Dienstprüfung in der Tasche. *(Heiterkeit im Hohen Hause.)*

Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Hiller zu Wort.

Abg. Hiller (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Uns allen, die wir schon länger in der Politik und in der Wirtschaft tätig sind, sind all die Aussagen des internationalen politischen Parkettes nicht fremd in dem es noch vor wenigen Jahren und Jahrzehnten geheißen hat unter Federführung der Lobbyisten der großen Konzerne, dass hier der schrankenlose Welthandel die Voraussetzung wäre mit der weltumspannend Arbeit und Wohlstand geschaffen werden kann. Das Motto lautete damals: Weg mit den Handelsschranken, her mit dem Wohlstand, wenn man das auf einen einfachen Nenner bringen möchte.

Das arbeitsteilige Produzieren, der freie Welthandel, deregulierte Dienstleistungsentgelte waren damals für die Neoliberalen der Stein der Weisen für eine bessere Welt von morgen. Und wir alle wissen und da sind wir unisono auch hier im NÖ Landtag nach den vorangegangenen Rednern einer Meinung, dass diese Rechnung nicht aufgegangen ist.

Zum Ersten dadurch, dass alle Teilnehmer an den internationalen Handelsübereinkommen, frühere Form des GATT, jetzt im Rahmen der WTO mit völlig unterschiedlichen Ressourcen und Potenzen starteten. Und die Schwachen den Startvorteil der Stärkeren viel zu selten wettmachen konnten.

Aus welchen Gründen auch immer dies geschehen mag. Die Welt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist Gottseidank kein Einheitsbrei. Die Unterschiede in den politischen Systemen, in den Rohstoffressourcen, in den angesprochenen klimatischen Unterschieden, in den religiösen und kulturellen Ausrichtungen bis hin zu den Verfangenheiten in den Traditionen lassen all das, was vor allem aus westlicher Sicht hier an Voraussetzungen vorgegeben wurde, nicht in der Realität

stehen. Und daher ist es auch das bei uns erprobte Modell und System der Marktwirtschaft dahingehend resümierend, dass global hier viele Länder und Nationen und Regionen sich auf der Straße der Verlierer befinden.

Viele politische und ökonomische Vertreter, heute auch schon vermerkbar, in den G 8-Staaten sind heute schon mit einer wesentlich anderen Sensibilität und Zugang. Ich darf auch ein Zitat von gestern im Rahmen der Öffnung des Weltwirtschaftsforums Davos von der EU-Ratsvorsitzenden und deutschen Bundeskanzlerin Merkel hier zitieren. Martin Michalitsch hat schon eines genannt. Sie hat unter anderem noch gesagt, dass die bedingungslose Globalisierung zur restlosen Ausbeutung der Erde führt. Also sicherlich eine starke Ansage, die hier immerhin aus deutschem Munde bzw. in der Eigenschaft des Ratsvorsitzes uns sehr gut tun und unserer höheren österreichischen Sensibilität im Rahmen der Mitgliedschaft in der EU der 25 zweifellos aufhorchen lässt und positiv stimmt.

Ich glaube, solche Botschaften auf der Weltbühne der Politik, der Finanzen und der Wirtschaft würden wir des Öfteren und vermehrt gerne vernennen. Diese Botschaften sind aber zweifellos ein Signal dafür, dass es auch darum geht, hier die Unterschiedlichkeiten der nationalen Gegebenheiten bei den einzelnen Ländern der WTO entsprechend herauszuarbeiten, sie zu sehen. Und vor allem geht es auch darum, dass man den schwächsten und ärmsten Ländern, die LDC-Länder, die Last Developed Countries hier ganz besonders unterstützt. Aber nicht nur diese. Wir sehen auch in unseren entwickelten Ländern und Volkswirtschaften, dass mancher Umbruch im Strukturwandel viel zu rasch von statten geht. Und auch hier lokal in den einzelnen Branchen, in den einzelnen Regionen und Gegenden soziale Katastrophen einfach dadurch entstehen, dass hier zum Teil noch dem reinen Kapitalismus und Liberalismus Bedacht gezollt wird und nicht der genügenden Bedachtsamkeit eines vorsichtigen Voranschreitens in dem auch alle mitgehen können.

Die Bedachtsamkeit in der Philosophie des Global Marshall Planes ist zweifellos gegeben. Wir in Niederösterreich und in Österreich haben eine besondere Affinität dazu. Wir waren und sind ja Nutznießer einmal bereits eines Marshall Planes, eines historischen Marshall Planes gewesen als in den Zeiten nach dem Zweiten Weltkrieg Niederösterreich und Österreich aus Schutt und Asche wieder mit einer neuen Infrastruktur zu neuem Wohlstand, wirtschaftlichem und sozialen Erfolg hier ein gutes Fundament finden konnte.

Diese Hilfen, die wir damals im Rahmen der ERP-Programme hier für uns nutzen konnten, sind zweifellos unvergessen. Und daher ist der Zugang zu dem neuen Leitbild für unser Erdenrund ein Leitbild, das also breiten Konsens finden sollte. Die ökonomischen und sozialen Inhalte sind zweifellos neben den sozialen marktwirtschaftlichen Standards auch auf die immer wichtiger werdenden ökologischen Standards ausgerichtet. Denn auch die Klimata unserer Mutter Erde sind sensibel. Und wenn wir hier nicht richtig vorgehen, so endet das in Fatalismus.

Ich möchte aber schon auch sagen, dass eine zu einseitige Betrachtung nur des ökologischen Wertes dieses Global Marshall Planes zweifellos an der Realität vorbeigeht. Wir sehen aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, dass die Sensibilität für ökologische Zielsetzungen mit zunehmendem Lebensstandard erst zu entdecken ist und es vor allem vorerst darum geht, die Grundversorgung, die Grundausrichtung im ökonomischen Bereich, im sozialen Bereich, aufzustellen. Erst dann ist es möglich, dass auch den Umweltzielen hier entsprechend der richtige Tribut gezollt wird. Es sind hehre Ziele, die dieser Global Marshall Plan beinhaltet. Das ist alles sehr schnell, meine sehr geehrten Damen und Herren, ausgesprochen. Die Umsetzung ist zweifellos etwas schwieriger zu bewältigen.

Es wurden hier auch das Kyoto-Protokoll und die Ramsar-Abkommen angesprochen. Ich bekenne, dass wir zweifellos auch in Österreich dem ehrgeizigen Ziel von Kyoto auch weiter folgen. Wenngleich wir momentan nicht den Stand und den Status inne haben den wir uns gerne wünschen und den wir uns damals zu einem Zeitpunkt vorgenommen haben, und hier heute noch nicht die Ergebnisse auf den Tisch legen können. Aber zweifellos, sehr geehrte Damen und Herren, wird ernsthaft von den österreichischen Politikern in aller Verantwortung daran gearbeitet, dass wir diesem Beschluss näher rücken und diese Werte auch für unsere Bevölkerung, für unsere Umwelt erbringen können. Daher tut es mir nicht leid, diesen Beschluss gefasst zu haben, sondern es ist nach wie vor ehrgeiziges Ziel, daran zu arbeiten. Und ich glaube, mit Lebensminister Josef Pröll, mit seinen Vorhaben, die von der Bundesregierung auch im Arbeitsübereinkommen der jetzigen Regierungsmannschaft auf Bundesebene festgeschrieben sind, dass hier gute und erfolgreiche Fundamente zugrunde liegen.

Geld, sehr geehrte Damen und Herren, das auch nötig ist, ist zweifellos der eine Faktor um die hehren Ziele des Global Marshall Planes zu erfül-

len. Es ist aber nicht alles. Denn es geht darum, hier letztendlich spontane Hilfe zu leisten, die punktuell aber auch in den einzelnen Regionen verfestigt auftritt nachdem die Lebensexistenzen natürlich nur mit Geld und Soforthilfen entsprechend am besten zu Rande gekommen werden kann und diesen Schicksalen am besten geholfen werden kann. Aber, und so nannte es einmal hier der österreichische Philosoph Martin Heidegger schon vor Jahrzehnten: Die einspringende Fürsorge allein ist es nicht, es geht um die vorausspringende Hilfe zur Selbstbehauptung. Und diese ist nachhaltig und negativ.

Und es hat vor kurzem auch in einem bemerkenswerten Feature des österreichischen Rundfunks ORF-Redakteur Johannes Kaup einen Titel seiner Sendung folgendermaßen bezeichnend genannt als Aufschrei oder als Antwort der Betroffenen: „Gebt uns keine Fische, gebt uns eine Angel!“ Damit ist gemeint, wir müssen Systeme, tragfähige Systeme implementieren. Und das ist eben auch die neue Sichtweise, mit der durch diesen konsensuellen Auftrag des Global Marshall Planes die Welt eine bessere Ordnung erfahren kann.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Monetarismus ist zweifellos enorm stark. Kapital hat seine Wirkungen im Positiven und im Negativen. Die finanziellen Förderungen der Entwicklungsländer und der ärmsten Länder ist zweifellos so eine Sache an sich. Je nachdem wie man die Betrachtungsweise anlegt. Soforthilfen sind dringend notwendig. Aber es wird auch mit entsprechenden finanziellen Hilfen oft eine Politik getätigt, die zweifellos an dem was an Hilfsbedürftigkeit, vor allem auch an Aufbauleistungen, für die Zukunft insgesamt an Infrastruktur, nötiger Infrastruktur nicht gewährleistet wird. Ein Beispiel dazu ist in etwa der monetäre Reichtum Chinas. China ist derzeit jener Staat, welcher die größten monetären Ressourcen aus Handelsbilanzüberschüssen vorzuweisen hat. Voriges Jahr ist bereits die Billion-Dollargrenze überschritten worden. Und China ist derzeit bereits darauf ausgerichtet, in seinem Hunger nach Rohstoffen in Afrika eine konträre Politik zu den Initiativen der UNO und der anderen Organisationen zu tätigen indem hier sehr fadenscheinigen, zwielichtigen Regimen bis zu Waffenfabriken alles gegen Geld und gegen Einkauf von Ressourcen zugeschanzt wird. Es geht auch darum, diesen Bereich international zu diskutieren. Und daher bin ich sehr froh, dass eben gestern als Startaussage beim Welthandelsforum in Davos so klare Worte gefunden werden konnten.

Wir haben als Österreicher hier, und das wurde schon erwähnt von Vorrednern, beginnend über

Joschi Riegler und Franz Fischler bis hin zum Ökosozialen Forum, geht es dann über die Bundeswirtschaftskammer, Universität für Bodenkultur bis hin zu den Schulen ... Die höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe in Yspertal ist etwa auch Mitglied dieser Organisation. Ich glaube, die Breite kann nicht weit genug gehen damit das alles nicht nur Worte bleiben, sondern auch in unserem Herzen Platz findet. Und vor allem die Jugend entsprechend mit dieser neuen Sicht, mit diesem neuen Empfinden für die Zukunft gerüstet ist in den Diskussionen und auch im Bestehen und dann im Durchtragen dieser großartigen Idee.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schar der Sympathisanten für diese Idee wächst von Tag zu Tag. Und ich darf auch mit einem Spruch enden, der nicht allzu selten gesagt wird. Der da lautet: „Es gibt nichts Gutes außer man tut es.“ Ich glaube, die spezifische Fähigkeit von uns Menschen, helfen zu können, stimmt uns optimistisch. Wir werden dieser Vorlage und diesem Ansinnen sehr gerne von ganzem Herzen unsere Unterstützung gewähren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Landesrat Dipl.Ing. Plank.

LR Dipl.Ing. Plank (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einige wenige Bemerkungen zu dieser sehr breiten und umfassenden, und ich denke auch sehr wichtigen Diskussion für die Zukunft in unserer Region. Für die Zukunft in Europa und für die Zukunft der gesamten Welt. Und ich möchte wirklich auch Danke sagen für diesen Konsens der hier zum Ausdruck kommt.

Auf der einen Seite ist dieser Titel Global Marshall Plan einmal furchtbar sperrig. Man kann sich ja gar nichts vorstellen wenn man sich nicht etwas näher mit dieser Sache beschäftigt. Und es ist besonders notwendig in dieses Thema hineinzugehen. Denn, und das möchte ich schon an dieser Stelle auch klar zum Ausdruck bringen, der Global Marshall Plan, diese Initiative, ist keine Anti-Globalisierungsstrategie. Der sagt nicht von vornherein Globalisierung ist sozusagen ... wir sind da militant dagegen. Sondern er fordert ein, und das ist ganz, ganz entscheidend, dass wir Spielregeln haben bei dieser Globalisierung.

Der Global Marshall Plan setzt sich für faire, für umfassende, für nachhaltige Spielregeln ein in diesem weltweiten Netzwerk, in dieser weltweiten Kooperation und bekannt sich selbstverständlich

auch zum freien Markt unter solchen Spielregeln. Und das ist ganz, ganz wichtig immer wieder darauf hinzuweisen, weil man sonst sehr schnell sozusagen auch ein bisschen vom Thema abkommt.

Mehr Gerechtigkeit im Umgang mit den Schwächeren in dieser Welt, das ist sicher etwas was Europa fordert, was Amerika fordert, was auch Teile Asiens fordern. Und diese Initiative hier über eine neue Möglichkeit einen kleinen Geldbetrag, 100 Milliarden US-Dollar, 83 Milliarden Euro, aufzubringen und gezielt in Entwicklungsprojekte zu stecken um diesen Schwächeren vor Ort eine Chance zu geben, ist eine dieser Aktivitäten. Und ich meine, eine Aktivität, die in Summe einfach in die richtige Richtung geht.

Der Global Marshall Plan hat eine starke Idee. Zu diesem Zeitpunkt, wo jetzt das Eisen beginnt geschmiedet zu werden, auch im Zusammenhang mit Fragen des Klimawandels, mit Fragen Mobilität, aber auch mit Fragen von Umweltentwicklung und mit Fragen der Migration, der weltweiten Migration. Ist ein Konzept, das ganz, ganz stark auf Allianzen aufbaut. Auf Allianzen, auf Partnerschaften auf der regionalen Ebene, Österreich, sind viele Partner dabei, national, europaweit. Und die Chance, das weltweit zum Thema zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind hier noch lange nicht am Ziel! Aber es beginnen eine Reihe von Fragen in diesem Zusammenhang dann doch zum Thema zu werden. Und ich möchte nur ein Beispiel ansprechen. Eines von vielen. Im weltweiten Konzert haben wir heute Standards in der WTO, Regeln in der WTO, in der Welthandelsorganisation. Wir haben Regeln in der internationalen Arbeitsorganisation. Wir haben im Umweltbereich Ansätze von internationalen Regeln. Aber entscheiden und dominieren tun ausschließlich die Kriterien der WTO.

Der Global Marshall Plan setzt sich unter anderem auch dafür ein, dass es eben diesen fairen Wettbewerb gibt, in dem Umweltdumping und Sozialdumping sozusagen keinen Platz haben sollen am Ende des Weges. In der Praxis ist es nicht so dass wir sagen wir wollen nicht Waren aus Ländern, aus Schwellenländern, aus Entwicklungsländern importieren. Aber wir möchten auf lange Sicht nicht, dass dort möglicherweise Menschen unter sklavenartigen Bedingungen sozusagen eingesetzt werden und dann selbstverständlich als die billigsten sozusagen am Markt erfolgreich sind. Das sind die Ideen die dahinter stecken und solche Fragestellungen gibt's natürlich eine ganze Reihe. Ich möchte sie gar nicht ausführen.

Das heißt, ein erster, ein wichtiger Schritt, ich denke, in einer faszinierenden Situation, in einer sehr starken, auch internationalen Dynamik. Und für uns in Niederösterreich ist es ganz, ganz wichtig, dass wir wirklich daraus die Dinge auch entwickeln. Daher haben wir das selbstverständlich im Rahmen der Nachhaltigkeitskoordination des Landes gebündelt. Weil wir dort diese Fragestellungen insgesamt behandeln.

Und selbstverständlich haben wir diese Beschlussfassung im Landtag, dieses Bekenntnis Niederösterreichs, der Global Marshall Plan-Initiative beizutreten auch zum Anlass genommen, dass wir uns ein konkretes Projekt, das derzeit entwickelt wird, in Afrika vornehmen, ein mehrjähriges Projekt im Bereich Lebensmittelversorgung, im Bereich Energie. Das wir bewusst auch unterstützen wollen.

Als kleinen Beitrag in diese Richtung. Und gleichzeitig mit vollem Einsatz sozusagen diese Ziele die dahinter stehen nicht nur österreichweit und europaweit umsetzen, sondern ganz stark auch in den vielen, vielen Möglichkeiten die wir haben auf weltweite Ebene zum Thema zu machen. Und da würde ich Sie auch gerne einladen. Weil Sie viele Kontakte haben, weil Sie Beziehungen haben, diese Idee, die dahinter steht, auch bewusst nach außen zu tragen. Herzlichen Dank! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Herrn Berichterstatter ob er ein Schlusswort wünscht.

Berichterstatter Abg. Dr. Prober (ÖVP): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Er verzichtet. Wir kommen daher zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 773/A-1/70:*) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen wurde.

Zu diesem Antrag liegt ein Zusatzantrag vor der Abgeordneten Mag. Fasan, Dr. Michalitsch u.a. dem auch die Abgeordneten Weninger und Mag. Leichtfried beigetreten sind. Mit dem Antrag, dass ein Punkt 6 angefügt wird. (*Nach Abstimmung über diesen Antrag:*) Ich stelle ebenfalls die einstimmige Annahme dieses Zusatzantrages fest.

Wir kommen nunmehr zu Ltg. 748/B-34/3 und ersuche Herrn Abgeordneten Herzig, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Herzig (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zum Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates für das Jahr 2005.

Der Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich hat den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2005 in seiner 80. Vollversammlung am 17. Oktober 2006 in der vorliegenden Ausführung beschlossen und nach § 15 hat die NÖ Landesregierung dem Landtag von Niederösterreich diesen auch vorzulegen.

Ich darf den Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses über den Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 2005 bringen (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 2005 wird zur Kenntnis genommen.“

Herr Präsident! Ich ersuche, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Dritter Präsident Ing. Penz: Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Debatte und erteile Herrn Abgeordneten Waldhäusl das Wort.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Kollegen des Landtages!

Einige Worte zum Tätigkeitsbericht 2005 des Unabhängigen Verwaltungssenates, des UVS. Der letzte Bericht des ehemaligen Präsidenten Dr. Boden. Ich glaube, dass auch meine Nachredner dann genau der gleichen Meinung sein werden, dass man Präsident Boden für seine Tätigkeit und für seine faire, unabhängige Arbeit danken kann und ihm auch alles Gute für den Ruhestand wünschen kann.

Schaut man diesen Tätigkeitsbericht ein wenig im Detail durch, muss man feststellen, dass der Aktenanfall mehr wird. Eine Steigerung von 4.453 auf 4.633 Stück von 2004 auf 2005. Natürlich unter anderem angegeben die Änderung des Fremdenrechtspaketes und schwerpunktmäßig in diesem Bericht natürlich Strafsachen Straßenverkehr.

Es gibt einen Rückstand von zirka 9 Monaten die Akten betreffend und es ist auch festzustellen, dass im Berichtszeitraum die Zahl der Verhandlungen zugenommen hat. Es wird darauf hingewiesen, dass es hier das Problem gibt, einerseits sollte man natürlich versuchen mehr zu erledigen und natürlich

wäre es hier dienlicher und schneller, mehr in St. Pölten abzuhalten. Aber natürlich will man auch dem Bürger Nähe demonstrieren und daher in den Außenstellen verhandeln. Und so kommt es natürlich dazu, dass man nicht immer alles in St. Pölten erledigen kann. Und von den 32 Mitgliedern des UVS sind bereits 27 auf Dauer ernannt.

Es gibt ja eine gute Statistik in diesem Bericht hinsichtlich der Anzahl der Berufungen und die Art und Weise der betroffenen Rechtsgebiete, bis letztendlich hin zu einer wirklichen Aufstellung der anfallenden Arbeit. Und ich glaube, ohne im Detail über diesen Bericht näher eingehen zu wollen oder müssen, der Unabhängige Verwaltungssenat ist eine wichtige Institution. Er gibt den Bürgern die Möglichkeit, hier den Rechtsweg einzuschlagen. Und wenn man sich in der Statistik anschaut, gibt er sehr oft wirklich den Bürgern Recht, dass er sich hier wirklich auf die Füße gestellt hat und gesagt hat okay, ich kämpfe das durch. Natürlich wird das nicht immer der Fall sein. Man beschwert sich auch als Bürger oft und es spricht leider die Rechtslage hier eine andere Sprache.

Ich glaube, dass er eine sehr wichtige Einrichtung ist für mich, neben dem Rechnungshof-Ausschuss als Kontrollinstanz hier eine Stelle, wo der Bürger zum Recht gelangen kann. Und deswegen sehr wichtig, weil sehr viel hier vermieden werden kann Richtung Verwaltungsgerichtshof, Verfassungsgerichtshof hier in Niederösterreich abzuhandeln. Und es wird auch, wenn man sich die Statistik anschaut, sehr viel hier enderledigt. Das spricht für die Arbeit der handelnden Personen, das spricht letztendlich auch für den Fleiß dieser handelnden Personen. Und abschließend: Gerne nehme ich diesen Bericht zur Kenntnis und danke allen Mitarbeitern.

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ein Thema, das eigentlich zu Unrecht meistens so unter ferner liefen kommt. An der Qualität des Rechtsschutzes misst sich auch die Qualität eines demokratischen Gefüges. Denn der nachprüfende Rechtsschutz gehört zu den ganz wichtigen Einrichtungen, die natürlich auch das Vertrauen in den Rechtsstaat stützen und erhalten helfen. Das, was ich immer an diesen Berichten, für die ich natürlich sehr danke und die ich auch gerade im konkreten Fall sehr gut übersichtlich und lesbar empfinde, das, was ich immer bedaure ist, dass wir die Häufung der Beschwerden in manchen Rechtsberei-

chen nicht regelmäßig zum Anlass nehmen um diese betreffenden Rechtsbereiche zu überprüfen.

Es kann schon sein, dass es einfach in irgend einem Bereich sehr viel Fälle gibt und dass man dagegen durch legislative Verbesserungen kaum was tun kann. In manchen Bereichen aber schon. Wenn ich mir jetzt anschau beispielsweise Beschwerden und die Häufungen, dass hier etwa im Bereich der Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern ein so ein Häufungsbereich ist, dann glaube ich, ist das ein Bereich, wo wir dringend Druck machen sollten auch auf den Bund dass man hier Verbesserungen einführt.

Und im Bereich des Straßenverkehrs, glaube ich, wenn das der absolute Häufungsbereich ist, dort sollte uns das zu denken geben. Ich glaube, hier muss noch viel mehr in Richtung Überwachung und Entschärfung von Gefahrenquellen getan werden.

Was die Tätigkeit des UVS im engeren Sinn betrifft, so scheint mir die Einrichtung eine sehr hohe Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung zu haben. Allerdings, und das sollte uns zu denken geben, die Wartezeiten bis zu einer Erledigung sind im Vergleich mit der ordentlichen Gerichtsbarkeit noch immer relativ kurz, aber sie wachsen. Und bei fast 9 Monaten durchschnittlicher Dauer bis etwas abgeschlossen ist muss man schon sagen, ein dreiviertel Jahr ist für Private, die auf so eine Entscheidung angewiesen sind, schon sehr lang. Und vor allem heißt die Tendenz noch längere Wartezeiten, weil das Personal knapp ist. Das ist so ein Teufelskreis: Je mehr eine derartige Einrichtung Akzeptanz hat, je mehr daher auch die Bürgerinnen und Bürger vertrauen dass sie dort wirklich Recht bekommen und daher die Stelle ansprechen, in Anspruch nehmen, desto länger dauern dann die Verfahren, weil die Aufstockung des Personals hinterher hinkt. Das heißt, ich glaube, hier sind wir gefordert, weil ein gut funktionierender Rechtsschutz ist, wie gesagt, notwendig um das Vertrauen in die öffentlichen Hände insgesamt zu erhalten.

Einen besondere Wunsch oder eigentlich eine Forderung oder Erwartung möchte ich noch zum Ende hier deponieren bzw. es ist mir wichtig, dass das auch in den Protokollen des Hauses festgehalten ist. Im Koalitionsübereinkommen auf Bundesebene heißt es ja jetzt endlich, eine alte Forderung auch der Grünen, dass Landesverwaltungsgerichte eingerichtet werden sollen. Ich glaube, das ist auch ein notwendiger, ein konsequenter Schritt weiter. Es wäre auch ein ganz wichtiger Schritt. Denn das wäre das erste Mal, dass wir die bisherige alleinige Bundeszuständigkeit für die Gerichts-

barkeit auch auf die Landesebene bekommen. Also das, was immer wieder behauptet wird, dass nur Schritte der Zentralisierung geplant seien, das stimmt nicht. Diese Landesverwaltungsgerichtshöfe wären ein wichtiger Schritt in die andere Richtung. Doch dann stellt sich natürlich die Frage, wer wird dort tätig sein? Und ich denke, es wäre sehr wichtig, dass wir auch den hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UVS signalisieren, dass das Personal, das in Hinkunft in den Landesverwaltungsgerichtshöfen tätig werden soll, selbstverständlich und in der Gesamtheit übernommen wird.

Denn ansonsten, wenn hier die Ängste, oder vielleicht sogar reale Befürchtungen eintreten dass hier ein Ausleseverfahren eintritt, dann glaube ich, wäre das ein schlechter Dienst an der Funktion der Gerichtsbarkeit. Weil natürlich Mitglieder des UVS, die vielleicht bangen müssen, dass sie wegen sehr strenger, sehr korrekter, sehr genauer, sehr rechtsstaatlicher Entscheidungen dann vielleicht irgendwie negativ auffallen können, dass sie dann nicht übernommen werden.

Ich glaube, diese Ängste müssen wir hier zerstreuen. Und so unangenehm das vielleicht auch manchmal für einzelne Teile oder einzelne Entscheidungen der Verwaltung sein kann, es ist wichtig, dass schon heute für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eigentlich de facto dieses Prinzip für uns alle selbstverständlich ist was für die Gerichtsbarkeit eine Säule ist, nämlich dass sie so gut wie unabsetzbar und unversetzbar sind.

Das heißt, ich denke, hier wäre es wichtig, dass insbesondere die ÖVP sich erklärt und dass wir den bewährten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UVS hier eine absolute Sicherheit und Garantie für ihre Zukunft auch im Rahmen der Landesverwaltungsgerichtsbarkeit geben. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Renner.

(Zweiter Präsident Sacher übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Mag. Renner (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Wie meine beiden Vorredner bzw. –rednerin schon festgestellt haben, liegt uns der Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates für das Jahr 2005 vor. Ich will mich kurz fassen und nicht alles wiederholen. Sie wissen so gut wie ich,

dass 1988 die Unabhängigen Verwaltungssenate in den Bundesländern institutionalisiert wurden um mehr Sicherheit in der Gesetzmäßigkeit zu schaffen. Und dass das seit der Schaffung dieser Unabhängigen Verwaltungssenate stetig mehr von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird.

Wie der Kollege Waldhäusl schon gesagt hat, sind 4.633 Akten angefallen und es werden jedes Jahr mehr. Dadurch ergibt sich auch die, wie die Frau Kollegin Petrovic gesagt hat, relativ – und ich sage absichtlich relativ – lange Wartezeit auf eine Erledigung von 9 Monaten. Nachdem ich vor vielen Jahren aber beim Verwaltungsgerichtshof schnupern durfte, weiß ich, dass 9 Monate nicht unbedingt lang sein müssen wenn es um ein Abwarten einer Entscheidung geht. Es konnten 1.280 Akten zur Vollstattgebung gebracht werden, 1.377 mussten abgewiesen werden. 976 Berufungen wurde teilweise stattgegeben, 374 wurden einer sonstigen Erledigung zugeführt und 317 mussten zurückgewiesen werden. Besonders bewährt haben sich – und in den Berichten wird auch darauf hingewiesen, dass das halt Geld kostet – die drei Außenstellen in Zwettl, Wr. Neustadt und Mistelbach. Es steht im Bericht aber auch meiner Meinung nach zu Recht drinnen, dass Bürgernähe auch Geld kosten darf bzw. Geld kosten muss.

Nachdem ich wirklich nicht wiederholen will die juristischen Ausführungen von Frau Dr. Petrovic, denen ich zustimmen will und auch den Ausführungen des Abgeordneten Waldhäusl, der die Einrichtung des UVS sehr gelobt hat, verbleibt mir nur im Namen des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten dem mittlerweile in Ruhestand befindlichen Vorsitzenden Präsident Dr. Boden alles Gute zu wünschen. Vor allem Gesundheit und frohes Schaffen jetzt in einer anderen Lebensphase. Und ich wünsche, das heißt, wir wünschen dem neuen Vorsitzenden Dr. Wilhelm Becksteiner so viel Erfolg wie dem UVS bisher zuteil geworden ist im Sinne der Bürgerinnen und Bürger von Niederösterreich. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Präsident Ing. Penz das Wort.

Abg. Präs. Ing. Penz (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bürgernähe ist die Atmosphäre, die eine Demokratie zum Leben braucht. Und für fast alle politischen Parteien und Gruppierungen in unserem Land ist Bürgernähe zur Selbstverständlichkeit geworden. Dass auch die Verwaltung für die Bürger

da zu sein hat, ist eigentlich nur eine Konsequenz von bürgernahe praktizierter Politik in der Demokratie.

Aber erst nach und nach hat sich die Erkenntnis, dass Verwaltung Service an der Bürgerschaft zu sein hat, auch bei den in der Verwaltung Tätigen durchgesetzt. Manchmal musste die Politik Zielvorgaben setzen, damit die Verwaltung schließlich immer mehr zum Partner der Landsleute wurde. Gelebter Föderalismus, und zwar von oben nach unten. „Näher zum Bürger, rascher zur Sache“ so lautet dabei die Devise der niederösterreichischen Landespolitik. Ängste der Bürger vor dem Kontakt mit der Verwaltung konnten abgebaut werden. Und meine Damen und Herren, auch das war ein Wandel, dem das Land und die Gemeinden mit der Einführung der Bürgerbüros und des One-Stop-Shop-Prinzips bei den Verwaltungsverfahren gemeinsam und hervorragend geleistet haben.

Eine moderne Verwaltung ist für mich nämlich auch der Motor für innovative Lösungen. Denken Sie beispielsweise an die Bürgerservicestellen, wo sie buchstäblich in wenigen Minuten nicht nur einen neuen Reisepass oder einen neuen Führerschein erhalten. Und wesentlich zum Ausbau der Bürgernähe im Bereich der Landesverwaltungen hat auch die Errichtung der Unabhängigen Verwaltungssenate beigetragen, die 1991 vom Bundesgesetzgeber verfügt wurde.

Der Unabhängigen Verwaltungssenat jedes Bundeslandes steht aber in enger Verbindung mit dem Landtag. Als Legislative beschließt der Landtag die Landesgesetze, die von den Verwaltungsorganen zu vollziehen sind. Landtag und Unabhängiger Verwaltungssenat arbeiten daher eng zusammen. Der UVS, der durch ein eigenes Gesetz errichtet wurde, ist ja auch dem Landtag berichtspflichtig.

Der UVS hat vor allem die Aufgabe, als objektive Prüfinstanz, wenn es notwendig ist, das Recht der Bürger zu wahren. Und mit der Zunahme der Aufgaben, die die Verwaltungsorgane der Länder übernehmen mussten, ist auch der Zuständigkeitsbereich des Unabhängigen Verwaltungssenates gewachsen. Er umfasst längst auch die von der Landesverwaltung wahrgenommene mittelbare Bundesverwaltung und wurde erweitert im Zuständigkeitsbereich vom Bundesgesetzgeber durch das Verwaltungsreformgesetz von 2001. Ausgenommen sind nach die vor die Finanzstrafsachen des Bundes.

Dass der Unabhängige Verwaltungssenat im Tor zum NÖ Landhaus im St. Pöltner Regierungs-

viertel seinen Sitz hat, mag auch als sehr symbolträchtig gelten. Wird damit auch gar nichts anderes zum Ausdruck gebracht, als dass die Bürgerin oder der Bürger der das Zentrum der Landesverwaltung betritt, keineswegs dieser ausgeliefert ist, sondern dass ihm, wie es andere sehr treffend formulieren, im schönsten und wahrsten Sinn des Wortes alle Türen offen stehen.

Wenn wir heute im NÖ Landtag über den Tätigkeitsbericht des UVS für das Jahr 2005 diskutieren, so hat dieser Bericht einleitend festgestellt, dass der Aktenanfall stark gestiegen ist. Ich brauche die Ziffer nicht zu wiederholen, die heute bereits mehrmals von meinen Vorrednern angesprochen wurden. Nur noch hinzufügend sagen, dass in diesem Bericht auch vermerkt ist, dass die Aktenanzahl für das kommende Jahr weiter steigen wird. Daraus lässt sich auch schließen, dass der UVS in Niederösterreich von der Bevölkerung als Berufungsinstanz und vielleicht auch als Partner gegen so manchen Behördenentscheid immer mehr akzeptiert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir finden auch in der Grafik 5 dieses Berichtes eine sehr interessante Statistik. Die Frau Abgeordnete Renner hat auch schon im Detail berichtet, wie der UVS die einzelnen Berufungen erledigt hat. Ich möchte diese Erledigung auch interpretieren und sagen: Wenn von den 4.325 Erledigungen nur 1.337, also knapp 31,8 Prozent abgewiesen wurden, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, bedeutet das auch, dass wir – und da gebe ich der Kollegin Petrovic vollkommen Recht – auch darüber nachdenken sollten, wie die einzelnen Gesetze formuliert sind und wie auch die Qualität der Entscheidungen der ersten Instanz ausfallen. Denn diese Vielzahl von Berufungen die hier eingehen und auch diese Vielzahl der Bestätigungen der Berufungswerber zeigt ja auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir auch in Niederösterreich in vielen Fällen auch in der Verwaltung besser werden können.

Aus dem Tätigkeitsbericht geht auch weiters hervor, dass dieser Unabhängige Verwaltungssenat aus 32 Mitgliedern bestand, wovon 27 auf Dauer ernannt wurden. Allerdings, so wird in diesem Bericht auch angeführt, ist aus Gründen der Einsparung, insbesondere von der Arbeitszeit der Juristen, die Verhandlung vor Ort nicht immer möglich, sondern auch in den jeweiligen Außenstellen, also in St. Pölten, Mistelbach, Wr. Neustadt und Zwettl. Was in diesem Bericht auch höchst interessant ist, ist, dass von den Höchstgerichten 107 Fälle entschieden wurden. Zum Großteil handelt es sich bei

diesen Entscheidungen auch um Fälle, die vor dem Jahre 2005 stattgefunden haben.

Und 94 Beschwerden, die beim Verwaltungsgerichtshof eingebracht wurden, ergeben auch eine interessante Statistik. Nämlich 31 Fälle wurden abgewiesen, in acht Fällen wurde die Beschwerde zurückgewiesen. In 31 Fällen wurde der angefochtene Bescheid aufgehoben, in 23 Fällen wurde das Verfahren eingestellt. In einem Fall wurde dem Antrag auf Verfahrenshilfe nicht stattgegeben.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich hier die Conclusio ziehe, heißt das auch, die Chancen, den Verwaltungsgerichtshof anzurufen und auch Recht zu bekommen, sind nicht 50:50, sondern 60:40, was natürlich auch hinterfragt werden kann und die Qualität der Entscheidungen des UVS auch in ein besonderes Licht stellen.

Im Tätigkeitsbericht, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird auf den hohen Arbeitsanfall verwiesen. Dieser ist sicher mit ein Grund dafür, dass nicht nur Gottes Mühlen langsam mahlen, wie das alte Sprichwort sagt. Denn wer zu seinem Recht kommen will, muss Geduld haben. In diesem Tätigkeitsbericht wird auch sehr klar gesagt, dass der Rückstand auf Grund des Aktenanfalles aus den Vorjahren rund 8,9 Monate beträgt.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass jene Beschwerdeführer, die zu mir gekommen sind und jene zwei Verwaltungsurteile, die an mich herangetragen wurden, höchst zufrieden wären, würde ihr Anliegen innerhalb von 8,9 Monaten erledigt werden.

Beim ersten Beschwerdefall geht es um einen Pharmazeuten. Sein Ansuchen um Genehmigung zur Errichtung einer öffentlichen Apotheke in einer Stadt im Waldviertler Grenzland wurde von der zuständigen Bezirkshauptmannschaft abgewiesen. Die Begründung: Die geplante Apotheke verstoße gegen die im Apothekengesetz festgeschriebenen Parameter. Konkret: Eine bereits vorhandene Apotheke liege zu nahe, die für den Versorgungsauftrag notwendige Zahl der Landsleute könnte die neue Apotheke daher nicht erreichen ohne ein Konkurrenzverhältnis zu anderen Apotheken zu bedeuten.

Der Pharmazeut widerlegte die Ablehnungsgründe mit objektiven Daten und plausiblen Argumenten. Die BH blieb bei der Ablehnung. Der Pharmazeut appellierte an den UVS. Von Zeit zu Zeit fragte er auch nach. Man gönnte ihm ein nettes

Gespräch, erklärte aber immer, der Akt werde geprüft. Auf eine Entscheidung wartet der Pharmazeut nunmehr das dritte Jahr.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist unhaltbar! Hier geht es nicht nur um die Existenz eines initiativen Pharmazeuten, sondern hier geht es auch um die optimale Versorgung der Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)*

Der zweite Beschwerdeführer hat einen Verwaltungsbescheid beeinsprucht, der ihn wegen des Verstoßes gegen die Jagdverordnung mit einer Strafe belegt. Unterstellt wurde ihm, dass er im Oktober 2004 das Alter eines von ihm erlegten Hirsches fahrlässig falsch eingeschätzt habe. § 26 der NÖ Jagdverordnung - ich muss da etwas ausloten um diese Situation auch klarzustellen - legt nämlich fest, dass bei der Durchführung des Abschusses jene Stücke erlegt werden dürfen, die auf Grund ihrer Körper- und Trophäenentwicklung darauf schließen lassen, dass sie das der bewilligten Altersklasse entsprechende Lebensalter haben. Das heißt, ein Hirsch, der das 5. Lebensjahr vollendet hat, jedoch nicht das 10. ist die Altersklasse 2. Ein Hirsch, der das 10. Lebensjahr vollendet hat ist Altersklasse 1.

Der erfahrene Waidmann, der gegen den Vorwurf der Fahrlässigkeit berufen hat, führt in seiner Begründung aus, er sei von einem erfahrenen Berufsjäger begleitet worden. Auch dieser erfahrene Berufsjäger identifizierte nach der Geweihform, der Haltung und dem Körperbau den Hirsch als erntereif, also Altersklasse 1. Bei der Grünvorlage - also der tote Hirsch wurde dem Hegeringleiter vorgelegt, der als Organ des Jagdverbandes gilt - hat dieser den Hirsch auch als Altersklasse 1 eingestuft und dem Abschlussplan entsprechend richtig eingetragen.

Erst bei der Hege- und Trophäenschau im März 2005 wurde behauptet, dass der erlegte Hirsch ein Jahr jünger sei. Der Nachweis wurde durch einen Zahnschliff erbracht. Ein Strafverfahren gegen den Waidmann wurde eingebracht.

Und ein Jahr später, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde dann tatsächlich der ältere Hirsch erlegt, der der Geweihform nach ident war. Und daher folgte ein Gutachten dem anderen. Die Experten verglichen die Trophäen der erlegten Hirsche, die einander sehr ähneln, sodass sie tatsächlich verwechselt werden konnten.

Interessant ist aber in diesem Zusammenhang, dass zwar die Trophäe fast gleich, aber der reifere und ältere Hirsch um 45 Kilogramm leichter als der

jüngere war. Mit einer Prise Zynismus versehen - was ich natürlich nicht bin - könnte man durchaus anmerken, dass nur die Hirsche in Altersklassen eingeteilt werden, nicht aber das weibliche Wild. Obwohl jeder weiß, dass die Hirschtiere nicht nur für die Aufzucht, sondern auch für die Weitergabe gewünschter Zuchtziele weitaus wichtiger sind als die Trophäenträger.

Wildtierexperten verweisen auch darauf, dass es wie bei den Menschen auch bei den Hirschen um Individuen geht, die früher altern und solche die ewig jung bleiben. Im vorliegenden Fall, meine sehr geehrten Damen und Herren, handelte es sich demnach um einen jüngeren Hirschen der seinem älteren Kollegen aber schon an Größe gleich und an Körpergewicht sogar überlegen war.

Ich frage Sie also, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wie hätte der dann strafrechtlich belangte Jäger denn die beiden, noch dazu in der Trophäe identen Hirsch, eigentlich auseinander halten sollen? Sogar die Experten meinen, dass das tatsächliche Alter nur nach dem Zahnschliff einigermaßen genau festgestellt werden kann.

Vielleicht sichert, darauf kommt's jetzt an, dieser Zahnschliff das Weiterbestehen der moralischen Integrität und Unbescholtenheit von Jägerinnen und Jägern? Man räumt Unsicherheitsfaktoren aus und eröffnet sogar Chancen für einen neuen Berufszweig. Den des Veterinärzahnmediziners für Jagdreviere mit dem einen potenziellen Aufgabebereich: Jeder Hirsch wird mit einer Nummer versehen und zweimal im Jahr müsste das Geäse der gesamten Hirschpopulation besichtigt und das Kontrollergebnis des Zahndentins in einen „Hirschgrandkataster“ eingetragen werden.

Nun meine sehr geehrten Damen und Herren, Spaß beiseite. Es stellt sich daher die Frage, welche Schlussfolgerungen ziehen wir tatsächlich daraus? Erstens, im Falle des Strafverfahrens wegen der Erlegung eines Hirsches der zwar das 9., jedoch nicht das 10. Lebensjahr erreicht hat, hat die zuständige Referentin des UVS in zwei gleich gelagerten Fällen anders entschieden und die Strafe aufgehoben. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, zeigt meinerseits nicht von einer Flexibilität der Referentin oder des jeweiligen Sachverständigen sondern das ist meines Erachtens eine reine Willkür!

Und ich glaube, das, meine Damen und Herren, können wir bei der Weiterentwicklung und bei der Modernisierung der Verwaltung mit dem Bürger als Souverän am wenigsten brauchen. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und Abg. Waldhäusl.)*

Und zweitens, meine sehr geehrten Damen und Herren, scheint manches Gesetz und manche Verordnung nicht nur unklar formuliert, sondern da und dort auch sinnlos. Dies soll nicht allein am Beispiel der NÖ Jagdverordnung festgemacht werden, sondern hier gibt es insbesondere auch im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung eine Vielzahl von Interpretationsmöglichkeiten. Ich denke nur an die Betriebsanlagengenehmigungen, wo wir bereits jetzt 21 Interpretationen der verschiedenen Bezirkshauptmannschaften haben. Und ähnlich ist es auch beim Berechtigungsverfahren. (*Abg. Mag. Fasan: Das ist weil die Kontrolle fehlt! Kein Anfragerecht!*)

Und drittens, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn nun Landesverwaltungsgerichtshöfe auf Grund der Diskussion des Österreich-Konvents und des nunmehrigen Koalitionsübereinkommens geschaffen werden sollen, so sollten all diese Probleme, die wir heute diskutiert und aufgezeigt haben, mit Bedacht berücksichtigt und nach Möglichkeit nicht fortgeschrieben werden. Bedenklich erscheinen daher auch Einzelrichterentscheidungen. Bedenklich erscheint auch die Auffächerung der Spruchpraxis. Und bedenklich erscheint auch, dass der Unabhängige Verwaltungssenat in den Landesverwaltungsgerichtshof aufgehen soll. Diskussionswürdig erscheint mir auch, wie ein Revisionsmodell aussehen soll. Wird sich das der Landesverwaltungsgerichtshof auch selber geben und selbst dann entscheiden, in welchen Fällen der Verwaltungsgerichtshof angerufen werden kann?

Den genannten Aufgaben haben wir uns in den nächsten Monaten zu stellen. Denn bis 30. Juni soll die Expertengruppe konkrete Vorschläge erarbeiten. Denn um es nochmals zu sagen: Viele Punkte sind bei der Weiterentwicklung hin zum Landesverwaltungsgerichtshof noch zu klären! Und Erich Kästner dürfte dabei gerade für den Landtag die Aufgabenstellung sehr treffend formuliert haben indem er sagt, die Fragen sind es aus denen das, was bleibt, entsteht. Doch eines ist sicher: Die Kernbotschaft bei der Schaffung der Landesverwaltungsgerichte muss lauten: Es gilt, die Bürgerrechte weiter auszubauen und weiter zu vereinfachen! (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ.*)

Zweiter Präsident Sacher: Damit ist die Rednerliste erschöpft. Der Herr Berichterstatter hätte das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Herzig (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 748/B-34/3:*) Das ist einstimmig angenommen.

Ich ersuche nun Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Toms, die Verhandlungen zu Ltg. 780/W-8/1 einzuleiten.

(*Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.*)

Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich berichte zu Ltg. 780/W-8/1, Änderung des Wirtschafts- und Tourismusfondsgesetzes.

Bekanntlich sind im Jahr 1984 der NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds im Landtag beschlossen worden. Im Jahr 1985 der NÖ Fremdenverkehrsförderungs fonds. Und es gab dann auch noch in der Folge eine Zusammenlegung beider Fonds.

Diese Novellierung hat hauptsächlich den Inhalt, dass eine der wichtigsten Punkte dieser Novellierung, da in Zukunft auch die Aufbringung der Fondsmittel durch Aufnahme von Darlehen bzw. Krediten des Landes Niederösterreich sowie analog durch Aufnahme von Krediten des Bundes ermöglicht werden soll, wurden der § 3 Z.1 und 2 dieses Gesetzes entsprechend erweitert.

Die anderen Punkte sind geringeren Ausmaßes und so darf ich sogleich den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses stellen über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Tourismusfondsgesetzes (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Tourismusfondsgesetzes wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Ich ersuche den Präsidenten, die Debatte abzuführen und die Abstimmung herbeizuführen.

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich danke für die Berichterstattung, eröffne die Debatte und erteile Herrn Abgeordneten Waldhäusl das Wort.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

Ein paar kurze Stellungnahmen aus meiner Sicht zur Änderung des Wirtschafts- und Tourismusfondsgesetzes. Es ist ja schon seit längerem installiert, mit Oktober 1984 die ersten Gehversuche dieses Förderfonds, noch unter anderer eigener Rechtspersönlichkeit. Dann die verschiedenen Maßnahmen und Änderungen bis zum heutigen Tage, wo eben hier anlässlich der Fonds- und Abteilungszusammenlegungen hier über die Geschäftsordnung diskutiert wurde und auch im Kuratorium und in der Landesregierung noch im Jahr 2006 es einen Beschluss gegeben hat.

Es gibt Überlegungen für die Novellierung. Und ich darf da nur ein paar Punkte herausheben aus meiner Sicht. Es geht um die Aufbringung der Fondsmittel letztendlich, damit dieser Fonds auch liquid ist und auch unterstützend helfen kann. Es geht um die Frage der Beteiligung, wie in Zukunft Betrieben effizienter, einfacher oder besser geholfen werden kann. Und das ist halt nicht immer nur dass man mit Zuschüssen oder mit Übernahmen von Zinsdiensten helfen kann, sondern es ist völlig richtig, korrekt und in Ordnung, dass hier auch der Weg eingeschlagen wird durch Beteiligungen, unmittelbare Beteiligungen hier Betrieben zu helfen, sie zu unterstützen. Es trägt zur Stärkung der Eigenkapitalbildung, des Spielraumes bei und hat in verschiedenen Punkten sicherlich Vorteile.

Die Frage der Beteiligung kann natürlich auch die Frage aufwerfen, ist ja im Ausschuss auch kurz besprochen worden von einem Ausschussmitglied, na ja, ob man nicht mehr Risiko eingehen sollte und noch mehr Beteiligung und noch mehr Beteiligung. Da ist es natürlich so: Freilich sollte man versuchen, so vielen Betrieben wie möglich zu helfen, sie zu unterstützen. Weil letztendlich jeder Betrieb, der um eine Förderung ansucht, dem geholfen werden soll, nicht nur den eigenen Betrieb absichert, natürlich auch Arbeitsplätze in Niederösterreich absichert und daher auch vielen Familien eine sichere Zukunft gewährt.

Trotzdem handelt es sich um Steuergeld. Steuergeld das von den vielen fleißigen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern aufgebracht wird. Und im Interesse des schonenden Umganges mit Steuergeld muss man natürlich versuchen, hier unter einen gewissen Spielraum doch einen korrekten Weg zu gehen.

Letztendlich handelt es sich auch bei dieser Änderung in vielen kleinen Änderungspunkten um die Frage der sonstigen Einrichtungen. Es bleiben sicherlich hier die Gemeinden und Vereine und Freiberufler nicht auf der Strecke, sondern es ist im Interesse dieser Institutionen und Einrichtungen verbessert worden. Ich glaube, dass es hier zu einer Besserstellung kommt. Und letztendlich, hier mit dieser Novellierung, zumindest soviel beigetragen wird, dass in Zukunft es gesichert ist, dass auch weiterhin Betriebe, wenn sie Hilfe brauchen, Hilfe bekommen. Dass weiter gesichert ist, dass das Steuergeld schonend eingesetzt wird. Und ich hoffe, dass mit dem heutigen Beschluss hier eine positive Entwicklung im Wirtschafts- und Tourismusbereich nichts entgegen wirkt und dass das sichergestellt ist.

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Krismer-Huber.

Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Zusammenführung der beiden Fonds ist vermutlich aus zwei Gründen passiert. Zum einen, ist, glaube ich, eine Konzentration fast notwendig gewesen weil es so Parallelstrukturen sind und die Verflechtung zunimmt. Was meine ich damit? Wenn man von Tourismus spricht, kommt man gleich einmal hinüber in diese Ecke der Wellness. Dann ist es nur ein kleiner Schritt, das mit Gesundheitspaketen zu befüllen. Dann ist man in diesem Wellbeing-Bereich. Von dort hin ist es wieder eine Stufe in Richtung Gesundheit. Und letztendlich gibt's dann so was wie einen Gesundheitstourismus auch. Und daher, wenn ich da an die großen Projekte wie Med Austron denke, wenn ich da durchaus auch an so Bereiche denke wie das Moorbad Harbach oder in Baden das große Kurzentrum, dann ist das in der Tat Gesundheitstourismus.

Daher würde ich meinen, ist es sehr vernünftig, hier nicht Parallelstrukturen zu haben, sondern die Förderungen weitestgehend aus einer Hand zu organisieren. Zum Zweiten liegt es nahe, dass mit der neuen Förderperiode, mit der neuen Periode 2007 bis 2013 es notwendig ist, dass Niederösterreich geschickt die Fördermittel in Brüssel abholt und somit die Mittel in Niederösterreich für die Schaffung von Arbeitsplätzen zur Verfügung steht. Es ist ja die Frau Abgeordnete und jetzt dann Vorsitzende des Kuratoriums mit hohen Beamten, mit dem Landesrat, schon mit einer „Road-Show“ durch das Land gezogen und hat ja Unternehmerinnen und Unternehmern schon einigen Einblick geben können was auch die Änderungen in dieser neuen Periode sind.

Wenn man sich anschaut, für wen jetzt diese Förderungen sind, es ist ja auch auf der Homepage zu lesen, es ist in den Broschüren zu lesen, dann orientiert man sich an den gängigen Definitionen, den europäischen Definitionen der kleinen und mittleren Unternehmen. Dann reden wir von Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeiterinnen. Das sind auch in unseren Breiten in Niederösterreich dann schon ziemlich große Betriebe, die jetzt die Möglichkeit oder auch vorher schon hatten, hier gefördert zu werden.

Es gibt dann nach wie vor noch die kleinen Aktionen Wirtshauskultur, Nahversorgung. Das heißt, diese kleineren Aktionen, wo man in der Fläche durchaus etwas bewirken kann und unterstützen. Aber wie schon mehrmals betont, vermisse ich als Grüne den Aspekt der Einpersonenernehmen, die ja mittlerweile mehr als 50 Prozent der Mitglieder der Wirtschaftskammer ausmachen. Da schlummert das kreative Potenzial der Zukunft und das muss Niederösterreich auf jeden Fall nützen.

Die Grünen werden diesem Antrag zustimmen. Erlauben Sie mir umso mehr deshalb doch ein wenig Kritik anzubringen. Im Zuge des Konzentrationsmechanismus hat der österreichische Städtebund Bedenken, aber auch der Gemeindevertreterverband der ÖVP, was die Begrifflichkeit im Gesetzestext, unter Anführungszeichen „sonstige Einrichtungen“ betrifft, da hier die Gemeinden per se nicht mehr legislativ vorkommen.

Ich habe es mir jetzt auf der Homepage noch einmal angesehen, weil wir auch im Ausschuss schon darüber debattierten, dass sehr wohl unter „sonstigen Einrichtungen“, so wird das auch in den Erläuterungen angeführt sein, die Gemeinden gemeint sind. Wenn ich mir aber die Homepage anschau, „Wirtschaftsförderung.at“. Dann gibt es dann doch Einschränkungen dass es eben Betriebe sein müssen. Soweit ich das richtig verstehe, werden das sozusagen VRV im Abschnitt 85 gehaltene Betriebe zumindest oder eben mit privatem Anteil. Bitte, vielleicht kann man das heute noch aufklären.

Also mir wäre es auch lieber gewesen wenn die Gemeinden als Körperschaft im Gesetz stünden. Zum Zweiten, was das Kuratorium betrifft finde ich, ist die Kritik der Arbeiterkammer auch berechtigt, dass die Zuständigkeitskompetenzen nicht ganz klar definiert wurden im Gesetz. Wo ich dann, was das Kuratorium betrifft, natürlich dazu kommen muss, auch im Hinblick, die öffentliche Debatte rund um den Abgeordneten Mag. Riedl, rund um diese Causa Mörwald war doch eine, und ich glaube, da können wir uns jetzt schon finden, die vielleicht dem ganzen Förderwesen nicht sehr gut

getan hat und letztendlich eine sehr komische intransparente Vorgehensweise war. Und wo irgendein Geld auf Eis gelegt wird, der das dann wieder nicht abholt, ein Antrag dort liegt.

Das sind Dinge, wo ich glaube, das hat zweierlei Ursachen. Das eine ist, dass wir in Niederösterreich keine großen Debatten eigentlich bräuchten über die Immunitätssache so wie wir es vor einigen Monaten noch hatten, sondern ich würde mir wünschen so was wie einen niederösterreichischen Kodex, wo es sehr wohl um so einfach moralisch-politische Unvereinbarkeiten geht.

Ich hoffe, dass jetzt mit der Vorsitzenden des Kuratoriums, Kollegin Hinterholzer vielleicht dort ein bisschen ein anderer Wind weht. Dass es einfach klar ist, dass Mitglieder im Kuratorium soweit das Verständnis entwickeln, nicht da indirekt zu Geldern zu kommen, nicht Freunde da zu bedienen, sondern dass das wirklich objektiv und transparent abgewickelt wird. Und dass auch das Kuratorium genau mit solchen Personen bestückt wird. Da kann ich nur an die zwei großen Parteien, an die zwei Regierungsparteien appellieren. Weil auch wenn im Gesetzestext wieder drinnen steht, dass ja das Kuratorium nach den Mitgliedern der Ausschüsse zu bestücken wäre haben wir in Niederösterreich seit 2003 die sonderbare Situation, dass die Geschäftsordnung nicht geändert wurde, die Grünen als Expertinnen in den Ausschüssen sitzen ohne Stimmrecht. Und ich finde, das ist demokratiepolitisch jetzt ein Jahr vor der Wahl noch immer eine mehr als unbefriedigende Situation. Und daher sind wir auch nicht in diesem Kuratorium dabei.

Ein letztes was die Richtlinien betrifft, die von der Landesregierung zu erlassen sind, so gibt's da allgemeine Richtlinien. Irgendwie komm ich nicht zu den Richtlinien, muss noch einmal die hohe Beamenschaft fragen. Es steht ja im Gesetzestext nur drinnen, dass diese Richtlinien nach sachlichen Kriterien zu beschließen sein mögen. Da frage ich mich auch, was sind sachliche Kriterien? Es werden keine unsachlichen Kriterien sein. Das heißt, da ist man auch nicht in die Tiefe gegangen. Und damit geben wir heute der Regierung nicht gerade einen großen Auftrag wie wir uns die Richtlinien vorstellen.

Ich hätte noch gern abschließend einen Appell, vielleicht auch ein Paradigmenwechsel, ein Wunsch mit einer neuen Vorsitzenden und im Zuge dieser Fusion der Fonds und damit dem großen Fonds, dass Umweltfragen und Chancengleichheiten nicht bei Bedarf nachzureichen sind bei Anträgen, sondern integraler Bestandteil sein sollten in der Förderkulisse des Wirtschafts- und Tourismusfonds in

Niederösterreich. Weil ich glaube, nur so kommen wir ökologisch und gesellschaftlich ... können wir Niederösterreich auch hier in Zukunft auf eine richtige Schiene bringen. Danke! (*Beifall bei den Grünen.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Gratzner.

Abg. Ing. Gratzner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren!

Über die neuen Richtlinien für das NÖ Wirtschafts- und Tourismusfondsgesetz wurde in der Kuratoriumssitzung des Fonds am 5. Dezember 2006 erstmals in diesem Gremium beraten. Von der zuständigen Abteilung wurden die Unterlagen sehr übersichtlich aufbereitet und in sechs Schwerpunkte unterteilt.

Erstens: Anhang zu den speziellen Richtlinien, Förderung von Investitionen mit den Schwerpunktaktionen und den befristeten Förderaktionen.

Zweitens: Die De Minimis-Richtlinien.

Drittens: Spezielle Richtlinienforschung, Entwicklung, Innovation.

Viertens: Spezielle Richtlinien Internationalisierung.

Fünftens: Spezielle Richtlinien Kooperationen und schlussendlich

Sechstens: Spezielle Richtlinien Qualifizierung.

In der eingangs erwähnten Kuratoriumssitzung wurden von unserer Seite, im Speziellen vom Vertreter der NÖ Arbeiterkammer, Herrn Dr. Josef Leitner, einige Ergänzungsvorschläge eingebracht, die sich nunmehr im nun vorliegenden Gesetzesentwurf im Wesentlichen wiederfinden.

Ich möchte daher in der Folge auf einige Punkte etwas näher eingehen. Zunächst zu den allgemeinen Richtlinien. Es wird von uns ausdrücklich begrüßt, dass der Fonds Antragsteller, die innerhalb der letzten drei Jahre vor Antragstellung im Rahmen eines gerichtlichen, zum Beispiel einer arbeitsgerichtlichen Verurteilung, oder einem Verwaltungsstrafverfahren, Finanzstrafverfahren, mehrfach rechtskräftig verurteilt worden sind, von Förderungen ausschließen kann. Das selbe gilt auch für Antragsteller bei denen ein derartiges Verfahren anhängig ist bis zum Abschluss des gerichtlichen Verfahrens oder des Verwaltungsstraf-

verfahrens. Das Umsetzungsrisiko liegt allerdings in der Kann-Bestimmung und im Interpretationsspielraum für das Wort „mehrfach“.

Bei den speziellen Richtlinien haben wir bereits im Kuratorium darüber diskutiert, wie weit gebrauchtes, noch sinnvoll einsetzbares Anlagevermögen mit einem bestimmten Verkehrswert als Erstinvestition verstanden werden könnte. In der Auflistung „nicht förderbare Kosten“ scheint mir die Bezeichnung „gebrauchte Wirtschaftsgüter“ ohne Rücksichtnahme auf deren Zustand oder deren Wert einfach zu hart und daher nicht sehr wirtschaftsfreundlich. Nach Rückfrage in der Abteilung dürfte es sich hierbei um eine EU-Vorgabe handeln, die Ausnahmen bei Kleininvestitionen nicht mehr zulässt. Schade!

In den speziellen Richtlinien für Internationalisierung war im Dezember in den Richtlinien nur die Erschließung eines kleinen Teiles des EU-Marktes, nämlich Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen vorgesehen. Wir haben damals im Kuratorium einen Änderungsvorschlag auf Ausweitung der strategischen Markterschließung auf den gesamten EU-Raum eingebracht. Dieser Vorschlag findet sich nun in der vorliegenden Letztfassung des Gesetzestextes wieder. Und zwar in der Form, dass auch die EU-Beitrittskandidatenländer in diese Liste aufgenommen werden.

Bei den speziellen Richtlinien für Qualifizierungsmaßnahmen möchte ich anmerken, dass es sich besonders in der Zielformulierung, nämlich die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Unternehmerinnen, Mitarbeiterinnen des Managementteams sowie von Facharbeiterinnen um eine lang geforderte Ergänzung bestehender nationaler und EU-Qualifizierungsmaßnahmen handelt und dass es wichtig ist, dass dies in dieser Form auch festgehalten und formuliert wird.

Die De Minimis-Richtlinien stellen im Rahmen der niederösterreichischen Sicherheitsaktion eine neue, ebenfalls schon eingeforderte wichtige Maßnahme dar um die mittelfristige Existenzsicherung von Unternehmen mit schwieriger und existenzgefährdeter Finanzstruktur zu unterstützen. Und es wird diese Richtlinie künftig einen wesentlichen Beitrag im kleinbetrieblichen Bereich zur Sicherung von Arbeitsplätzen leisten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hoher Landtag! Die neuen Richtlinien von 2007 bis 2013 für den NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds sind ein sehr umfassendes und dennoch gut gegliedertes und übersichtliches Konvolut und dienen als Vorgabe und als Instrument für die Förderpolitik der

kommenden Jahre. An Vorgaben muss man sich halten. Wie man ein Instrument spielt ist eine zweite Sache.

Die Maastricht-Vorgaben haben sich für den Fonds insofern verschlechtert, als dieser jedes Jahr ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaften muss. Das heißt, es dürfen nur so viele Zuschüsse ausbezahlt werden als der Fonds an Zuschüssen vom Land erhält. Bis 2006 durfte der Fonds einen Maastricht-Abgang von rund 4,3 Millionen Euro machen, weil das Vergleichsjahr das Jahr 2000 war. Dieser Vergleich fällt in Zukunft weg. Das heißt, der Fonds wird mit Beginn dieser Förderperiode um 4,3 Millionen Euro weniger an Zuschüssen auszahlen dürfen.

Dies bedeutet, dass das Fördersystem, speziell im Tourismus, zusehends mehr und mehr auf Darlehen umgestellt wird. In der Wirtschaftsförderung war dies in der Vergangenheit ohnehin schon schwerpunktmäßig der Fall. Es muss nicht alles negativ sein was neu ist. Die Förderung über ein Darlehen durch den Fonds kann für Förderungswerber mit geringem Eigenkapital nach den Basel II-Bestimmungen durchaus Vorteile bringen.

Maximal die Hälfte des zugesagten Darlehens kann bereits nach Förderzusage an den Förderungswerber akontiert werden, das heißt, mit diesem Geld kann bereits gearbeitet werden und es gibt vor allem sehr niedrige Zinssätze. Je nach Fördergebiet sogar 0 Prozent. Relativ lange tilgungsfreie Zeiträume und lange Laufzeiten für diese Darlehen, nämlich 6, 10 und 15 Jahre.

Unbenommen bleibt jedoch die Tatsache, dass Förderwerberinnen und Förderwerber sicher lieber einen Zuschuss hätten den sie nicht zurückzahlen brauchen, als ein noch so billiges Darlehen. Man wird also die Entwicklung in den nächsten Jahren genau beobachten müssen um den Erfolg oder Nicht-Erfolg, ich hoffe aber den Erfolg dieser neuen Richtlinien messen zu können.

Abschließend möchte ich festhalten, dass es mich freut, dass einige Vorschläge aus den Reihen der sozialdemokratischen Mitglieder des Kuratoriums im Wirtschafts- und Tourismusfonds in diesem Gesetzeswerk Berücksichtigung gefunden haben und dass ich nicht müde werde, in diesem Gremium mehr Transparenz bei der Behandlung von Förderanträgen einzufordern. Selbstverständlich unter strengster Einhaltung der gelobten Amtsverschwiegenheit. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Hinterholzer.

Abg. Hinterholzer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Nach der Zusammenführung der beiden Fonds wird heute mit dieser Änderung des Wirtschafts- und Tourismusfondsgesetzes quasi ein Schlussstein gesetzt. Die eigene Rechtspersönlichkeit ist gegründet, die Geschäftsordnung ist zusammengeführt, das Kuratorium hat sich konstituiert. Hat auch schon sehr intensiv diskutiert. Und nachdem jetzt auch die EU-Förderkulisse bewilligt wurde, ist, glaube ich, jetzt der richtige Zeitpunkt um ganz einfach mit einer Änderung des Gesetzes das Gesetz ganz einfach übersichtlicher zu gestalten. Dann die Förderarten und die Finanzierungsarten zu ergänzen. Aber auch durch die Beteiligungen zusätzlich noch zu ergänzen. Das war ja bisher noch nicht im Gesetz angeführt. Und gleichzeitig auch die Zielgruppe noch einmal zu definieren.

Herr Kollege Gratzler hat schon gesagt, in der letzten Sitzung hat das Kuratorium sehr intensiv, sehr eingehend die Richtlinien, die ja sehr, sehr wichtig sind dann auch für die Ausschüttung, diskutiert. Und ich glaube, gemeinsam – und dazu stehe ich auch – es hat sich ausgezahlt diese Diskussion. Wir haben eine sehr gute, eine sehr praxisgerechte Lösung gefunden. Wobei ich gleichzeitig sagen muss, dass wir uns natürlich vieles wünschen können, vieles vielleicht besser wäre. Wir jedoch an EU-Vorgaben und Kriterien gebunden sind.

Wenn ich schon erwähnt habe, dass die Fördergebietskulisse jetzt von der EU endgültig genehmigt wurde für die Förderperiode 2007 bis 2013, dann lassen Sie mich aber auch hier festhalten, dass wir wirklich sagen können, unsere Verantwortlichen haben gut verhandelt. Es war ja nicht ganz einfach, und unsere Vorgabe war ja, dass das Fördergefälle an den Grenzen zu unseren neuen EU-Mitgliedsländern so gering als möglich ausfallen sollte. Dass es hier zu wirklich keinen unterschiedlichen Behandlungen kommen soll.

Denn die Fördergebietskulisse, und das muss uns ganz einfach klar sein, ist für das Höchstausmaß der Förderungen von wirklich wichtiger Bedeutung. Die Gesamtförderungen müssen sich an dieser Kulisse orientieren.

Insgesamt kann man sagen, die Regionalfördergebiete sind nur geringfügig und in vertretbarem Ausmaß reduziert worden. Wobei das aber kein

Wunschkonzert ist welche Gemeinde da dabei ist und welche Gemeinde da nicht dabei ist, sondern das orientiert sich ganz einfach am Bruttoregionalprodukt pro Einwohner. Und damit ergeben sich ganz zwangsläufig eben diese Darstellungen.

Was aber sehr erfreulich ist, die Frau Kollegin Dr. Krismer hat es schon gesagt, in der EU-Vorgabe werden Betriebe bis zu 250 Mitarbeiter als KMU ausgewiesen. Da kommt es bei diesen Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern im ganzen Landesgebiet innerhalb der Regionalfördergebiete, aber auch außerhalb der Regionalfördergebiete, zu einer wesentlichen Verbesserung.

Und wenn wir uns vor Augen führen, dass 95 Prozent aller Betriebe in Niederösterreich weniger als 50 Mitarbeiter haben, also nur 5 Prozent mehr als 50 Mitarbeiter beschäftigen, dann glaube ich, überwiegen ganz einfach die Vorteile die durch diese neue Fördergebietskarte hier gegeben sind.

In den Richtlinien, so hat auch der Kollege Gratzler schon ausgeführt, sind die Schwerpunkte festgelegt. Denn es soll ja zu keiner Gießkannenförderung kommen. Sondern es wird eben mit diesen Schwerpunkten die Zielrichtung vorgegeben. Zunächst die Unternehmensgründung. Ich glaube, wichtig und richtig hier besonders zu fördern: 6.000 Gründer jährlich in Niederösterreich. Eine großartige Zahl, die wir weiter noch stärken wollen. Aber natürlich ist es die Förderung der Investition, die einem jungen Unternehmer hilft, aber genauso ist es die Beratungsunterstützung. Und um diese werden sich die regionalen Innovationszentren in Zukunft besonders annehmen und eben für junge Unternehmer, die sich dafür interessieren, auch sogenannte Businesspläne mit erstellen.

Ebenso wichtig wie die neuen Unternehmen sind die Betriebsübernahmen. Da stehen in den nächsten 10 Jahren in Niederösterreich nicht weniger als 8.000 Betriebe zur Übergabe an. Das betrifft 80.000 Mitarbeiter im Land. Daher auch in diesem Bereich ein Schwerpunkt verstärkter Förderung für Betriebe, die eben übergeben werden wenn hier Investitionen anstehen.

Aber ich glaube, die breite Masse nehmen ganz einfach die Förderungen für Unternehmensentwicklung, Erweiterung und Strukturverbesserung ein. Das ist ganz einfach die Mehrzahl der Förderfälle, die eben dann auch entsprechend bedient werden. Aber ich glaube, das macht Sinn und ist richtig. Denn nur wirklich moderne Betriebe sind wettbewerbsfähig. Und mit dieser Förderung, mit dieser Unterstützung wird auch quasi der Mut zum

Risiko vom Land auch mit unterstützt, sodass eben ständig auch hier Investitionen getätigt werden.

Forschung und Entwicklung, keine Frage, sehr wichtig. Ist ein Bereich, der besonders hohe Wertschöpfung verspricht und daher ganz besonders im Fokus der Wirtschaftsförderung steht. Internationalisierung, keine Frage. Wir müssen uns ganz einfach vor Augen halten, es ist der Export der maßgeblich zum Wirtschaftswachstum in diesem Land beiträgt. Daher macht es Sinn, wenn auch kleine und mittlere Unternehmen neue Märkte erschließen und internationale Projekte entwickeln.

Kooperation als Antwort der KMUs auf die Globalisierung, wo es ganz einfach Sinn macht, dass man dann verstärkt fördert wenn sich mehrere Unternehmen zusammen schließen und hier gemeinsame Investitionen tätigen. Dass die Nahversorgung als Aktion natürlich sehr wichtig ist im Land, um eben die Lebensqualität auch in den kleinen Orten, in den kleinen Gemeinden abzusichern, macht, glaube ich, auch weiterhin Sinn. Es ist die einzige Aktion, wo nicht nur Investitionen, sondern auch Betriebsmittelkredite gefördert werden.

Unterstützt wird, so wie bisher, durch Darlehenszinszuschüsse und Zinszuschüsse. Es ist notwendig, auf Grund der Maastricht-Kriterien, dass zusehends mehr von Zuschüssen umgestellt wird auf Darlehen. Das ist zwingend notwendig. Aber Herr Kollege Gratzler, die werden von den Unternehmen genauso gerne angenommen. Denn ich glaube, es macht schon einen Unterschied ob ich ein Darlehen habe beim Land Niederösterreich oder ob ich ein Darlehen von einer Bank habe. Es gibt dann meistens auch, sage ich, ... die Zinsen sind auch eher kalkulierbar wie wenn ich irgendwo einen privaten Kredit aufnehme.

Aber immer wichtiger werden für die Betriebe, und das ist jetzt auch ins Gesetz aufgenommen worden, Haftungen und Beteiligungen, durch die NÖBEG mit einer Rückhaftung durch das Land und durch den Fonds. In Zeiten von Basel 2, wo die Unternehmen wirklich oft Probleme haben mit der Eigenkapitaldarstellung ist es eine Form der Unternehmenshilfe, die immer wichtiger wird, weil eben diese Einlagen, vor allem mit den stillen Beteiligungen, auch als Eigenkapital dargestellt werden und damit auch bilanztechnisch einiges weiter helfen. Es gibt eine Änderung, die maßgeblich ist für die Unternehmen, die Sie auch wissen sollten. In der neuen Förderperiode wird verlangt, dass vor Beginn der Investition, dass vor Beginn der Baulichkeit oder vor Kaufabschluss eines Objektes ein vollständiger Antrag bei der Förderstelle eingelangt

sein. Es genügt nicht, so wie in der Vergangenheit, ein Frist wahrendes Fax, sondern das Unternehmen darf erst dann mit der Baulichkeit, mit dem Kaufabschluss tätig werden, wenn eine schriftliche Bestätigung über die grundsätzliche Förderbarkeit vor Beginn da ist.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Gabmann hat daher eine Förderroadshow durch Niederösterreich durchgeführt. Es hat insgesamt acht Veranstaltungen gegeben, wo sich rund 2.400 Unternehmerinnen und Unternehmer informiert haben. So vielschichtig wie die Wirtschaft selbst ist, so vielschichtig und unterschiedlich sind auch die Förderungsarten. Und es ist nicht nur oft die monetäre Förderung, sondern auch die Beratungsleistung, die Unternehmer gerne in Anspruch nehmen wenn sie Investitionen, wenn sie Umstrukturierungen in ihren Betrieben vorhaben.

Es haben an diesen Förderroadshows neben dem Wirtschafts- und Tourismusfonds die ECO PLUS mit dem Angebot der Cluster und mit den Hilfestellungen für die Betriebsansiedlung teilgenommen. Ebenso die TECNET-Company, die eben Risikokapital für besonders technologisch innovative Projekte zur Verfügung stellt. Die NÖBEG als Finanzierungsgesellschaft, für Haftungen und Beteiligungen, aber ebenso die regionalen Innovationszentren mit ihrer Gründerberatung und auch die Niederösterreich Werbung für die Tourismusbewerbung.

Insgesamt, meine Damen und Herren, war bei diesen Veranstaltungen ganz einfach die gute Stimmung bei den Unternehmen zu spüren. Es hat unzählige Anfragen und Einzelberatungen gegeben. Und wenn man sich vorstellt, dass jetzt schon die Abteilung jährlich 2.400 Anträge zu bearbeiten hat, dann muss man eigentlich großen Respekt haben und ein großes Dankeschön an die Abteilung sagen, wie das gehändelt wird und wie das abgewickelt wird. Denn es herrscht auch eine große Zufriedenheit mit der Wirtschaftsförderung in der Wirtschaft allgemein.

Wenn wir wissen, dass das Wirtschaftswachstum in Niederösterreich 2006 3,8 Prozent prognostiziert wurde und damit 1 Prozent über dem Bundesschnitt liegt und wir gleichzeitig den Höchststand an unselbständig Erwerbstätigen mit 560.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verzeichnen können, dann, glaube ich, können wir sagen, die Wirtschaft ist in Niederösterreich gut unterwegs und die Prognosen können uns durchaus zuversichtlich stimmen.

Ich glaube, dass nunmehr das Land Niederösterreich über sehr moderne, über sehr umfassende Möglichkeiten zu individuellen Wirtschaftsförderungen verfügt. Und Zielsetzung ist ganz einfach, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, Optimale, regionale Wertschöpfungszuwächse zu erreichen und damit die Arbeitsplätze für die Zukunft abzusichern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 780/W-8/1:)* Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen wurde.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt beabsichtige ich, die Geschäftsstücke Ltg. 789/B-1, Ltg. 779/B-5/2, Ltg. 729/B-4/5 und Ltg. 744/B-5/4 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Cerwenka, zu allen vier Geschäftsstücken zu berichten.

Berichterstatter Abg. Cerwenka (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zum Sammel-Antrag des Rechnungshof-Ausschusses über die Berichte des NÖ Landesrechnungshofes betreffend NÖ Grenzlandförderungsgesellschaft mbH; Außenstelle des NÖ Landesmuseums; Warth, Landwirtschaftliche Fachschule; IT-Ausstattung in der Baudirektion und den Gebietsbauämtern I-V, Nachkontrolle.

Nachdem den Abgeordneten die Geschäftsstücke bekannt sind, stelle ich den Antrag *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Berichte des NÖ Landesrechnungshofes werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, dass den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Rechnungshof-Ausschusses entsprochen wird.“

Ich berichte zum Antrag des Rechnungshof-Ausschusses über den Bericht des Rechnungshofes gemäß Artikel 1 § 8 Bezügebegrenzungs-gesetz, BGBl. 1 Nr. 64/1997 für die Jahre 2004 und 2005. Das Geschäftsstück ist wiederum bekannt, daher gleich die Fortsetzung des Antrages (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes gemäß Art. 1 § 8 Bezügebegrenzungs-gesetz, BGBl. 1 Nr. 64/1997 für die Jahre 2004 und 2005 wird zur Kenntnis genommen.“

Das nächste Geschäftsstück, hier stelle ich gleich den Antrag des Rechnungshof-Ausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung der Stadt Krems: Finanzielle Lage, Personal, Verwaltungsreform, Förderungswesen und Liegenschaftsverwaltung (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung der Stadt Krems: Finanzielle Lage, Personal, Verwaltungsreform, Förderungswesen und Liegenschaftsverwaltung wird zur Kenntnis genommen.“

(Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Und als letztes Geschäftsstück darf ich den Antrag des Rechnungshof-Ausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes über Abfallwirtschaftskonzept im Land Niederösterreich; Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft, VERBUND-Austrian Power Trading AG; Landarbeitereigenheimförderung berichten (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes über Abfallwirtschaftskonzept im Land Niederösterreich; Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft, VERBUND-Austrian Power Trading AG; Landarbeitereigenheimförderung wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte um Einleitung der Debatte und Abstimmung.

Präsident Mag. Freibauer: Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Kollegen des Landtages!

Ich möchte in meinen Ausführungen im Detail auf drei Berichte eingehen. Ich beginne mit den Außenstellen des NÖ Landesmuseums. Hier ist Kritik angebracht, wurde Kritik angebracht seitens des Rechnungshof-Ausschusses. Es gibt kein einheitliches Konzept für eine zukunftsorientierte Struktur der Außenstellen. Es gibt starke Kritik bei der Auflösung des Jagd- und Afrika-Museums. Hier gibt es gravierende Unzulänglichkeiten. Es gibt Mängel bei Leistungsvergaben, bei den Versicherungsverträgen, bei Vertragsgestaltungen, bei der Aktenführung, beim Controlling sowie in der Werbung.

Ich möchte im Detail hier nicht näher darauf eingehen. Vielleicht werden ein paar Redner nach mir im Detail noch auf einiges hinweisen. Aber mir ist wichtig, dass einiges andere in meiner Redezeit hier noch aufgezeigt wird und komme daher jetzt schon zur landwirtschaftlichen Fachschule Warth.

Das liest sich so wie so eine kleine Geschichte vom Land draußen, wo halt alles noch möglich ist, wo so gearbeitet ist wie schon jeher. Eine Kontrolle gibt's nicht und wir sind wir und wir machen wie wir es immer gemacht haben. Und wenn irgendwer etwas kritisieren würde oder sagt, dann interessiert es uns gar nicht. Weil wir können ja das so tun. Ich sage jetzt bewusst, ist eine landwirtschaftliche Schule, hat nichts mit der Bauernbundmentalität zu tun, die ja grundsätzlich die gleiche ist, wir sind wir und wir tun was wir wollen und alles andere ist uns egal. Ich sage bewusst, das hat nichts damit zu tun, aber es erinnert ein bisschen schon an diese Art der Vorgangsweise.

Dass hier alleine beim Pachtvertrag mit Grundstücksnachbarn wie mit der Gärtnerei hier gepackelt wurde, sage ich bewusst, bis zu dem Umstand im Detail, dass die Baubehörde in dieser Gemeinde ja mehr als versagt hat, muss man unterstellen. Es sei denn, auch die Baubehörde hat hier bewusst mit dem Gärtnereibetrieb gepackelt. Oder wo immer hier Vorteile für einen Privaten ersichtlich waren, für die Schule und für das Land Niederösterreich waren es nur Nachteile. Und das kann man im Detail durchlesen. Liest sich wie ein kleiner Krimi, wie ein kleiner Wirtschaftskrimi. Was alles möglich ist wenn man glaubt, man ist allein auf der Welt und man kann so arbeiten wie man möchte. Es geht dabei natürlich auch darum, aufzuzeigen die Frage des Pachtvertrages, ob hier die Gärtnerei bevorzugt wurde oder nicht. Naja, mit 87,21 Euro für eine Pachtfläche wo es sich nicht um Grünland handelt,

sondern um einen Gärtnereibetrieb, also eigentlich na ja könnte man schon darüber nachdenken, ob hier nicht ein bisschen mehr angerechnet werden könnte und das ohne eine Einwilligung eines zuständigen Regierungsmitgliedes. Naja!

Dass bei der Bauführung die benachbarte Gärtnerei gebaut hat und gearbeitet hat so nach dem Motto ich tue so wie es für mich am Besten ist weil ich weiß, dass mein Grundnachbar, die landwirtschaftliche Schule, sowieso nichts dagegen hat, die sowieso überall Ja sagen, und die Baubehörde mich auch unterstützt, das kann mir in den Punkten 5.3.1 bis zu 5.3.4, bis zur Baubewilligung des Reisig-Hauses nachlesen.

Gehe gar nicht auf viel zu viele Einzelheiten ein. Aber möchte nur, wenn ich schon die Bauverhandlung des ersten Bauvorhabens angesprochen habe, dann auf das des zweiten eingehen, auf das Reisig-Haus.

Dass hier eine Glasbaufirma auf fremden Grund dann hier ein Haus errichtet und dieser fremde Grund ist Eigentum des Landes, dass im Nachhinein dann gleich eine Wandöffnung zur Rückwand des Hauptglashauses gesetzt wird, dass weder aktenkonform noch plankonform gebaut wird, dass eine Baubewilligung erteilt wurde, dass letztendlich eine Fertigstellungsanzeige erteilt wurde, obwohl die Kenntnisnahme dieser Bestätigung aus der die resultiert, völlig ungerechtfertigt war, dass das nicht in Ordnung war, es lässt schon irgendwo ein bisschen ahnen, dass hier weder Pläne noch Teilungspläne, noch Bauordnung, noch Raumordnung berücksichtigt wurden. Und stellt schon die Frage, ja wie ist da das Verhältnis der Baubehörde wirklich zu der Gärtnerei?

Es zeigt natürlich auch der Landesrechnungshof auf dass hier die Bauführung, in dem Fall die Gemeinde als Baubehörde versagt hat. Nur, Baubehörde, Gemeinde, wer ist die Baubehörde in der Gemeinde? Na, ist schon der Bürgermeister. Und das erinnert mich so an diese vielen Fälle die mir immer wieder unterkommen, wo sich Bürger bei mir beschweren und sagen, das kann's doch nicht sein. Die Baubehörde, dort ist es möglich, bei mir ist es nicht möglich. Und ich bin mir sicher, auch in dieser Gemeinde würde ich auf Anhieb, wenn ich mir die Zeit nehmen würde, 20, 30 Bürger finden wo die Baubehörde sehr wohl ganz korrekt vorgegangen ist oder überkorrekt. Wo sie bewusst den Bürger schikaniert hat, weil er vielleicht nicht ins Bild gepasst hat. Könnte ich mir vorstellen. Aber hier wird mit anderem Maß gemessen.

Und diese Bürgermeister gibt es leider. Sie stammen leider viel zu oft aus Seiten der ÖVP-Riege, weil sie nach dem Motto „ich tu wie ich will und mir ist alles wurscht“ gearbeitet haben und auch hier arbeiten.

Und darum möchte ich natürlich jetzt schon herausarbeiten, und darum sage ich das so bewusst: Baubehörde Bürgermeister! Natürlich deckt sich vieles mit den Bausachverständigen, aber nicht alles. Weil letztendlich der Bausachverständige entscheidet nicht! Die Baubehörde! Der Bürgermeister entscheidet!

Und wenn der Bürgermeister so überfordert wäre, dann muss er die Kompetenz abgeben. Aber das schaut danach aus, dass hier bewusst ein benachbarter Gärtnereibetrieb, ... gegen den ich persönlich überhaupt nichts habe. Ich kenne den weder noch sonst irgendwas. Und würde mir sogar denken, ja, der hat halt das geschickt gemacht. Und wenn die Schule und der Bürgermeister so in einem Dreierspiel, da kann schon vieles passieren zugunsten eines Einzelnen. Ich nehme nicht an, dass die Schule einen Vorteil davon gehabt hat. Ich unterstelle nicht, dass der Bürgermeister einen Vorteil gehabt hat. Aber es gibt einen, der einen Vorteil gehabt hat, das ist dieser Gärtnereibetrieb! Und da muss man dann schon sagen, dann sind diese Stellungnahmen, die da die Landesregierung dann hier erfährt, na ja, das ist mir ein bisschen zu wenig.

Zeigt für mich auf, dass, wenn es nicht bewusst gemacht worden ist, dass die Kritik, die immer wieder kommt, dass Bürgermeister sehr wohl überfordert sind oder dass Bürgermeister ihr persönliches Spiel mit verschiedenen Personen zugunsten eines Dritten spielen.

Den Schaden trägt das Land Niederösterreich. Den Schaden trägt letztendlich auch die Schule. Und selbstverständlich muss man jetzt versuchen, eine Lösung zu finden, die nicht zu Lasten des Landes geht. Aber sollte natürlich auch nicht jetzt zu stark zu Lasten des Gärtnereibetriebes gehen, weil ich dem natürlich nicht unterstelle dass er sich hier irgendwo wirkliche finanzielle Vorteile verschafft hat. Er wurde nur gegenüber anderen Bürgern viel besser behandelt, weil das Gesetz bei ihm nicht angewendet wurde, das bei vielen anderen Bürgern sehr wohl angewendet wird.

Ich komme von diesem kleinen Wirtschaftskrimi zu einem großen Wirtschaftskrimi, zur finanziellen Lage der Statutarstadt Krems. Und zu dem

wie diese Stadtgemeinde und die Führung dieser Stadtgemeinde versucht, dieses Chaos zu bewältigen. Das ist wirklich ein Wirtschaftskrimi! Und jeder, der sich die Zeit genommen hat und hat das durchgelesen, der wird mir Recht geben.

Und ich nehme an, nachdem ich die Kollegin Rinke wirklich äußerst schätze, dass auch sie heute viele Verfehlungen zugeben wird. Teilweise war sie ja selbst tätig in dieser Gemeinde und wird vieles davon mitgetragen haben. Und ich nehme an, dass sie so korrekt ist, obwohl sie natürlich eine Verteidigungsrede für diese Stadtgemeinde hier halten wird, wird sie so korrekt und fair sein, dass sie aufzeigen wird, dass der eingeschlagene Weg dieser Gemeinde auch nicht zum Ziel führt. Denn die wirtschaftliche Lage ist so katastrophal, dass hier ein Umdenken erforderlich ist.

Daher möchte ich gar nicht über den Schuldenstand selbst, auf die Höhe nur einmal im Detail eingehen. Nur so ein bisschen einen kleinen Schritt, ein bisschen einen Schnitt durchmachen durch den gesamten Bericht und ein paar Sachen hervorheben. Dass im Bereich der Abwasserbeseitigung, der Abfallwirtschaft und des Wasserwerkes ständig Abschöpfungen vorgenommen wurden, haben wir sogar da herinnen schon einmal behandelt, ist noch gar nicht so lange her, habe auch ich vom Rednerpult aus kritisiert, weil eben der Bürger von Krems zur Kasse gebeten wird. Aber nicht zur Kasse gebeten wird und daher dann die Gemeinde entschuldet ist. Der Bürger wurde zur Kasse gebeten, der Bürger musste zahlen und blechen. Es wurden Raubrittermethoden angewandt und die Gemeinde ist trotzdem finanziell am Ende.

Und wenn man von dieser äußerst gespannten finanziellen Lage ein bisschen absieht, kann man großzügige außerordentliche Vorrückungen im Gehaltssystem feststellen. Na, zeigt auch ein System auf. Gemeinde ist pleite, sie kann nicht mehr, aber man gewährt doch immer wieder zu überhöhte finanzielle Vorrückungen und Besserstellungen von Bediensteten.

Und dass der Bürgermeister pro Jahr zirka 98 Fälle ohne den erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen alleine bestimmt, na das gibt's nicht einmal in der kleinsten Gemeinde wo wie früher halt üblich war, der Bürgermeister alles alleine entscheidet. Der wird sich das nicht trauen. In Krems, in einer Statuarstadt, die einen guten Ruf über die niederösterreichische Landesgrenze hinweg hat, entscheidet ein Bürgermeister in 98 Fällen alleine.

Ja, es kann nicht sein, dass so viel sitzungsfreie Zeit ist. Es kann nicht sein, dass in dem Fall

die Gemeinderäte, die Stadträte nicht verfügbar waren. Die kann man einladen. Was ist der Grund, dass der Bürgermeister dort allein entscheidet? Und diese Entscheidungen alleine, stellt sich dann heraus, sind nicht zu Gunsten der Gemeinde, sondern zu Lasten der Gemeinde! Also in dem Fall muss man wirklich sagen, wenn der Bürgermeister nicht arbeitet, ist es gescheitert, dann entsteht der Gemeinde weniger Schaden. Am Besten wäre, man beurlaubt ihn fürs ganze Jahr. Hurra! Die Kremser leben auf.

Und, die Verwaltung der der Förderungsmittel wird als wenig effizient eingestuft. Es gibt keine Richtlinien betreffend der inhaltlichen Vergabe von Förderungsverträgen. In einer Zeit wie jetzt wissen sie in Krems noch immer nicht dass das notwendig ist? Da muss der Bundesrechnungshof kommen! Also das wundert mich schon stark.

Dass man sich nicht an die vorgesehene Genehmigungspflicht durch die Aufsichtsbehörde hält, na ja, das wissen wir. Dass bei der Veräußerung von Liegenschaften es zu Ungereimtheiten gekommen ist, dass man hier versucht hat, Schulden auszulagern über eine Tochtergesellschaft, die sich aber dann nicht errechnet hat und letztendlich außer der Gründung und der anfallenden Kosten nichts passiert ist.

Und letztendlich, dass die finanzielle Situation der Stadt als extrem belastet beurteilt wird. Keine nachhaltig verfolgte Einsparungsmaßnahme. Und dass zur Bedeckung des Gesamthaushaltes rechtswidrig Darlehen aufgenommen wurden, das ist nicht unbedingt etwas was erfreulich erscheint.

Dass sich der Schuldenstand von 76,47 Millionen Euro im Jahr 2000 um rund 20 Prozent auf 91,48 Millionen gesteigert hat, ist nicht wirklich etwas auf das die Stadtväter stolz sein können. Und schon gar nicht darauf, wenn ich eingangs erwähnt habe, welch guten Ruf diese Stadt Krems als Schulstadt und auch im kulturellen Bereich hat. Aber schon gar nicht stolz darauf sein kann: Von acht österreichischen Städten mit 20.000 bis 25.000 Einwohnern wies die Stadt Krems die weitest aus höchste Pro-Kopf-Verschuldung mit rund 3.900 Euro auf.

Also wenn ich das jetzt nur so kurz mir anhöre und so ein bisschen zurückdenke wie die ÖVP in diesem Hause kritisiert hat als es um Wr. Neustadt ging. Wie die ÖVP so getan hat als ob nur die SPÖ nicht wirtschaften könnte und bei der ÖVP ist alles in Ordnung, na dann muss ich mich schon fragen. Für mich zeigt es eindeutig, dass ja die ÖVP um keinen Deut besser ist – im Gegenteil! Da gibt's

schwarz auf weiß einen Rechnungshofbericht, der aufzeigt, wie dilettantisch gewirtschaftet wird, wie verfroren argumentiert und gearbeitet wird indem der Bürgermeister alleine entscheidet, der Bürger zur Kasse gebeten wird über Abgaben wo sich letztendlich wieder nichts ändert.

Und dann man nach Auswegen dieser Finanzsituation, dieses Desasters sucht und dann halt auf diese großartigen Ideen kommt, hier mit Kreditentstellung und eine Besicherung mit Versicherungen vorzunehmen, wo als Begünstigte der Bürgermeister und Bedienstete eingesetzt werden. Dann frage ich mich schon, ob das Wort „Wirtschaftskrimi“ dann nicht schon annähernd hinkommt. Weil wenn ich Bürgermeister wäre, ich würde mich dagegen verwehren dass ich mich als Begünstigter einsetzen würde. Auch wenn er vielleicht zum größten Teil an dieser Finanzsituation schuld ist.

Aber allein dieses Licht das hier auf diese Art der Finanzierung fällt ist eine Katastrophe. Und wenn man Kredite verlängert, endfertigstellt, die Kosten bei dieser Maßnahme muss der Bürger tragen. Letztendlich über Zinsen und auch über die Art und Weise der Rückzahlung. Und die Art und Weise dieser Finanzierung der Lebensversicherung war ja auch wieder nicht in Ordnung, weil zum Zeitpunkt des Abschlusses der Lebensversicherung laut Rechnungshofbericht wieder eine Unterdeckung von 545.000 Euro geblieben ist.

Bei der politischen Willensbildung, was man jetzt vor hat in der Stadt Krems um das alles zu verbessern und zu verändern, ist nicht sehr viel erkennbar. Im Gegenteil: Da gibt's die Gründung der Kremser Immobiliengesellschaft, damit man versucht, Liegenschaften zu veräußern. Und da gibt's dann wieder den Weg, wie tut man das, wie macht man das am Besten. Gibt's wieder so ein kleines Schmankerl. Zuerst ist eine unentgeltliche Beratung eines örtlichen Bankunternehmers in Anspruch genommen worden und plötzlich beauftragt man ein weiteres Beratungsunternehmen dessen Auftragssumme sich allein auf 84.000 Euro belief, wo unterm Strich für die Gemeinde bei dieser Gründung der Immobiliengesellschaften kein Vorteil ersichtlich war.

Also Geld ist zwar nicht vorhanden in dieser Stadt, aber es wird noch immer brav ausgegeben, beim Fenster rausgeschmissen. Eine zukunftsweisende Sanierung ist nicht in Aussicht. Es wurde auch, und das ist in diesem Bericht auch erkennbar, nicht wirklich sichtbar was jetzt getan wird um diese Situation zu verbessern. Es wurde in den meisten Punkten dem Rechnungshof nachgegeben

oder zugegeben dass es Verfehlungen gegeben hat. Aber den Bürgern von Krems würde interessieren, wie kommt man in Krems aus diesem Finanzdesaster heraus? Wer tritt zurück von den Verantwortlichen? Es kann ja nicht sein, dass dieser Bürgermeister noch länger glaubt, weil jetzt die Wahl eh nicht mehr lang dauert, er soll weiter wirtschaften. Jeder Tag, wo dieser Bürgermeister nicht mehr arbeitet, ist bitte zugunsten der Gemeinde und das ist gut wenn er sich nicht mehr betätigen würde. Er trägt die Verantwortung. Aber er trägt sie nicht alleine.

Ist ja nicht so, dass in der Stadt Krems der Bürgermeister alleine entscheidet. Und man kann sich die politischen Verhältnisse in Krems genau anschauen. Es sind auch nicht die Grünen, es sind nicht die Freiheitlichen, es sind keine Bürgerlisten und es ist auch nicht die SPÖ die in Krems für diese Finanzpolitik verantwortlich ist. Weil wenn es darum geht, in Krems aufzuzeigen in der Presse, in der Öffentlichkeit, was für Krems alles erreicht wurde, da sieht man immer die ÖVP. Aber dann auch nicht nur den Bürgermeister mit seinen Gemeindemännern. Nein! Da sieht man schon auch die Landesräte der ÖVP aus dem Raum Krems. Die Abgeordneten selbstverständlich für ein schönes Fotoshooting, was haben wir erreicht.

Und dann kann es nicht dazu kommen, dass man dann eine Kindesweglegung macht und sagt plötzlich, die Finanzmisere, das gehört den Kremsern. Die Finanzmisere gehört einmal grundsätzlich der ÖVP! Der ÖVP in Krems, der ÖVP im Lande. Und dort gehört sie hin. Und so viel Mut muss jeder jetzt aufbringen der verantwortlich ist in der ÖVP dass er auch dazu steht.

Und so viel Mut, dass er auch jetzt die Ärmel aufkrepelt und sagt, jetzt versuchen wir, diese Misere zu beenden im Sinne der Bürger. Aber nicht damit dass man die Bürger belastet. Wir werden uns das genau anschauen. Es steht Gemeinderatswahlen in der Stadt Krems vor der Tür. Und ich bin wirklich schon gespannt, wie die ÖVP versucht, dieses Chaos positiv zu nützen. Und da wird's auch nichts nützen wenn der Landeshauptmann wöchentlich in Krems erscheint. Denn hier wird die Opposition sehr wohl aufzeigen, wer versagt hat. Und bei diesem Versagen, liebe Kollegen des Landtages, der ÖVP und der Umgebung Krems, muss ich euch mit hineinnehmen. Ihr ward zwar bei Eröffnungen dabei, könnt aber jetzt bitte nicht behaupten dass euch das nichts angeht. Sind eure ÖVP-Leute, sind eure ÖVP-Männer, sind eure ÖVP-Schulden, die leider nicht die ÖVP zu berapen hat, sondern der Kremser Bürger.

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Motz.

Abg. Mag. Motz (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte mich mit jenem Teil des Landesrechnungshofberichtes auseinandersetzen, der über die Einschau bei der NÖ Grenzlandförderungsgesellschaft berichtet. Dieses Unternehmen ist ja den Damen und Herren des Hauses bekannt. Es wurde Mitte der 70er Jahre als Gesellschaft zwischen den Hälfteeigentümern der Republik Österreich und dem Land Niederösterreich gegründet. Der Bedarf ergab sich damals aus der speziellen Lage der nördlichen und nordöstlichen Bezirke unseres Landes an der damaligen Außengrenze zu den MOEL-Ländern, was durch den Eisernen Vorhang besonders symbolisiert wurde. Bis heute wirken die Probleme dieser Region nach, das kann man an den Daten der Bevölkerungsentwicklung, den Beschäftigtenzahlen, den Einkommensunterschieden zu den Ballungszentren und der Pendlerbewegung ersehen.

Ich meine, dass die Gesamtbilanz der 30-jährigen Tätigkeit der NÖG durchaus positiv ausfällt. Die NÖG hat insgesamt 52,6 Millionen Euro an Förderungsdarlehen an verschiedene Gemeinden und Betriebe gewährt. Sie hat bei der Planung, Beratung und Umsetzung grenzübergreifender Vorhaben und Projekte und beim Entstehen von Betriebsentwicklungszonen, der Vermarktung leerstehender Objekte und deren Erschließung tatkräftig mitgewirkt.

Daneben wurden eine Vielzahl von Studien und Expertisen erstellt und viele Beratungsleistungen angeboten. Ich möchte da nur die erfolgreiche Telematikoffensive und die damit in Zusammenhang stehenden regionalen Aktivitäten sowie die Informationsvermittlung im Rahmen der Initiative NÖG Infonet 2010 hervorheben.

Gleiches gilt aber auch für die Förderung der grenzüberschreitenden Impulszentren. Über das Gründungs- und Beratungszentrum Gmünd und die TBZ Groß Siegharts, das Technologie- und Bildungszentrum.

Diese Einrichtungen sind, auch wenn sich der Landesrechnungshof zugegebenermaßen mit der Förderform und deren rechtlicher Bedeckung in den Richtlinien der Gesellschaft kritisch auseinandersetzt, ein Teil der im Gesellschaftsvertrag auch geforderten, Weckung und Förderung der Eigeninitiative der betroffenen Regionen. Denn von diesen Einrichtungen sind beträchtliche Impulse zur

regionalen Eigenständigkeit, zur Nutzung der eigenen Ressourcen und zum Umgang mit dem grenzübergreifenden Zusammenleben ausgegangen. In Abstimmung mit anderen wichtigen Organisationen der Regionalentwicklung konnten in den letzten Jahren beachtliche Impulse durch Projekte und Unterstützungsmaßnahmen umgesetzt werden.

Der Landesrechnungshof geht in weiterer Folge auf die Geschäftsführung der NÖG ein und bemängelt, dass im Zuge der Aufkündigung der Arbeitsverträge der beiden Geschäftsführer mit Wirksamkeit 31. Dezember 2005 durch den Aufsichtsrat bis dato keine Beschlüsse zu ihrer arbeitsrechtlichen Stellung gefasst wurden. Diese Kritik scheint mir berechtigt. Sie sind zwar weiterhin handelsrechtliche Geschäftsführer, aber derzeit ohne arbeitsvertragliche Absicherung. Eine der Ursachen ist sicherlich darin zu suchen, dass der damals zuständige Infrastruktur-Bundesminister den Wunsch zwar geäußert hat, verschiedene Bundesbeteiligungen, darunter auch jene der NÖG, an das Land Niederösterreich zu veräußern und man dadurch eventuell die anstehenden Vertragsverlängerungen mit den Geschäftsführern vorsorglich nicht beschlossen hat.

Es hat in der Folge natürlich Verhandlungen gegeben, bei denen es zwar eine grundsätzliche Einigung in der Sache gegeben hat, aber vom Minister keine beschlussfähige Vorlage an den Ministerrat ausgearbeitet wurde. Ich meine, es wäre nun der richtige Zeitpunkt um Kontakt zur neuen Bundesregierung aufzunehmen um die Angelegenheiten zu klären. Denn ein Handlungsbedarf ist gegeben. Gleich, ob nun der Bund seine Anteile an der NÖG abgibt oder nicht. Die Strukturen sind jedenfalls neu zu ordnen. Und natürlich sind davon unabhängig auch die arbeitsrechtlichen Beschlüsse durch den Aufsichtsrat vorzunehmen und eine zeitgemäße Geschäftsordnung zu beschließen.

Die Anregung des Landesrechnungshofes, ein modifiziertes Arbeitsprogramm des zukünftigen NÖG-Wirkungsbereiches zu erarbeiten ist ebenso berechtigt, denn im Lichte der Auswirkungen der neuen EU-Programmplanungsperiode haben sich natürlich die Aufgabenstellungen der NÖG geändert und sind heute in einem anderen Licht zu sehen. Es wird ja für die Periode bis 2013 wesentlich weniger Geld aus den Strukturfondsmitteln zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit zur Verfügung stehen. Und in diesem Lichte kann der NÖG bei entsprechender Dotierung und Anpassung des Aufgabenbereiches auch in Zukunft eine wichtige Aufgabenstellung zukommen.

Und letztlich möchte ich auch die Landesrechnungshofanregung betreffend eine Erhöhung des Bekanntheitsgrades der NÖG und deren Tätigkeit in den Grenzregionen durch eine gezielte Werbe- und Marketingstrategie durchaus unterstützen.

Meine Fraktion wird den Bericht des Landesrechnungshofes zur NÖG zur Kenntnis nehmen. Danke! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Kögler.

Abg. Mag. Kögler (SPÖ): Werter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Hohes Haus!

Ich darf mich bei der heutigen Diskussion des Rechnungshofberichtes auf die beiden Teilbereiche Landwirtschaftliche Fachschule in Warth und auf den Bericht zur Landarbeitereigenheimförderung konzentrieren.

Der NÖ Landesrechnungshof hat die landwirtschaftliche Fachschule Warth im Bezirk Neunkirchen überprüft und neben dem laufenden Betrieb der Schule und des angeschlossenen landwirtschaftlichen Lehr- und Versuchsbetriebs bildeten auch die baulichen Entwicklungen, der aktuelle Bauzustand sowie der Brandschutz Schwerpunkte dieser Prüfung im Rechnungsjahr 2005.

Ich möchte einmal das Erfreuliche auch erwähnen an diesem Prüfungsbericht. Erfreulich ist, dass durch die Ausweitung und die Anpassung des Bildungsangebotes in dieser Fachschule in den letzten Jahren ein deutlicher Anstieg der Schülerzahlen erreicht werden konnte. Das reichhaltige Kursangebot auf den Gebieten der Erwachsenenbildung sowie der Berufsaus- und -fortbildung verzeichnet steigende Teilnehmerzahlen.

Hier werden neben zahlreichen Themen aus der Land- und Forstwirtschaft auch allgemeine Themen wie Persönlichkeitsbildung, IT-Ausbildung, Besonderheiten zum Beispiel auch die NÖ Imkerschule oder in Zusammenarbeit mit dem WIFO die österreichische Greenkeeper-Akademie angeboten. Insgesamt konnten im Schuljahr 2004/05 1.497 Kursteilnehmer und 1.628 Unterrichtsstunden verzeichnet werden.

Kritisch ist anzumerken und Kritikpunkte setzte der Rechnungshof, so wie der Abgeordnete Waldhäusl ja schon ausgeführt hat, natürlich beim Pachtvertrag, den die Schule mit einer angeschlossenen Gärtnerei abgeschlossen hat. Allerdings kann von einem Wirtschaftskrimi bei dieser Frage

nicht die Rede sein. Dieser Pachtvertrag geht auf die 50er Jahre zurück, daher vielleicht der relativ geringe Pachtzins, den der Abgeordnete Waldhäusl angesprochen hat. Weiters ist dieser Vertrag nur mündlich abgeschlossen, hat aber trotzdem Rechtsgültigkeit. Das alles sind behebbare Mängel.

Dem Bürgermeister von Warth in der Frage der Baubewilligung bei der Errichtung eines angrenzenden Glashauses eine Begünstigung der Gärtnerei zu unterstellen, also davon habe ich nichts in diesem Rechnungshofbericht gelesen. Und ich sehe das Nicken des Rechnungshofpräsidenten.

Also, es gibt einige Kritikpunkte. Aber was wir hier gehört haben war sicherlich überzogen. Kritikpunkte gibt es bei der Errichtung eines neuen Milchviehstalls. Bei der sind wesentlich mehr Kosten angefallen als ursprünglich angenommen waren, da Bauuntersuchungen und Bodengutachten viel zu spät veranlasst wurden und daher nicht mehr in die Kostenschätzungen einfließen konnten.

Auch wurde von zu geringen Preisen ausgegangen und konnten Folgekosten für Investitionsentscheidungen nicht mehr berücksichtigt werden. Besonders wurden im Bereich Brand- und Bedienstenschutz zahlreiche Mängel festgestellt, die auch bei einer Überprüfung im Jahr 2001 schon einmal festgestellt wurden und noch nicht behoben sind. Die Landesregierung hat aber zugesagt, diese Beanstandungen zu beheben.

Viel massivere Kritikpunkte tun sich aber auf wenn man sich mit dem Bericht zur Landarbeitereigenheimförderung beschäftigt. Das Land Niederösterreich fördert hier den Landarbeitereigenheimbau, indem es der Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich Mittel zur Vergabe von zinsenlosen Darlehen zur Verfügung stellt.

Bereits in den 70er und 80er Jahren wurden in der Landarbeiterkammer 3,05 Millionen Euro für diese Verwendung zur Verfügung gestellt. Und diese sind als zinsenlose Darlehen zur Schaffung von Eigenheimen an ihre Mitglieder vergeben worden.

Dies ist grundsätzlich natürlich eine unterstützenswerte Aktion. Allerdings weist die Art der Weiterführung dieser Landesaktion und die Handhabung bei der Mittelüberlassung laut Rechnungshof erhebliche Mängel auf. So kam es dazu, dass Ende 1995 noch 1,87 Millionen Euro aus der alten Darlehensaktion zur Disposition standen, aber auch Ansuchen der Landwirtschaftskammer auf weitere 3,27 Millionen Euro genehmigt wurden für den Zeit-

raum 1996 bis 2004. Das heißt, obwohl die Mittel noch lange nicht ausgeschöpft waren, wurde der Topf erneut jedes Jahr gefüllt, um nicht zu sagen überfüllt. Denn es wurde in Jahrestanchen ausbezahlt.

Der Rechnungshof erachtet diesen Beschluss, einen Förderungstopf aus Landesmitteln aufzubauen und aufzustocken, obwohl im alten Förderungstopf noch ausreichend Mittel verfügbar waren, als nicht wirtschaftlich und nicht zweckmäßig. Das heißt, es wurden jedes Jahr, ohne dass Bedarf bestand, Mittel vom Land Niederösterreich an die Landarbeiterkammer überwiesen und dort veranlagt. Diese Mittel wurden dadurch nicht zweckmäßig verwendet. Dem Land Niederösterreich entgingen daher im Zeitraum von 1996 bis 2004 Zinsen, man sagt einmal je nachdem welche Veranlagungsvariante gewählt worden wäre und welche Zinsen erreicht werden hätten können, aber zumindest von 220.000 Euro. Und die NÖ Landarbeiterkammer verwendete diese Veranlagungszinsen für die laufende Kammergebarung. Also Mittel, die eigentlich dem Land Niederösterreich gehören wurden in der Landarbeiterkammer ins laufende Budget aufgenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rechnungshof spricht in diesem Zusammenhang von einer versteckten Förderung der Landarbeiterkammer. Und zur Argumentation der Landesregierung, und ich zitiere die Stellungnahme aus dem Rechnungshofbericht, „dass eine zusätzliche Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft der NÖ Landarbeiterkammer, der generellen Intention des Landes, nämlich der Landarbeitereigenheimförderung nicht zuwidergelaufen sei“ – dazu kann ich nur feststellen, das ist schon eine sehr lockere Sichtweise – „zu einer nicht zweckgemäßen Verwendung von Landesmitteln.“ Denn für diese 220.000 Euro hätten sich in Niederösterreich sicherlich auch andere, sehr wertvolle Projekte, verwirklichen lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun sind diese 220.000 Euro für das Land Niederösterreich und für die niederösterreichische Bevölkerung aber verloren. Auch basierend auf einem Gutachten des Verfassungsdienstes ist das so. Allerdings wäre es durch eine entsprechende Willensäußerung des Landes zu verhindern gewesen. Wenn nämlich die Fördermittel als Landesmittel belassen worden wären und die Kammer lediglich als Erfüllungsgehilfe bei der Abwicklung eingebunden worden wäre. Die, muss ich sagen, etwas eigenwillige Stellungnahme der Landesregierung dazu war, und ich zitiere aus dem Rechnungshofbericht, sie habe keine Veranlassung gesehen von der seit den 70er Jahren bewährten

Vorgangsweise abzugehen. Und wenn ich das ein bisschen interpretieren darf dann heißt das, wir lassen alles wie es ist, Hauptsache es ändert sich nichts, auch wenn es zum Schaden des Landes ist. Diese Argumentation kann ich nicht ganz nachvollziehen.

Auch wenn laut Stellungnahme der Landesregierung eine weitere Dotierung der Landarbeitereigenheimförderung nicht mehr notwendig und beabsichtigt ist, möchte ich doch darauf hinweisen, dass man in Zukunft bei der Vergabe solcher Mittel schon eine genauere Bedarfs- und Verwendungsprüfung durchführen möchte. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Rinke.

Abg. Rinke (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zu zwei Themen des Landesrechnungshofs. Das ist zum Einen der Bericht 16/2004, IT-Ausstattung in den Baudirektionen und Gebietsbauämtern. Und der zweite Bericht betrifft Außenstellen des NÖ Landesmuseums. Und der dritte Bericht wird das Bezügebegrenzungsgesetz sein. Darauf möchte ich ganz kurz eingehen.

Der NÖ Landesrechnungshof hat eine Nachkontrolle durchgeführt. Bei der Nachkontrolle wurde geprüft, ob und wie weit alle Feststellungen aus diesem Bericht umgesetzt wurden. Die Gruppe Baudirektion hat alle aufgezeigten Punkte und Anregungen für verbindlich erklärt und umgesetzt. Die bereits getroffenen Einsparungen im Bereich der Desktops und Laptops sind als positiv anzusehen. Mit der Verlagerung der IT-Koordination in den einzelnen Gebietsbauämtern und zentrale Abteilungen der Gruppe Baudirektion in einen Bereich, wo die zukünftig verantwortlichen Personen für die IT-Koordination permanent anwesend sind. Diese wurden umgesetzt.

Im Zuge der Nachkontrolle musste aber allerdings festgestellt werden, dass im Gebietsbauamt Korneuburg die IT-Koordination durch den Leiter des Gebietsbauamtes durchgeführt wird, was an sich super positiv ist. Ein ganz kluger, fleißiger Mann. Das einzige Handikap dabei ist, er wird zwar auch durch Mitarbeiter der Abteilung LAD1-IT und einem Mitarbeiter der IT-Koordination der Gruppe Baudirektion unterstützt, welche aber als Ansprechpersonen in St. Pölten sitzen und auch andere Aufgaben zu erfüllen haben. Hier sollte man sich noch etwas dazu überlegen, um die Qualität eines Leiters nicht zu beeinträchtigen.

Zusammenfassend konnte bei der Nachkontrolle festgestellt werden, dass allen Empfehlungen, die der Landesrechnungshof in seinem seinerzeitigen Bericht gegeben hat, entsprochen wurde und mit der Umsetzung auch begonnen wurde. Herzlichen Dank auch an den Landesrechnungshof für die Überprüfung!

Zu der Prüfung der Außenstellen des NÖ Landesmuseums. Die Prüfung umfasste jene Außenstellen, die direkt von der Abteilung Kultur und Wissenschaft des Amtes der NÖ Landesregierung verwaltet werden. Zum Beispiel Haydn-Geburts- haus in Rohrau, Museum für Rechtsgeschichte in Pöggstall, Museum für Frühgeschichte in Traismauer und Museum für Urgeschichte in Asparn sowie beispielhaft für eine bereits aufgelöste Außenstelle das ehemalige Jagd- und Afrikamuseum in Marchegg.

Als allgemeines Ergebnis der Prüfung kann festgestellt werden, dass die Abteilung Kultur und Wissenschaft bereits die Einrichtung einer Stabsstelle, Kontrolle und Besetzung mit einer Wirtschaftsakademikerin mit Controlling-Erfahrung umgesetzt hat. Es wurden daher bereits Maßnahmen gesetzt, damit bei allen Aktivitäten der Außenstellen die Grundsätze Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit umfassend berücksichtigt werden.

Die Außenstelle in Traismauer für den Bereich Frühgeschichte wurde bereits aufgelöst. Dieser Musealbereich soll mit dem Museum für Urgeschichte in Asparn a.d. Zaya zusammengelegt und nach dem Vorbild des in die NÖ Kulturwirtschaft GmbH eingegliederten Musealbereiches als Museum für Ur- und Frühgeschichte geführt werden.

Für das Museum der Rechtsgeschichte in Pöggstall wird gemeinsam mit der Gemeinde derzeit eine neue Betriebsform erarbeitet und auch eine neue Positionierung umgesetzt. Ich gratuliere zu dieser Arbeit.

Ich komme jetzt zum Bezügebegrenzungs- gesetz, das uns vom Bundesrechnungshof uns vorgelegt wurde. Der Nationalrat beschloss in seiner Sitzung am 15. Mai 1997 das Bezügebegrenzungs- gesetz. Es beinhaltet in zwei Artikeln das eine: Jedes zweite Jahr hat die Regierung dem Nationalrat, dem Bundesrat und den Landtagen über die Bezüge und Ruhebezüge von Personen, die diese von einem der Kontrolle des Rechnungshofs unterliegenden Rechtsträger beziehen, zu berichten.

Der zweite Punkt ist, das Bezügebegrenzungs- gesetz hat über durchschnittliche Einkommen einschließlich der Sozial- und Sachleistungen der

gesamten Bevölkerung nach Branchen und Berufsgruppen und Funktionen getrennt zu berichten.

Hier handelt es sich darum, dass sämtliche Berufsgruppen und Branchen, sämtliche Teile im Dienstleistungsbereich sowie auch im Forstbereich, aber auch bei unselbständig Erwerbstätigen, bei selbständig Erwerbstätigen in Tabellen aufgeführt wird und dass eine durchaus passable, ein passabler Bericht ist dazu, dass man schauen kann, wie gehen wir in die Zukunft? Wieviel Verdienst können wir erwarten? Was haben wir zu erwarten gehabt in der letzten Zeit? Also ein durchaus wertvoller Bericht der hier vom Bundesrechnungshof geleistet wird. Und ich freue mich auch für die Zukunft für diese Berichte, weil es auch eine Messlatte dafür ist, was haben wir in der Zeit seit 1997 für Österreich, für die Österreicherinnen geleistet. Was hat die Wirtschaft geleistet, was hat die Politik geleistet. Also ich finde diesen Bericht ausgesprochen konstruktiv in der Zusammenarbeit mit allen handelnden Personen.

Nichts desto Trotz war er nicht so erfreulich wie man es sich so vorstellt, wenn man denkt, wenn man von Wirtschaftsdaten denkt, wenn man sagt, Beschäftigungsplus und alles. Wenn man da hineinschaut, muss man natürlich schon ein bisschen Revue passieren lassen, wie gestaltet sich so ein Rechnungshofbericht. So stand zum Beispiel in einer Zeitung, die sieben mageren Jahre sind jetzt hoffentlich vorbei. Es war eine Pressekonferenz, die getätigt wurde als per Rechnungshofbericht 2004/05 über das Bezügebegrenzungs- gesetz berichtet wurde.

Im Jahr 2005 waren 3,7 Millionen unselbständig Erwerbstätige, die von den Lohnsteuerstellen des Finanzamtes, also den Lohnsteuerkarten, die ausgestellt wurden oder erfasst wurden, beschäftigt. Aus diesen Aufzeichnungen geht hervor, dass bei den Beamten die höchsten mittleren Einkommen zu verzeichnen sind. Zum Beispiel 37.776 Euro brutto und 25.826 Euro netto.

Bei den Angestellten liegt das mittlere Bruttojahreseinkommen bei 24.304 Euro. Und das mittlere Nettoeinkommen bei 17.444 Euro. Hier muss erwähnt werden, dass es unter den Angestellten und auch bei den Arbeitern eine enorme Reihe von Teilzeitkräften und Saisonbeschäftigte gibt, die aber auch in diesem Bericht ausgezeichnet waren.

In Niederösterreich gibt es zum Beispiel, letzter Bericht vom AMS, im Dezember 35.244 Teilzeitbeschäftigte oder Saisonbeschäftigte und davon 10.582 sind Männer und 24.662 Frauen. Das ist in Niederösterreich.

Warum die Beamten und Beamtinnen ein sehr hohes Einkommen haben, liegt daran, dass sie großteils Vollzeit arbeiten, ganzjährig arbeiten, weiters in den unterschiedlichen Qualifikationsstrukturen und an einem höheren Akademikerbereich, da sie einen höheren Akademikeranteil haben.

Aber warum geht die Einkommensschere, die hier ganz stark aufgezeigt wurde, unterstrichen war, warum geht diese Einkommensschere weiter auseinander? Die Ursache oder eine der Ursachen ist sicher auch die, dass Frauen keine durchgehenden Erwerbszeiten haben. Kein durchgehendes Karrieren. Sie müssen oft die Karriere unterbrechen um Kinder zu kriegen und können nicht in der Weise sozusagen engagiert an ihrem Weg basteln wie es Männer können.

Es ist auch interessant: Wenn man fragt und den Kündigungsgründen nach Geschlechtern verteilt nachgeht, so ist der häufigste Kündigungsgrund bei Frauen eine Änderung der Familiensituation. Umgekehrt, wenn man Männer analysiert, warum sie kündigen, dann ist der häufigste Grund, weil sie einen Karrieresprung machen möchten oder weil sie viel mehr verdienen möchten. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Das wäre daher ein wirklich lohnendes Projekt für eine Koalitionsregelung.

Die Sozialpartner sind gefordert. Ich denke an die Sicherstellung der Transparenz und Vergleichbarkeit der Beschäftigungsverhältnisse im Unternehmen, damit Frauen nicht um ihren gerechten Lohn betrogen werden. Frauen sind auch bereit, an ihrer Weiterbildung zu arbeiten, in ihre Weiterbildung zu investieren. Die Abschlüsse an der Unversität werden mehrheitlich von Frauen bestanden. In Zukunft werden Frauen viele Möglichkeiten noch mehr wahrnehmen. Ziel muss es sein, mehr Motivation zur kompetenten Aus- und Weiterbildung der Frauen zu schaffen um ihnen maximale finanzielle Unabhängigkeit zu gewähren. Ziel muss es auch sein, Frauen für technische, besser bezahlte Berufe zu motivieren und zu gewinnen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute vom Einkommen aus 2004 und 2005 sprechen, so sollten wir unseren Blick auf die Gegenwart richten. Erfreulich ist, dass laut einer Pressemeldung im Dezember 2006 in Niederösterreich 560.000 unselbständig Erwerbstätige zu verzeichnen waren. Dass Niederösterreich mit 3,8

Prozent das größte Wirtschaftswachstums Österreich zu verzeichnen hat und 10 Prozent weniger Arbeitslose zu vermerken hat. Niederösterreich liegt im Einkommen 2005 voran mit einem mittleren Bruttojahreseinkommen von 23.776 Euro. Grund für diese positive Entwicklung ist das Engagement unseres Herrn Landeshauptmannes und des Landes Niederösterreich. Das heißt, Investitionen in Wirtschaft, Tourismus, Bildung, Gesundheitswesen, Technologie und Umweltforschung. Aber auch Investitionen für Pflege, Ausbau der Pflegeeinrichtungen, Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, Förderung von Jugend und Familie, durch sozialen Wohnbau und vieles mehr. Das heißt auch, dass dadurch viele Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden.

Dieser wirtschaftliche Vorsprung des Landes wird nun zum persönlichen Vorteil jeden Niederösterreichers und jeder Niederösterreicherin. Besonders in der Familien- und Umweltpolitik, durch sozialpolitische Maßnahmen. Daher werden wir in Niederösterreich auch auf eine fordernde und fördernde Ausbildung in Schule und Beruf setzen. Ziel muss es sein, unsere Buben und Mädchen zukunftsfit zu machen und mit Matura und Lehre und IT-Klassen in allen BHS und Fachhochschulgängen im technologischen und im Biotechnikbereich zu forcieren, zu fördern und zu unterstützen. Um Beruf und Familie zu vereinbaren, wird neben den Kindergärten auch ein Pilotversuch mit der Kleinstkinderbetreuung gestartet. Und die Einführung von flexibleren Arbeitszeiten in Betrieben durch intensive Zusammenarbeit mit der Wirtschaft forciert.

Ich habe hier noch einen interessanten Spruch von Alice Schwarzer gefunden, den ich ganz gern hier noch mit auf den Weg geben möchte: Was Feminismus nach 4.000 Jahren unerschütterlicher Männerherrschaft innerhalb von diesen nur 60 Jahren erreicht hat, ist überwältigend. Die Erwartung, mit der eine junge Frau heute in die Welt geht, unterscheidet sie fundamental von dem was ihre Altersgenossin in den 50er und 60er Jahren auch nur hoffen konnte. Also: Das Leben von Frauen hat sich in den letzten 60 Jahren stark gewandelt. Wir Frauen sind durch diese bewegten Zeiten der Selbstfindung und Selbstbestimmung gegangen. Familie und Beruf, Gesellschaft sind große Lebensbereiche, die Frauen prägen und Frauen gestalten werden und verändern werden. Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe die diversen Statistiken und Erläuterungen im Bericht des Rechnungshofes gemäß Bezügebegrenzungs-gesetz auch sehr interessant, sehr aussagekräftig gefunden. Nur, sie sind alles Mögliche, bloß nicht das was der Titel verheißt. Diese Zahlen und Statistiken haben gar nichts mit dem Bezügebegrenzungs-gesetz zu tun! Hier sind die Personen, die so wie wir Bezüge nach dem Bezügebegrenzungs-gesetz beziehen, nicht enthalten. Gar nicht enthalten! Und ich finde das bedauerlich. Denn diese Berichtspflicht die wurde ja eingeführt um diverse Darstellungen in den Medien und auch immer wieder diskutierte Einzelfälle von Doppel-, Mehrfach-, Vielfachbezügen einerseits abzustellen und andererseits auch in der Öffentlichkeit einmal klarzustellen, dass es gar nicht wenige Berufsgruppen gibt, die erheblich mehr verdienen als Politikerinnen und Politiker. Und auch um die Öffentlichkeit selbst beurteilen zu lassen, ob das, was Menschen in der Politik an Bezügen lukrieren, gerecht ist, in irgend einem Verhältnis dazu steht was Nicht-Politikerinnen und –Politiker verdienen. Das sollte dieser Bericht leisten.

Jetzt wurde auf Grund von Datenschutzüberlegungen, Geheimhaltungsverpflichtungen entschieden, das nicht zu veröffentlichen. Ich finde das sehr schade. Weil ich glaube durchaus, dass es hier in dem Bereich nichts zu verstecken gibt. Es sind auch die Bezüge ja großteils per Gesetz geregelt. Und dort, wo es Menschen gibt, die mehrere, viele privatwirtschaftliche Funktionen daneben haben, da sind die Grünen immer dafür gewesen, dass man die Einkommens- und Vermögensverhältnisse offen legt. Solang das redlich verdiente Geld aus ehrlicher Arbeit ist, besteht ja kein Grund es irgendwie geheim zu halten. Also wir sehen eigentlich überhaupt keinen Grund warum die Öffentlichkeit das nicht wissen soll. Weil wir wissen, sonst passiert ja eines: Nämlich dass dann immer wieder Vermutungen angestellt werden und die sind in der Regel so, dass man ja den Politikern und Politikerinnen, Sie wissen das genauso gut wie ich, immer viel höhere Einkommen unterstellt als sie tatsächlich haben.

Daher finde ich es außerordentlich schade, dass der Rechnungshof seinem Auftrag offenbar nicht nachkommen konnte. Und noch trauriger finde ich es, wenn dann hier ein Landtag diesen Bericht so wie er ist, der, wie gesagt, nichts mit dem Titel zu tun hat, zur Kenntnis nimmt ohne dass dieser Umstand auch nur irgendwie Erwähnung findet. Bitte, im Bezügebegrenzungs-gesetz sind im Wesentlichen die Einkommen der Politikerinnen und

Politiker geregelt. Eben diese damals sehr mühsam ausverhandelte Gehaltspyramide. Diese Leute sind hier nicht drinnen. Gar nicht. Und wir nehmen das so zur Kenntnis?

Und das löst auch nicht einmal eine Debatte aus was man denn tun müsste um eine Berichtspflicht, die genau diese Personen umfasst, auch hineinzubeziehen. Ich finde ja, genau das sollte publik gemacht werden, so wie auch die Förderungen, die Geldmittel, die an politische Parteien fließen. Gläserne Parteikassen und gläserne Einkommens- und Vermögensverhältnisse! Wenn alles mit rechten Dingen zugeht - das waren doch Sie immer die das gesagt haben - warum soll denn die Öffentlichkeit nichts wissen? Ich glaube, wir könnten viel an Reputation der Politik wiedergewinnen, wenn wir das endlich offen legen würden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wie gesagt, ein Bericht, schon fast dicker als ein Telefonbuch, auch was die Nicht-Politikerinnen und –Politiker betrifft hoch interessant. Zum Beispiel, ich habe es heute schon erwähnt, was die sehr unterschiedlichen Durchschnittseinkommen der verschiedenen Branchen im Bereich der Selbständigen betrifft. Dass es hier ganz, ganz große Unterschiede gibt von Branchen, wo offenbar das Durchschnittseinkommen sogar eher unter jenem von manchen unselbständig Beschäftigten liegt, bis hin zu Branchen, etwa die Immobilienbranche, wo es offenbar immer noch, oder gerade jetzt wieder, so eine Goldrauschzeit zu geben scheint. Was hier auch die Durchschnittseinkommen betrifft. Also ich denke, das sollte man sich sehr wohl gut anschauen. Und ich denke, die Bezüge der Politikerinnen und Politiker halten einen Vergleich mit den Einkommenschancen der österreichischen Bevölkerung in den verschiedenen Erwerbszweigen absolut aus.

Ich glaube daher, wir sollten alles daran setzen und auch die Mitglieder unserer Landesregierung in diese Richtung motivieren, dass sie sich in ihren jeweiligen Parteien, auch auf Bundesebene, dafür stark machen, dass endlich diese Daten auf den Tisch gelegt werden bevor das wieder in der Gerüchteküche abgehandelt wird oder bevor wieder unliebsame Einzelfälle von Mehrfach-, Vielfachbezügen an die Öffentlichkeit kommen. Und das dann fälschlicherweise zum Maßstab für alle Politikerinnen und Politiker in der öffentlichen Wahrnehmung wird.

Daher bitte ich Sie, in Zukunft nicht Berichte so kritiklos zur Kenntnis zu nehmen, ohne hineinzuschauen was denn da wirklich drinnen ist und ob das auch dem Titel gerecht wird. Wie gesagt, die-

ser Bericht wird es nicht! Ich hoffe für die Zukunft, dass wir einmal wirklich einen echten Bericht nach dem Bezügebegrenzungs-gesetz bekommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Thumpser.

Abg. Thumpser (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bezügebegrenzungs-gesetz, aber ich komm' nicht darüber hinweg, Kollegin Rinke, und es ist vielleicht eine besondere Form der Realitätsverweigerung oder eine besondere Form der Negation, sich bei einigen Rechnungshofberichten unter anderem auch einem der Gebarung der Stadt Krems zu Wort zu melden und kein einziges Wort – und gerade du als ehemalige Vizebürgermeisterin dieser Stadt – und kein einziges Wort über diesen Rechnungshofbericht, über die Gebarung der Stadt Krems zu verlieren. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Waldhäusl.)*

Ich muss sagen, wir haben es heute schon ein paar Mal erlebt wie es gegangen ist um Klassenschülerhöchstzahlen oder auch das Wählen mit 16 Jahren - jahrelang negiert, jetzt bejubelt. Ich warte ja nur drauf, dass du jetzt den Bericht negierst, was du ja anscheinend tust und irgendwann aufstehen wirst um die Finanzen der Stadt Krems zu bejubeln. Also ich halte das für fast unvorstellbar, da heraus-zugehen und zu drei sehr wichtigen Punkten zu sprechen, aber kein Wort zu dem Bericht der Gebarung der Stadt Krems zu verlieren.

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Zum Bezügebegrenzungs-gesetz. Ich muss sagen, ich glaube, dass wir als Politikerinnen und Politiker wahrscheinlich die transparenteste Form der Bezüge haben. Deshalb ist dieser Bericht über die Einkommenssituation der Österreicherinnen und Österreicher oder Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher ein hervorragender Bericht. Ein Bericht nicht nur hervorragend an Quantität wie die 450 Seiten zeigen, sondern auch ein qualitativ ausgezeichnete, den wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zur Kenntnis nehmen. Der aber auch unsere Kritik, die wir in den letzten sieben Jahren angebracht haben, bei den Einkommen unterstreicht. Und vielleicht hat die Kollegin Rinke irgend einen Beisatz, Nachsatz oder was vergessen. Aber ich habe wortwörtlich mitgeschrieben. Sie hat gesagt: Die mageren sieben Jahre sind vorbei. Und wenn ich mir den Bericht hernehme, dann muss ich sagen, für die Beschäftigten in Österreich

sind hoffentlich diese sieben Jahre, diese sieben mageren Jahre vorbei und sie sehen sich in Zukunft rosigeren Zeiten gegenüber. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Denn eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, und einmal und das ist eh das letzte Mal wo ich die Kollegin Rinke zitiere – wenn sie von dieser Stelle aus sagt, dass für alles im Land Niederösterreich der Herr Landeshauptmann verantwortlich ist, dann bin ich schon gespannt, ob er auch für die Einkommen der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher verantwortlich ist. Weil die sind in den Berichtsjahren, nämlich 2004 und 2005 real und inflationsbereinigt um 0,2 Prozent gesunken. Da bin ich jetzt gespannt, ob für dieses auch der Herr Landeshauptmann dementsprechend verantwortlich ist. Weil das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eines der Besonderheiten auch dieses Berichts, der das ganz klar aufzeigt, dass die Einkommen – und das ist eine der Kernbotschaften dieses Berichtes – in den Jahren 2004 und 2005 nicht nur nicht gestiegen sind, sondern inflationsbereinigt sogar gesunken sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen solchen Bericht, und da ist jedes Kapitel wertvoll, jedes Kapitel nachvollziehbar, können wir nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern müssen aus diesem heraus auch unsere politischen Schlüsse ziehen. Und ich möchte nur kurz auf drei Bereiche eingehen.

Einer in dem wir uns unsere politischen Schlüsse ziehen müssen ist der Bereich der Niedrigeinkommen der Pensionistinnen und Pensionisten. Wo sich, und da habe ich sehr große Hoffnung, fiskalpolitisch raschest etwas ändern muss.

Ein zweiter Bereich ist die Frage der Voll- und Teilzeitbeschäftigung und damit die Frage eines überlebensfähigen Einkommens. Und der dritte Punkt, kann man ganz kurz sagen, die Frage der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, wo die Schere auseinander klafft, wie dieser Bereich zeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurz zum ersten Punkt, den Pensionistinnen und Pensionisten. Der Bericht führt aus, dass bis zum Jahr 2003 es keine Erhöhungen gab, aber ab dem Jahre 2004 es zu wirklichen Einbrüchen bei den Pensionistinnen und Pensionisten kam. Und die Entwicklung der inflationsbereinigten Pensionen sagt aus, dass bei Männern die Pensionen in dem Zeitraum stark gesunken sind und jene der Frauen, die schon auf einem ganz anderen, niedrigeren Niveau sich befinden, ebenfalls abgenommen haben.

So betrug eine Bruttojahrespension 2005 bei Männern nur mehr 93 Prozent von dem Wert den sie noch 2003 ausmachte, um 7 Prozentpunkte weniger. Und bei Frauen sind die Pensionen auch nicht gestiegen, sondern real inflationsbereinigt um 4 Prozentpunkte gegenüber 2003 gesunken.

Das heißt, eine politische Handlungsanleitung, dass man in diesem Bereich einen der wohl größten Nachholbedarfe hat! Und ich setze da durchaus auf eine Bundesregierung mit sozialdemokratischer Handschrift, der es, und da bin ich mir sicher, gelingen wird, dies zu bewerkstelligen und die Pensionen in den nächsten Jahren real zu erhöhen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum zweiten Bereich, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frage der Voll- und der Teilzeitarbeit. Wir haben das schon einige Male hier in diesem Haus besprochen und der Bericht unterstreicht es eindrucksvoll und drückt es auch explizit als solches aus: Teilzeitarbeit ist weiblich. Nichts Altes, nichts Unbekanntes. Dass aber gerade auch in diesem Bereich der Teilzeitarbeit die Einkommen gesunken sind im Zeitraum 2004 und 2005 erscheint durchaus makaber und bedenklich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Besten, denke ich mir, ist es immer einen Medianvergleich herzunehmen um etwas zu unterscheiden. 2005 verdienten Teilzeit beschäftigte Frauen ein Jahresbruttogehalt von 1.434 Euro. Ein jährliches Bruttogehalt 14.434 Euro.

Betrachtet man dann die Statistik etwas näher und geht in die Tiefe, kommt man zum Schluss, dass eine weibliche Teilzeitarbeitskraft als Arbeiterin mit einer Beschäftigung von 20 Wochenstunden nicht einmal 10.000 Euro Jahresbruttobezug erhält. Und ich frage mich, wer kann mit einem Einkommen von nicht einmal 10.000 Euro brutto im Jahr leben? Auch unter der Voraussetzung, dass Teilzeit weiblich ist und es viele Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher gibt bzw. die davon betroffen sind. Wer kann mit einem solchen Betrag leben bzw. überleben? Und ganz interessant in diesem Zusammenhang – und das sollte uns gerade auch für Niederösterreich zu denken geben – ist die Tatsache, dass bei den Teilzeit beschäftigten Frauen vor allem die Altersgruppen der jungen bis 24-Jährigen zu den schlechtest bezahlten Gruppen gehören. Und dies auch unter dem Gesichtspunkt - ist zwar nicht in diesem Bericht nachzulesen, aber in diversen Studien - dass die Teilzeitarbeitsplätze in den letzten fünf Jahren um rund 140.000 Plätze zugenommen haben. Keine Frage: Teilzeitarbeit ist, wenn man will, wenn man es möchte und wenn man es sich leisten kann, eine Alternative. Es ist

aber sicherlich keine Alternative wenn dies die einzige Einkommensmöglichkeit ist! Und ich darf ganz kurz in diesem Zusammenhang eine andere Studie zitieren, von Sora, die aussagt, dass 78 Prozent der Teilzeitbeschäftigten in Österreich eine Erhöhung der Stundenanzahl, nämlich hin zu einer Vollzeitbeschäftigung, wünschen.

Und ich hoffe auch in diesem Bereich, dass die neue Bundesregierung mit sozialer Verantwortung in diesem Bereich gemeinsam mit dem Land in Ausbildungsfragen einiges erreichen kann. Nämlich Rahmenbedingungen zu schaffen, die Vollarbeitsplätze entstehen lassen, die es auch möglich machen, mit diesem Einkommen entsprechend sein Auskommen zu finden.

Ganz kurz noch zum dritten Punkt. Die generelle Einkommenssituation der unselbständig Erwerbstätigen und die Kluft zwischen Männern und Frauen. Da gestatten Sie mir auch nur noch eine kurze Zahl: In den Jahren 2000 bis 2005 sind die Unternehmensgewinne, nur wenn wir jetzt immer von Verlusten von Einkommen reden, sind die Unternehmensgewinne um 383 Prozent gestiegen! Bei den Einkommen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen real um 0,2 Prozent gesunken.

Im Bereich der Einkommenssituation im allgemeinen ein Beispiel, weil es mir wichtig ist, das in diesem Bereich auch zu sagen, nämlich wirklich die Frage der Unterschiedlichkeit zwischen Einkommen von Männern und Frauen. Ich möchte das noch einmal sagen: Diese Einkommen sind in diesen zwei Jahren 2004 und 2005 real um 0,2 Prozent gesunken.

Wenn man von einer Vollzeitarbeitskraft ausgeht, einer Hilfsarbeiterin mit einem Bruttojahreseinkommen im Medianvergleich von 13.587 Euro, dann denke ich mir, ist eine der Maßnahmen, die in den letzten Tagen und Wochen sehr intensiv diskutiert wurde und die, so hoffe ich, in der neuen Bundesregierung rasch umgesetzt wird, nämlich jene von 1.000 Euro Mindesteinkommen bei einer Vollzeitbeschäftigung notwendiger denn je. Denn 13.587 Euro Brutto-Jahreseinkommen bei einer Vollzeitbeschäftigung im Medianvergleich - und das bedeutet, dass 50 Prozent der hier im Vergleich herangezogenen weniger als 13.587 Euro im Jahr brutto bei einer Vollzeitbeschäftigung verdient haben - dann muss ich sagen, dann ist das ein Gebot der Stunde, die Festlegung auf die 1.000 Euro Mindesteinkommen so rasch als möglich zu verwirklichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass dieser hier uns vorliegende Bericht ein ausge-

zeichneter ist, der die Einkommenssituation der Österreicherinnen und Österreicher im Allgemeinen, aber auch der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher im Speziellen beleuchtet. Der feststellt, dass es mit den Einkommen nicht sehr rosig ausgeschaut hat in den Jahren 2004 und 2005 und dass es real einen Einkommensverlust gegeben hat.

Wir werden diesen Bericht trotzdem zur Kenntnis nehmen. Wir werden diesen Bericht aber auch gleichzeitig als politische Handlungsanleitung für die nächste Zeit ansehen. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Präsident Sacher.

Abg. Präs. Sacher (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder des Landtages!

Auch ich möchte mich heute mit einigen Teilen dieses Rechnungshofberichtes befassen. Das heißt, ich wollte. Einen Teil kann ich nahezu streichen. Ich kann sagen, so wie meine Kremser Kollegin Inge Rinke schon mehrmals gesagt hat, mein lieber Vorredner hat schon alles gesagt. Darf ich das heute umdrehen und sagen, meine liebe Kollegin Rinke hat zu den Landesmuseen schon alles gesagt, aber zum brennenden Thema Krems noch nicht! Und das erspare ich Ihnen nicht, liebe Kollegen von der ÖVP, dazu werde ich etwas sagen.

Dennoch ein paar Anmerkungen zu den Landesmuseen bzw. dessen Außenstellen. Der Rechnungshof hat einige Außenstellen des Landesmuseums geprüft, auch solche, die bereits geschlossen worden sind, um Rückschlüsse zu ziehen, was man in Zukunft besser machen kann. Dort möchte ich ansetzen.

Diese Prüfung hat jedenfalls den Sinn, die verbliebenen Außenstellen des Landesmuseums, vor allem zum Beispiel das Museum für Rechtsgeschichte in Pöggstall oder das Museum für Urgeschichte in Asparn a.d. Zaya so zeitgemäß zu gestalten, dass sie wieder von zahlreichen Besuchern frequentiert werden. Und ich sage dazu, dass es auch wert ist, diese Museen zu frequentieren, weil diese Einrichtungen der Kultur unseres Landes für die Regionen von sehr großer Bedeutung sind. Sowohl in kultureller als auch in touristischer Hinsicht.

Wenn ich nur die beiden Beispiele, die ich erwähnt habe, hernehme. Das Museum im Schloss Pöggstall, früher hat es einmal „Foltermuseum“ geheißen, jetzt heißt es schöner „Museum der

Rechtsgeschichte“, lockt mit Sicherheit sehr viele Interessenten an wenn es zeitgemäß gestaltet ist, museumspädagogisch ausgerichtet wird und geführt wird. Und es kann einen ganz wichtigen Impuls für den Tourismus des südlichen Waldviertels darstellen.

Dasselbe gilt für Asparn a.d. Zaya. Ich weiß noch aus meiner Lehrerzeit, dass man sehr oft mit den Schulklassen im Zuge des Sachunterrichtes oder des Geschichtsunterrichtes nach Asparn a.d. Zaya gefahren ist, um dort die Jugend mit der Geschichte unserer Heimat, der Geschichte der Menschheit zu konfrontieren. Und das soll auch in Zukunft möglich sein.

Wenn der Rechnungshof aufgezeigt hat, dass dazu aber auch ein durchgängiges Konzept notwendig ist, welches derzeit fehlt, dann möge diese Aufforderung an die Kulturabteilung auch seitens der Politik hier wirklich nachdrücklich gerichtet sein, ein solches Konzept für die Museen, die regional, touristisch und kulturell höchste Bedeutung haben, zu entwickeln und raschest zu realisieren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Aber nun zum Thema Bericht des Bundesrechnungshofes über die Finanzgebarung der Stadt Krems. Ich scheue mich nicht, dazu Stellung zu nehmen ohne in den Verdacht zu kommen, mit kritischen Anmerkungen ein Nestbeschmutzer meiner Heimatstadt zu sein. Ganz im Gegenteil: In der Absicht, auch darauf hinzuweisen, dass diese Kritik, die der Rechnungshof äußert, ein Ansatz sein muss, um die finanzielle, budgetäre Situation der Stadt Krems für die Zukunft zu verbessern. Zuerst einmal in den Griff zu bekommen, dann zu verbessern und zukunftsorientiert auszurichten.

Ich möchte anmerken: In Krems geschieht viel. In Krems geschieht sehr viel! Wir haben sehr oft Beratungspunkte, die sich mit Investitionen in dieser Stadt, die man auch gerne als kulturelle Hauptstadt, nämlich die Kremser selbst, bezeichnet, dort vornimmt. Donau-Universität, Kunsthalle, das Museum für Karikatur, das Deix-Museum. In der Vorwoche erfolgte der Spatenstich für das Frohner-Forum. Leider hat der Künstler die Realisierung dieses Vorhabens nicht mehr erlebt und ist völlig unerwartet gestern Abend verstorben. Es wäre der krönende Abschluss für Adolf Frohner gewesen.

Viele andere Investitionen mehr in Krems, die in der Stadt, ob jetzt im kulturellen, im wissenschaftlichen Bereich, im wirtschaftlichen Bereich, ihren Niederschlag finden und diese Stadt beleben. Aber eines muss man hinzufügen: Alle diese Investitionen werden nicht in erster Linie von der Stadt,

sondern von außen vorgenommen. Investiert wird in der Stadt Krems vom Land, vom Bund, von der Wirtschaft, von der Privatwirtschaft. Und davon lebt die Stadt. Und nicht die eigene Leistung ist es, die diesen Aufschwung, die diesen Schub ermöglicht. Denn die finanzielle Situation der Stadt Krems ist, das kann man durchaus sagen, vor allem seit dem Jahr 2002, 2003 eine desaströse.

Der Rechnungshofbericht ist auch, sehr geehrte Damen und Herren, ein Bericht der nachweist, dass mangelndes Management, mangelnde Managementqualität der Politik, dass mangelndes Controlling der Hauptverantwortlichen, dass mangelnde Planung und Vorausschau, aber auch mangelnde Einsicht zu diesen Problemen geführt hat.

Der Rechnungshof zeigt auf, dass die Finanzgebarung der Stadt Krems außerordentlich bedenklich geworden ist, und er fordert ein radikales Umdenken der für die Stadtfinanzen verantwortlichen Kremser Politiker.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß, dass das immer und bei vielen Kommunen die Hauptsorge der Verantwortlichen ist, dass man eine ausreichende, eine positive Budgetsituation erreicht. Viele Kommunen, viele Gemeinden, viele Städte haben das Problem der Finanzierung der öffentlichen Haushalte. Und da macht Krems natürlich keine Ausnahme. Entscheidend ist allerdings, wie geht man mit dem Problem um? Hat man das notwendige Problembewusstsein überhaupt und ist man bereit, Maßnahmen zu setzen?

In diesem Fall, sehr geehrte Damen und Herren, muss man den Hauptverantwortlichen in Krems ein schlechtes Zeugnis ausstellen. Hier ist offensichtlich nicht das richtige Problembewusstsein vorhanden gewesen, durch viele Jahre, und nicht die Bereitschaft, die Wende herbeizuführen, neue Weichenstellungen herbeizuführen.

Es zeigt der Bericht des Rechnungshofs eine ganze Reihe solcher gravierender Versäumnisse auf. Zum Beispiel eine völlig ineffiziente Finanzverwaltung. Und ein natürlich ineffizientes politisches Management. Er zeigt zum Beispiel auf, dass es sehr wohl Bereiche gibt, in denen hervorragend gewirtschaftet wird und gearbeitet wird. Ich nehme hier die Unternehmen und die Betriebe der Stadt, die „Stadtwerke“ landläufig genannt, die Jahr für Jahr Überschüsse erwirtschaften, als Beispiel.

Aber was tut das Finanzmanagement? Was tut das politische Management in Krems? Es saugt zu Unrecht und oft auch gegen einschlägige gesetzli-

che Bestimmungen diese Überschüsse ab, um sie dazu zu verwenden, um die Ausgabenexplosionen der Hoheitsverwaltung und die Budgetlöcher in anderen Ressorts mit den dort erwirtschafteten Erträgen zu finanzieren.

Das heißt, und das sagt der Rechnungshof – und das wurde auch heute hier schon gesagt, ich möchte es aber wiederholen, weil es nicht oft genug gesagt werden kann -, dass durch diese Vorgangsweise die Bürgerinnen und Bürger von Krems weit höhere als notwendige Gebühren für Dienstleistungen, wie zum Beispiel Wasser und Kanal verrechnet werden, um damit die Ausgabenexplosion und die Großzügigkeit andernorts meist, und das muss ich dazu sagen, da kann ich nicht hinterm Berg halten, in den ÖVP-Ressorts zu finanzieren und zu kaschieren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Seit über 50 Jahren ist in Krems die ÖVP die dominierende Partei, welche immer in diesen Jahren die Bürgermeister und Finanzreferenten gestellt hat. Und sie entlarvt sich mit ihrer Politik selbst. Die ÖVP sagt immer, die SPÖ kann nicht wirtschaften. Was Krems betrifft, da ist es offensichtlich Selbsterkenntnis der ÖVP und Selbstkritik. Ich muss das heute wirklich hier sagen: In Krems gilt, die ÖVP kann nicht wirtschaften! Denn sie ist seit über 50 Jahren für Bürgermeisteramt, für Personal, für Finanzen zuständig. Man kann durchaus sagen, in Krems kann die ÖVP nicht mit dem Geld umgehen. In Krems kann sie nicht mit der Finanzverwaltung umgehen, in Krems kann sie schon gar nicht mit dem Controlling umgehen.

Oder, ich glaube das gar nicht, dass sie es nicht kann, sie will nicht! Ja, sie will nicht, sehr geehrte Damen und Herren! Denn wenn man den Rechnungshofbericht liest, dann kommt man drauf, offensichtlich will die ÖVP-Führung in Krems gar nicht das Ruder herumreißen oder wollte es zumindest bis vor ein, zwei Jahren nicht herumreißen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bis 1987 hat die ÖVP überhaupt die absolute Mehrheit gehabt. Und Sie können es mir glauben, vier Jahre habe ich noch unter dieser absoluten Mehrheit sozusagen gelitten. Weil ich da ganz genau gesehen habe, wie man mit Vorschlägen der Opposition, mit konstruktiven Beiträgen der Opposition verfahren ist. Wie kaltschnäuzig man damals alle unsere Vorschläge abgetan hat und niedergestimmt hat. Aber dafür hat ja die ÖVP 1987 einen Denkkettel erhalten – das ist schon lange her – und verlor die Absolute. Seit dem hat sie sie auch nicht mehr.

In den Folgejahren, sehr geehrte Damen und Herren, stellten sich die Sozialdemokraten in einer Koalition mit dieser ÖVP als ein positives Korrektiv der Stadtpolitik heraus. Die mit konstruktiver Politik in ihren Bereichen, und da zähle ich einige auf: Bauwesen und Verkehr, Krankenhaus, Hafenausbau, Unternehmen und Betriebe, Sport, wirklich eine zukunftsorientierte Politik umzusetzen.

Aber der Finanzbereich, die Hoheitsverwaltung, die Personalpolitik blieben bis heute Domänen der ÖVP. Das hat die ÖVP nicht abgegeben. Und daher kann man der ÖVP den Vorwurf nicht ersparen, dass die dort gemachte Politik die Hauptursache für das Dilemma ist, das der Rechnungshof aufzeigt.

Im Jahr 2004 war die Situation ganz besonders brisant geworden, und die SPÖ zeigte damals wirklich schonungslos auf, wie desaströs die Finanzen der Stadt beisammen waren. Die SPÖ fordert eine prägnante Kurskorrektur, eine Modernisierung einer wirklich verzapften Finanzverwaltung. Man muss sich vorstellen, 2004 wurden noch die Kredite händisch am Papier, am Konto, verwaltet. Und das bei hunderten, ja tausenden Darlehensakten. Man hat nicht einmal eine elektronische Finanzverwaltung gekannt noch vor wenigen Jahren.

Da offensichtlich war, dass die Managementkapazität fehlte, um dem Desaster Herr zu werden, schlug die SPÖ eine externe Analyse der Situation, eine externe Beratung durch Finanzfachleute vor. Und das kann ich nicht ersparen. Das muss ich hier sagen. Die Kollegin Rinke hört es sich nicht einmal an. Ich hoffe, sie sitzt irgendwo bei einem Lautsprecher. *(Zwischenruf bei Abg. Rinke.)* Wo bist denn, Inge? Dort! Also hör zu!

Dennoch blieb die ÖVP-Spitze in Krems uneinsichtig. Und damals hast du auch noch dazu gehört. Oder wann hat dich dein Freund Hölzl in den Landtag delegiert?

Sehr geehrte Damen und Herren! Man war einfach nicht Willens, eine Kurskorrektur einzuleiten. Und dies, obwohl eine externe Finanzexpertise ein schonungsloses Röntgenbild der Kremser Budgetsituation vorlegte. Und was entscheidend war, nicht nur ein Röntgenbild vorlegte, sondern auch Wege aus dem Dilemma!

Unbeeindruckt verweigerte der ÖVP-Bürgermeister und ÖVP-Finanzstadtrat einen Kurswechsel. Ich möchte das Wort „beratungsresistent“ verwenden für diese Vorgangsweise. Und sie führten eine großzügig ruinöse Finanzpolitik in ihren Bereichen durch. So hat sich das Defizit vom Jahr 2000

bis zum Jahr 2004 um 400 Prozent erhöht. Von 1,57 Millionen Euro auf 8,27 Millionen Euro. Da sitzen viele Bürgermeister. Wer könnte von euch, liebe Kollegen, angesichts einer solchen Entwicklung ruhig schlafen?

Wir sind schon bei einer Situation, dass die Personalgehälter per Darlehen finanziert werden müssen. Also eine unglaubliche Situation! Der Schuldenstand hat sich um 20 Prozent erhöht in dieser kurzen Zeit, in dieser kurzen Zeit von 2002 bis 2004.

Eine Sache gibt es, die, wenn sie nicht so schmerzlich wäre, direkt lustig wäre. Die Darlehen müssen mit Lebensversicherungsverträgen für den Bürgermeister und ich glaube auch für den Magistratsdirektor, besichert werden. Sonst kriegen sie gar kein Darlehen mehr. Ein Controlling der städtischen Beteiligungen an den Unternehmen und Betrieben fehlt völlig.

Ich habe schon gesagt, bei den Stadtwerken, die gut wirtschaften, kommt es oder kam es Jahr für Jahr zu unzulässigen, rechtswidrigen Gewinnabschöpfungen was die Bürger mit unzulässig hohen Gebühren belastet.

Aber jetzt etwas, was man wirklich dem hauptverantwortlichen Bürgermeister im Personalressort, in seinem Ressort, vorhalten muss. Obwohl der Rechnungshof darauf hinwies, dass in Krems viele der Spitzenbeamten schon die Bestlaufbahn des Bundes durchlaufen, ist es ihm gelungen, die Personalkosten neuerlich um 22 Prozent zu steigern! Und zwar in der Hoheitsverwaltung und nicht etwa im Krankenhaus, das oft als Ausrede herangezogen worden ist. Also im Machtbereich des Bürgermeisters! Dort hat er seine Spielwiese, dort sind die Personalkosten explodiert. Und der Rechnungshof hält ihm auch völlig unregelmäßige Aufnahmeverfahren vor, fehlende sachliche Begründungen bei den Einstellungen, bei den Aufnahmen, nicht nachvollziehbare unterschiedliche Behandlung der Mitarbeiter. Also eine Bürgermeisterspielwiese, die mit zu diesem Desaster beigetragen hat.

Es gibt kein Personalentwicklungskonzept und so weiter und so fort. Der Rechnungshof kritisiert großzügige, außerordentliche Vorrückungen. Wir wissen alle, was ein Bürgermeisterbonus ist. Das ist ein falsch verstandener Bürgermeisterbonus! Da gibt der Bürgermeister sozusagen Bonus für die entsprechende Willigkeit seiner Mitarbeiterinnen.

Also ich sagte schon, manche in der ÖVP-Spitze in Krems sind tatsächlich beratungsresistent. Aber ich sage noch mehr. Sie sind auch kontrollre-

sistent. Es gibt ein Kontrollamt. Wie oft haben wir im Gemeinderat den Bürgermeister aufgefordert, das städtische Kontrollamt eine Materie prüfen zu lassen. Und in vielen Fällen, und das kritisiert der Rechnungshof ganz massiv, sind die Kompetenzen des Kontrollamtes bewusst nicht genutzt worden. Ganz im Gegenteil: Das Kontrollamt wurde vom Bürgermeister, der nach dem Stadtrecht es beauftragen muss, nicht beauftragt, Kontrollen durchzuführen, ja gehindert daran, Kontrollen durchzuführen.

Ich muss jetzt einen Sidestepp machen zu einem Thema, das mit dem heutigen Bericht nichts zu tun hat. Mit dem skandalösen Umstand Bürgerspitalfonds. Auch dort hat die Opposition, haben die Sozialdemokraten immer wieder gesagt, Bürgermeister, lassen sie die Geschäftsführung des Bürgerspitalfonds kontrollieren. Lassen sie das Kontrollamt dort hinein schauen. Es kann nur gut sein! Der Bürgermeister hat das verweigert, hat das verhindert. Und wir stehen heute wirklich vor dem skandalösen Niedergang des Bürgerspitalfonds mit allen Kremser Seniorenheimen, die jetzt einer privaten Firma geschenkt werden mussten. Und noch dazu mit der Morgengabe von vielen Millionen des Landes, dass sie überhaupt bereit sind, diese Kremser Seniorenheime weiter zu führen.

Darüber wird es auch einen Rechnungshofbericht geben, der noch nicht vorliegt. Auf den bin ich schon sehr gespannt. Ich bin übrigens auch gespannt, wann er kommen wird. Ob es gelingt, ihn doch noch bis nach der Gemeinderatswahl am 7. Oktober 2007 hinauszuschieben? Denn der wird wahrscheinlich neuerlich ganz fürchterliche Dinge enthalten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde von einem Vorredner auch schon gesagt, dass der Bürgermeister auch im Umgang mit der Macht in Krems sehr eigenwillig agiert. Und über die Maßnahmen sogenannten Notparagrafen, also die Verfügungen laut Stadtrecht, exzessiv gebraucht. Ich möchte fast sagen, das ist der Kremser Bürgermeister Amtsbrauch. Dass man viele Entscheidungen unter Umgehung des Gemeinderates trifft und das, wie wir schon gehört haben, und das kann ich nur bestätigen, weil ich es selber viele Jahre miterlebt habe, natürlich unter Umgehung des demokratischen Organs Gemeinderat und zum Schaden der Stadt und zum Nutzen von vielleicht einigen wenigen. Das sind Freundschaftsdienste, die eigentlich in einer modernen Stadtverwaltung, einer modernen Demokratie, nichts verloren haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Man könnte hier noch sehr Vieles sagen. Ich lass' das. Ich möchte aber zur positiven Seite des Rechnungshofberichtes kommen. Denn das Positive, sehr geehrte Damen und Herren, sind die Schlüsse die man daraus zieht. Und das muss ich schon noch sagen bevor ich zum Ende komme.

Wenn der Rechnungshof also nachweist, dass sich gerade in den Jahren 2002, 2003, 2004 und 2005 das Budget im negativen Sinne desaströs entwickelt hat, und die Verantwortlichen immer auch behauptet haben, das Krankenhaus sei schuld, dann wird man sie jetzt prüfen können. Jetzt ist das Krankenhaus ein Landeskrankenhaus. Und wir werden sehen, wie die Sache weiter geht.

Es ist nicht das Krankenhaus die Hauptursache, sondern fehlender Sparwille, explodierende Kosten, vor allem explodierende Personalkosten, fehlendes Controlling, fehlende Planung. Im übrigen stand gerade deswegen die Rathauskoalition in Krems schon mehrmals auf der Kippe. Und erst als es soweit war und die Sozialdemokraten den bereits auch innerparteilich ins Wanken geratenen Bürgermeister, der seinen Finanzstadtrat austauschen musste, mit dem Abbruch der Zusammenarbeit gedroht haben, also die ÖVP praktisch keinen Ausweg mehr wusste aus dem Dilemma, wurden einschneidende Maßnahmen, und das ist das Positive, einschneidende Maßnahmen zur Budgetsanierung eingeleitet. Und die möchte ich jetzt auch noch in aller Kürze hier darstellen.

Die Sozialdemokraten haben sich durchgesetzt und es gibt jetzt eine langfristige Budgetplanung in Krems, einen Masterplan bis zum Jahr 2009. Zweitens. Es wird ein modernes Controlling im gesamten Magistrat und insbesondere im Finanzbereich geben in Zukunft.

Drittens. Es wird ein neues professionelles Finanzmanagement des Magistrates eingerichtet. Und viertens: Es wird der geforderte externe Finanzbeirat, man könnte auch sagen Schuldenaussschuss eingesetzt und zur Beratung herangezogen. Nach diesem Vorschlag der Sozialdemokraten einigte sich die Koalition doch wieder auf eine gemeinsame Vorgangsweise, womit der Kritik und den Anregungen des Rechnungshofes auch Folge geleistet wird.

Es ist somit nachweislich ein Verdienst der Sozialdemokraten, dass die Finanzlage der Stadt Krems auf Linie gebracht werden kann und vorgegebene Ziele jährlich verfolgt und eingehalten wer-

den sollen. Ziel ist es, 2009 erstmals ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. 2006 konnte das Defizit bereits auf 5 Millionen eingependelt werden. 2007 werden es nur mehr 3 Millionen sein und 2008 letztlich nur mehr 1 Million betragen. Und 2009 wird dann hoffentlich das Nulldefizit auch tatsächlich möglich sein.

Liebe Mitglieder des Landtages! Sehr geehrte Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Wenn man mit vollem Herzen, so wie ich, zwei Jahrzehnte lang in dieser Stadt tätig war und an dieser Stadt hängt, so ist es eigentlich schmerzlich, wenn man hier im Landtag so kritisch darüber reden muss. Ich sage das wirklich, es ist schmerzlich, weil ich eigentlich nur gut über meine Stadt reden möchte. Aber es soll wenigstens den Zweck haben, dass man diese Fehlentwicklungen hier kritisch diskutiert, nichts beschönigt, dass man aufzeigt, was falsch gelaufen ist und dass man sich wünschen darf, dass es in den nächsten Jahren dank dieser Kritik des Rechnungshofes und dank dieser Anregungen zum Besseren läuft.

Ich möchte damit schließen, in Krems gibt es eine Figur, die steht im Bereich des Pulverturms und heißt „Mandl ohne Kopf“. Der Sage nach wurde dieser Statue von einer Franzosenkugel, die vom Steindl auf die Altstadt abgeschossen wurde, im 30-jährigen Krieg wegen einer frevelhaften Tat der Kopf abgerissen. Und seit dem steht diese Figur versteinert an der Stadtmauer. Ich wünsche meiner Heimatstadt jene Köpfe, die sie in eine gute Zukunft führen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Ich darf im Namen des Landtages unsere Gäste auf der Galerie recht herzlich begrüßen. Es ist das eine Delegation von Gemeindevertretern der Landesausstellungsorte Waidhofen a.d. Ybbs und St. Peter i.d. Au. Und sie warten schon auf den Tagesordnungspunkt „Übernahme der Landeshaftung“. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Wettbewerb lautet, möglichst rasch den vorliegenden Tagesordnungspunkt zu beenden und auf die Landesausstellung zu sprechen zu kommen. Daher werde ich mich wesentlich kürzer fassen als der Herr Präsident Sacher, obwohl es jetzt eine Verlockung wäre, auf diverse Gemeindebudgets, auf diverse Usancen in der Machtausübung

von diversen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern einzugehen.

Ich erinnere an die Debatte über die Stadt Wr. Neustadt, die wir hier im Haus, glaube ich, vor einhalb Jahren geführt haben. Als ich darüber berichtet habe und dazu gesprochen habe. Und wüsten, aber wüsten, lautstarken Publikumsrufen wenn ich das so sagen darf, von Seiten der SPÖ ausgesetzt war, sodass es nahezu nicht möglich war. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Da hört man es schon wieder! Aber gegen das, was damals war ist das, was ihr jetzt macht, das sprichwörtliche Lärcherl. Es war kaum möglich, meine Rede zu beenden. Es ging damals um die Finanzgebarung in der Stadt Wr. Neustadt. Es ging aber auch um den damaligen Grundstücksskandal, der ja letztlich mit zum Rücktritt der dortigen Bürgermeisterin geführt hat.

Mir scheint aber, und da möchte ich es aber auf ein allgemeines Niveau heben, weil ja der Rechnungshof immer wieder derartige Feststellungen macht über diverse Gemeindebudgets: Mir scheint schon auch erwähnenswert, dass manchmal – und ich weiß es auch aus meiner eigenen Heimatgemeinde, die kracht ebenso wie die Stadt Krems – dass manchmal die Gemeindeaufsicht sehr, sehr lange zusieht. Und sehr, sehr lange zusieht wie die Städte bedenkenlos ihre Schuldsituation immer mehr und immer mehr Jahr für Jahr zum Schlechteren wenden. Und selbst wenn man Anfragen stellt an das zuständige Regierungsmitglied bekommt man eigentlich ausweichende Antworten, die sich ähnlich halten wie wenn man Anfragen an den Finanzlandesrat stellt. Da gibt's auch sehr ausweichende Antworten.

Aber genug der Kommunalpolitik. Ich darf zu einem anderen Rechnungshofbericht kommen und zwar betreffend das Abfallwirtschaftskonzept in Niederösterreich. Darf feststellen und weiß mich da eins mit dem Rechnungshof, dass dieses Abfallwirtschaftskonzept im Großen und Ganzen als recht gut, positiv beurteilt und bewertet wird. Es gibt hier umfassende Berichte, die auch sehr, sehr interessant zu lesen sind über die Entsorgungs- und Behandlungsanlagen, über die Müllbeseitigungsverbände, über Sperrmüll, über die mechanisch-biologischen Behandlungsanlagen. Auch über die Mängel in diesen Behandlungsanlagen. Über die Altstoffsammlung in Niederösterreich, über die Mülltrennung und so weiter und so fort.

Und ich darf nur einige kurze Feststellungen dazu treffen. Zunächst einmal was das Gesamtmüllaufkommen in Niederösterreich betrifft. Rund

650.000 Tonnen. Immerhin gelingt es, den Großteil davon herauszusortieren und einer Wiederverwertung zuzuführen. Und es verbleibt uns ein Rest- und Sperrmüll von rund 277.300 Tonnen.

Und ich möchte mich jetzt weniger mit der Vergangenheit in der Abfallwirtschaftssituation beschäftigen, sondern eher mit der Zukunft und mich fragen: Wenn wir ein Gesamtrestmüllaufkommen, Rest- und Sperrmüllaufkommen von 270.000 Tonnen haben, dann ist doch eigentlich relativ klar, dass die bestehende Müllverbrennungsanlage in Dürnröhr mit einer Kapazität von 300.000 Tonnen in der Lage ist, dieses Restmüllaufkommen zu verbrennen.

So meint man. Und wenn es uns gelingt, diese Restmüllmenge konstant zu halten, wenn wir also entsprechend vorsorgen, entsprechend Müllvermeidung betreiben, unsere Bemühungen verstärken, dann müsste diese Zahl konstant gehalten werden können. Und wir kommen mit den bestehenden Verbrennungskapazitäten in Niederösterreich aus.

Dann frage ich mich aber, wozu ist es notwendig, dass in Dürnröhr die Verbrennungsanlage der AVN erweitert werden soll, dass die Stromerzeugung bis 2010 aus dieser Verbrennungsanlage von 120 auf 210 Megawatt ausgeweitet werden soll und warum die AVN, sehr verklausuliert aber doch, jetzt schon beginnt, über Müllimporte aus Deutschland nachzudenken, die dann offensichtlich in Niederösterreich verbrannt werden sollen.

Ich frage mich aber auch, wozu ist es dann notwendig, dass in Niederösterreich eine weitere Müllverbrennungsanlage demnächst in Betrieb gehen wird im Jahr 2009? Die Anlage der ASA in Zistersdorf mit einer Kapazität von weiteren 130.000 Tonnen. Und auch hier jetzt schon verklausuliert von Müllimporten die Rede ist. Na klar! Wenn ich sehr, sehr nahe zur tschechischen Grenze bin kann ich spielend den dortigen Abfall importieren und in Niederösterreich verbrennen.

Und ich frage mich weiters, wozu es dann im südlichen Niederösterreich, in Pitten, von einem privaten Betreiber neuerlich das Ansinnen gibt, eine Müllverbrennungsanlage mit immerhin auch einer Kapazität von 15.000 Jahrestonnen die dort errichtet werden soll.

Wohin führt diese Politik im Land Niederösterreich oder diese Strategie im Land Niederösterreich? Werden wir zu einem Land der Müllimporte und zu einem Land der Verbrennung ausländischen Mülls? Weil es natürlich auch ein Transport-

problem ist, habe ich versucht, den Herrn Landeshauptmann zu fragen. Und da kriegt man vom Landeshauptmann wieder eine interessante Antwort, insbesondere was die Kapazitäten und was die Müllverbrennung der Firma Hamburger in Pitten betrifft.

Man kriegt nämlich die Antwort, ja, der Abgeordnete hat kein Fragerecht. Und wenn man diese Antwort bekommt, dann frage ich mich eigentlich schon, was hat der Landeshauptmann von Niederösterreich sich mit dem Inhaber der Firma Hamburger, nämlich dem Herrn Prinzhorn, „ausgemauerschelt“ hinter verschlossenen Türen. Was planen Pröll und Prinzhorn im Müllmekka Niederösterreich? (*Beifall bei den Grünen.*)

Was geht hier vor? Was nötigt den Landeshauptmann, noch dazu falsch, offensichtlich die Landesverfassung nicht zu kennen und sich hinter Bestimmungen der Landesverfassung zu verschanzen oder sich darauf auszureden. Bestimmungen, die es gar nicht gibt, und schlicht und ergreifend, wenn es heikel wird und wenn es heikle ökologische Probleme gibt, die Antwort auf Anfragen schlicht und ergreifend zu verweigern.

Welcher Schluss liegt da näher als dass eben sehr prominente und sehr mächtige Männer wie das Pröll und Prinzhorn nun einmal sind, sich vielleicht schon irgendwas ausgemacht haben, was man hier in Pitten alles tun könnte. Welchen anderen Schluss legt so ein Verhalten des Landeshauptmannes nahe als diesen?

Das ist sehr, sehr schade, dass es so ist. Und interessant ist ... (*Abg. Ing. Rennhofer: Du denkst so negativ!*)

Ja, es tut mir leid, ich kann ja nichts dafür! Der Herr Landeshauptmann hätte ja auch sagen können was Sache ist. Der Herr Landeshauptmann hätte es ja auch machen können wie sein eigener Umweltlandesrat. Der hat nämlich geantwortet! Aber Pröll ist offensichtlich nicht willens zu antworten. Offensichtlich weiß er mehr. Offensichtlich ist er mit Prinzhorn schon beisammen gesessen und hat sich das eine oder andere dort ausgemacht. Oder warum antwortet er sonst nicht? Einen Grund muss es ja geben. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ja, das ist schon richtig. Aber ich habe genug Anlass dazu. Leider! Das ist eben sehr, sehr traurig.

Daher sagen wir, letztendlich befürchten wir hier, nachdem ausgerechnet Hamburger insbesondere sehr stark bei unseren östlichen Nachbarländern verankert ist, dass hier ein Müllmekka entsteht, bei dem nach Niederösterreich hereintransportiert wird und hier verbrannt wird. Das ist sehr

schade! Und interessant ist dann, wenn man den Landeshauptmann in der Öffentlichkeit - das heißt, in der Öffentlichkeit ist gut, in den Medien - mit solchen Aussagen und Antwortverweigerungen konfrontiert, dann kommt der Ruf nach der Abschaffung der Immunität der Abgeordneten. Und so verquickt sich die Umweltfrage in Niederösterreich mit der Demokratiefrage in Niederösterreich! *(Beifall bei den Grünen.)*

Keine blöden Fragen stellen. Und wenn einer fragt, dann kriegt er keine Antwort. In Umgehung der eigenen Landesverfassung kriegt er dann keine Antwort. Und dann, wenn das öffentlich gemacht wird, dann wird gedroht. Und das ist Demokratiepoltik Marke Niederösterreich. Da können sich die Kremser noch ganz schön anstrengen bis sie das zusammen bringen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das ist leider ein Problem das natürlich nicht auf die Abfallwirtschaft beschränkt bleibt. Das ist ein Problem, das wir in anderen ökologischen Bereichen auch haben. Es gibt auch keine Antworten in Feinstaubbelangen. Es gibt keine Antworten was Ozon betrifft. Es gibt keine Antworten was Schule betrifft. Es gibt keine Antworten was Bildungspolitik betrifft. Und das ist das Dilemma.

Wir hoffen nur, dass das mit der Zeit anders wird, dass sich das auf Dauer nicht durchhalten lässt, eine derartige Vorgangsweise. Und wir hoffen, dass irgend wann einmal auch in Niederösterreich Ökologie und Demokratie den Stellenwert bekommen, der ihnen eigentlich zusteht. Herzlichen Dank! *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Razborcan.

Abg. Razborcan (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wie mein Vorredner werde ich mich in meiner Wortmeldung mit dem Rechnungshofbericht über das Abfallwirtschaftskonzept im Land Niederösterreich beschäftigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Niederösterreich ist die Abfallwirtschaft laut Landesgesetz Aufgabe jeder einzelnen Gemeinde. Bereits im Jahre 1972 wurde mit dem NÖ Müllbeseitigungsgesetz den Gemeinden die Aufgabe der geordneten Müllabfuhr und Abfallbeseitigung generell übertragen. Das Land Niederösterreich hat vorausblickend bereits im NÖ Abfallwirtschaftskonzept 1990 die Gründung von Abfallverbänden in jedem politischen Bezirk Niederösterreichs als Ziel festgeschrieben. Besonders stolz bin ich, dass als

einer der ersten Verbände der Gemeindeverband für Abfallwirtschaft im Raume Schwechat von meinem Vorgänger im Landtag und Bürgermeister von Schwadorf, Richard Gebert, gegründet wurde. Dieser Verband betreut heute zirka 44.000 Einwohner.

Mittlerweile gibt es in jedem Bezirk Niederösterreichs einen Abfallverband. Von den 573 niederösterreichischen Gemeinden gehören bereits 549 dem Abfallwirtschaftsverband an. Nachdem die Aufgaben der Abfallwirtschaft aber über die Problemlösungskompetenz kleinerer Gemeinden hinausgehen, wäre es zweckmäßig, alle Gemeinden im Rahmen eines Verbandes erfasst zu haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier setzt auch die Kritik des Rechnungshofes an, da nämlich mangels rechtlicher Möglichkeiten dies nur durch Überzeugungsarbeit erreicht werden kann. Es wird zwar bemerkt, dass mit dem Prinzip der Freiwilligkeit eine höhere Identifikation der Betroffenen erreicht werden kann, dennoch fehlt die Möglichkeit der Anordnung.

Aber auch hinsichtlich der Homogenität bzw. des den NÖ Bürgerinnen und Bürgern angebotenen Leistungsspektrums sieht der Rechnungshof noch Verbesserungsbedarf. Die Vereinheitlichung der Leistungsbereiche soll ein Preis- und Leistungsvergleich zwischen den Abfallwirtschaftsverbänden ermöglichen und so helfen, Optimierungen zu erzielen. Wie festgestellt wurde, ist das allerdings sehr schwierig, vergleichbare und damit sinnvolle Daten zu bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte dazu ein konkretes Beispiel nennen: Mit der ab 1. Jänner 2004 für weite Teile des Landes eingerichtete thermischen Behandlung des Restmülls wurde die Möglichkeit geschaffen, die getrennte Sammlung der Verpackungsabfälle aus Kunst- und Verbundstoffen dahingehend zu modifizieren, dass nur noch gutstofflich verwertbare Verpackungsarten wie Plastikflaschen getrennt gesammelt werden. Die übrigen Verpackungen aber zusammen mit dem Restmüll thermisch verwertet werden.

Diese Variante wurde in einer Studie untersucht und ein erhebliches gesamtwirtschaftliches Einsparungspotenzial festgestellt. Die Bezirke Schwechat, Gänserndorf, Zwettl und Gmünd haben zum Beispiel diese Umstellung schon durchgeführt. Hier wäre aber eine Umstellung der Sammlung in allen Bezirken zweckmäßig.

Natürlich abhängig vom Grad der Erfassung von diesen Leichtverpackungen in den Restmüllsammlungen wurden in dieser Studie für Nieder-

österreich Kosteneinsparungen zwischen 2,5 und 9 Millionen Euro pro Jahr errechnet. Alleine an Hand dieses Beispiels lässt sich die Zweckmäßigkeit einer Homogenisierung sehr einfach erklären.

Aber auch bei der Einbeziehung des Gewerbemülls in die öffentliche Abfuhr unterstützt der Rechnungshof die langjährigen Forderungen der NÖ Abfallverbände. Unter betrieblichen Abfällen in diesem Zusammenhang sind nicht gefährliche Abfälle aus Betrieben, Anstalten und sonstigen Einrichtungen zu verstehen, die in ihrer Beschaffenheit bzw. Zusammensetzung den Abfällen aus privaten Haushalten sehr ähnlich sind.

Der Versuch des zuständigen Landesrates, den betrieblichen Bereich des Mülls im kommunalen System zu organisieren, kann aber leider nur als halbherzig bezeichnet werden. Eine auf Beamtenebene vorgeschlagene detaillierte Untersuchung der Problemlage im Wege einer Studie ist unterblieben. Ein erster Ansatzpunkt wäre zum Beispiel, den Müll aus Spitälern, Pensionisten- oder Pflegeheimen oder auch aus Schulen im kommunalen System zu organisieren um dies auch im Gesetz zu verankern. Streng genommen wären diese Abfälle nämlich Gewerbemüll.

Auch die Einbeziehung der Siedlungsabfälle in die hohe Qualität des kommunalen Entsorgungssystems mit einer guten Abfallbehandlung, kombiniert mit einem optimierten, auf die Bahn ausgerichteten Transportsystem, wird vom Rechnungshof dezidiert unterstützt und als sinnvoll erachtet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss meiner Ausführungen noch kurz auf die Müllverbrennung, die vom Rechnungshof positiv hervorgehoben wird, eingehen.

Dass die Umsetzung der Deponieverordnung auf diesem hohen Niveau überhaupt möglich war, ist zu einem wesentlichen Teil auf die NÖ Abfallverbände zurückzuführen, die eine eigene Gesellschaft, die NÖ Beteiligungsgesellschaft für Abfallwirtschaft und Umweltschutz, gegründet haben. Die die Umsetzung der Müllverbrennung zeitgerecht und vor allem europaweit vorbildlich durchgeführt hat. Auch das von der BAWO erarbeitete, umgesetzte Transport-Logistiksystem ist, wie bereits erwähnt, kostengünstig, vor allem aber umweltfreundlich.

Bereits im ersten Betriebsjahr wurden 190.000 Rest- und Sperrmüll von 76 Prozent der niederösterreichischen Gemeinden verbrannt. Wenn wie vom Rechnungshof vorgeschlagen, weitere Gemeinden und Verbände in dieses System einbezo-

gen werden sollen und zusätzlich die Müllmenge jedes Jahr um 5 Prozent steigt, kommt es sehr bald zu einem Kapazitätsengpass in der Müllverbrennungsanlage in Zwentendorf.

In Zistersdorf wird zwar gerade eine 150.000-Tonnen Anlage gebaut. Ich bin aber überzeugt, dass der Ausbau von Zwentendorf, dass eine dritte Linie dringend nötig ist und so rasch als möglich umgesetzt werden muss.

Zweckmäßig ist das schon alleine auf Grund der Tatsache, dass die Anlage im Energieverbund mit dem benachbarten Kohle- und Gaskraftwerk in Dürnrohr arbeitet. Wodurch dort bereits jetzt fossile Brennstoffe im Umfang von zirka 50.000 Tonnen Kohle und zirka 10 Millionen Kubikmeter Erdgas jährlich eingespart werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend möchte ich aber, so wie mein Vorredner, feststellen, dass der vom Land Niederösterreich mit der Errichtung der NÖ Abfallverbände eingeschlagene Weg der richtige war und auch vom Rechnungshof positiv anerkannt wurde. Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Moser.

Abg. Moser (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich darf auch zu einigen Berichten des Rechnungshofes hier Stellung nehmen. Zunächst aber ganz kurz zum Thema Umweltverbrennungsanlagen, zum Kollegen Fasan. Ich glaube, es ist schon hier festzuhalten, dass das Abfallwirtschaftskonzept in Niederösterreich ein sehr gutes ist. Das auf der einen Seite den Antransport per Bahn hier sehr umweltfreundlich diesen Antransport von Abfallwirtschaftsmaterialien ermöglicht. Und andererseits glaube ich, dass man hier bei der Verbrennung auch einen Weg geht, der mit größtmöglicher Filterausstattung dem modernsten Stand der Technik entspricht. Und das zweite ist, von der Organisation her, nämlich die Partnerschaft auf der einen Seite die Verbände in öffentlicher Hand zu haben, wo man auf die Gebühren Einfluss nehmen kann. Und andererseits die Verarbeitung bis zur Verbrennung professionell zu gestalten, glaube ich, ist ein guter Weg.

Und, Kollege Fasan, ich habe mich erkundigt. Ich habe gehört, es gibt von Pitten nicht einmal noch ein Projekt das eingereicht wird. Das ist genau die typische Art etwas mies zu machen. Nämlich wenn irgendwas im Raum steht, einfach zu er-

warten, dass von privaten Unternehmen Dinge bereits verkündet werden die es noch gar nicht gibt. Das wird's nicht geben. So was ist eigentlich Wirtschaftsstandort schädigend was du da betreibst.

Ich glaube, wenn ein Projekt vorliegt, kann das beurteilt werden. Und ich bin davon überzeugt, dass sowohl der Herr Landeshauptmann als auch der Umweltlandesrat hier die strengstmöglichen Maßstäbe auch anlegen. Und wir haben ja auch das Modell der Umweltverträglichkeitsprüfung, die hier auch notwendig und erforderlich ist bei derartigen Punkten.

Ich möchte aber zur Fachschule Warth vielleicht ein paar Dinge anmerken. Ich glaube, dass es ein Erfolgsmodell ist, hier in der Fachschule Warth, wo vor allem mit dem Anstieg der Schülerzahlen auch das belegt werden kann oder davon berichtet werden kann. Auch im Bericht ist das deutlich ausgeführt. Es gibt deutliche Ausbildungsschwerpunkte hier in Warth. Es ist der Bereich Rinderzucht, Grünlandwirtschaft, Hauswirtschaft, Soziales bis hin zur Ausbildung zum Metallarbeiter.

Und ich glaube, auch das ist durchaus ein Bereich wo es sehr stark im Zusammenhang mit der Inversivierung der ländlichen Entwicklung auch in den gewerblichen Bereich hinein geht. Hier ist man, glaube ich, sehr zeitgerecht und modern. Die Ausbildung bis hin zur Meisterprüfung. Vor allem das lebensbegleitende Lernen, der Abschluss eines Computerführerscheins, der hier möglich ist. Von Vorrednern wurde schon ausgeführt all das, was hier an Bildungsinhalten gegeben ist, bis zur Greenkeeper-Akademie, wodurch Greenkeeper für die Pflege der Golfplätze ausgebildet werden, all das macht, glaube ich, eine moderne Bildungsstätte im ländlichen Raum aus, die, zeitgemäß für unsere jungen Menschen hier die Vorbereitung auf das Erwachsenenalter und andererseits auch, ein großartiges Angebot im Nahbereich in dieser Region darstellt.

(Zweiter Präsident Sacher übernimmt den Vorsitz.)

Zum zweiten Bericht Grenzlandförderungsgesetz, Gesellschaft, darf ich auch einige Dinge anmerken. Ich glaube, diese Gesellschaft des privaten Rechtes hat sich sehr gut etabliert. Sie hat mitgeholfen an der toten Grenze. Diese Region hatte es ja sehr schwer zur Zeit des Eisernen Vorhanges. Es war eigentlich wirklich eine tatsächlich tote Grenze. Es musste eine entsprechende Belebung erfolgen. Und diese Grenzlandförderungsgesellschaft hat hier im Grenzland mitgeholfen, dass sowohl private Unternehmer sich ansiedeln konnten,

andererseits auch dass entsprechende Initiativen gesetzt wurden und vor allem auch, dass die Gemeinden mit Darlehen unterstützt wurden um die Infrastruktur in diesem Bereich entsprechend bereitzustellen.

Der Anmerkung, dass sie noch bekannter sein könnte, ich glaube, auch dem wurde Rechnung getragen. Aber ich glaube, diese Projekte, vor allem die Akquisition, die Informations- und Beratungstätigkeit ist eine große Aufgabe. Und ich würde meinen, gerade in der Grenzlandgesellschaft kann man auch deutlich vermerken, dass ein gutes Zusammenwirken zwischen der öffentlichen Hand, nämlich zwischen der Gemeinde und der Privatwirtschaft, letztendlich diese Betriebsansiedlung ermöglicht und auch dazu da ist, den Bereich des Gründer- und Beratungszentrums, wenn man das ansprechen darf, entsprechende Arbeitsplätze auch mit entsprechendem Niveau zu schaffen.

Die Telematikoffensive ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig. Wir haben mit dieser intensiv im Land Niederösterreich gepaart mit Breitbandanschlüssen ermöglicht, dass gerade in den entlegenen Regionen die Chancen für den Menschen genauso gut sind als ob er in der Stadt leben würde. Nämlich mit einem guten Breitbandanschluss kann man, ob in Litschau, in Heidenreichstein oder in anderen Gebieten des Grenzlandes oder sonst wo, im Alpenvorland genauso rasch den Zugang zur Welt schaffen als ob man am Stadtplatz von Wien, von Chicago oder von sonstigen Städten wohnen oder sitzen würde.

Ich meine, dass in der NÖG vor allem es wichtig war, viele Informationsveranstaltungen zu machen. Vor allem auch darauf aufmerksam zu machen, wie die Situation des Grenzlandes ist und wie die Chancen sind die man in diesem Zusammenhang auch nutzen kann. Und die Fördertätigkeit im Rahmen der kleinen und mittleren Unternehmen, die grenzüberschreitenden Impulszentren, sind eigentlich jene, die in Zusammenhang mit vielen Pilotprojekten, glaube ich, den Aufgabenbereich hier abschließen.

Herr Kollege Sacher, Herr Präsident! Ich darf natürlich auch zur Stadt Krems einige Dinge, Anmerkungen hier feststellen. Abgeordneter Fasan hat so typisch, und da sind wir schon einer Meinung, wie du gemeint hast, Krems ist ja ein Lärcherl gegen dem was in Wr. Neustadt eigentlich zustande gekommen ist. *(Abg. Mag. Fasan: Nein! Das habe ich nicht gemeint!)*

Und ich muss hier festhalten, dass vieles, glaube ich, von den Vorrednern schon sehr deutlich

ausgeführt wurde was die finanzielle Situation betrifft. Da möchte ich überhaupt nichts wiederholen und auch nichts schön reden. Wir wissen, dass ganz einfach allgemein die Finanzierung der Gemeindehaushalte, die Finanzierung der Städte im Zusammenhang mit der Aufgabenstellung, die diese Körperschaften haben, ja nicht ganz einfach ist.

Ich würde sagen, Krems als Stadt an der Donau, Krems als Kulturstadt hat hier eine besondere Aufgabe. Letztendlich hat sie das Weltkulturerbe, die Hauptstadt des Weltkulturerbes, das sich von Krems, durch die Wachau herauf über Spitz bis nach Melk zieht. Und vor allem die Impulse der Stadt Spitz, gemeinsam mit dem Sitz der Destination für Tourismus zum Bereich Donau, glaube ich, ein ganz, ganz wichtiger Punkt ist, dass man die Lebensader Donau in unserem Lande vor allem auch für die Stadt Krems entsprechend nutzbar macht.

Ich meine, die vielen Aufgaben, das ist die große Herausforderung auch einer Gemeindepolitik, einerseits die Stadt zu beleben, den Anforderungen gerecht werden. Den Anforderungen gerecht zu werden und darüber hinaus auch noch Ziele zu verfolgen, die eine positive Weiterentwicklung der Stadt in vieler Hinsicht ermöglichen. Und andererseits mit Augenmaß auch die finanzielle Gestaltung nicht nur im Augenmaß, sondern im Griff zu haben. Und da kann es schon Phasen geben, wo es ganz einfach notwendig ist, mehr zu investieren als augenblicklich das Budget vertragen würde. Wenn man in die Zukunft schaut und sieht, wie die Perspektiven in der Zukunft einer Stadt eigentlich gegeben sind.

Das mag nichts entschuldigen für Dinge, die aufgezeigt wurden. Wenn der Rechnungshof aufzeigt, dass Dinge verändert werden müssen, dann muss das verändert werden. Ich meine, gerade in der Hinsicht ist Krems eigentlich auch ein Beispiel. Und der Herr Präsident Sacher hat es ja auch angesprochen. Nämlich in der Umsetzung, in der Zielsetzung. Ich glaube, es hat noch wenige Rechnungshofberichte gegeben, wo zum Zeitpunkt des Berichtes im Landtag bereits so viel konkrete Maßnahmen im Bereich der Sanierung, im Bereich des Steuerns der Stadt hier angesprochen wurden.

Da geht's nicht darum, ein Ruder herumzureißen. Der Kapitän, der beim Schiff ein Ruder herumreißt, der kommt ins Wanken. Ich glaube, dass der Weg, der eingeschlagen wurde hier, zielgerichtet auch weiter zu verfolgen ist im Bereich der Ausrichtung der Stadt. Und dass man dort, wo es um die Finanzgebarung geht, mit Augenmaß vorgeht,

versucht, an der Kostenschraube zu drehen, versucht, die Effizienz zu steigern, das war zweifelsohne notwendig. Dahingehend braucht man überhaupt nichts zu beschönigen. Aber das gesamte Ziel darf nicht aus den Augen verloren werden. Nämlich, dass die Stadt vor allem einiges für die Bürger geleistet hat, und da brauch' ich nur 2002 ansprechen. Natürlich war die Stadt von der Krems her auch nicht verschont vom Hochwasser.

Aber, liebe Damen und Herren, ich brauch' da auch der Stadt nicht helfen. Aber denken wir nur und blicken wir aus der Sicht des Landes auf die Stadt Krems. Hätte es den Hochwasserschutz nicht gegeben, der Schaden in der Stadt wäre so enorm, dass sie sehr hohe Beträge, die wahrscheinlich weit über den Abgang eines Jahres oder mehrerer Jahre der Stadt hinausgegangen wären, aufwenden hätte müssen. Und auch mit Zuschüssen des Landes, die notwendig gewesen wären um das alles zu bedecken, hätte man nicht zeitgerecht einen Hochwasserschutz gebaut. Und Krems war eine der wenigen Städte und Orte an der Donau, wo von der Donau her weitgehend und große Teile der Stadt doch verschont waren oder zumindest nur geringfügiger betroffen waren. Ich glaube, diese Schutzmaßnahmen haben sich sogar im großen Hochwasser 2002 bewährt.

Und wenn man schon auf der einen Seite an Aktivitäten Kritik übt, dann sollte man aber auch die Dinge klar auf den Tisch legen, die sich nachhaltig wirtschaftlich vorteilhaft für die Bevölkerung auswirken.

Die Stadt Krems ist natürlich eine besondere Stadt auch insofern, ich habe das Weltkulturerbe angesprochen. Kollege Sacher, du hast selbst die Kultur angesprochen in dieser Stadt, die einen sehr hohen Namen hat. Die eine besondere Kulturstadt in unserem Lande insgesamt darstellt. Die Donau-Universität, Krems als Bildungsstadt, die Tourismusausbildung. Wenn ich an das alles denke bis hin zu Gründerzentren und ähnliches, so meine ich, dass es doch ein Weg ist, den Krems gegangen ist, der von außen vorbildlich ist und wo man innen ganz einfach, glaube ich, die entsprechenden Schlüsse bereits gezogen hat.

Eines zeichnet natürlich, Herr Präsident, Krems im Besonderen aus. Nämlich, es gibt, glaube ich, keine Stadt in unserem Lande, wo zwei ehemalige Vizebürgermeister, eine Vizebürgermeisterin im Landtag sitzt und ein Vizebürgermeister, ein ehemaliger, der zwei Jahrzehnte auch Kommunalpolitik gemacht hat, auch Landtagspräsident ist. Ich glaube, das zeichnet auch die Stadt im Besonderen aus im Hinblick auf die persönlichen

Ressourcen. Ich würde meinen, beide machen ihre Arbeit hervorragend. Da dürfen wir schon gratulieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf vielleicht auch zum Gebührenhaushalt kommen. Natürlich gibt's auch hier zwei Seiten. Die eine Seite ist, dass von den Gebühren her eine Abschöpfung in einer Form von Rücklagen oder Reserven dem Budget zugeführt wurde. Die andere ist, wenn man aber betrachtet und anschaut, dass der Gebührenhaushalt insgesamt im Durchschnitt der Region sich befindet, dann kann man auch sagen, dass die Stadt durchaus ihre Anlagen, ob Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und ähnliches, auch effizient betreibt um das überhaupt bei mittleren Gebühren imstande sein zu können. Ich glaube, auch das ist ein Punkt, der im Zusammenhang mit dem Bericht des Rechnungshofes hier angesprochen werden kann.

Wichtig zu erwähnen im Zusammenhang mit der Personalpolitik, die ja auch im neuen Masterplan, im Konzept hier mit eingeflossen ist, war doch hier zu erwähnen, dass mehr als 20 Lehrlinge von 2000 bis 2004 ausgebildet wurden. Übrigens, eine Sache, was ich nicht ganz verstehen kann, ist eine Kritik des Bürgermeisters in diesem Zusammenhang mit dem Kontrollamt. Denn wir wissen, dass das Kontrollamt eigentlich nicht unter der Führung der Mehrheitspartei ist, sondern meistens der Opposition. Und wenn du meinst - in Krems ist das auch so offensichtlich – und wenn du meinst, dass der Bürgermeister die Kontrolle nicht verlangt hat, dann müsste man eigentlich die Kritik Richtung der Kontrollamt-Verantwortlichen hier aussprechen und nicht Richtung des Bürgermeisters, um der Wahrheit die Ehre zu geben.

Ich glaube, dass die Liegenschaftsverwaltung hier mit der Ausgliederung GEDESAG, die also auch eine Firma der Stadt Krems ist, mit zwei Drittel Beteiligung auch ein guter Weg ist, weil man damit natürlich auch dem Wohnbedürfnis der Bevölkerung hier im ausgegliederten Wohnbereich Rechnung tragen kann, wen von der Hoheitsverwaltung. Durchaus auch aber ein Unternehmen das zu zwei Dritteln der Stadt gehört und wo man vor allem jenen Menschen, die sozial schwächer sind, die besondere Bedürfnisse haben, die vielleicht einen migrativen Hintergrund haben und solche, die es ganz einfach auch wirklich benötigen, ein besonderes Angebot macht.

Ich glaube, eine Stadt wie Krems braucht auch diese Dinge um den schwächeren Menschen ein Angebot zu geben. Ich möchte nicht zu lang werden um in die Zukunft zu schauen. Ich denke, es ist wichtig, was wird die Stadt in Zukunft machen. Und

ein Rechnungshofbericht, und das wurde vom Kollegen Sacher auch deutlich ausgeführt, hat vor allem zum Ziel, die Perspektiven, die Schlüsse aus der Vergangenheit zu ziehen um daraus nicht nur Kraft zu schöpfen, sondern Leitlinien und Visionen abzuleiten. Um vor allem Maßnahmen abzuleiten, die in der Zukunft ein ordentliches Budget ermöglichen. Das stabile Budget bis 2009 ist also hier in einem Masterplan und in einer Projektgruppe budgetiert und festgelegt. Bereits im Jahr 2007 hat sich eine Verbesserung hier ergeben.

Ich meine aber, dass drei Punkte zunächst einmal für die Stadt entscheidend sind. Das erste ist, die Industrie ist im Aufwind. Wenn es die größte Biodieselanlage dort gibt, ein neues Logistikzentrum, viele Betriebe, die sich dort ansiedeln, dann ist es schon richtig, dass vieles von außen kommt und in vielem vom Land mitgeholfen wird bei der Ansiedlung. Wenn ich nur die Uni hernehme. Aber es ist, glaube ich, auch wichtig, dass seitens der Stadt Krems die Aufbereitung des Bodens hier entsprechend gelungen ist.

Zum Zweiten, die Gestaltung der Stadt. Der gelungene Brückenschlag, wenn man hier lesen kann, ob neue Stege gebaut werden, die eine Verklammerung der Flüsse verhindern, wo man auf der einen Seite Stadtverschönerung und auf der anderen Seite zur Sicherheit gegenüber dem Hochwasser zusätzliche Maßnahmen setzt, glaube ich, auch das ist als zweites ein ganz, ganz wesentlicher Punkt.

Und der dritte, der wichtigste ist, eine Perspektive für die Zukunft zu haben. Und da geht's also nicht, Herr Kollege Sacher, wie du gemeint hast, ein Mann ohne Kopf. Ich glaube, Krems hat Köpfe in der Stadtführung die imstande sind das alles zu erarbeiten. Es ist, glaube ich, so, dass – und ich würde das vielleicht so formulieren, die Stadt braucht eine Vision und eine Mission.

Die Mission ist vor allem jenes, nämlich diese Aktivitäten zu setzen um die Wirtschaft weiter zu stärken, Wirtschaft zu ermöglichen, den Hafen auszubauen, die Investitionen der VOEST und Biodieselanlage zählen hier dazu. Die Kultur weiter zu entwickeln, dass hier weiter eine lebenswerte Kulturstadt in unserem Lande gegeben ist. Den Bildungsbereich auszubauen und zu forcieren. Die Sicherheit und den Hochwasserschutz hier weiter zu gestalten und vor allem das soziale Wohnen auch den Menschen zu ermöglichen.

Und abschließend: Krems wird auch die Vision haben, die Weltkulturerbestadt noch schöner und lebenswerter zu gestalten. Wenn das gelingt bei

guten budgetären Voraussetzungen so wie sie jetzt von der Stadt entwickelt wurden, dann sind wir zuversichtlich, dass auch Krems finanziell einer besseren Zukunft entgegen geht. Danke! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Fasan das Wort.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich will die Debatte nicht unnötig in die Länge ziehen. Ich möchte ... *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Sonst wird es ja wirklich fad. Ich möchte nur auf zwei Punkte des Kollegen Moser eingehen die mir schon wichtig sind. Eigentlich lass ich einen weg. Nur einen Punkt, was Pitten betrifft. *(Abg. Moser: Über welches willst denn diskutieren wenn keines eingereicht ist?)*

Es ist schon richtig, es ist bei der Behörde noch kein Projekt eingereicht. Aber, Kollege Moser, es gab Informationsveranstaltungen, zu denen der Betrieb geladen hat. Es gab so was ähnliches wie ein Mediationsverfahren, dieses Projekt betreffend zu dem der Betrieb geladen hat. Es gibt mehrere Varianten von möglichen Projekten. Und zu all diesen drei Dingen, Kollege Moser ... *(Abg. Moser: Gibt's noch eine breitere Information als mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten noch bevor es ein Projekt gibt?)*

Nein, überhaupt nicht, das ist in Ordnung!

Aber es gibt auch nichts dagegen zu sagen, bevor es ein Projekt ist den Landeshauptmann zu fragen. Und ich habe nicht kritisiert, dass es ein Projekt gibt oder noch kein Projekt gibt, sondern ich habe kritisiert, dass der Landeshauptmann nicht sagt, ich weiß nichts, sondern er sagt, du hast kein Fragerecht. Und das umgeht die Landesverfassung! Das ist das Entscheidende. Und das hast du missverstanden. Und das wollte ich dir erklären. *(Abg. Moser: Er wird bei der Bürgerversammlung nicht dabei gewesen sein!)*

Danke schön! *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Damit ist die Rednerliste beendet. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlusswort?

Berichterstatter Abg. Cerwenka (SPÖ): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Das ist nicht der Fall. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden*

Sammelantrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 789/B-1:) Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zur Abstimmung über Ltg. 779/B-5/2. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses:)* Das ist ebenfalls einstimmig angenommen.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 744/B-5/1:) Ebenfalls einstimmig angenommen.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zu Ltg. 729/B-4/5:) Ebenfalls einstimmig angenommen!

Zweiter Präsident Sacher: Wir kommen nun zur Beratung über Ltg. 783/H-2/2. Ich ersuche Frau Abgeordnete Hinterholzer, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Hinterholzer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 783/H-2/2, NÖ Landesausstellung 2007 „Feuer & Erde“ in Waidhofen a.d. Ybbs und St. Peter i.d. Au, Übernahme einer Landeshaftung.

Die NÖ Landesausstellung 2007 mit dem Titel „Feuer & Erde“ findet in der Zeit vom 28. April bis 4. November 2007 in den Orten Waidhofen a.d. Ybbs und St. Peter in der Au statt. Um sich für dieses Ausstellungsvorhaben die Versicherungssumme auf dem freien Markt zu ersparen, soll eine Landeshaftung für die Ausstellungsobjekte übernommen werden. Ich stelle daher den Antrag *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Für die NÖ Landesausstellung 2007 mit dem Titel „Feuer & Erde“ in Waidhofen/Ybbs und St. Peter/Au wird für die Ausstellungsobjekte in der Zeit vom 1. April bis 30. November 2007 eine Landeshaftung in der Höhe von € 15 Mio. übernommen.“

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich ersuche um Einleitung der Debatte und um Durchführung der Abstimmung.

Zweiter Präsident Sacher: Ich eröffne die Debatte und erteile Herrn Abgeordneten Waldhäusl das Wort.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Kollegen des Landtages!

Wie eben gehört findet heuriges Jahr vom 28. April bis 4. November die Landesausstellung 2007 statt. Mit dem Titel „Feuer & Erde“ werden wir entlang der Eisenstraße in Waidhofen a.d. Ybbs den

Begriff Feuer und das Element Erde in der Moststraße in St. Peter/Au bewundern können.

Feuer, das faszinierendste Element und Erde das vertrauteste Element werden die Begriffe sein mit denen Niederösterreich die Besucher anlocken wird, wodurch hoffentlich sehr viele Menschen in diese Region kommen. Es hat ja einen Grund, wenn das Land Niederösterreich Landesausstellungen durchführt, weil es ein Impuls für die betroffene Region sein soll. Es soll ein Impuls für die Gemeinden sein, für die dortige Wirtschaft, für den Tourismus, ein Impuls für ganz Niederösterreich.

Und daher ist es auch selbstverständlich, dass nicht nur für Landesausstellungen selbst Geld vom Land in die Hand genommen wird und investiert wird, weil sich eben dieses Geld dann im Sinne des Landes auch vermehren soll. Sondern es soll das Land auch unterstützend zur Seite stehen, in diesem Falle mit dem heutigen Beschluss, dass gegenüber den 140 Leihgebern aus Österreich und aus verschiedenen anderen Staaten mit einer Anzahl von zirka 820 Kunstwerken hier eine Haftung übernommen wird um sich eben diese Versicherungssumme auf dem freien Markt zu ersparen.

Es ist mit diesem Beschluss auch eine Transportversicherung verbunden. Es wird Aufsichtspersonal geben und einen Sicherheitsdienst. Dieser Beschluss kann nur die Finalisierung eines hoffentlich sehr guten und zukunftsreichen Projekt sein und ich glaube, dass jeder hier in diesem Hause auch diesem Impuls gerne zustimmen wird.

Zweiter Präsident Sacher: Ich bitte als nächsten Redner Kollegen Weiderbauer ans Rednerpult.

Abg. Weiderbauer (Grüne): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf mich zu fortgeschrittener Stunde kurz fassen zur Vorlage der Landesregierung und kann auch getrost das Lob, in diesem Fall das berechnete Lob zu dieser Landesausstellung dem Kollegen Heuras, der ja als Bürgermeister und Abgeordneter vor Ort das sicher umfassend erklären wird, überlassen. Möchte aber nicht verhehlen, dass ich mit großem Genuss den Vorspann zu dieser Vorlage gelesen habe, was alles in die beiden Elemente Feuer in Waidhofen a.d. Ybbs und Erde in St. Peter i.d. Au hinein interpretiert wird und erwarten lässt, dass es zu einer sehr spannenden und interessanten Landesausstellung kommen wird.

Wir sind selbstverständlich als Grüne Landesausstellungen sehr positiv gegenüber eingestellt, noch dazu weil es ja dadurch gelingt, oft Denkmäler zu erhalten und zu revitalisieren, was sicher auch in Waidhofen und in St. Peter i.d. Au gut gelungen ist. Und stehen natürlich auch diesem Antrag sehr positiv gegenüber. Es ist selbstverständlich, dass nicht auf dem freien Markt die Versicherungen gekauft werden, sondern dass das Land die Landeshaftung übernehmen soll. Ein kleiner Kritikpunkt jetzt nicht an dieser Landesausstellung, sondern an Landesausstellungen insgesamt. Es ist von Impulsen gesprochen worden, die für die Region, für die Orte, für die Gemeinden hier stattfinden sollten. Das passiert in den meisten Fällen. Was uns dabei abgeht ist, dass diese Impulse sich doch über einen längeren Zeitraum, und das wünsche ich auch den Damen und Herren von Waidhofen und St. Peter i.d. Au, fortsetzen sollten.

Also man könnte durchaus dazu übergehen, einmal die Landesausstellung der vergangenen Jahre zu evaluieren. Was hat das längerfristig für die Region gebracht und hat es diesen Einsatz, das Geld das das Land hier in die Hand nimmt, auch wirklich gerechtfertigt? Dass es für dieses Jahr sicher auch in diesen beiden Orten gut funktionieren wird, dass viele Besucherinnen und Besucher kommen werden, das wünsche ich den beiden Orten. Und ich wünsche ihnen auch, dass das über Jahre hinaus anhält und sie wirklich von dieser Landesausstellung auch was haben werden. Danke schön! (*Beifall bei den Grünen.*)

Zweiter Präsident Sacher: Nächster Redner ist Herr Ing. Gratzner. Ich bitte ums Wort.

Abg. Ing. Gratzner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

„Feuer & Erde“ ist der Titel der heurigen Landesausstellung. Feuer und Erde stehen im Mittelpunkt dieser Landesausstellung 2007. Beide Elemente sind von grundlegender Bedeutung für Menschheit und Zivilisation, gut und böse, nutzbringend und zerstörerisch zugleich. Zwei Elemente und zwei Ausstellungsorte.

Ich möchte aus Gründen der Zeitökonomie, aber auch vor allem aus Gründen der Fairness nicht auf St. Peter i.d. Au eingehen, da haben wir ja den Herrn Bürgermeister und Kollegen Heuras hier, der wird das sicher ausführlich machen. Ich befrage mich daher mehr mit dem Ausstellungsort Waidhofen a.d. Ybbs.

In Waidhofen a.d. Ybbs wird die Faszination des Feuers den Besucherinnen und Besuchern vor Augen geführt. Aber nicht nur vor Augen, sondern auch für andere Sinne erfassbar gemacht. Die Zivilisation wurde erst durch das Zähmen des Feuers möglich. Feuer vermittelt Wärme, Geborgenheit und Romantik. Wichtige Materialien wie Glas, Keramik und Metall entstehen erst durch den Gang durchs Feuer. Feuer ist Kraft, Dynamik, setzt Maschinen, Eisenbahnen und auch Raketen in Bewegung. Wenn wir nach Waidhofen a.d. Ybbs kommen, wird die Ausstellung im sogenannten Rothschildschloss stattfinden. Dieses Schloss ist von weitem sichtbar wenn man von Amstetten nach Waidhofen fährt. Im letzten Jahr gab es viel Kritik um dieses Schloss. Denn auf den Schlossturm wurde ein sogenannter Glaskubus, der in Wirklichkeit ein Quader ist, aufgesetzt. Und es gab hier heiße Diskussionen ob überhaupt dieses moderne Element zum traditionellen Schloss, zu dem alten Gebäude passt. Mir gefällt er mittlerweile ganz gut. Ich finde da nichts Anstößiges daran.

Wenn man dann in dieses Schloss hineinkommt, die Bauarbeiten sind voll im Gang - ich habe mich diese Woche noch selbst davon überzeugt – dann wird man im Erdgeschoß von überdimensionalen Streichhölzern empfangen. Man kommt mit dem Feuer in einer Form in Berührung, wo man sich als Besucher wie ein kleiner Zwerg vorkommt der Macht des Feuers gegenüber. Und man wird dann auch in verschiedenen Etagen eben auch durch die Geschichte geführt wie Feuer gemacht werden konnte, wie Feuer gemacht wird, heute gemacht wird und was man mit dem Feuer alles machen kann.

Und schlussendlich streift auch eine kleine Ausstellung den Bereich über das ungezähmte Feuer. Hier kommt die Feuerwehr zum Zug. Hier wird eine kleine Ausstellung auch das Thema Feuerwehren darstellen.

Aber es soll nicht nur die Ausstellung besucht werden, sondern Waidhofen bietet ja vieles mehr. Waidhofen ist eine Kulturstadt! Waidhofen bietet ein umfangreiches Programm und viele andere Elemente, die den Besuchern näher geführt werden können.

Nicht nur Waidhofen, würde ich sagen, es ist angebracht, wenn Sie sich mindestens zwei Tage für den Besuch der Landesausstellung Zeit nehmen. Einen Tag für Waidhofen gesondert und einen Tag für St. Peter. Da haben Sie alle mehr davon. Denn in Waidhofen alleine, durch das Rahmenangebot das sich rundherum bietet, wie gesagt, das Angebot der gesamten niederösterreichischen Ei-

senstraße, nach Ybbsitz hineinzufahren oder mit der Ybbstalbahn nach Opponitz, da gibt es ein Sonderprogramm dafür, oder natürlich auch nach Hollenstein zu kommen. Das bietet sich von Waidhofen aus hervorragend an. In St. Peter i.d. Au wird das Geheimnis der Erde gelüftet. Die meisten unserer Lebensgrundlagen verdanken wir der Erde: Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Werkzeug. Erde ist sicherer Boden. Sie steht für Heimat, wird nutzbar gemacht und liefert Bodenschätze.

Alles in allem denke ich, dass das Angebot ein hervorragendes ist und ich ersuche alle, nicht nur Sie, sondern auch alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher und natürlich auch unsere Gäste aus den Nachbarbundesländern, zahlreich diese Ausstellung zu besuchen und wünsche dieser Ausstellung schon heute viel Erfolg. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als letztem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Heuras das Wort.

Abg. Mag. Heuras (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren!

Diese heutige Landtagssitzung zeichnet sich für mich durch besonders, markante oder durch besondere Höhepunkte aus im positiven und im negativen Sinn. Auch wenn du, Kollege Waldhäusl, sehr positiv jetzt über die Landesausstellung gesprochen hast: Für mich war ein negatives Erlebnis heute deine Wortmeldung bezüglich des Herrn Präsidenten, ein absoluter Tiefpunkt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber die besonderen, positiven herausragenden Ereignisse und für mich die zwei persönlichen Höhepunkte des heutigen Nachmittags waren ganz einfach zum Einen die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl und natürlich dieser Tagesordnungspunkt. Weil ich mich beiden besonders verbunden fühle und weil sie mich ganz einfach auch ein wenig stolz machen, vor allem als Bürgermeister der Standortgemeinde St. Peter i.d. Au. Seit 1999 versuchen wir an einer Vision zu arbeiten, nämlich diese Landesausstellung in die Region des westlichen Mostviertels zu bekommen. Nach St. Peter zu bekommen und in die Region zu bekommen und damit auch nach Waidhofen zu bekommen. Und dass diese Vision Wirklichkeit geworden ist, das erfüllt mich mit Stolz. Das erfüllt mich aber auch mit großer Freude, aber mit noch mehr Dankbarkeit.

Ich möchte daher einleitend schon eines mit großer Überzeugung festhalten: Ich bin dem Land

Niederösterreich wirklich sehr, sehr dankbar und allen Verantwortungsträgern und insbesondere dem Herrn Landeshauptmann, dass wir diese historische und einmalige Chance bekommen haben. Ich bin dankbar dafür, dass wir damit in der Region Mostviertel eine Chance bekommen haben, neue Impulse zu setzen, Akzente zu setzen im Bereich der Wirtschaft, des Tourismus, der Gastronomie und natürlich auch im Bereich der Kultur. Und Sie verzeihen mir vielleicht, wenn ich doch ein wenig aushole um vielleicht ein wenig zu begründen was es mit dem Thema Erde und Feuer und mit der Region auf sich hat.

Da ist zum Einen die Eisenstraße. Sie hat den Namen vom schwarzen Gold, vom Eisen, vom Feuer, das Voraussetzung war für den Reichtum des Ybbstales, in früheren Jahrhunderten bereits. Eine lange Tradition, geprägt von dieser starken Kraft des Feuers, der Schmiedekunst und des Eisens. Und darauf aufgesetzt eben das Thema Feuer im Standort Waidhofen a.d. Ybbs, passend zur Eisenstraße.

Und daneben im fruchtbaren Land, in der fruchtbaren Erde der Moststraße, gesäumt von abertausenden Mostobstbäumen, die vor 100 Jahren dort den Wohlstand und den Reichtum in der ländlichen Bevölkerung begründet haben. Passend zu dieser fruchtbaren Erde der Moststraße ist dort eben das Element der Erde zu betrachten. Und daher stimmig abgestimmt auf die beiden Regionen, auf die beiden Flecken Erde, hier das Thema Feuer und dort das Thema Erde.

Das ist nicht das einzige Spannende und wirklich Abgestimmte. Darüber hinaus haben die beiden Elemente Feuer und Erde noch etwas Faszinierendes. Nämlich etwas sehr Ambivalentes, etwas oft scheinbar Widersprüchliches, das aber die Faszination ausübt und ausmacht.

Auf der einen Seite das Thema Feuer, zerstörerisch auf der einen Seite und lebensbringend, lebensspendend, wärmend, Energie spendend auf der anderen Seite. Brände, Feuersbrünste, verwendet in Kriegen, bei Waffen auf der einen Seite im negativen Sinn, und auf der anderen Seite setzt es Maschinen in Bewegung, Eisenbahnen, wärmt uns, gibt uns Nahrung. Ein ambivalenter Spannungsbogen, der aber diese Faszination ausübt.

Und auf der anderen Seite das Gleiche beim Thema Erde. Das Thema Erde auf der einen Seite assoziiert Verwurzelung, Fruchtbarkeit, Bodenständigkeit, Nahrungsmittel, Ernte, Leben, Heimat, Verbundenheit, Geborgenheit. Und auf der anderen Seite verbrannte Erde, Asche, Tod, Hunger. Also

auch hier ein sehr faszinierender Spannungsbogen der, glaube ich, in beiden Ausstellungsorten sehr dramatisch, aber auch sehr anschaulich und nachvollziehbar und erlebbar gestaltet wird.

Was ist das Ziel, und da bin ich ein wenig beim Kollegen Weiderbauer, welches Ziel verfolgen wir denn mit dieser Landesausstellung? Für mich persönlich sind es zwei ganz große Facetten oder ganz große Ziele, die hier zu verfolgen sind. Auf der einen Seite denke ich mir, dass diese beiden Elemente etwas haben um unser Bewusstsein zu schärfen. Wie gehen wir um mit diesen Elementen? Was geben sie uns? Was gibt uns die Erde? Was tun wir mit der Erde? Wie nützen wir ihre Ressourcen? Also ein sehr spannendes Thema, das auch unser Bewusstsein schärfen kann. Auch der Umgang mit der Nahrung, mit den Lebensmitteln, mit Nahrungsmitteln.

Und auf der anderen Seite ein zweites Ziel. Eine, wie ich glaube, eine der schönsten Regionen unseres Landes, einer der schönsten Flecken Erde in den Mittelpunkt des Bewusstseins zu rücken. Menschen bewusst in diese Region zu holen mit dem Ziel, sie zum „Wiedertäter“ zu machen. Mit dem Ziel, dass sie wiederkommen um diese Region nochmals und erneut erleben zu können mit ihrem wirklich unglaublichen Reichtum, den uns die Natur mit dem fruchtbaren Hügelland und den wunderbaren Plätzen geschenkt hat.

Wir wollen damit daher einen nachhaltigen Effekt ausnutzen. Nachhaltigkeit bringen im Bereich des Tourismus. Nachhaltigkeit im Bereich der Wirtschaft. Nachhaltigkeit im Bereich der Kultur und der Gastronomie. Das muss uns gelingen. Und da bin ich bei dir, Herr Kollege Weiderbauer, an der Nachhaltigkeit sind Landesausstellungen zu messen. Und wir bereiten uns gerade im Hinblick auf diesen Faktor wirklich gut und entsprechend vor.

Eines sei vielleicht bei dem Thema noch erwähnt, das vor allem diese Nachhaltigkeit unterstreicht und glaube ich auch garantieren wird. Das ist die Vernetzung und die Partnerschaft in der Region. Die Partnerschaft mit dem Mostbirnhaus in Ardagger. Mit dem Tiergarten und dem Theatersommer in Haag. Mit dem Hofgarten in Seitensteden. Mit dem Ferrum in Ybbsitz. Und ich könnte noch viele andere Initiativen aufzählen, die in Summe einen regionalen Impuls auslösen sollen und bereits ausgelöst haben.

Denn dass das so ist, das zeigen bereits jetzt die Wirtschaftsdaten des Bezirkes Amstetten. Mit einem Wirtschaftswachstum an der absoluten Spitze Österreichs, mit Arbeitslosenzahlen, wobei

schon die niederösterreichischen top sind, aber auch im Reigen dieser Zahlen ragen wir heraus: Auch ein Ausfluss und ein Ergebnis dieser regionalen Initiative die sich hier entwickelt hat.

Und daher glaube ich, sind wir derzeit in unseren Vorbereitungen gut im Laufen. Und damit komm ich zum eigenen Punkt, das ist die Haftungsübernahme. 15 Millionen Euro sollen die teuren Objekte versichert oder hierfür die Haftung übernommen werden durch das Land Niederösterreich. Ich erwähne nur ein paar die zeigen, was hier zu sehen sein wird. Ob es zum Beispiel die Skulptur „Mutter Erde“ ist von Ernst Barlach, ob es der Pflug Kaiser Franz Josef II. sein wird, oder ob es der brennende Mensch von Anton Hanak sein wird. Es sind 140 Leihgaben aus allen Ländern Europas, die hier in die beiden Ausstellungsorte St. Peter/Au und Waidhofen/Ybbs transportiert und gebracht werden um die beiden Elemente spannend und faszinierend zu transportieren. Und um diese Haftungsübernahme geht es in Wahrheit, um diese Objekte auch entsprechend zu sichern.

Ich habe mit einem Dank begonnen. Ich habe begonnen mit meinem Dank an den Herrn Landeshauptmann und an das Land Niederösterreich. Und ich möchte auch mit einem Dank enden. Ich möchte mich bedanken für die hervorragende Zusammenarbeit bereits seit mehreren Jahren mit den Verantwortlichen, insbesondere mit dem Geschäftsführer, mit dem Mag. Hermann Dikowitsch und seinem Team. Es ist eine tolle Herausforderung, diese Landesausstellung zu einem wirklich regionalen Impuls zu formen. Es ist eine spannende Aufgabe. Aber wenn alle versuchen, an einem Strang zu ziehen und wenn man das Gefühl hat, alle verfolgen dasselbe Ziel, so ist diese Herausforderung eine unglaublich faszinierende. Und ich danke auch dafür!

Und möchte abschließend noch etwas zitieren, was der Herr Landeshauptmann im Zusammenhang mit der Landesausstellung gesagt hat. Er hat anlässlich einer Pressekonferenz bereits vor drei Jahren erwähnt, wir satteln euch die Pferde, reiten müsst ihr selber. Geschätzte Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, sowohl die Stadt Waidhofen a.d. Ybbs als auch die Gemeinde St. Peter i.d. Au und die dortigen Bürgerinnen und Bürger sowie viele in der gesamten Region haben inzwischen Reitkurse besucht. Und wir sind dran und drauf, Dressurreiter zu werden!

Ich kann Sie daher nur bitten und einladen, überzeugen Sie sich selber davon. Am 27. April wird diese Landesausstellung eröffnet. Ich lade Sie nicht nur zu dieser Eröffnung ein, ich lade Sie vor

allem ein, besuchen Sie diese Show an den beiden Orten Waidhofen und St. Peter. Machen Sie sich ein Bild von dem, wie sich diese Region vorbereitet hat. Machen Sie sich ein Bild von dem, was diese Region zu bieten hat. Und garantieren Sie mit Ihrem Besuch, mit Ihrer Werbung und mit der Tatsache, dass Sie viele, viele Menschen dazu bewegen, in den Westen Niederösterreichs zu kommen, auch den Erfolg dieser NÖ Landesausstellung.

Ich sage Ihnen jetzt schon ein herzliches Dankeschön für Ihre Zustimmung und auch für Ihre Mitwirkung beim Erfolg dieser niederösterreichischen Landesausstellung. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zweiter Präsident Sacher: Es liegt noch eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Waldhäusl vor.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

Liebe Kollege Heuras! Du sprichst vom negativen Höhepunkt, sprichst aber nicht davon, was in diesem Hause alles nicht in Ordnung ist. Demokratiepolitisch nicht in Ordnung ist. Sprichst nicht von den vielen Beschimpfungen die von diesem Rednerpult aus hier gegen meine Person es gegeben hat, die von keinem Präsidenten geahndet wurden. Du sprichst nicht von der Parteipolitik eines Präsidenten. Ich spreche jetzt auch nicht davon, weil es in die Präsidiale gehört. Ich spreche aber bewusst jetzt von den Rechten eines Abgeordneten. Und die Grundrechte eines Abgeordneten müssen auch in diesem Hause gewahrt bleiben. Als einzelner Abgeordneter habe ich kein Problem, mich gegen 31 ÖVP-Abgeordnete zu wehren. Aber es ist nicht in Ordnung, dass seit Monaten meine Arbeit hier im Landtag bewusst von einem Präsidenten behindert wird. Es geht um die Grundrechte eines Abgeordneten.

Zweiter Präsident Sacher: Kollege Waldhäusl! Das ist nicht zum Tagesordnungspunkt. Ich möchte aufmerksam machen, das hat mit dem Tagesordnungspunkt Landesausstellung nichts zu tun.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Ich gebe Ihnen eindeutig Recht Herr Präsident! Ich ersuche Sie trotzdem, mir noch 20 Sekunden zu schenken. Es geht um die Grundrechte eines Abgeordneten und ich rede hier abschließend von der Zwangsräumung eines Büros, vom Diebstahl in meinem Büro und von dem Versuch, einen Abgeordneten im Landtag mundtot zu machen. Es geht hier um die Grundrechte eines Abgeordneten.

Zweiter Präsident Sacher: Damit ist die Rednerliste erledigt. Die Berichterstatteerin hätte ein Schlusswort.

Berichterstatteerin Abg. Hinterholzer (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Sie verzichtet darauf. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 783/H-2/2:)* Ich stelle fest, dass diese Beschlussfassung im NÖ Landtag einstimmig erfolgt ist. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Zum nächsten Tagesordnungspunkt ist beabsichtigt, die Geschäftsstücke Ltg. 765/H-11/23, Ltg. 766/H-11/24, Ltg. 781/S-5/37, Ltg. 786/H-11/25 und Ltg. 787/H-11/26 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln, Berichterstattung und Abstimmung jedoch getrennt durchzuführen. Ich nehme an es gibt keinen Einwand. Oder doch? Das ist nicht der Fall.

Zu den Geschäftsstücken Ltg. 786/H-11/25 und Ltg. 787/H-11/26 ist gemäß § 42 Abs.1 LGO die Zustimmung des Landtages zum Abgehen von der 24-Stundenfrist für die Verteilung der Anträge an die Abgeordneten erforderlich. Wird diesem Abgehen zugestimmt? Das ist die Mehrheit bzw. Einstimmigkeit soweit ich das feststellen konnte. Und daher ersuche ich nun Herrn Abgeordneten Findeis zu den Geschäftsstücken Ltg. 765/H-11/23 und Ltg. 766/H-11/24 und danach Kollegen Abgeordneten Maier zu Ltg. 781/S-5/37, abschließend wieder Kollegen Findeis zu Ltg. 786/H-11/25 und Ltg. 787/H-11/26 zu berichten.

Berichterstatte Abg. Findeis (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich berichte zu Ltg. 765/H-11/23 über Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landeskrankenhaus St. Pölten, 2. Bauabschnitt – 1. Bauetappe, Projekterweiterung, Freigabe der Gesamtkostenerhöhung.

Ich stelle daher den Antrag *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Gesamtkosten in der Höhe von € 137.640.000,- Euro ohne Ust (Preisbasis August 2001) für das Investitionsvorhaben ‚Landeskrankenhaus St. Pölten, 2. Bauabschnitt – 1. Bauetappe, Projekterweiterung, Freigabe der Gesamtkostenerhöhung‘ werden grundsätzlich genehmigt.“

Ich berichte weiters zu Ltg. 766/H-11/24 über Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landeskrankenhaus Thermenregion Hohegg, Projekt Wachkoma, Neurorehabilitation, IMCU, Schlaflabor, Freigabe der Planungskosten.

Ich stelle daher den Antrag *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Planungskosten in der Höhe von € 900.000,- ohne Ust (Preisbasis 1. Jänner 2006) für das Investitionsvorhaben ‚Landeskrankenhaus Thermenregion Hohegg, Projekt Wachkoma, Neurorehabilitation, IMCU, Schlaflabor, Freigabe der Planungskosten‘ werden grundsätzlich genehmigt.
2. Der Anwendung eines außerbudgetären Sonderfinanzierungsmodells wird zugestimmt.“

Herr Präsident, ich ersuche Sie, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Zweiter Präsident Sacher: Kollege Maier, bitte.

Berichterstatte Abg. Maier (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 781/S-5/37, Landespflegeheim Raabs/Thaya, Neubau, Kostenerhöhung.

Mit 24. Februar 2005 hat der Landtag die Gesamtherstellungskosten von 11.780.000 exklusive Ust. genehmigt. Jetzt im Zuge von Bauarbeiten hat sich herausgestellt, dass eine Kostenerhöhung in der Höhe von 820.561,85 exklusive Mehrwertsteuer entstanden ist. Begründet mit unvorhersehbarem Felsabbruch, Notstiegen, Gehwegen, Standardanhebungen, Wintergärten bzw. witterungsbedingte Bauarbeiten. Die Kostenerhöhung wurde vom Bauerrat am 28. November 2006 zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich darf daher gleich zum Antrag kommen *(liest:)*

„Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landespflegeheim Raabs/Thaya, Neubau, Kostenerhöhung.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Für den Neubau des Landespflegeheimes Raabs/Thaya wird die Kostenerhöhung um € 820.561,85 exkl. USt. von 11.780.000,- exkl. USt. auf € 12.600.561,85 exkl. USt. (Preisbasis 1. Jänner 2002) genehmigt.

2. Finanzierung

Unter Berücksichtigung der Gesamtkosten von € 12.600.561,85 exkl. USt. errechnen sich nachstehende voraussichtliche jährliche Leasingraten:

Exkl. USt. Immobilien (inkl. Kautions), Laufzeit 25 Jahre € 505.971,77

Mobilien (inkl. Kautions), Laufzeit 9 Jahre € 163.355,16.

3. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung des Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Herr Präsident, ich bitte um Einleitung der Debatte und Durchführung der Abstimmung.

Zweiter Präsident Sacher: Danke für den Bericht. Und nochmals jetzt Kollege Findeis.

Berichterstatter Abg. Findeis (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich berichte zu Ltg. 786/H-11/25 über Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landeskrankenhaus Mostviertel Amstetten Mauer, Pavillon 6 – Instandsetzung Kinder-, Jugend- und Neuropsychiatrie, Umwidmung und Freigabe der Gesamtkosten.

Ich stelle daher den Antrag (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Umwidmung und die Gesamtkosten in der Höhe von € 3,700.000,- ohne USt (Preisbasis 1. Jänner 2006) für das Investitionsvorhaben ‚Landeskrankenhaus Mostviertel Amstetten-Mauer, Pavillon 6 – Instandsetzung Kinder-, Jugend- und Neuropsychiatrie, Umwidmung und Freigabe der Gesamtkosten‘ werden grundsätzlich genehmigt.

2. Der Anwendung eines außerbudgetären Sonderfinanzierungsmodells wird zugestimmt.“

Weiters berichte ich zu Ltg. 787/H-11/26 über Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landeskrankenhaus Donauregion Tulln, Zu- und Umbau, Projekterweiterung, Aufstockung der Gesamtherstellungskosten. Ich stelle daher den Antrag (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Projekterweiterung sowie die Aufstockung der Gesamtherstellungskosten um € 8.848.000,- auf somit € 69.800.000,- (Preisbasis 1. August 2004) ohne USt für das Investitionsvorhaben ‚Landeskrankenhaus Donauregion Tulln, Zu- und Umbau, Projekterweiterung, Aufstockung der Gesamtherstellungskosten‘ werden grundsätzlich genehmigt.

2. Auf Grund der Gesamtkosten von € 69.800.000,- (Preisbasis 1. August 2004) ohne USt errechnen sich auf Grundlage der derzeit geltenden Konditionen und der letzten Ausschreibungsgrundlagen folgende vorläufige jährliche Leasingraten (Preisbasis 1. August 2004):

- □ Immobilien, Laufzeit 25 Jahre € 3.177.895,98 ohne USt

- Mobilien, Laufzeit 7 Jahre € 1.219.849,89 ohne USt

Die für das Landesbudget aus der Projektrealisierung erwachsenden konkreten Belastungen werden erst nach der tatsächlichen Endabrechnung, sowie des Einbringens des Verwertungserlöses der NÖ Landesnervenklinik Klosterneuburg/Gugging als Einmalkautions abschätzbar sein.“

Herr Präsident, ich ersuche Sie, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Zweiter Präsident Sacher: Somit ist die Debatte eröffnet und als erster Redner ist Herr Abgeordneter Waldhäusl am Wort.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

In aller Kürze ein paar Worte zu diesem Bauvorhaben. Sämtliche Investitionen sind Investitionen in die Gesundheit und daher zu begrüßen. Egal ob es sich um das Landeskrankenhaus Thermenregion Hohegg, ob es um das Landeskrankenhaus Mostviertel Amstetten-Mauer, ob es um das Landeskrankenhaus Donauregion Tulln oder auch um den 2. Bauabschnitt am Landeskrankenhaus St. Pölten handelt. Es sind Investitionen in die Gesundheit und damit hat die Bevölkerung hier auch das Recht zu sagen, mit unserem Geld wird auch etwas Vernünftiges errichtet und wir können stolz darauf sein, in

Niederösterreich, egal wo wir zu Hause sind, eine flächendeckende, gute Gesundheitsversorgung zu haben.

Mein Kollege Kernstock, ich habe gerade mit ihm gesprochen, hat gesagt, er wird dies als Vorsitzender des Gesundheits-Ausschusses im Detail noch genau erörtern, daher erspare ich mir auf Grund der fortgeschrittenen Zeit hier ins Detail einzugehen. Möchte nur zwei wesentliche Punkte herausstreichen. Im Landesklinikum St. Pölten, 2. Bauabschnitt, bei diesen ewigen Gesamtkostenerhöhungen fällt mir halt immer auf, dass dann immer wieder steht „im Zuge der Projektentwicklung und im Hinblick auf die einsetzende Planung für die Inbetriebnahme zeigt sich die Notwendigkeit und zusätzlicher Maßnahmen“ und, und, und.

Dass dieses Geld aufgebracht werden muss ist ganz klar und ich steh' auch dazu und es soll auch so sein. Nur, es ändert nichts daran, wenn man das nicht gleich vielleicht vorher ein bisschen genauer macht. Ich mein', ich weiß nicht, ob das nicht doch möglich wär und ob da nicht vielleicht doch auch die Architekten und die betroffenen, hier verantwortlichen Personen das ein bisschen besser und gewissenhafter durchführen könnten. Weil wir beschließen ständig und erhöhen wieder und beschließen wieder. Es muss eigentlich möglich sein, wenn es woanders ist, bei Bauvorhaben auch im gesundheitlichen Bereich möglich sein, hier das ein bisschen besser einzuschätzen.

Zum Landespflegeheim Raabs a.d. Thaya: Eine Investition für die Region für unsere älteren Menschen. Hier kommt es zu einer Kostenerhöhung, Kostenüberschreitung. Da möchte ich nur, weil ich aus dieser Gegend bin, ein paar Worte dazu sagen. Ich mein, es ist schon eine beachtliche Summe, die man hier überschreitet. 820.000 Euro wird angegeben mit unvorhergesehenem Felsabbruch. Naja. Steht ein Bodengutachten drinnen. Wissen tun wir, dass es kein Bodengutachten war, sondern Probebohrungen. Ich glaube schon, dass der Architekt hier die größte Verantwortung trägt. Denn jeder, der dort schon einmal gebaut hat, hätte wissen müssen, dass dort ein Fels ist. Hätte man gar kein Bodengutachten gebraucht, keine Bodenbohrung. Hätten wir nur die Leute aus der Nachbarschaft, aus der Region dort fragen brauchen. Die hätten es gewusst, für die war das alles eigentlich keine Überraschung. Dass man kein Hubrettungsgerät hat dort war auch für die Leute dort alle keine Überraschung. Also wo da die verantwortlichen Leute und was die gedacht haben, weiß ich nicht, dass da Notstiegen erforderlich sind. Dass die Gehwege, okay, die Standardanhebung, dass der Wintergarten notwendig ist. Jeder, der die Re-

gion dort kennt, weiß, dass es dort, wo das Bauvorhaben durchgeführt ist, so Windverhältnisse sind, dass natürlich dann so was notwendig ist.

Und den einen Punkt der Witterungsbedingungen, also da muss ich sagen, da hat der Architekt nicht im Interesse des Landes gehandelt, sondern im Interesse der Baufirma. Denn so was ist nicht branchenüblich und ist erstmalig dass ich so was lese und höre. Habe mich erkundigt in der Baubranche: So etwas gibt es nicht. Nur hier in Raabs a.d. Thaya! Ich hoffe, dass sich das der Rechnungshof irgendwann einmal bei einer Prüfung anschaut, dass auf Grund von Witterungsbedingungen da die Hitzewelle angeführt wird und die Estriche daher in der Höhe so stark austrocknen und da innen feucht bleiben und daher diese Trocknungskosten die Baufirma extra berechnet, das ist einmalig. Die Baufirma weiß wann sie betoniert, wenn sie einen Estrich einbringt. Und wenn es zu heiß ist, dann dürfen sie es nicht. Aber so etwas dann noch bezahlt zu bekommen, ist eine starke Verfehlung des Architekten und des Baubeherrschers. Ich würde sagen, diese 47.000 Euro sind ein Körbergeschenk an die Firma. Mag sein, dass es für die Firma gut war, aber es ist Landesgeld und dagegen verwehre ich mich. Aber dem Umbau, in dem Fall dem Neubau werde ich es genauso wie den anderen Bauvorhaben gerne meine Zustimmung geben.

Zweiter Präsident Sacher: Ich möchte nur mitteilen, dass Frau Dr. Krismer-Huber ihre Wortmeldung zurückgezogen hat und erteile als nächstem Redner Herrn Mag. Stiwicek das Wort.

Abg. Mag. Stiwicek (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Ich freue mich, dass in der Landeshauptstadt in den nächsten Jahren das NÖ Gesundheitszentrum der Zukunft entstehen wird. Der heutige, sicherlich bedeutsame Landtagsbeschluss gibt die Mittel dafür frei und damit grünes Licht praktisch für einen eigenen Stadtteil Klinikum in St. Pölten.

Ich glaube, man kann von einem wirklich ambitionierten Ausbau zum Nutzen aller Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher reden. Denn welcher Bürger, auch wenn er derzeit pumperlg'sund ist, kann schon sagen, dass er die spitzenmedizinischen Einrichtungen, die in St. Pölten errichtet werden, nicht einmal brauchen wird.

Ursprünglich beliefen sich die Gesamtkosten für die erste Bauetappe des 2. Bauabschnittes auf rund 100 Millionen Euro. Mittlerweile haben sich positive Projekte, Erweiterungen ergeben, die wirk-

lich Sinn machen, Kollege Waldhäusl, und von uns absolut begrüßt werden.

Ich denke hier an die Errichtung eines zweiten Herzkatheders, den Neubau der 2. medizinischen Abteilung, den Neubau der Sterilisation, die Anpassung der urologischen Ambulanz, die Adaptierung der Dermatologie und der Gynäkologie und so weiter und so fort.

Auch die neuen Richtlinien für den vorbeugenden Brandschutz werden durch das erweiterte Projekt voll erfüllt, was natürlich auch mit Kosten verbunden ist. Damit ist auch einer Rechnungshofkritik Genüge getan.

Daher belaufen sich die Gesamtkosten auf rund 137 Millionen Euro. Ich bin davon überzeugt, dass davon jeder Cent gut investiert wird in die Zukunft einer hochqualitativen Gesundheitsversorgung in Niederösterreich. Mit dem heutigen Beschluss ist aber sicherlich noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Die medizinische Entwicklung geht weiter. Daher wurde im Vorjahr bereits eine detaillierte Zielplanung für den weiteren Ausbau um insgesamt rund 300 Millionen Euro konzipiert und vorgelegt.

Letzten Endes wird sich, so ist zu erwarten, wohl schon bald um den Stadtteil Klinikum ein ganzer Gesundheitscluster entwickeln. Nicht nur die jetzt schon bestehenden Arztpraxen, die medizinischen Akademien rund um das Krankenhaus, sondern auch das fast fertige Projekt wie das Gesundheitszentrum der NÖ Gebietskrankenkasse und der Pensionsversicherungsanstalt nördlich des Bahnhofes und selbstverständlich neue Projekte, wie etwa das Patienten Angehörigen Hotel auf dem Krankenhausareal des ehemaligen Landes-Pensionistenheimes sorgen dafür.

Die Stadt hat der Fachhochschule St. Pölten einen Forschungs- und Entwicklungsauftrag für ein Kompetenzzentrum im Bereich Soziales und Gesundheitswesen erteilt. Für den Standort St. Pölten ist sicherlich ein großes Zukunftspotenzial in diesem Bereich vorhanden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Situierung der Fachhochschule, für die gerade ein Neubau der Fertigstellungen entgegen strebt, mit ihren einschlägigen Erfahrungen in Forschung, Entwicklung und Lehre in unmittelbarer Nähe des Landes-klinikums von großem Vorteil. Es scheint durchaus sinnvoll, die Wechselwirkung zwischen der Forschung und bestimmten Wirtschaftsbranchen in Zukunft noch weiter voranzutreiben.

Meine Damen und Herren! Möglich geworden ist das Ausbauprojekt Landes-klinikum auch durch die gute und konstruktive Zusammenarbeit der Stadt St. Pölten mit dem Land Niederösterreich. Noch vor der Gemeinderatswahl wurden die letzten Detailfragen im Zusammenhang mit der Übertragung des einstigen städtischen Krankenhauses an das Land ausgeräumt. Das Ergebnis war ein neuer Pakt der Kooperation und der gemeinsamen Arbeit für dieses Projekt.

So wurden etwa rasch und unbürokratisch alle Grundstücke des Krankenhausareals zusammen gelegt und so die Planungs- und Bauprozesse wesentlich erleichtert. Schon zuvor war das sogenannte „Pfandlareal“ durch die Stadt an das Land übertragen worden. Um eine kostenintensive Überbrückung der Überdachung des Abschnittes der Kremser Landstraße westlich des Krankenhausareals zu vermeiden, wird dieses Straßenstück aufgelassen und in das Landes-klinikum integriert.

Die Stadt hat auch den sogenannten großen Krankenhausparkplatz, den Hauptplatz, für die Ausbauzwecke zur Verfügung gestellt. Übrigens nur um einen Euro Fruchtgenussrecht.

Natürlich wird durch den Bau auch der Verkehr rund um den Stadtteil Klinikum bzw. im Norden St. Pöltens nicht gerade weniger werden. Hier sind sicherlich mittelfristig weitere Kooperationen zwischen Land und Stadt nötig, wie etwa eine Westumfahrung oder die sogenannte Kerntangente Nord. Nachdem die Stadt und das Land mit dem Ausbau der L100 schon wichtige Maßnahmen in diesem Bereich erbracht haben.

Die angesprochenen Verkehrslösungen werden sicherlich auch Projekte, die weit über die Landeshauptstadt hinausstrahlen und den meisten Bewohnerinnen und Bewohnern des NÖ Zentralraumes direkten Nutzen bringen, durchaus vergleichbar mit laufenden bzw. bereits verwirklichten Kooperationsprojekten zwischen Land und Stadt, wie etwa dem Umbau des Hauptbahnhofes oder die Errichtung des Behindertenwohnheimes.

Alles in allem ist, so glaube ich, gerade der 2. Bauabschnitt, 1. Bauetappe des Ausbaus Landes-klinikum St. Pölten ein Paradebeispiel für die gute Zusammenarbeit zwischen Land und Stadt im Sinne der Sache. Wir helfen zusammen, damit dieses Krankenhaus weiter entwickelt wird.

Zusammen gefasst darf ich sagen, wir alle sollten uns im Sinne einer möglichst optimalen, modernen Gesundheitsversorgung für alle Nieder-

österreicherinnen und Niederösterreicher auf diesen nächsten Ausbauschnitt des Landeskrankenhauses St. Pölten freuen. Es geht einfach darum, dieses Krankenhaus gemeinsam zu einer Vorzeigeeinrichtung für das ganze Land Niederösterreich auszubauen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dworak. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dworak (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Erlauben Sie mir ganz kurz Stellung zu nehmen zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landeskrankenhaus Thermenregion Hohegg. Ein Projekt für die Neugestaltung von Wachkomaräumlichkeiten, Neurorehabilitation, Schlaflabor. Hier geht es um die Freigabe der Planungskosten.

Das Landeskrankenhaus Thermenregion Hohegg blickt auf eine fast 100-jährige Geschichte zurück. Ursprünglich wurde das Krankenhaus im Ersten Weltkrieg dazu verwendet, die verletzten Soldaten zu versorgen und war im Besitz des Roten Kreuzes.

Im Jahr 1978 begann für dieses Krankenhaus das Zeitalter der Neurologie. Und es gelang im Zusammenwirken mit der österreichischen MS-Gesellschaft eine Erholungs- und Reha-Station mit 20 Betten für Patienten mit Multipler Sklerose zu errichten. Diese Einrichtung war damals einzigartig für Österreich, wo so gut wie keine Reha-Einrichtungen für diese Patienten mit chronischen neurologischen Erkrankungen zur Verfügung gestanden sind. 1981 wurde das Haus vom Land Niederösterreich übernommen und damit auch die Einrichtungen und Diagnosemöglichkeiten verbessert, die schlussendlich auch im Höhepunkt gipfelten, nämlich dem Neubau des Krankenhauses im Jahre 1994.

Die Neurologie hat sich im Landeskrankenhaus Hohegg auf Diagnostik und Behandlung von Behinderungen spezialisiert, die durch Erkrankungen des Nervensystems und der Muskulatur entstanden sind. Einerseits wird Patienten mit akut aufgetretenen Erkrankungen wie Schlaganfällen oder Schädel-Hirn-Traumata eine frühzeitige intensive Rehabilitation unter gleichzeitiger optimaler medizinischer Behandlung angeboten. Dies fördert zum Einen die Reorganisation neuronaler Strukturen, vermeidet Sekundärschäden und ermöglicht den Betroffenen einen größtmöglichen Funktionsgewinn.

Andererseits werden auch Patienten mit chronischen neurologischen Erkrankungen wie Multipler Sklerose oder Morbus Parkinson versorgt. Und darüber hinaus wird den Patienten eine Reihe von sehr wirksamen symptomatischen Behandlungen angeboten, die die Lebensqualität der Betroffenen deutlich steigern können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Neubau des Landeskrankenhauses Thermenregion Hohegg ist aber auch eines der modernsten pulmonologischen Krankenhäuser entstanden. Dazu stehen dem Hause eine Reihe von sehr modernen Einrichtungen wie Computordiagnostik, digitale Radiografie, ein Zentrallabor mit mikrobiologischer und hydrologischer Diagnostik, Lungenfunktionsuntersuchungen, eine Chemotherapieeinheit für ambulante und stationäre Behandlungen sowie die Möglichkeit von kleinen interventionellen Eingriffen zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist daher sehr wichtig gewesen für diesen Standort, dass die Änderung des Versorgungsauftrages beim Standort Hohegg eine Neuerrichtung von sechs Wachkomabetten, die Neuerrichtung von 20 Neuro-Phase-C-Betten im derzeitigen Pflegeheim, die Erweiterung der Intensivbetten von derzeit 4 auf 6 Betten sowie die Erweiterung der Schlaflaborplätze von 5 auf 8 Betten hier beantragt wurde. Die Umsetzung soll in zwei Bauabschnitten erfolgen und ist natürlich im Einklang mit der Evaluierung von Synergiepotenzialen durch die Kooperations- und Verbundmodelle der Krankenanstalten Wr. Neustadt und Neunkirchen in der Solvay-Studie aufgezeigt. Beide Krankenanstalten, sowohl Wr. Neustadt als auch Neunkirchen, verhandeln ja derzeit mit dem Land Niederösterreich über eine Übernahme. Ich danke mir, hier zeigt es sich, dass diese drei Krankenanstalten durchaus miteinander kooperieren können und bestmöglich auf diese Arbeiten für den Bezirk Neunkirchen und damit auch für die Bevölkerung des Bezirkes Neunkirchen vorbereitet sind.

Die NÖ Landeskrankenhaus-Holding hat in der 12. Holdingversammlung am 27. September 2006 für das Bauvorhaben Landeskrankenhaus Thermenregion Hohegg Projekt Wachkoma, Neurorehabilitation, Intensivbetten, Schlaflabor die Planungskosten in der Höhe von 900.000 Euro freigegeben. Und auch seitens des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds wurde das Bauvorhaben genehmigt.

Die Planungskosten bilden einen integrierenden Bestandteil der Gesamtkosten in der Höhe von 6,9 Millionen Euro, die hier durch ein außerbudget-

täres Sonderfinanzierungsmodell abgedeckt werden sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten werden daher diesem Antrag sehr gerne zustimmen, da diese Investition für den Bezirk Neunkirchen eine wesentliche Verbesserung der medizinischen Versorgung darstellt und damit auch diese Schwerpunktmedizin im Landeskrankenhaus Hohegg in diesen genannten Bereichen ausgebaut wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Abgeordneten Kernstock das Wort.

Abg. Kernstock (SPÖ): Meine Herren Präsidenten! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Trotz fortgeschrittener Stunde ersuche ich noch um ein paar Minuten Aufmerksamkeit und Geduld. Als Vorsitzender des Ausschusses für das Gesundheitswesen möchte ich zu drei Tagesordnungspunkten Stellung nehmen. Der erste Tagesordnungspunkt gilt der Landtagszahl 781/S-5/37, das ist das Landespflegeheim Raabs a.d. Thaya.

Wir Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher können stolz sein, dass wir in unserem schönen Bundesland viele regionale Landes-Pensionisten- und Pflegeheime haben. Sämtliche Heime für unsere ältere, pflegebedürftige Bevölkerung bieten daher einen hohen Standard, haben hohe Qualität und haben sogar teilweise Hotelcharakter. Das Wohlfühlen dazu für die pflegenden Menschen steht dabei im Vordergrund.

Das Betreuungs- und Pflegepersonal bemüht sich sehr um die Belange der bedürftigen Personen, um ihnen das Dasein so angenehm wie nur möglich zu machen. Dazu gehört natürlich auch die ständige ärztliche Betreuung. Um all dies gewährleisten zu können, bedarf es auch einer optimalen baulichen Infrastruktur. Viele Millionen Euro werden jährlich für den Um-, Zu- und Ausbau der Pflegeheime seitens des Landes Niederösterreich aufgewendet. So auch für den Neubau des Landes-Pflegeheimes Raabs a.d. Thaya.

Vom Berichterstatter wurden Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die wesentlichsten technischen Daten sowie die Gesamtkostenerhöhung um 820.000 Euro auf nunmehr 12,6 Millionen Euro genannt. Grundsätzlich hat ja der NÖ Landtag in seiner Sitzung am 24. Februar 2005 die Herstellungskosten mit 11,7 Millionen Euro bewilligt. Auf Grund von weiteren baulichen Maßnahmen, wie zum Beispiel Notstiegen, Gehwegen, Notstromein-

speisung, Wintergärten und dergleichen mehr, wir haben es bereits gehört, und bedingt durch unvorhersehbare Felsabbrüche kommt es nun zu diesen Mehrkosten von 820.000 Euro. Zweifelsohne, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein enormer Mehrbetrag, der heute durch den NÖ Landtag bewilligt und in weiterer Folge auch finanziert werden soll.

Da bereits in der Landtagssitzung am 30. März 2006 die genehmigte Änderung des Ausbau- und Investitionsprogrammes zur Kenntnis genommen und das erweiterte Bauvolumen auch vom Bauberrat am 28. November 2006 bewilligt wurde, stimmt auch die sozialdemokratische Fraktion im NÖ Landtag dieser Erhöhung auf 12,600.000 Euro inklusive Ust. zu. Die Finanzierung der nunmehr bereits erläuterten Gesamtkosten mit jährlichen Leasingraten wurde Ihnen bereits mitgeteilt.

Meine zweite Wortmeldung gilt der Landtagszahl 786/H-11/25 betreffend das Landeskrankenhaus Mostviertel Amstetten-Mauer, die Errichtung des Pavillon 6. Hinsichtlich dieses Tagesordnungspunktes verweise ich vorerst auf die Sitzungen der Holding-Versammlung im September 2006 sowie auf die Sitzung des Ständigen Ausschusses vom November 2006, bei denen ich als Mitglied der beiden Vorstände auch anwesend war und dementsprechend auch einstimmige Beschlüsse zum vorliegenden Tagesordnungspunkt mitgetragen habe.

Durch die Schließung des Klinikums in Gugging wurde die Neuerrichtung bzw. der Umbau des Pavillon 6 für forensische Patienten im Landeskrankenhaus Mostviertel Amstetten-Mauer, speziell für die Kinder- und Jugendpsychiatrie, notwendig. Kinder zu erziehen heißt, Kinder bei ihrer Entwicklung zu unterstützen. Dieser Satz klingt so einfach, ist aber wahrscheinlich eine der komplexesten Aufgaben die Eltern zu bewältigen haben. Umwelteinflüsse, eine Überpräsenz an Information durch verschiedenste Medien, aber auch die Auswirkungen der Globalisierung und die daraus resultierenden Auswirkungen auf den Einzelnen machen Kindererziehung oder wie ich vorher gesagt habe die Unterstützung bei der Entwicklung für viele Menschen in unserer Gesellschaft zum Problem.

Hinzu kommt, dass die familiären Strukturen heute nicht mehr so funktionieren wie vor etwa 20 oder 30 Jahren. Jedes vierte bis fünfte Kind oder Jugendliche durchlebt in seinen ersten 10 bis 15 Entwicklungsjahren neuropsychiatrische Störungen. Die Jugendpsychiatrie bietet bei der Bewältigung derartiger Probleme Wissenstransfer, Fachinformation, Beratung, wissenschaftliche Diskussion, Begleitung, Förderung und Zusammenarbeit an.

Das Landeskrankenhaus Mostviertel Amstetten-Mauer hat sich mit der Errichtung der Kinder- und Jugendneuropsychiatrie eine große Aufgabe gestellt. Stationär werden auf dieser Abteilung Kinder und Jugendliche zur Diagnostik und Therapie bei Krisenzuständen, Verhaltensauffälligkeiten, psychischen Störungen, Suchtproblemen sowie zur neuropsychiatrischen Abklärung behandelt. Die Alterspalette reicht hier vom Kleinkindalter bis zum 19. Lebensjahr.

Zweifelsohne wird mit den beantragten Umbaumaßnahmen eine hervorragende Betreuungsstätte für unsere Kinder und Jugendlichen geschaffen. Die Umbaumaßnahmen wurden mit 630.000 Euro beziffert. Auf Grund meiner Ausführungen stimmt die sozialdemokratische Fraktion im NÖ Landtag natürlich auch diesem Antrag sehr gerne zu.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Tagesordnungspunkt Ltg. 787/H-11/26, diese betrifft die Projekterweiterung für den Zu- und Umbau des Landeskrankenhaus Donauregion Tulln ist zu bemerken, dass das Ausbauprogramm des genannten Krankenhauses bereits bis in das Jahr 2001 zurück reicht. Im November des genannten Jahres hat der NÖ Landtag damals ein Bauvolumen von 30,1 Millionen Euro beschlossen. Seit diesem Zeitpunkt wurden jedoch laufend Änderungen im Zu- und Ausbaubereich beschlossen.

Im Jahre 2002 kamen bereits die Adaptierung des Gebäudebestandes, das Ausbildungszentrum sowie der Hubschrauberlandeplatz dazu. Gesamtkosten damals bereits 56 Millionen Euro. Im Jahre 2003 stellte man fest, dass die Parkraumbewirtschaftung sowie die entsprechenden Verkehrswege in den vorhergehenden Beschlüssen gar nicht enthalten waren. Weitere zusätzliche Maßnahmen im Bestandsobjekt wie der Umbau der Pädiatrie-Überwachungsbetten, Neurologie, OP-Container, Sanierung der drei bestehenden OPs und vieles andere mehr wurden in das Bauprogramm inkludiert, sodass das Gesamtvolumen nunmehr bereits auf 60,1 Millionen angewachsen ist. Zum Zeitpunkt Dezember 2004 also schon eine Verdoppelung der ursprünglichen Kosten.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Das war bzw. ist noch nicht alles. Die NÖ Landeskrankenhaus Holding hat auf Grund der Sicherstellung einer qualitativ hochstehenden Versorgung in medizinischer und infrastruktureller Hinsicht im Landeskrankenhaus Donauregion Tulln noch folgende Projekterweiterung, bedingt durch die Auffassung des Krankenhauses Gugging, für die Errichtung eines Neurologie- und Psychiatriezentrums ins Auge gefasst. Dazu gehö-

ren die Schaffung von Flächen für ein Gesundheitszentrum, die Standardanpassung im Bestandsobjekt, die Ausrichtung der optimalen Energieversorgung, medizinisch-technische Innovation sowie Maßnahmen für die Information und Kommunikationstechnologie. Also insgesamt ein Gesamtbetrag von 8,848.000 Euro.

Somit stehen nunmehr für das Landeskrankenhaus Donauregion in Tulln 69,8 Millionen Euro zu Buche. Zweifelsohne ist diese genannte Summe für das Landesbudget ein enormer Betrag. Wenn man jedoch bedenkt, dass durch jahrelange Zu-, Um- und Ausbauten aus einem alten ein völlig neues Krankenhaus nach neuesten medizinischen technischen Standards entsteht, sind diese enormen Summen gut investiert. Im Jahr 2008 sollen die Baumaßnahmen nun abgeschlossen werden.

Für die Region des Tullnerfeldes ist dieser Bau ein gewaltiger Wirtschaftsmotor geworden. Darüber hinaus finden auch zahlreiche Menschen hochqualitative Arbeitsplätze im medizinischen, aber auch im pflegerischen Bereich vor. Die sozialdemokratische Fraktion im NÖ Landtag stimmt diesem Antrag natürlich auch gerne und vollinhaltlich zu. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als vorläufig letztem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Hofmayer das Wort.

Abg. Hofmayer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir diskutieren und werden fünf Vorlagen oder Geschäftsstücke heute zum Beschluss erheben. Ich glaube oder ich bin überzeugt, dass dies Investitionen in einer beachtlichen Höhe sind. Das wurde ja bereits von meinen Vorrednern hier bereits vorgebracht. Und ich glaube überhaupt, dass Niederösterreich mit den Übernahmen der Krankenanstalten, also der Rechtsträgerschaft, dass Niederösterreich hier Großartiges geleistet hat und erstaunliche Dinge dabei in finanzieller Hinsicht. Und ich bin überzeugt, dass das Land hier nicht nur Spurenzeichner ist und war, sondern dass das Land Niederösterreich hier Weichensteller ist. Und ganz wichtig bei den Krankenhausübernahmen, dass auch die Landeskrankenhaus Holding gegründet worden ist.

Meine Vorredner sind ja im Besonderen darauf eingegangen, welche Investitionen zum Beispiel im Landes-Zentralkrankenhaus St. Pölten durchgeführt werden. Ich glaube, dass hier auch der Versorgungsauftrag und dass die Notwendigkeit, einer Erweiterung hier auf jeden Fall gesichert ist ent-

sprechend, ich möchte das betonen, den ÖKAP-Vorgaben. Ich bin sicher nicht der Vertreter oder der Anwalt der Architekten, aber die Architekten arbeiten auch nur auf Auftrag. Und wenn Änderungen notwendig sind, dann sind auch Umplanungen notwendig. Wir sehen das bei jedem Klinikum, bei allen, dass hier Veränderungen auch notwendig sind. Sei es die Thermenregion Hohegg oder das Landes-Pflegeheim Raabs a.d. Thaya oder das Landesklinikum Mostviertel Amstetten-Mauer oder natürlich auch das Landesklinikum Tulln, wo auch ein entsprechender Zu- und Umbau in Form natürlich einer Aufstockung der Gesamtherstellungskosten notwendig ist.

Ich habe die Landesklinikenholding angesprochen. Und ich möchte einige Sätze vielleicht dazu sagen, wie die Chronologie hier war. Es wäre für die Trägergemeinden ..., die 20 Prozent bei den Neu- und Umbaukosten wären ja gar nicht leistbar gewesen. Zum Ersten wurden ja im Jahr 2005 mit einem zusätzlichen Budgetvolumen des Landes von 650 Millionen und natürlich den Übernahmen von 6.270 Dienstposten wurden Besserstellungen für die betroffenen Trägergemeinden erreicht und Kliniken bereits vom Land übernommen. Das zweite war, im Jahr 2006 wieder mit den Übernahmen des Waldviertel-Klinikums Horn, Eggenburg, Allentsteig; Krems, Melk, Scheibbs, Waidhofen a.d. Ybbs und Zwettl, wieder mit einer Summe von 325 Millionen Euro und mit 3.500 Dienstposten, die wieder vom Land übernommen wurden. Und das Letzte war mit dem Jahr 2007 die Übernahme des Humanis-Klinikums Korneuburg-Stockerau mit einem Gesamtvolumen von 68 Millionen Euro und 660 Dienstposten.

Und noch dazu, wir haben das ja im Landtag bereits behandelt, eine Gleichbehandlung aller übernommenen und zu übernehmenden Mitarbeiter, das gilt auch für die Mitarbeiter in den Kliniken, die zuletzt übernommen worden sind. Und das Volumen in finanzieller Hinsicht, und das ist ganz wichtig, ich möchte auf das verweisen, der Spitalsübernahme seit 2005 hat sich natürlich für das Land Niederösterreich rund um 1 Milliarde Euro erhöht.

Ich möchte auch betonen, dass mit der Novelierung des Krankenanstaltengesetzes die Gemeinden von spürbaren Entlastungen profitiert haben. Sei es weil sie jetzt nur mehr die NÖKAS-Umlage zahlen und natürlich den Standortvorteil, der hier auch zu berücksichtigen war bei den Übernahmen. Und das war eine Entlastung für die Gemeinden ab dem Jahr 2005, für die Trägergemeinden wohl ge-

merkt, mit 50 Millionen Euro, ab dem Jahr 2006 mit 31 Millionen Euro und jetzt die letzte Übernahme mit rund 8 Millionen Euro.

Und ich glaube, durch die einheitliche betriebliche Führung durch die Holding waren beträchtliche Einsparungspotenziale zusätzlich noch oder wurden zusätzlich noch genutzt. Ich denke an Einkaufsgemeinschaften, an Betriebsorganisationen, Informationstechnologie oder das Personal mit fast 11.000 Mitarbeitern, wo es konzentrierte und strukturierte Schulungen gibt im Coaching und in der Führungskräfteausbildung. Natürlich auch im Baumanagement und wenn ich zusammenfassen darf, dass neben der davor betrieblichen Landeskliniken, die ich jetzt zitiert habe, in Summe ab 1. Jänner 2007 vom Land, die 24 Standorte betrifft, dass hier eine der größten Veränderungen im Gesundheitssystem durchgeführt wurde und erfolgreich, zumindest für die, abgeschlossen wurde.

Ich glaube behaupten zu können, wir haben das beste oder eines der besten Gesundheitssysteme überhaupt in Niederösterreich, wo 6.650 Ärzte ihren Dienst für unsere Patienten versehen. Und ich vertrete den Slogan dass der Patient überhaupt im Mittelpunkt stehen muss. Und das ist bei uns in Niederösterreich der Fall! Wir werden diesen Vorlagen sehr gerne die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Die Rednerliste ist nunmehr beendet. Die Berichterstatter haben ein Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Findeis (SPÖ): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. Maier (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Sie wollen uns nichts mehr erklären. Danke schön! Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 765/H-11/23:)* Einstimmig angenommen.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 766/H-11/24:) Das ist ebenfalls einstimmig.

Wir stimmen nun ab über Ltg. 781/S-5/37. *(Nach Abstimmung:)* Ebenfalls einstimmige Annahme.

Nunmehr die Abstimmung über Ltg. 786/H-11/25. *(Nach Abstimmung:)* Ebenfalls einstimmig angenommen.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 787/H-11/26:) Auch dieser Punkt ist einstimmig angenommen.

Somit haben wir die Tagesordnung dieser heutigen Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Weg bekannt gegeben. Ich wünsche eine gute Heimfahrt!

Die Sitzung ist geschlossen. *(Ende der Sitzung um 22.23 Uhr.)*